

DISSERTATION

Titel der Dissertation

*„Der Nationalsozialismus im Pinzgau (Land Salzburg)
1930 bis 1945 – Widerstand und Verfolgung. Diktatur
in der Provinz.“*

Verfasser

Mag. Rudolf LEO

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

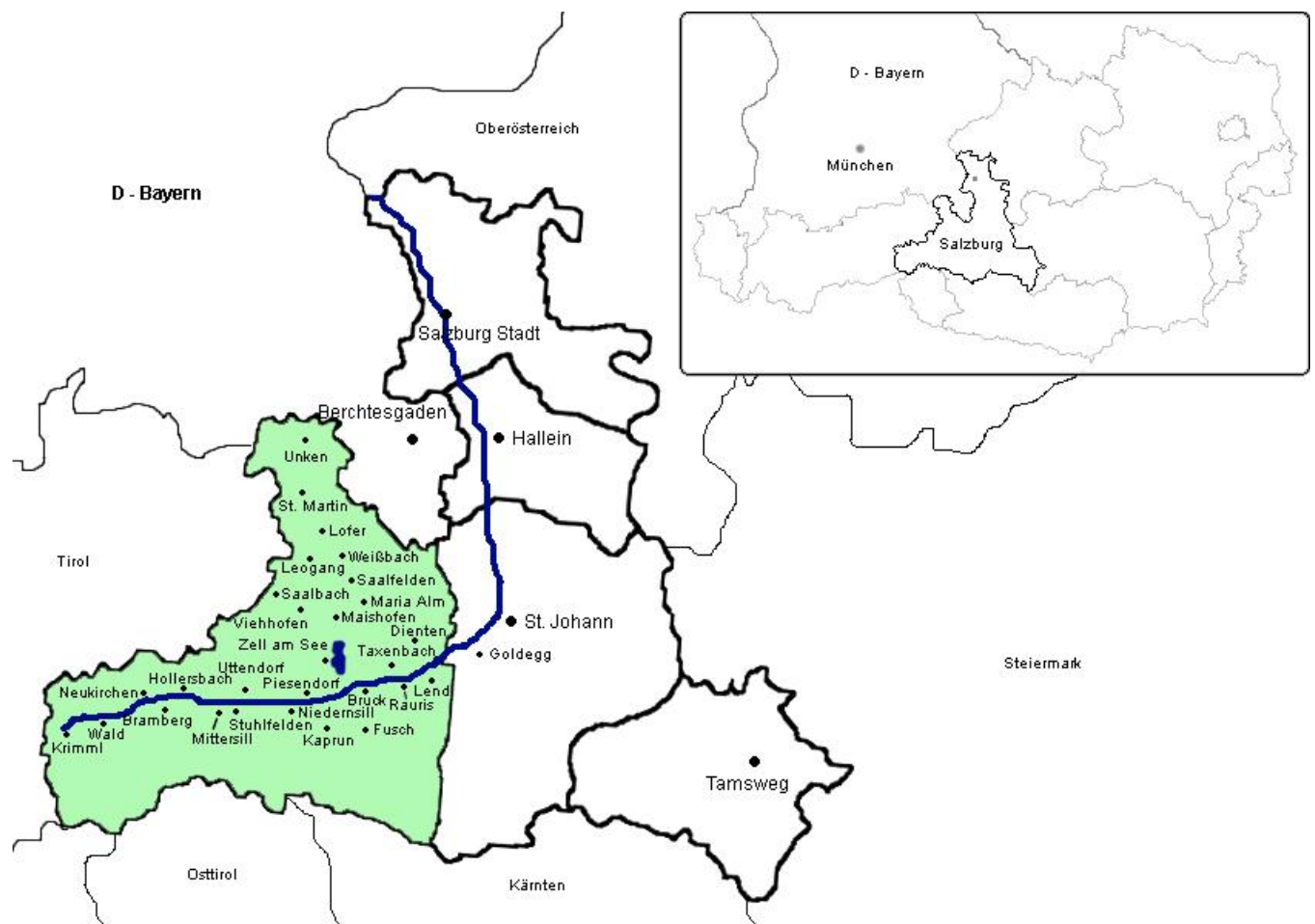
Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuerin / Betreuer: Hon. Prof. Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer

DER PINZGAU (Land Salzburg)



Grafik: Sarah LEO

*"Seine Wurzeln versteht nur,
wer sich mit der Generation befasst,
die uns erzogen hat..."*
[Anton Innauer]

Meinen Eltern, Kreszenzia [geb. Niederegger] und Johann Leo gewidmet.

Kurzzusammenfassung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Nationalsozialismus zwischen 1930 und 1945 im Pinzgau (Land Salzburg). Der Pinzgau, der größte Gau im Land Salzburg, umfasst 28 Gemeinden und hat rund 83.000 EinwohnerInnen auf einer Fläche von 2.641,35 km². Besonderes Augenmerk wird auf das Schicksal der Opfer während des dunkelsten Kapitels im 20. Jahrhundert gelegt. Wie im gesamten "Deutschen Reich" werden auch in den Salzburger Tälern Menschen wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung sowie ihrer "rassischen" Herkunft verfolgt, inhaftiert und vernichtet. Das Schicksal dieser Menschen – ob Sozialdemokraten, Kommunisten, Christlichsoziale, Kritiker, Deserteure, Priester, Juden, Zwangsarbeiter oder "Zigeuner" – steht im Mittelpunkt dieser Arbeit. Frei nach Immanuel Kant: "...tot ist nur, wer vergessen wird."

Darüberhinaus wird versucht, mittels bisher unveröffentlichter Dokumente den politischen Alltag in der Region während der sieben-jährigen NS-Herrschaft nachzuzeichnen. Jahre, geprägt von Angst, Hunger, Misstrauen, Denunziation und Spitzeltum. Im Mai 1945 wird der Pinzgau von amerikanischen Soldaten befreit. Die letzten Tage im Pinzgau gestalten sich dramatisch, da zahlreiche hochrangige NS-Funktionäre in den Tälern für sich und ihre Raubgüter Schutz und Zuflucht suchen. Einvernahmeprotokolle aus dem Pinzgauer Bezirksarchiv werfen ein Sittenbild auf die Täter, die hier in schwarzen Uniformen der Waffen-SS auftreten.

Short summary

This thesis deals with National Socialism in the Pinzgau (Province of Salzburg) between the years 1930 and 1945. The Pinzgau is the largest *Gau* (district) in the province of Salzburg; it contains 28 municipalities and has about 83,000 inhabitants on an area of 2,641.35 square kilometers. Special attention is paid to the fate of the victims during the darkest chapters of the twentieth century. As in the rest of the "German Reich," people were also persecuted, arrested and annihilated in the valleys of Salzburg, due to their political or religious conviction or their race. The fate of these people -- whether Social Democrats, Communists, conservatives, critics, deserters, Jews, forced laborers, or "gypsies" -- stands at the center of this thesis. To paraphrase Immanuel Kant: "...dead is only who is forgotten."

In addition, on the basis of numerous hitherto unpublished documents, an attempt is made to trace daily political life in the region during the seven-year Nazi reign, which were marked by fear, hunger, distrust, denouncement, and spy activities. In May of 1945, the Pinzgau was liberated by American soldiers. The last days in the Pinzgau were dramatic, because many Nazi functionaries were looking for protection and shelter for themselves and their loot. Interrogation protocols from the Pinzgau Regional Archives give a good impression of the culprits, who appear in the black uniforms of the *Waffen-SS*.

Kurzzusammenfassung	4
Short summary	4
1 Vorwort.....	8
2 Einleitung	9
2.1 Der Pinzgau	11
2.2 Forschungsstand.....	12
2.3 Archive	14
3 Die NSDAP im Land Salzburg in den 30er Jahren.....	15
3.1 Wirtschaftliche und soziale Lage in den 1930er Jahren im Pinzgau.....	15
3.2 Politische Lage in den 30er Jahren in der Region	19
3.2.1 Die NSDAP im Bezirk Zell am See in den 30er Jahren	26
3.2.1.1 Gerichtsbezirk Mittersill.....	34
3.2.1.2 Gerichtsbezirk Saalfelden.....	35
3.2.1.3 Gerichtsbezirk Taxenbach	36
3.2.1.4 Gerichtsbezirk Zell am See.....	36
3.3 Sozialstruktur der NSDAP im Pinzgau in den 30er Jahren.....	37
3.4 NSDAP – Die Männerpartei im Pinzgau.....	39
4 "Der Anschluss"	41
4.1 Die Machtübernahme der Nationalsozialisten	41
4.2 Der Einmarsch deutscher Truppen in Salzburg.....	43
5 Politische Rahmenbedingungen im NS-Staat.....	46
5.1 Organisationsstruktur der NSDAP auf regionaler und lokaler Ebene	46
5.2 Politische Rahmenbedingungen im "angeschlossenen" Österreich	54
5.3 Struktur der Gemeindeverwaltung.....	58
6 Die Pinzgauer Bergbauern im NS-Staat.....	64
7 Der Nationalparkplan im NS-Staat	69
8 Widerstand im Pinzgau	72
8.1 Widerstand in Österreich	72
8.2 Organisation der Polizei in Österreich	79
8.3 Rechtliche Grundlagen des NS-Staates.....	80
8.4 Formen des Widerstandes in der Region	84
8.5 Die Arbeiterbewegung.....	86
8.5.1 Die Sozialdemokratie nach dem "Anschluss".....	90
8.5.2 Die Eisenbahner.....	94

8.6	KommunistInnen	98
	Das Fallbeispiel Josef Scherleitner aus Lend	103
8.7	Die Kirche im NS-Staat	104
8.7.1	Die Amtskirche in Salzburg	107
8.7.2	Die kirchliche Basis - "Grüß Gott!" statt "Heil Hitler!"	109
8.7.2.1	Das Fallbeispiel Hyazintha Krausler	114
8.7.2.2	Das Fallsbeispiel Andreas Rieser	115
8.7.2.3	Das Fallbeispiel Julius Weickl.....	116
8.7.3	Katholische Laien	120
8.7.3.1	"Primizfeier" in Uttendorf.....	123
8.7.3.2	Verbotene Wallfahrten	124
8.8	Das "katholisch - konservative" Lager im NS-Staat.....	124
8.9	Säuberungsaktionen bei der Gendarmerie im Land Salzburg	127
8.10	"Meckerer und Kritiker" - KritikerInnen des NS-Staates.....	131
8.11	Deserteure und ihre Familien	136
8.11.1	Der "Juli 1944" in Goldegg	139
8.11.2	Großrazzia in Bramberg 1944	141
8.12	Hören des "Feindsenders"	144
8.12.1	Das Fallbeispiel Colognia, Schlick und Wilhemsberger	149
8.12.2	Der Fallbeispiel Schernthaner	150
8.12.3	"Rundfunkverbrechen" in den letzten Kriegsjahren	150
8.13	Denunziation, Verrat und Spitzeltum	152
	Das Fallbeispiel Anna Gruber.....	162
8.14	Militärischer Widerstand	165
9	Verfolgung der Juden und "Zigeuner" im Pinzgau.....	169
9.1	Die Pogromnacht am 9./10. November 1938	169
9.1.1	Die jüdische Gemeinde in Salzburg	172
9.1.1.1	Das Fallbeispiel Arthur Kant	175
9.1.1.2	Das Fallbeispiel Paul und Hermine Bierer	175
9.1.1.3	Das Fallbeispiel Gertrude von Hofmannsthal	177
9.1.1.4	Das Fallbeispiel Margarethe Eder	179
	Exkurs: Rückstellung von "arisiertem" Besitz nach 1945.....	182
	Das Fallbeispiel Süßmann.....	183
	Das Fallbeispiel Agdern	184

9.2	"Zigeuner" im NS-Staat	185
10	Die ZwangsarbeiterInnen.....	194
10.1	Zwangsarbeit in der Landwirtschaft.....	197
10.1.1	"Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen".....	202
10.2	Zwangsarbeit im Kraftwerksbau	205
10.2.1	Die Rolle der Wasserkraft für die deutsche Kriegswirtschaft.....	212
10.2.2	Bordell-Plan für Zwangsarbeiter in Kaprun	215
11	NS-Funktionäre als Schlossherren.....	217
11.1	Schloss Fischhorn (bei Zell am See).....	217
11.2	Schloss Lichtenberg (Saalfelden).....	229
11.3	Schloss Mittersill - Nebenlager KZ Mauthausen.....	230
12	Das Ende der NS-Ära	234
12.1.1	Hermann Göring und Salzburg.....	234
12.1.2	Die Festnahme Hermann Görings.....	236
12.1.3	Chaos in den letzten Tagen	237
13	Die politische Lage im Pinzgau nach der NS-Ära.....	245
14	Resümee	248
15	Quellenangaben	250
15.1	Gedruckte Quellen/Literatur	250
15.2	Zeitschriften.....	265
15.3	Dokumentationen	267
15.4	Internetquellen	271
15.5	Ungedruckte Quellen, Archivmaterial	273
15.6	Filmdokumente.....	278
15.7	ZeitzeugInnen	278
16	Abkürzungsverzeichnis	280

1 Vorwort

Ich bin im Jahr 1962, 18 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs, in Bramberg am Wildkogel, im Oberpinzgau geboren. Im Zuge der Recherchen für eine Arbeit bin ich auf das Wahlverhalten der Pinzgauer Bevölkerung in den 1930er Jahren gestoßen. Die enormen Stimmengewinne der "Hitlerbewegung" in den 1930er Jahren bei den letzten freien, demokratischen Wahlen vor 1945 haben das Interesse für diese Arbeit geweckt. Das Wahlverhalten und die Auswirkungen auf die Region während der NS-Zeit versucht diese Arbeit zu befragen.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges erfolgt, so mein persönlicher Eindruck, keine ernsthafte Aufarbeitung der vergangenen Jahre in der Region. Kaum jemand hat ein wirkliches Interesse daran. TäterInnen und Opfer leben oft Haus an Haus. Vom "Schweigen und Reden einer Generation"¹, wie es Gerhard Botz genannt hat, bleibt im Pinzgau vielfach nur das Schweigen übrig.

Die politischen Parteien buhlen nach dem Ende des 2. Weltkrieg um die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten, die Opfer sind politisch keine relevante Gruppe. Der Geschichtsunterricht und die zahlreichen Ortschroniken meiner Generation enden meist im Jahr 1938. Die heimkehrenden Soldaten der Wehrmacht bleiben mit ihren Erfahrungen und Erinnerungen allein. Niemand hilft ihnen bei der Aufarbeitung ihrer Erlebnisse. Mein Vater, Johann Leo, Jahrgang 1917, Wehrmachtsangehöriger und Sozialdemokrat, ist einer davon. Ihm habe ich vor allem zu verdanken, näheres über dieses dunkle Kapitel der heimischen Geschichte zu erfahren. Seit meiner Jugend darf ich mit ihm in zahlreichen, stundenlangen Gesprächen versuchen zu verstehen, was 18 Jahre vor meiner Geburt zu Ende ging. Das stellt unter anderem auch den Antrieb und die Motivation für diese Arbeit dar.

Opfer, die das Konzentrationslager überleben, müssen jahrelang kämpfen, um als Opfer anerkannt zu werden und den rechtlichen "Opferstatus" zu erhalten. Gendarmen, LehrerInnen, Beamten etc. aus der NS-Zeit übernehmen oft nahtlos ihren Dienst in der Nachkriegszeit. Die braune Uniform wird abgelegt. Verständlich, dass die meisten

¹ Gerhard Botz (HG): Schweigen und Reden einer Generation: Erinnerungsgespräche mit Opfern, Tätern und Mitläufern des Nationalsozialismus, Mandelbaum, Wien 2005

Betroffenen kein Interesse haben, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Deserteure, "Fahnenflüchtige" oder "Wehrdienstverweigerer", wie sie heute noch verächtlich genannt werden, werden als Außenseiter behandelt, einige von ihnen flüchten in das Ausland. ZeitzeugInnen haben, so meine persönliche Erfahrung, noch heute Angst, offen über die Zeit zwischen 1938 und 1945 zu sprechen. Die wenigen Überlebenden ersuchen, ihren Namen nicht zu nennen. Ein Zeichen, dass die Zeit nach wie vor noch nicht aufgearbeitet ist. Diese Arbeit setzt sich primär mit den Opfern des Nationalsozialismus auseinander, TäterInnen kommen zwar vor, stehen aber nicht im Zentrum dieser Arbeit.

Wie unsensibel man mit der Vergangenheit noch heute umgeht, wie wenig bereit man ist die NS-Ära aufzuarbeiten, zeigt das Beispiel der frisch renovierten Grenzsteine der Bundesforste um Pinzgau. Die Bundesforste werden zwischen 1938 und 1945 in "Reichsforste" umbenannt, die Grenzsteine mit "RF" markiert. Nach 1945 werden die Steine in "BF" für Bundesforste umgewandelt. Das Eingravieren fällt leicht, braucht doch aus dem "R" nur ein "B" gemacht werden. Aber nicht alle Steine werden geändert. Im Ortsgebiet Bramberg sind beispielsweise im Jahr 2012 nach wie vor frisch renovierte Grenzsteine mit "RF" für "Reichsforste" zu finden.²

2 Einleitung

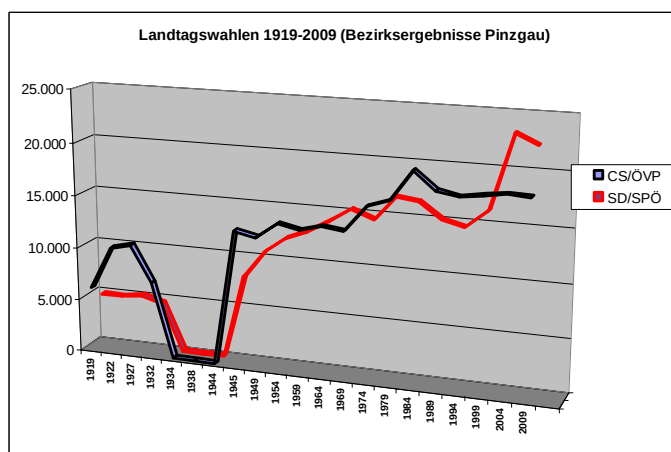
Im September 1930 finden in Deutschland Wahlen statt. Die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)" erhält bei den Reichstagswahlen rund 18 Prozent der Stimmen. Bis 1933 wird der Stimmanteil auf rund 44 Prozent steigen. Am 9. November 1930 finden in Österreich Nationalratswahlen statt. Es war dies die letzte freie, geheime und demokratische Nationalratswahl bis 1945. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), die "Hitlerbewegung", wie sie auf dem Stimmzettel genannt wird, erhält österreichweit – acht Jahre vor dem so genannten "Anschluss" Österreichs an das "Deutsche Reich" – rund 3 Prozent der Stimmen. Im gesamten Land Salzburg erhält die NSDAP 3,17 Prozent der Stimmen. Im Pinzgau votieren bereits damals knapp 7 Prozent der Wahlberechtigten für die Nationalsozialisten. Alleine im Bezirk Zell am See entfallen rund 10 Prozent der Stimmen auf die "Hitlerbewegung".

² Aufnahme vom 23. Juli 2011, Grenzstein 52/RF; Aufnahme vom 14. August 2011, Grenzstein RF/42 (Ortsteil Wenns); Aufnahmen vom 26. November 2011, Grenzsteine RF 565, RF 651, RF 650, RF 649 (Ortsteil Bramberg, Richtung Wildkogel), Fotos beim Verfasser

Am 29. März 1931 finden im Bundesland Salzburg Gemeinderatswahlen statt. Ihre besten Ergebnisse erzielt die "Hitlerbewegung" in Zell am See. Fast jede dritte wahlberechtigte Stimme – 27,9 Prozent – wandert in der Bezirkshauptstadt des Pinzgaus zu den Nationalsozialisten. In Viehhofen erreicht die "Hitlerbewegung" 25 Prozent, in Mittersill 20 Prozent und in Saalfelden 18,4 Prozent.

Am 24. April 1932 finden in Salzburg die letzten Landtagswahlen in der 1. Republik statt. In Zell am See entfallen fast 20 Prozent der Stimmen auf die NSDAP. Verglichen mit den restlichen Gauen in Salzburg gehört der Pinzgau sechs Jahre vor dem "Anschluss" zu den Regionen mit der größten Dichte an bekennenden Nationalsozialisten.

Ein Vergleich der Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen zwischen 1919 und 2009 zeigt ein Kopf an Kopf-Rennen zwischen dem konservativ-klerikalen Lager und den Sozialdemokraten. In der 1. Republik ist der Vorsprung der Christlichsozialen klar. Ab 1945 ändert sich das Bild. In den 60er Jahren überholen sozialdemokratische erstmals konservative WählerInnen. Seit 2004 liegt die Zahl der SPÖ WählerInnen deutlich vor den ÖVP WählerInnen. Dies, obwohl die Struktur der Bevölkerung grundsätzlich eher klerikal-konservativ ist.



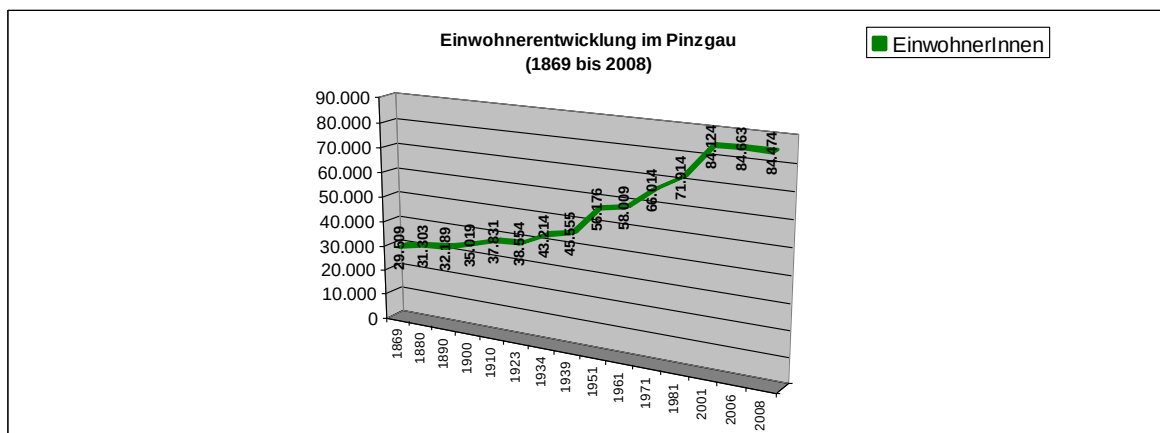
Vergleich der beiden großen politischen Lager – Christlich Sozialen (ÖVP) und Sozialdemokraten (SPÖ) im Pinzgau 1919 bis 2009; Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in der Region Zell am See³

³ Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter; Eigenverlag des Autors, Zell am See, 1983, S 365 und 421; Amtliche Wahlergebnisse der Stadt Salzburg <http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm>

Anmerkungen: CS-Christlich Soziale Partei; ab 1945 ÖVP-Österreichische Volkspartei. SD-Sozialdemokraten; ab 1945 SPÖ-Sozialistische bzw. Sozialdemokratische Partei Österreichs (zwischen 1934 und 1945 waren beide Parteien verboten).

Der Begriff "Gau" für die Verwaltungsbezirke Pinzgau, Pongau, Lungau, Flachgau und Tennengau im Land Salzburg darf nicht mit den politischen Gaubezirken der Nationalsozialisten verwechselt werden. Die Gaubezeichnungen in Salzburg gehen bereits auf das Mittelalter zurück (siehe auch Kapitel "Politische Gliederung des Landes Österreich").

Die Entwicklung der Bevölkerung zeigt seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein permanentes Wachsen in der Region. Im Pinzgau war zu keiner Zeit eine Landflucht, wie in vielen anderen Regionen Österreichs, zu erkennen.



Entwicklung der Bevölkerung im Pinzgau zwischen 1869 und 2008⁴

Diese Arbeit über den "Mikrokosmos" Pinzgau versucht die Geschehnisse in der Zeit zwischen 1930 und 1945 näher zu beleuchten.

2.1 Der Pinzgau

Der Pinzgau (Bezirkshauptstadt Zell am See) im Land Salzburg ist mit seinen 28 Gemeinden der größte politische Bezirk in Salzburg. Geografisch grenzt er im Osten an den Pongau, im Norden an Bayern, im Westen an Tirol und im Süden an Südtirol und Kärnten. Über seine Grenzen hinaus sind die Krimmler Wasserfälle bekannt. Über die Krimmler Tauern führt ein jahrhunderte alter Verbindungsweg direkt nach Südtirol. Die Bezirkshauptstadt Zell am See ist noch heute ein beliebter Sommer- und Winterkurort. Der Eisenbahnknotenpunkt über Zell am See und Saalfelden gilt als wichtige Zugverbindung

⁴ Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, S 477; und Statistik Austria: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/index.html

zwischen Wien und Innsbruck. BergsteigerInnen ist die Region ein Begriff, der Aufstieg auf Österreichs höchsten Gipfel, den Großglockner (3.798 Meter), erfolgt über den Pinzgauer Ort Bruck an der Glocknerstraße. Der Großvenediger (3.662 Meter) liegt direkt im Pinzgau nahe der Gemeinde Neukirchen am Großvenediger. Das Habachtal ist seit hunderten Jahren ein beliebtes Ausflugsziel für Menschen aus der ganzen Welt: Die Jagd nach dem grünen Smaragd, früher industriell abgebaut, heute nur mehr für TouristInnen interessant, lockt auch heute noch zahlreiche SammlerInnen in das Tal nahe Bramberg am Wildkogel. Die Gemeinde Rauris ist LiteraturliebhaberInnen vor allem wegen seiner jährlich stattfindenden "Rauriser Kulturtage" ein Begriff. Bis zum 19. Jahrhundert war Rauris wegen seiner Goldfunde bekannt. Über die Grenzen hinweg ist auch der Name der Gemeinde Kaprun bekannt. Die Hochgebirgssauseen mit ihren Speicherkraftwerken stehen als Synonym für das österreichische "Wirtschaftswunder" der 1950er Jahre – und zugleich für die verschwiegene Ausbeutung tausender ZwangsarbeiterInnen in der Zeit des Nationalsozialismus. Seit Mitte der 1980er Jahre verfügt der Pinzgau auch über einen Nationalpark, dem Nationalparkgebiet Hohe Tauern. Wirtschaftlich war und ist die Region vor allem von Landwirtschaft, Tourismus und kleinen handwerklichen Betrieben geprägt. In Lend befindet sich der Sitz der Salzburger Aluminium Gesellschaft und ist damit der einzige Industrieort im Pinzgau.

2.2 Forschungsstand

Im Gegensatz zu Deutschland setzt die Widerstandsforschung in Österreich erst in den 1950er Jahren ein. Friedrich Engel-Janosi veröffentlicht 1953 seine "Remarks on the Austrian Resistance Movement", parallel dazu publiziert der NS-Widerstandskämpfer Otto Molden seine Dissertation, die "als erste substantiellere wissenschaftliche Studie zum Widerstand in Österreich bezeichnet werden darf".⁵ Er rekonstruiert in seiner Arbeit den organisierten Widerstand im katholisch-konservativen und monarchistischen Bereich. Die Arbeit Moldens führt zu zahlreichen Folgeuntersuchungen zur österreichischen Widerstandsforschung der Arbeiterbewegung. Die Widerstandsforschung der Konservativen beschäftigt sich zu jener Zeit hauptsächlich mit der Frage, wie weit linke Widerstandsgruppen, die gute Kontakte zur UdSSR hatten, "Landesverrat" begingen. Mit der Gründung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes im Jahr 1963

⁵ Willibald I. Holzer: "Politischer Widerstand gegen die Staatsgewalt" Historische Aspekte – Problemstellungen – Forschungsperspektiven, Europaverlag Wien, 1985 S 97

durch ehemalige WiderstandskämpferInnen, Verfolgte und WissenschaftlerInnen, beginnt die systematische wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Kapitels in Österreich. Namentlich seien hier Wolfgang Neugebauer und Brigitte Bailer-Galanda genannt, die in zahlreichen Publikationen dieses Thema umfangreich bearbeiten.

Anders als in Wien, wo beispielsweise bereits Mitte der 1960er Jahre Gerhard Botz mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich beginnt, und später mit seinem Werk "Nationalsozialismus in Wien" das Standardwerk zum Nationalsozialismus in Österreich schafft, dauert es in Salzburg etwas länger. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Zeit in Stadt und Land Salzburg beginnt Mitte der 1970er Jahre. Zu den Pionieren gehört Ernst Hanisch, der 1978 den Aufsatz "1938 in Salzburg"⁶ publiziert und 1983 die Broschüre "Nationalherrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich" herausbringt. Neben zahlreichen Publikationen, Büchern und Aufsätzen liegt von Ernst Hanisch und Peter F. Kramml auch die aktuellste Arbeit (Stand 2011) über die NS-Ära in der Stadt Salzburg vor: "Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/1939".

Robert Stadler und Michael Mooslechner beschreiben 1986 den Nationalsozialismus im Markt Pongau. Dirk Hänisch, Franz Schausberger, Laurenz Krisch sowie Jürgen Falter beschäftigen sich in den 1990er und 2000er Jahren mit Struktur und Motiven der NSDAP-WählerInnen in der Region. Im Auftrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes erscheinen 1991 zwei Bände über "Widerstand und Verfolgung" in Salzburg. Laurenz Krisch beschreibt 2003 die Entwicklung des Nationalsozialismus in Bad Gastein. Albert Lichtblau beschäftigt sich im Rahmen der Historikerkommission (Erscheinungsjahr 2004) mit den "Arisierungen" in Stadt und Land Salzburg. Oskar Dohle und Nicole Slupetzky arbeiten die Frage der Zwangsarbeit im Reichsgau Salzburg auf (Erscheinungsjahr 2004). Alois Nußbaumer publiziert Lebensgeschichten der ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft im 2011 erschienen Buch: "Fremdarbeiter" im Pinzgau.

Bertrand Perz und Florian Freund dokumentieren in den 1990er Jahren in mehreren Publikationen die Situation in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten und die

⁶ Ernst Hanisch: 1938 in Salzburg. In: Mitteilung der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg 1978 S 257-309

Zwangsarbeit in der NS-Ära. Margit Reiter veröffentlicht 2002 ihren Beitrag über die Zwangsarbeit im Tauernkraftherwerk Kaprun.

1988 erscheint "Faszination Drittes Reich: Kunst und Alltag der Kulturmetropole Salzburg", Gert Kerschbaum beschäftigt sich darin mit der Vergangenheit der Salzburger Festspiele.

1995 erscheint im Pustet Verlag das Werk "Bomben auf Salzburg" *die "Gauhauptstadt" im "totalen Krieg"* mit Beiträgen von Reinhard Rudolf Heinisch, Erich Marx, Harald Waitzbauer; unter Mitarbeit von Margaret Shannon und Erich Marx (Hg.).

Eine der jüngeren Publikation über den Nationalsozialismus im Land Salzburg (Erscheinungsjahr 2009) stammt von den AutorInnen Susanne Rolinek, Gerald Lehner und Christian Strasser. "Im Schatten der Mozartkugel" ist ein Reiseführer durch die braune Topografie von Salzburg. Die Arbeit ist im Kreis der Salzburger HistorikerInnen nicht unumstritten. Ernst Hanisch sieht darin falsche Fakten, schiefe Zusammenhänge und würde dafür "gerne die historischen Quellen kennen"⁷.

Das aktuellste wissenschaftliche Werk (Stand 2011) über den Nationalsozialismus in der Stadt Salzburg liegt, wie bereits erwähnt, von Peter F. Kramml und Ernst Hanisch vor. Das 2010 erschienene Buch "Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39" beschreibt Vorgeschichte, Fakten und Folgen der NS-Zeit in der Mozartstadt.

Fazit: Im Vergleich etwa zu den Publikationen für Linz und Oberösterreich (im Stadt und Landesarchiv) sind in Salzburg noch viele Untersuchungen über die NS-Zeit ausständig.

2.3 Archive

Die vorliegende Arbeit über die "Hitlerbewegung" im Pinzgau stützt sich neben der vorhandenen Literatur hauptsächlich auf Unterlagen aus dem Salzburger Landesarchiv (SLA), dem "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)" in Wien

⁷ F. Peter Kramml, Ernst Hanisch (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, Vorgeschichte-Fakten-Folgen. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer und Ernst Hanisch, Bd. 1, Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 28, Stadtgemeinde Salzburg, Salzburg 2010 S 13

und dem Pinzgauer Bezirksarchiv in Zell am See. Die "HB Akten" (die Abkürzung steht für "Hauptbüro") der Bezirkshauptmannschaft Zell am See, die im Salzburger Landesarchiv (SLA) gelagert sind, werfen ein bezeichnendes Licht auf die Zeit zwischen 1938 und 1945. Zwischen Unfallberichten, Personalakten und Finanzaufweisungen befinden sich Protokolle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Im Archiv des "Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW)" liegen zahlreiche Unterlagen über Widerstand und Verfolgung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, auch das Schicksal der Opfer ist EDV-mäßig sehr gut erfasst und darum relativ einfach nachvollziehbar. Im Pinzgauer Bezirksarchiv lagern Protokolle der letzten Kriegstage. Kopien der Einvernahmeprotokolle maßgeblicher SS-Funktionäre lassen ein genaues Bild der letzten Tage des NS-Regimes in der Region zeichnen. Im Pinzgauer Bezirksarchiv befinden sich Kopien der Vernehmungsprotokolle der US-Army/Geheimdienst CIC vom Nationalarchiv in Washington. Hochrangige SS-Funktionäre werden nach dem Krieg vom US-Geheimdienst vernommen.

3 Die NSDAP im Land Salzburg in den 30er Jahren

3.1 Wirtschaftliche und soziale Lage in den 1930er Jahren im Pinzgau

Wer sich näher mit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1938 und 1945 in Österreich beschäftigt, muss die Entwicklung in der Zwischenkriegszeit berücksichtigen. Die frühen 1930er Jahre sind geprägt von der Weltwirtschaftskrise und heftigen politischen Lagerkämpfen. Der drohende Zusammenbruch der größten österreichischen Bank, der "Österreichischen Credit-Anstalt", 1931 kann nur mit einer Haftungsübernahme des Staates verhindert werden. Auslöser dafür ist das gleichzeitige Zusammenfallen einer internationalen Agrar-, Industrie- und Kreditkrise. Die politischen Folgen für diese Haftungsübernahme sind enorm und langwierig: Löhne und Gehälter müssen deutlich reduziert werden, die Preise steigen rasant. Die Arbeitslosigkeit erhöht sich österreichweit innerhalb von drei Jahren von 243.000 im Jahr 1930 auf mehr als eine halbe Million. 1933 sind bereits 557.000 ÖsterreicherInnen arbeitslos gemeldet.⁸

⁸ vgl. Emmerich Talos: "Das austrofaschistische Herrschaftssystem". In: Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, LIT Verlag, Wien 2005 S 394-421, hier S 396

Im ganzen Land Salzburg sind im Jahr 1933 von den rund 245.000 EinwohnerInnen 16.719 Menschen als Arbeitslose "vorgemerkt", 6.244 davon im Baugewerbe, 2.138 im Gastgewerbe, 1.624 im Eisen- und Metallgewerbe.⁹ Da nicht alle Arbeitslosen vorgemerkt oder ausgesteuert sind, muss von einer weit höheren Arbeitslosenquote ausgegangen werden. Die Arbeitslosigkeit erreicht Mitte der 1930er Jahre schwindelerregende Werte in der Stadt Salzburg. 1934 sind 73 Prozent im Baugewerbe arbeitslos, 73 Prozent der Spengler, 68 Prozent der Tapezierer, 67 Prozent der Tischler, 60 Prozent der Schlosser suchen eine Arbeit.¹⁰

Die wenigen, die noch Arbeit haben, leiden unter Lohndruck und teils unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Stellvertretend sei hier der Lohnkonflikt im Gastgewerbe in Zell am See angeführt. In einem Schreiben der Landesgewerkschaftskommission Salzburg vom Oktober 1926 protestiert die Gewerkschaft gegen die Lohnpolitik der Unternehmen im Land Salzburg:

"Die Unternehmerorganisation gibt sich redlich Mühe, die schlechte wirtschaftliche Lage auszunutzen, um die Entwicklung der freien Gewerkschaften zu hemmen, die Arbeitsschutzgesetze zu hinterfragen und den Lohn zu drücken..."¹¹

Am 31. Juli 1928 findet beim Bichlwirt in Maishofen eine Versammlung der Gastgewerbeangestellten statt. Auf der Tagesordnung stehen die laufenden Lohnverhandlungen. Die Versammlung wird von 30 politischen Gegnern, die mit Gummiknüppel und Ochsenziemern bewaffnet sind, gewaltsam aufgelöst. Der Sekretär der Gastgewerbeangestellten wird dabei schwer verletzt. Die Gendarmerie, die zu Hilfe

⁹ Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien (Hg): Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1932/33. 9. Jahrgang. Wien 1934; S 400

¹⁰ vgl. Rober Hoffmann: "Im Zeichen von Festspielgründung, allgemeinem Wahlrecht und Wirtschaftskrise. Die Stadt Salzburg in der Zwischenkriegszeit." In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, Vorgeschichte-Fakten-Folgen. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer und Ernst Hanisch, Bd. 1, Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 28, Stadtgemeinde Salzburg, Salzburg 2010, S 32-74, hier S 70

¹¹ Zitiert In: Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 464

gerufen wird, weigert sich einzugreifen.¹² Im Gendarmeriebericht wird der Vorfall folgendermaßen zusammengefasst:

"Am 31. Juli, um 23 Uhr, wurde von den Hotel- und Gastgewerbeangestellten von Zell am See im Gathause Bichlwirt in Oberreit, Gemeinde Maishofen, eine Versammlung abgehalten. Es kam während des Vortrages des Gewerkschaftssekretärs Heinz Kraupner zwischen den Versammlungsteilnehmern zu Meinungsverschiedenheiten, welche schließlich in eine Schlägerei ausartete. Durch Hiebe wurden mehrere Teilnehmer verletzt und im Lokal befindliche Möbel und Biergläser zertrümmert."¹³

Die katastrophale wirtschaftliche Lage trifft alle Gruppen der Gesellschaft auf unterschiedliche Weise. Sie wirkt sich auch auf die Gehälter der Beamten der Gemeinde Zell am See aus. Der Finanzausschuss der Gemeinde beschließt am 23. Oktober 1931 die radikale Kürzung aller Gehälter im Bereich der Gemeindeverwaltung.¹⁴

Die Situation zwischen Österreich und Deutschland ist nach der Machtübernahme Adolf Hitlers angespannt. Im Frühjahr 1933 verschärft sich die Lage nach einer Reihe von Terroranschlägen der Nationalsozialisten in ganz Österreich. Die Behörden unter dem sich etablierenden austrofaschistischen Regime gehen hart gegen die Nationalsozialisten in Österreich vor.¹⁵ Adolf Hitler antwortet mit wirtschaftlichem Druck: Deutsche Staatsbürger, die Österreich besuchen wollen, müssen ab Mai 1933 eine "Ausreisegebühr" von eintausend Reichsmark (entspricht rund einem Vierfachen eines durchschnittlichen Monatseinkommens!) bezahlen. Die Folgen dieser "Tausendmarksperrre" sind für das Land Salzburg katastrophal: Große Verluste im Handel, im Gewerbe und im Tourismus verschärfen die ohnehin angespannte soziale Situation.¹⁶ Vor allem die Tourismusregion

¹² vgl. Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 464 ff

¹³ Zitiert In: Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 467

¹⁴ vgl. Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 472

¹⁵ vgl. Christian Klösch: Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal. Czernin Verlag, Wien 2007 S 67

¹⁶ vgl. Andreas Novak: "Salzburg hört Hitler atmen", Die Salzburger Festspiele 1933-1944, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005 S 27

Zell am See ist von dieser "Tausendmarksperr" durch den Ausfall des Fremdenverkehrs besonders betroffen.¹⁷ Wie tiefgreifend die Folgen des wirtschaftlichen Drucks sind, zeigt das Beispiel Lofer. Die Marktgemeinde an der bayrischen Grenze verzeichnet einen Rückgang der Touristen um 70 Prozent. Als einzigen Ausweg sieht die Gemeinde 1934 die Rückverlegung der Grenze. Indirekt, so der Wille der Gemeindervertreter, würde Lofer damit zu Bayern gehören. Der Vorschlag der Marktgemeinde wird jedoch nicht umgesetzt. Im August 1936 wird die "Tausendmarksperr" aufgehoben.¹⁸

Mit unzureichenden karitativen und polizeilichen Maßnahmen wird in den Gemeinden versucht, gegen Armut und soziale Not anzukämpfen. Fehlende Unterstützung zwingt Arbeitslose bettelnd von Ort zu Ort zu ziehen. 1931 ergeht beispielsweise in St. Johann im Pongau ein Aufruf Geld, Naturalien, Kleider etc. zu spenden. Wohltätigkeitsveranstaltungen sollen helfen, die größte Not zu lindern.¹⁹ Wo karitative Maßnahmen nicht helfen, werden polizeiliche Maßnahmen ergriffen. In einem Gendarmerieprotokoll vom 16. März 1931 der Gemeinde St. Johann im Pongau wird vorgeschlagen:

"An die BH [Bezirkshauptmannschaft Anm. RL] wäre mit dem Ersuchen um Beistellung einer Gend. Assistenz für ca. 8 Tage heranzutreten, weil das Spital täglich zur Mittagszeit von ca. 20-30 fremden Personen besucht wird, die um ein Mittagessen bittlich werden. Durch eine scharfe Kontrolle könnte diesem Umstand abgeholfen werden."²⁰

Bei der Durchsicht von Gemeinderats- und Gendarmerieprotokollen der 1930er Jahre beispielsweise aus St. Johann im Pongau ist erkennbar, dass die Behörden den immer größer werdenden Problemen der Wirtschaftskrise hilflos gegenüberstehen. Die

¹⁷ vgl. Franz Schausberger: Ins Parlament, um es zu zerstören. Das "parlamentarische" Agi(t)ieren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg nach den Landtagswahlen 1932, Böhlau, Wien 1995 S 287

¹⁸ vgl. Oskar Dohle: "Bomben, Böller, Propaganda. Der Aufstieg der NSDAP in Salzburg 1918-1938", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 97 ff

¹⁹ vgl. Robert Stadler; Michael Mooslechner: St. Johann/PG 1938-1945, Eigenverlag, Salzburg 1986, S 14 ff

²⁰ Robert Stadler; Michael Mooslechner: St. Johann/PG 1938-1945, S 15

Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot der Betroffenen übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden. Die Lage der Betroffenen kann nicht verbessert werden.²¹

3.2 Politische Lage in den 30er Jahren in der Region

Im September 1930 finden im benachbarten Deutschland Reichstagswahlen statt. Die NSDAP erreicht 6,4 Millionen Stimmen (18,3 Prozent).²² Die Gewinne der "Hitlerbewegung" in Deutschland werden in Zell am See mit Freudenkundgebungen aufgenommen. Für den 11. und 12. Oktober 1930 wird in der Bezirkshauptstadt ein "Gautag der Hitlerpartei"²³ einberufen. Der Lokalhistoriker Ferdinand Hölzl über diesen "Gautag der Hitlerbewegung":

"An der Begrüßungsfeier waren etwa 250 Personen, zumeist Deutsche, beteiligt. Am Sonntag sollte um 9 Uhr vormittags ein Festgottesdienst in der Pfarrkirche in Zell am See stattfinden. Der Pfarrer von Zell am See hat aber die Mitnahme der Fahnen und Standarten in die Kirche verweigert. Nach dem Gottesdienst fand eine Festversammlung auf dem Stadtplatz statt. Hier wurde von diversen Rednern auch aus dem benachbarten Bayern über den 'Austromarxismus' losgezogen. Die Versammelten zogen unter der Leitung des hiesigen Fachlehrers Niedermüller durch die Stadt, von den angeblich 700 Teilnehmern waren etwa 10% aus Zell am See, die übrigen Teilnehmer aus dem Pinzgau, Tirol, Bayern, ja sogar aus Württemberg, wovon die meisten mit den Autos nach Zell am See gebracht wurden..."²⁴

Auffallend ist hier die aktive "Amtshilfe" der Nationalsozialisten aus Deutschland, die offenbar bereits am Beginn der 1930er Jahre aktiv über die Grenzen hinweg betrieben wird. Die Region, direkt an Bayern angrenzend, ist geografisch für die unterstützende Propaganda aus Deutschland gut gelegen. Ab der Machtübernahme Hitlers im Jahr 1933 erhalten österreichische NS-Funktionäre Unterschlupf im benachbarten Deutschland und

²¹ vgl. Robert Stadler; Michael Mooslechner: St. Johann/PG 1938-1945, S 13

²² Jürgen W. Falter: "Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien", S 311

²³ Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 273

²⁴ Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, 1983, S 273

können von dort ihre Arbeit fortführen. Am 19. Juni 1933 wird nach einem Handgranaten-Überfall von Nationalsozialisten in Krems an der Donau jegliche Betätigung der NSDAP in Österreich verboten. Der Sitz der österreichischen NSDAP-Leitung wird nach München verlegt. Auch die Gauleitungen von Wien, Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg übersiedeln nach München. Die oberösterreichische Gauleitung zieht nach Passau, die Gauleitung von Salzburg schlägt ihre Zelte in Freilassung auf. Aus Deutschland wird Radio-Propaganda der NSDAP nach Österreich übertragen, deutsche Flugzeuge werfen NS-Flugblätter über Österreich ab.²⁵ Die deutsch-österreichische Zusammenarbeit der Nationalsozialisten über die salzburgisch-bayerischen Grenze hinweg hat Tradition. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch Hitlers in München im November 1923 sind es Nationalsozialisten aus Deutschland, die nach Österreich flüchten, um hier Schutz zu finden.²⁶

Bei der letzten freien und geheimen Nationalratswahl der 1. Republik, der Nationalratswahl am 9. November 1930, kandidiert die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) – am Stimmzettel wird sie als "National- sozial. deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)"²⁷ angeführt – auch im Land Salzburg. Im gesamten Bundesland erreichen die Nationalsozialisten, so wie auch bundesweit, rund 3 Prozent der Stimmen. In Zell am See votieren bereits fast 10 Prozent für die "Hitlerbewegung".²⁸

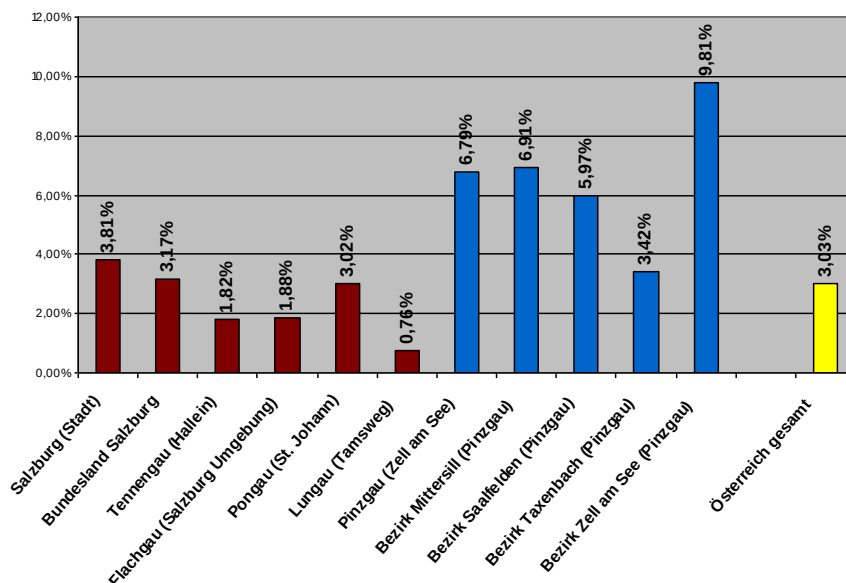
²⁵ vgl. Winfried R. Garscha: "Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938". In: Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, S 103, S 105

²⁶ vgl. Oskar Dohle: "Bomben, Böller, Propaganda. Der Aufstieg der NSDAP in Salzburg 1918-1938", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 82 ff

²⁷ Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrngasse 7, Abt. 35

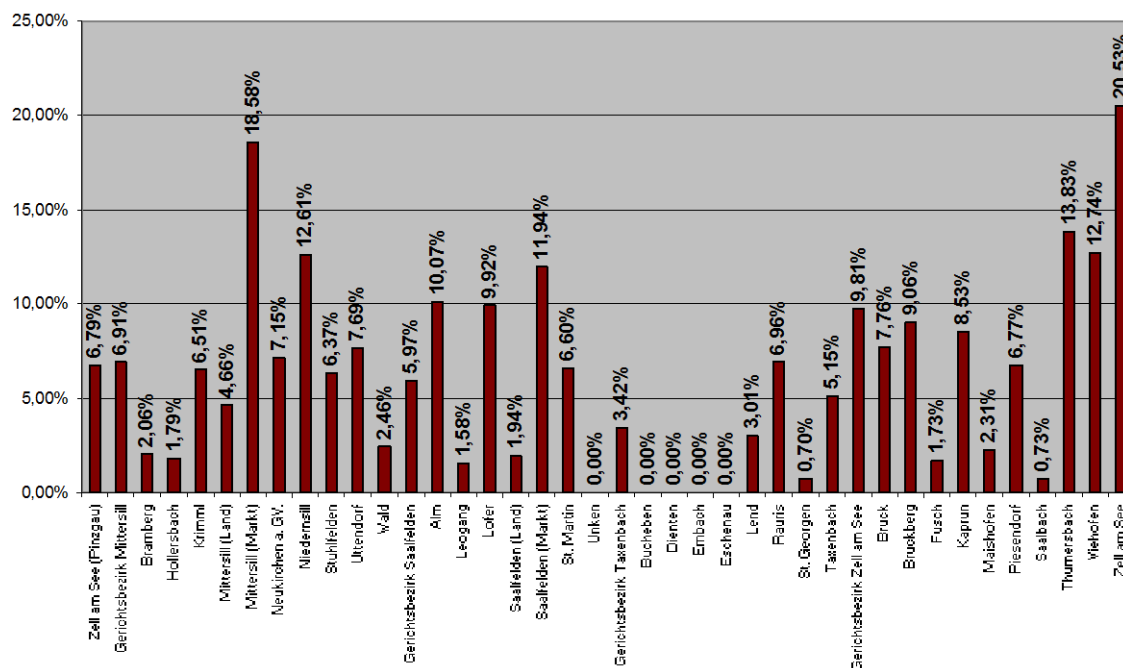
²⁸ Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930

Nationalratswahl 1930 (NSDAP in Salzburg und Österreich)



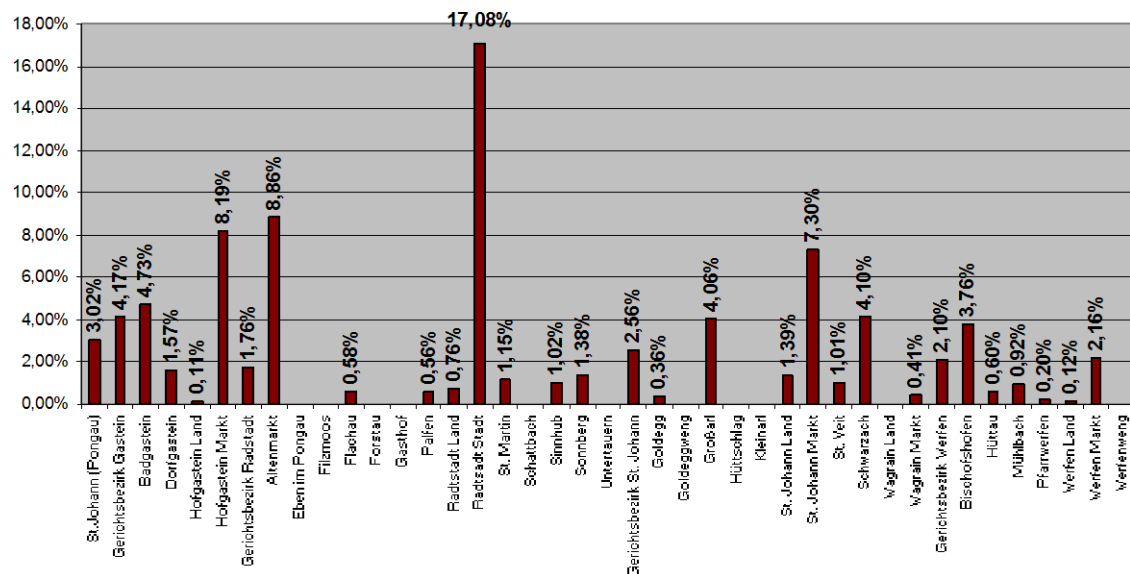
NSDAP 1930 in Salzburg und in Österreich, Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35

Nationalratswahl 1930 (NSDAP im Pinzgau)



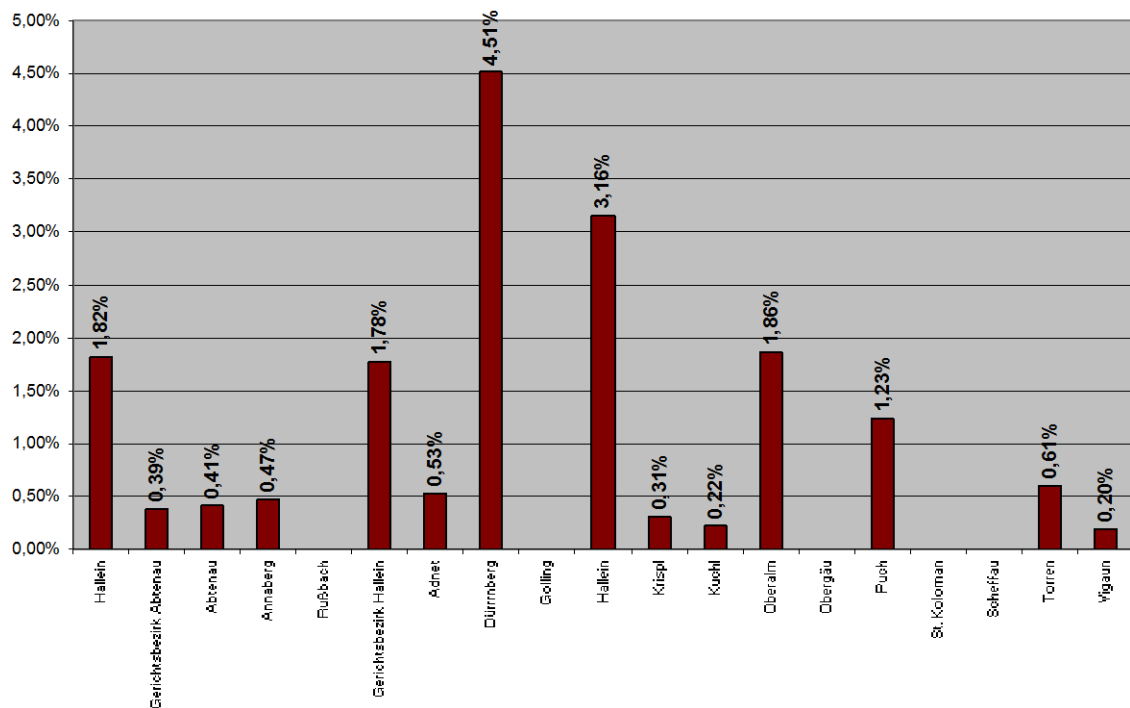
Pinzgau - Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35

Nationalratswahl 1930 (NSDAP im Pongau)



Pongau - Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35

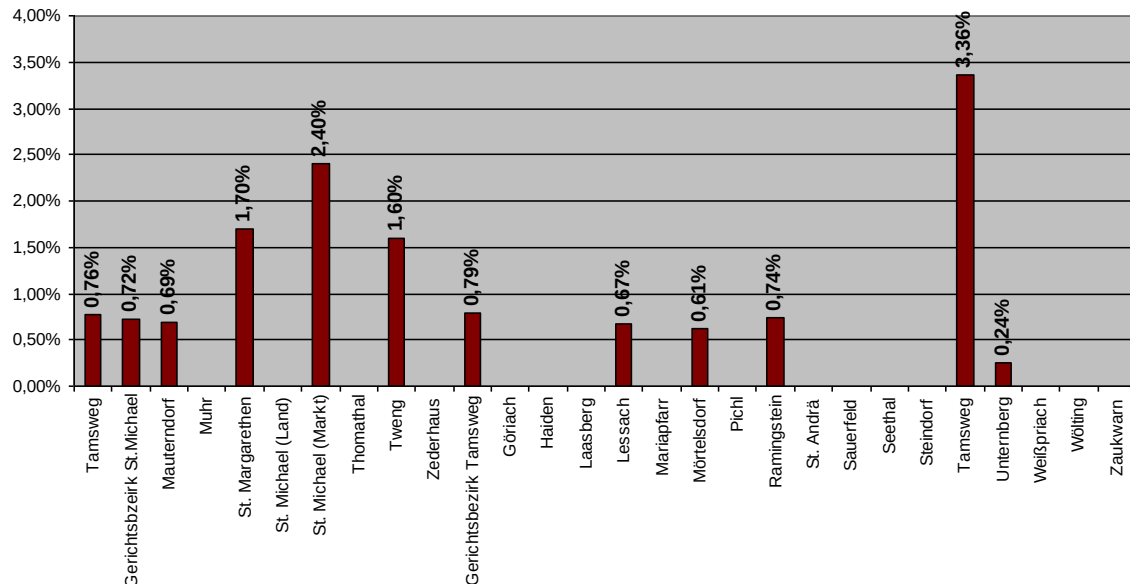
Nationalratswahl 1930 (NSDAP im Tennengau)



Tennengau - Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9.

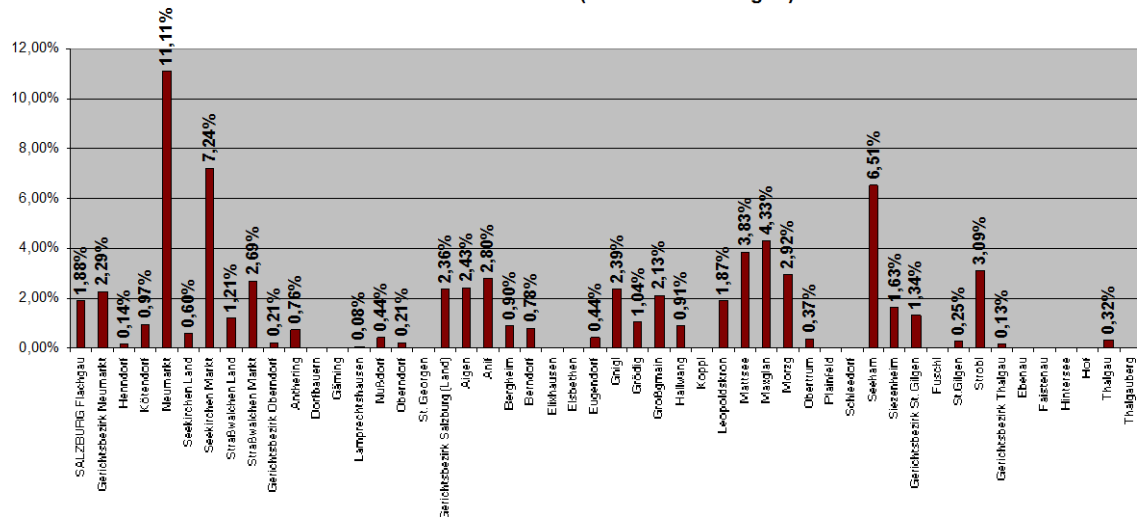
November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrngasse 7, Abt. 35

Nationalratswahl 1930 (NSDAP im Lungau)



Lungau - Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrngasse 7, Abt. 35

Nationalratswahl 1930 (NSDAP im Flachgau)



Flachgau - Quelle: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrngasse 7, Abt. 35

Am 30. März 1931 finden im Land Salzburg Gemeinderatswahlen statt. In Zell am See überholen die Nationalsozialisten die Sozialdemokraten. Von den 1.590 gültigen Stimmen

entfallen 505 auf die "Hitlerbewegung", 471 auf die Sozialdemokraten. Beide Fraktionen verfügen damit über 6 Mandate im Gemeinderat in Zell am See.²⁹ Fast jede dritte wahlberechtigte Stimme – 27,9 Prozent – wandert in der Bezirkshauptstadt des Pinzgaus zu den Nationalsozialisten. In Zell am See erreichen die Nationalsozialisten das beste Ergebnis im Land Salzburg. Laut Oskar Dohle sind es in Zell am See sogar 31,7 Prozent der Stimmen für die Nationalsozialisten³⁰. In Viehhofen erreicht die "Hitlerbewegung" 25 Prozent, in Mittersill 20 Prozent und in Saalfelden 18,4 Prozent.³¹

In den folgenden Monaten kommt es im Raum Zell am See immer wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und sozialdemokratischen Anhängern. Am 4. April 1931 wollen 34 Nationalsozialisten in Ferleiten eine Versammlung abhalten. Bei der Rückfahrt werden sie "von zirka 200 Arbeitern angegriffen, wobei im drauffolgenden Handgemenge eine Person schwer und vier Personen leicht verletzt wurden".³² In Zell am See kommt es am 24. September 1932 zu einer blutigen Saalschlacht zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Lokalorganisation der sozialdemokratischen Partei hat zu einer Versammlung mit dem Titel "Nationalsozialistische Demagogie" in das Parkhotel Zell am See eingeladen. Bei den darauf folgenden Auseinandersetzungen werden drei Menschen schwer und zehn leicht verletzt. Das Parkhotel in Zell am See wird dabei verwüstet.³³

Am 24. April 1932 finden in Salzburg, Wien und Niederösterreich Landtagswahlen statt. In Wien steigern sich die Nationalsozialisten im Vergleich zur Nationalratswahl 1930 von 2,1 Prozent auf 15,5 Prozent.³⁴ Auch in Salzburg sind die Stimmengewinne für die Nationalsozialisten beachtlich. Fast 5.000 PinzgauerInnen stimmen für die Nationalsozialisten. Der Aufstieg der "Hitlerbewegung" ist offensichtlich. Die "Salzburger Chronik" vom 25. April 1932 über den Wahlausgang der Landtagswahl vom Vortag:

²⁹ Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 279

³⁰ vgl. Oskar Dohle: "Bomben, Böller, Propaganda. Der Aufstieg der NSDAP in Salzburg 1918-1938", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 90

³¹ Dirk Hänisch: Die österreichischen NSDAP-Wähler; Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar, 1998 S 91

³² Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 282

³³ vgl. Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, S 285 ff

³⁴ vgl. Emmerich Talos, Walter Manoschek: Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. In: Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, S 6-28, hier S12

"...daß die nationalsozialistische Bewegung, besonders im Pongau und Pinzgau, auch in den Besitzstand der christlichsozialen Partei eingedrungen ist ... Es läßt sich nicht leugnen, daß die starke Agitation der Nationalsozialisten, die seit Jahren systematisch durch die Gebirgsgaue getragen wurde, diesen Enderfolg erzielt hat."³⁵

Der Ausgang der Landtagswahlen 1932 ist für die österreichische NSDAP ein großer Erfolg. Im Land Salzburg erreicht die NSDAP 20,81 Prozent. Dirk Hänisch: "Im Bundesland Salzburg erzielen sie ihr bestes Wahlergebnis."³⁶ Franz Schausberger sieht die starken nationalsozialistischen Gewinne aus dem Reservoir der Großdeutschen, der Christlichsozialen und des "Heimatblocks" (dem politischen Arm der bürgerlichen Heimwehren). Nur ein geringer Anteil kam nach Ansicht Schausbergers aus dem Lager des "Landbundes" (1919 als "Deutsche Bauernpartei" gegründet) und der Sozialdemokraten.³⁷

Laut Franz Schausberger sind die bisher in der Literatur publizierten Zahlen der Landtagswahl 1932 falsch, da sie nur die am Wahlabend veröffentlichten Ergebnisse wiedergeben und dabei die Ergebnisse kleiner Gemeinden fehlen. Schausberger bezieht sich auf die Zahlen des Salzburger Volksboten vom 1.5.1932. Ein offizielles Endergebnis wurde nie publiziert und ist auch im Wahlakt des Landesarchives unauffindbar.³⁸

Die Wahlergebnisse der Nationalsozialisten bei der Landtagswahl 1932 in den Salzburger Bezirken im Detail (Gewinn gegenüber der Nationalratswahl 1930):³⁹

³⁵ Zitiert In: Laurenz Krisch: Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und im Pinzgau, Eine empirische Analyse zur Struktur der NSDAP-Wählerschaft. Sonderdruck aus: Mitteilung der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 140. Vereinsjahr, Salzburg 2000, Selbstverlag der Gesellschaft, S 215 – 267, hier S 215

³⁶ Dirk Hänisch: Die österreichischen NSDAP-Wähler; Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien-Köln-Weimar: Böhlau 1998, S 96

³⁷ vgl. Franz Schausberger: Ins Parlament, um es zu zerstören: das "parlamentarische" Agi(ti)eren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg nach den Landtagswahlen 1932, Böhlau, Wien 1995 S 162

³⁸ Franz Schausberger: Ins Parlament, um es zu zerstören: das "parlamentarische" Agi(ti)eren der Nationalsozialisten S 159

³⁹ Franz Schausberger: Ins Parlament, um es zu zerstören: das "parlamentarische" Agi(ti)eren der Nationalsozialisten S 160 und "Salzburger Volksbote" vom 1. Mai 1932, Der Wahltag in Salzburg, Einzelergebnisse der Gemeinden.

Bezirk	Stimmen für NS	Prozent	Gewinn
Stadt Salzburg	6.232	29,0%	+24,6%
Flachgau	6.065	16,7%	+14,7%
Tennengau	2.056	15,8%	+14,1%
Pongau	3.484	17,5%	+14,3%
Pinzgau	4.959	25,3%	+17,0%
Lungau	1.329	22,5%	+21,4%
GESAMT	24.125	20,8%	

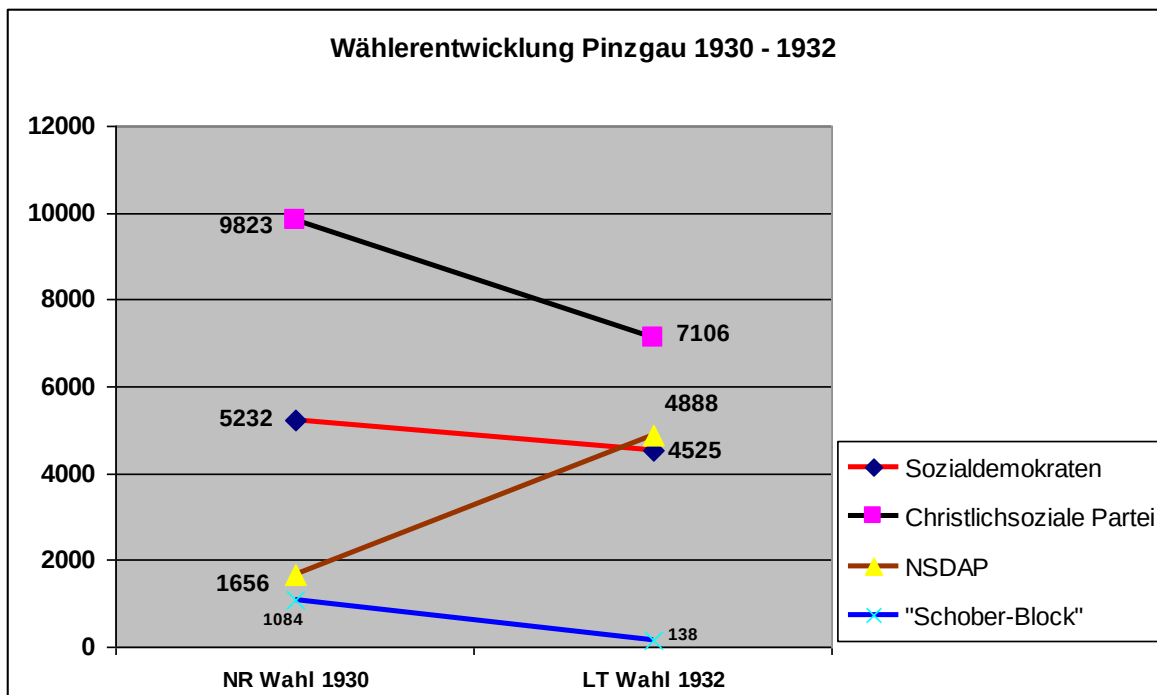
Auffallend sind hier neben der Stadt Salzburg und dem Pinzgau die überaus starken Gewinne der Nationalsozialisten im Bezirk Lungau. Dort können die Nationalsozialisten von 59 (Nationalratswahl 1930) auf 1.329 Stimmen (Landtagswahl 1932) erhöhen.

3.2.1 Die NSDAP im Bezirk Zell am See in den 30er Jahren

Die Entwicklung in einigen ausgewählten "Hochburgen" der Hitlerbewegung im Pinzgau zeigt, dass innerhalb von drei Jahren die Zahl jener, die den Nationalsozialisten ihre Stimme geben, enorm zunimmt. Bei der Nationalratswahl 1930 votieren im gesamten Pinzgau 1.656⁴⁰ Menschen für die Nationalsozialisten. Zwei Jahre später, bei der Landtagswahl 1932, stimmen bereits 4.959⁴¹ PinzgauerInnen für die "Hitlerbewegung".

⁴⁰ Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35

⁴¹ Salzburger Volksbote vom 1. Mai 1932, Der Wahltag in Salzburg, Einzelergebnisse der Gemeinden



Quellen: Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35 S 94 ff; Ferdinand Hölzl: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter; Eigenverlag des Autors, Zell am See, 1983, S 364

Anmerkung: Der "Schoberblock", benannt nach dem Listenführer Johann Schober, kandidierte bei der Nationalratswahl 1930 als "Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund", bei den Landtagswahlen 1932 als "Großdeutsche".

Die Wahlergebnisse der Landtagswahl 1932 in Salzburg sind lückenhaft und ungenau, ein amtliches Endergebnis liegt nicht vor. Franz Schausberger weist darauf hin, dass die bisherigen publizierten Ergebnisse falsch sind, weil sie vom Wahlabend stammen und kleinere Gemeinden fehlen. Darüber hinaus wurden Ergebnisse nachträglich geändert. Ein offizielles Endergebnis wird in der "Salzburger Landeszeitung" nie publiziert, im Wahlakt des Landesarchivs fehlen offizielle Endergebnisse. Schausberger bezieht sich auf die publizierten Ergebnisse im "Salzburger Volksboten" vom 1. Mai 1932.⁴² Auch diese Arbeit orientiert sich, sofern nicht anders gekennzeichnet, am Zahlenmaterial vom "Salzburger Volksboten". Die Zahlenangaben in der Literatur differieren daher leicht. Klar erkennbar – ob einige Stimme auf oder ab – ist der enorme Zuwachs an NSDAP-Stimmen zwischen der Nationalratswahl 1930 und der Landtagswahl 1932. Laurenz Krisch hat eine Analyse über Wahlmotive und Wahlverhalten in der Region Pinzgau und Pongau durchgeführt. Die

⁴² vgl. Franz Schausberger: Ins Parlament, um es zu zerstören: das "parlamentarische" Agi(ti)eren der Nationalsozialisten, S 159

Gruppe der "Großdeutschen" in der Region Pinzgau-Pongau zählt zu den großen Verlierern bei der Landtagswahl 1932. Die These, dass die Nationalsozialisten die Stimmen primär aus dem nationalen Lager erhalten, trifft allerdings nur für einige "Hochburgen" der Großdeutschen zu.⁴³

In der Region Pinzgau kann die "Hitlerbewegung" von allen politischen Lagern Stimmen gewinnen. Die starken Zuwächse zwischen 1930 und 1932 können nicht von einem Lager allein getragen werden. Die Christlichsozialen verlieren in der Region zwischen 1930 und 1932 insgesamt 2.717 WählerInnen, den Sozialdemokraten gehen 706 WählerInnen verloren. Die NSDAP gewinnt im Pinzgau 3.236 WählerInnen (siehe Abbildung Wählerentwicklung im Pinzgau). Einer der Gründe für die enormen Stimmengewinne ist die Grenznähe zu Bayern. Deutsche Nationalsozialisten sind bereits Anfang der 1930er Jahre aktiv in der Region tätig. Daneben gelingt es den Nationalsozialisten angesehene Gemeindebürger aus allen politischen und sozialen Lagern für die Partei zu gewinnen. Auch die einfache, schlichte und direkte Kommunikationsform der Nationalsozialisten in ihren Broschüren, Flugblättern und Plakaten trägt sicherlich dazu bei, dass Menschen in dieser sozial und wirtschaftlich schwierigen Situation der NSDAP ihre Stimme geben. Stellvertretend sei hier ein Wahlplakat aus dem Jahr 1932 angeführt. Auf dem Plakat sind Männer und Frauen aller sozialen Schichten, mit traurigem Gesicht zu sehen. Die Kohlezeichnung unterstreicht die Hoffnungslosigkeit. Der Text dazu - "Unsere letzte Hoffnung: HITLER".⁴⁴ Die NSDAP wird 1931 in Salzburg durch Gauleiter Karl Scharitzer neu organisiert, sie veranstaltet im gesamten Bundesland zahlreiche Wahlveranstaltungen. Neue, junge Kandidaten treten als Redner auf, die Veranstaltungen sind gut organisiert und geben den Eindruck von Aktivität und Mobilität. Auch wenn die Propagandamethoden weit nicht jene Effektivität und Qualität der NSDAP in Deutschland erreichen, sind sie trotzdem erfolgreich.⁴⁵ Die Strategie, mit zahlreichen Veranstaltungen Aktivität, Macht und Aufbruch zu demonstrieren wird von der NSDAP offensichtlich in ganz Österreich – selbst in den entlegensten Gebieten – erfolgreich angewendet. Stellvertretend sei hier der

⁴³ Laurenz Krisch: Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und im Pinzgau, Eine empirische Analyse zur Struktur der NSDAP-Wählerschaft. Sonderdruck aus: Mitteilung der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 140. Vereinsjahr, Salzburg 2000, Selbstverlag der Gesellschaft, S 215 – 267, hier S 225

⁴⁴ Wahlplakat der NSDAP 1932 <http://blog.emeidi.com/downloads/2007-11-14-unsere-letzte-hoffnung-hitler.jpg> (Heruntergeladen 25.1.2011)

⁴⁵ vgl. Franz Schausberger: Ins Parlament, um es zu zerstören. Das "parlamentarische" Agi(t)ieren der Nationalsozialisten, S 158

Bericht eines Bergbauerns aus Kärnten in den "Unterkärntner Nachrichten" vom 12. März 1932 angeführt:

"Es gibt heute keine Ortschaft mehr, auch im Gebirge nicht, wohin die Hakenkreuzler nicht kämen. Was uns Bergbauern von diesen Jungen nicht nur fernhält, sondern sie uns widerlich macht, ist ihr aufdringliches, abstoßendes Betragen, das ist ihre Keckheit..."⁴⁶

Für die nationalsozialistische Frau gibt es die Zeitschriften "Die Deutsche Frau" und "Frau und Welt", die während der Illegalität der NSDAP in Österreich als legale Propagandaorgane dienen. Damit ist einerseits der Informationsfluss gesichert und darüber hinaus können über die Zeitschriften verbotene Zusammenkünfte organisiert werden. So werden beispielsweise "Bunte Abende", "Gruppenreisen", "Müterschulungen" und andere Zusammenkünfte in Österreich veranstaltet. Damit war den NS-Frauen die Gelegenheit zu unauffälligen Zusammenkünften gesichert.⁴⁷

Nach Ansicht von Christian Klösch gewinnen die Nationalsozialisten vor allem die Jugendlichen. Die NS-Propaganda ist grenzenlos, kreativ und spricht offensichtlich Jugendliche besonders an. Kirchtürme und Schornsteine werden beispielsweise in Kärnten bereits in den frühen 1930er Jahren mit Hakenkreuzfahnen bestückt. Jugendliche malen nachts das NS-Symbol auf Felswände. Jungbauern streuen im Frühjahr mit Dünger das Hakenkreuz auf die Wiese, sodass dieses auch beim Ausmähen im Sommer noch gut sichtbar ist.⁴⁸ Jugendliche sind in den 1930er Jahren eine zentrale Zielgruppe der nationalsozialistischen Werbung. Die NSDAP wird in der Propaganda als Partei der Jugend dargestellt. Jugendliche, so Johanna Gehmacher, sind "Mittel und Ziel der Propaganda der Illegalen gleichermaßen".⁴⁹ Auch in Salzburg, so Oskar Dohle, werden diese Mittel erfolgreich angewendet. Die Propaganda und das radikale Konzept der Nationalsozialisten in Salzburg wirkt. Die ökonomischen und politischen Probleme der

⁴⁶ Unterkärntner Nachrichten, 12. März 1932, zitiert In: Christian Klösch: Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal. Czernin Verlag, Wien 2007 S 52

⁴⁷ vgl. Johanna Gehmacher: "Völkische Frauenbewegung", Deutschnationale und nationale Geschlechterpolitik in Österreich, Döcker Verlag, Wien 1998, S 201 ff

⁴⁸ vgl. Christian Klösch: Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal. Czernin Verlag, Wien 2007 S 67

⁴⁹ vgl. Johanna Gehmacher, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, Picus Verlag, Wien 1994 S 423

1930er Jahre sind ein idealer Nährboden für die "Hitlerbewegung". Zwischen Mai 1932 und April 1933 steigt die Anzahl der Ortsgruppen der NSDAP im Land Salzburg von 23 auf 123.⁵⁰

Im Juni 1933, nach dem Verbot der NSDAP in Österreich, wird die so genannte "Österreichische Legion" gegründet. Die paramilitärische Einheit von illegalen SA-Angehörigen besteht aus Tausenden ÖsterreicherInnen, die nach Deutschland flüchten. Der Sitz des Stabes befindet sich in München. Ein Vergleich der regionalen Herkunft der Salzburger Legionäre zeigt, dass – verglichen mit der Einwohnerzahl – die Anzahl der Legionäre aus dem Bezirk Zell am See über dem Landesdurchschnitt liegt. Hans Schafranek, der über eine Datenbank von rund 15.000 ÖsterreicherInnen in der "Österreichischen Legion" verfügt, hat unter anderem die regionale Herkunft der Legionäre untersucht. 1934 beträgt die Einwohnerzahl im Bezirk Zell am See 43.119. Der Legionärsanteil liegt 26 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Aus dem Bezirk Zell am See stammen 252 Legionäre. Zum Vergleich: Bezirk St. Johann, 115 Legionäre; Bezirk Tamsweg, 51 Legionäre; Bezirk Hallein, 130 Legionäre; Salzburg-Stadt, 220 Legionäre.⁵¹

Der Aufschwung der Nationalsozialisten in Deutschland nährt auch die Hoffnung der Nationalsozialisten in Österreich, dass die Machtübernahme unmittelbar bevorsteht. Eine deutsche Propagandaoffensive sowie der verstärkte nationalsozialistische Terror mit Bomben und Bölleranschlägen soll den Zusammenbruch der österreichischen Regierung im Jahr 1933 rasch vorantreiben.⁵²

Am 2. November 1933 werden in einem Inserat im wichtigsten Deutschen nationalsozialistischen Presseorgan, dem "Völkischen Beobachter", kostenlose Unterkünfte für junge Österreichflüchtlinge gesucht:

⁵⁰ vgl. Oskar Dohle: "Bomben, Böller, Propaganda. Der Aufstieg der NSDAP in Salzburg 1918-1938", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 93 und 98 ff

⁵¹ Hans Schafranek: "Militante NS-Aktivistinnen mit Rückzugsbasis: Salzburger bei der Österreichischen Legion", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 132 ff und S 159

⁵² vgl. Johanna Gehmacher, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, Picus Verlag, Wien 1994 S 300 ff

"Es handelt sich dabei um Jungen und Mädels, die in Österreich ihre Pflicht gegenüber der Bewegung in jeder Beziehung erfüllt haben und deshalb die Unterstützung in vollem Maße verdienen."⁵³

Damit wird ein klares Signal nach Österreich gesendet. Wer in Österreich als Nationalsozialist in Konflikt mit den österreichischen Behörden kommt, kann Hilfe in Deutschland finden. Die durch die Wirtschaftskrise bedingte Arbeitslosigkeit in Österreich trifft vor allem junge Menschen. Die meisten von ihnen sind von der staatlichen Unterstützung ausgeschlossen. Die Propaganda Deutschlands, für viele das "wirtschaftliche Wunderland", lädt zum "ausreisen und ausreißen"⁵⁴, wie Johanna Gehmacher es formuliert. Anfang 1936, so schätzt die österreichische Polizei, halten sich 36.000 aus Österreich geflohene Personen in Deutschland auf. Die meisten von ihnen werden von der höheren Hitler-Jugend-Führungsebene in Deutschland (einige von ihnen selbst ÖsterreicherInnen) gut betreut. So wird beispielsweise ein Matura-Lehrgang für Flüchtlinge aus Österreich angeboten und strafrechtlich verurteilte NationalsozialistInnen aus Österreich können beim deutschen Flüchtlingshilfswerk um Erholung ansuchen.⁵⁵

Beim organisierten Schmuggel von Waffen und Sprengstoff zwischen Österreich und Deutschland kommt es immer wieder zu Zwischenfällen mit Legionären. Im Pinzgau werden in den Orten Zell am See, Mittersill, Lend, Badgastein und Bischofshofen Stützpunkte errichtet, wo Sprengstoff und Waffen gelagert sind. Im Sommer 1934 werden von österreichischen Sicherheitsbehörden in der Region große Waffenlager ausgehoben. Die illegalen Nationalsozialisten ziehen sich über die Grenze nach Bayern zurück. Peter Harlander, Bauer aus Taxenbach, wird im Zuge dieser Aktion verhaftet. Auf seinem Hof wird ein Waffendepot gefunden. Harlander wird vom Landesgericht in Salzburg zum Tode durch den Strang verurteilt. Die geografisch günstige Lage des Pinzgaus mit dem alpinen Gelände spielt für die Kurierdienste der "Legion" eine wichtige Rolle. Die große Zahl der

⁵³ Hitlerjungen in Not. Völkischer Beobachter, 2.11.1933, zitiert In: Johanna Gehmacher, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, Picus Verlag, Wien 1994 S 323

⁵⁴ vgl. Johanna Gehmacher: "Fluchten, Aufbrüche. Junge Österreicher und Österreicherinnen im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938", In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Böhlau-Verlag, Wien/Köln/Weimar 1996, S 211-235, hier S 218

⁵⁵ vgl. Johanna Gehmacher: "Fluchten, Aufbrüche. Junge Österreicher und Österreicherinnen im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938", In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich, S 223 ff

Legionäre und die hohe Organisationsdichte in der Region sind sicherlich auch darauf zurückzuführen. Zwei führende Salzburger Legionäre stammen aus dem Pinzgau: Hermann Langhans aus Lend, geboren 1897, absolviert eine Militärschule in Hainburg. 1932 tritt er der NSDAP bei. Langhans wird mehrmals kurz inhaftiert und flieht 1934 nach Deutschland. Nach dem "Anschluß" 1938 ist Langhans Oberstleutnant der Schutzpolizei in Salzburg. Ein weiterer führender Legionär stammt aus Niedernsill: Dr. Franz Lorenz, auch 1897 geboren, absolviert die Realschule und die Universität Innsbruck. 1931 tritt er der NSDAP bei. Auch er verbringt mehrere Wochen in Polizeiarrest und flüchtet nach Deutschland. 1938 kommt er nach Salzburg und wird Bürgermeister der Stadt Salzburg. 1943 endet seine politische Karriere. Nachdem Unregelmäßigkeiten bei den Lebensmittelkartenzuteilungen entdeckt werden, wird er wegen Amtsmissbrauchs angeklagt und an die Ostfront versetzt. 1952 wird Lorenz wieder in den Dienst der Stadt Salzburg aufgenommen. Er wird Leiter des Jugendamtes. Lorenz stirbt 1957 in Salzburg.⁵⁶

Im Oktober 1936 wird in Saalfelden von der Postdirektion ein unzustellbares Paket geöffnet. Darin werden mehrere nationalsozialistische Broschüren mit dem Titel "Der Deutsche Junge" gefunden. Der 18jährige Tischlergehilfe Tassilo Eigl wird festgenommen. Seine Aussagen und die Geständnisse einiger seiner Kameraden, führen, so Johanna Gehmacher, zur größten Aufdeckung der Hitler-Jugend in "der gesamten Periode der Illegalität – zumindest, was die Zahl der angezeigten Personen betrifft."⁵⁷ Gruppen der Hitler-Jugend in Saalfelden, Zell am See, Kaprun, Taxenbach, Rauris und Taxenbach werden ausgehoben. Rund 70 ausschließlich junge Leute, hauptsächlich Lehrlinge, werden angezeigt. Auch der mutmaßliche Führer der Hitler-Jugend in Zell am See, der 19jährige Robert Rieser, Angestellter im Grandhotel, legt ein umfassendes Geständnis ab. Ein von der Gendarmerie bei ihm beschlagnahmter Lageplan gibt Einblick in die Struktur der illegalen Hitler-Jugend im gesamten Pinzgau. Der Ober-, Mittel- und Unterpinzgau wird systematisch in Hitler-Jugendgruppen unter dem Namen "Gefolgschaft" eingeteilt: "Gefolgschaft I" (Zell am See, Kaprun, Schüttdorf, Bruck Taxenbach, Rauris und Lend), "Gefolgschaft II" (Saalfelden, Maishofen, Weisbach, Lofer und Unken), Gefolgschaft III" (Mittersill, Stuhlfelden, Uttendorf, Niedernsill und Piesendorf). In einigen Orten werden

⁵⁶ vgl. Hans Schafranek: "Militante NS-Aktivisten mit Rückzugsbasis: Salzburger bei der Österreichischen Legion", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 132, S 147, S 150 ff

⁵⁷ Johanna Gehmacher, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, Picus Verlag, Wien 1994 S 347 ff

aktive Gruppen der Hitler-Jugend aufgedeckt. Auffallend dabei ist die systematische und flächendeckende Organisation eines gesamten politischen Bezirks durch die Hitler-Jugend. Die meisten von ihnen sind lohnabhängige Jugendliche. Die ökonomische Abhängigkeit, das Angebot von Schuhen, Kleidern und einer regelmäßigen Mahlzeit, begünstigen bei einigen Jugendlichen die ideologische Bindung.⁵⁸

Mit dem Juliabkommen 1936 zwischen Österreich und dem "Deutschen Reich" entschärft sich die politische Lage zwischen den beiden Ländern. Die bisherigen strengen Grenzkontrollen waren aus Sicht des "Deutschen Reiches" vor allem aus wirtschaftlichen Überlegungen notwendig, um dem österreichischen Tourismus und damit der heimischen Wirtschaft zu schaden. Österreich wollte mit den bisherigen strengen Reisebestimmungen die enge illegale Zusammenarbeit der österreichischen und deutschen Nationalsozialisten eindämmen. Ab 1936 ist ein weitgehend ungehinderter Reiseverkehr österreichischer StaatsbürgerInnen ins nationalsozialistische Deutschland möglich. In einem geheimen Zusatzprotokoll des Juliabkommens verpflichtet sich die österreichische Regierung rund 550 Rückkehrwillige aus Deutschland zu überprüfen. Die Flüchtlinge aus dem "Reich" sollten weder gerichtlich noch polizeilich verfolgt werden.⁵⁹

Der Bericht des Gauorganisationsleiters von Salzburg, Karl Feßmann,⁶⁰ vom 31. Jänner 1938, dokumentiert, wie gut organisiert die Partei bereits Monate vor dem so genannten "Anschluß" im gesamten Land Salzburg ist. Neben dem Gauleiter und seinem Stellvertreter verfügt die Partei über 14 Mitglieder der Gauleitung. Fünf Kreisleiter und mehr als 400 Bezirks-, Sektions- und Ortsgruppenleiter sind für die Verbindung zu den rund 8.000 Parteimitgliedern in Stadt und Land Salzburg zuständig:

"...Der Gau war nach den Bezirkshauptmannschaften eingeteilt, der Kreis I, Salzburg-Stadt, wurde von einem Kreisleiter,

⁵⁸ vgl. Johanna Gehmacher, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich, S 350, S 352

⁵⁹ vgl. Johanna Gehmacher: "Fluchten, Aufbrüche. Junge Österreicher und Österreicherinnen im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938", In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich, S 213 und S 228

⁶⁰ SLA, P.-Archiv, Karton 4, Misc. Arch.11, Schriftstücke der NSDAP 1920-1938, Abschrift (Auszug) aus "Bericht über die Organisation des Gau's Salzburg", um 1938 von K. Feßmann, masch., 2 S., hier S 1; zitiert In: Peter F. Kramml: "'Doppelherrschaft', NS-Machtergreifung und 'Anschluß'", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 168 ff

vier Bezirksleiter, zwölf Sektionsleiter und 103 Blockwarte organisiert. Die Gliederungen und angeschlossenen Verbände zählten: SA ca. 1600 Mann (eine SA-Brigade mit drei Standarten, sieben Sturmabteilungen und 28 Stürmen), SS ca. 500 Mann (eine SS-Standarte), HJ 450, BDM 360, Jungvolk 130, NSBO [NS-Betriebszellenorganisation Anm. RL] ca. 400, NS-Lehrerbund 128, NS-Ärztebund 34, NS-Juristenbund 31, NS-Kulturbund 51 und NS-Frauenschaft 1100 Mitglieder..."⁶¹

Wochen später, im März 1938, kann die bis dahin in der Illegalität agierende Organisation aus dem Untergrund treten. Die Vorarbeiten haben sich gelohnt. Nach dem "Anschluß" verfügt die NSDAP in Salzburg über eine funktionierende, straffe Parteiorganisation.

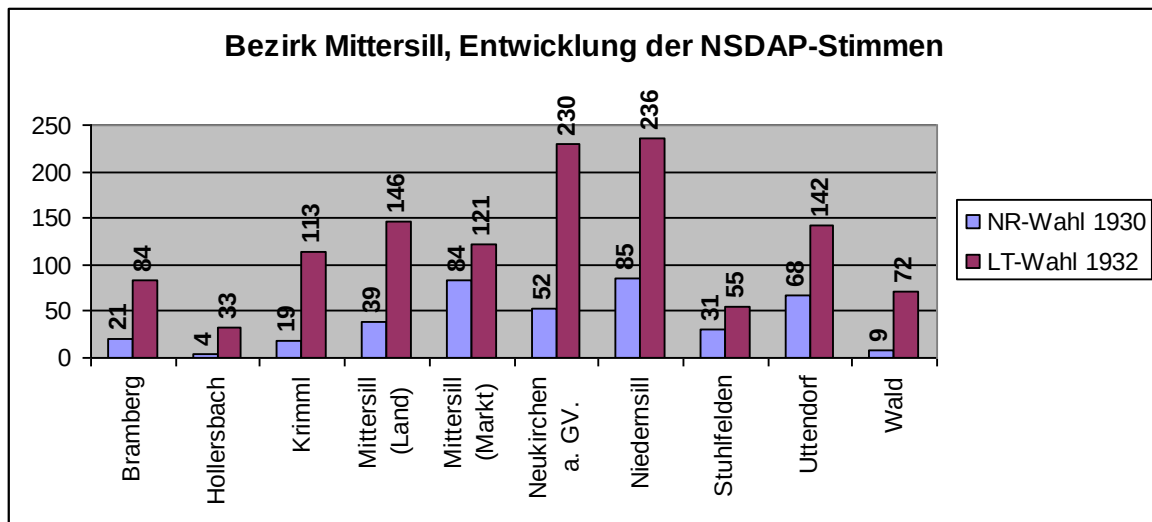
3.2.1.1 Gerichtsbezirk Mittersill

Der westliche Gerichtsbezirk Mittersill erstreckt sich von Niedernsill bis nach Krimml. Er grenzt direkt an Tirol. Über die Krimmler Tauern gibt es einen alten Handelsweg nach Südtirol. Die Gemeinden in dem wohl engsten Teil der Region leben vor allem vom Tourismus (Krimmler Wasserfälle, Großglockner etc.) und der Landwirtschaft. Die auffallenden Stimmengewinne in Neukirchen und Niedernsill können nur mit regionalen Persönlichkeiten vor Ort erklärt werden. Der 58-jährige Johann Schwarzenbacher "Brielbauer", Kleinbauer aus Neukirchen am Großvenediger, sei hier als Beispiel angeführt. Er kandidiert bei der Landtagswahl 1932 für die NSDAP.⁶² Aus Hollersbach stammt ein NSDAP-Kandidat für die Wahl 1932: der 72-jährige Matthias Kantner, auch er ist Bauer und Mühlenbesitzer.⁶³ In diesem Gebiet sind es offenbar eher Bauern, die für die NSDAP eintreten.

⁶¹ Peter F. Kramml: "'Doppelherrschaft', NS-Machtergreifung und 'Anschluß'", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 168 ff

⁶² Salzburger Landeszeitung, 19. April 1932 S 1

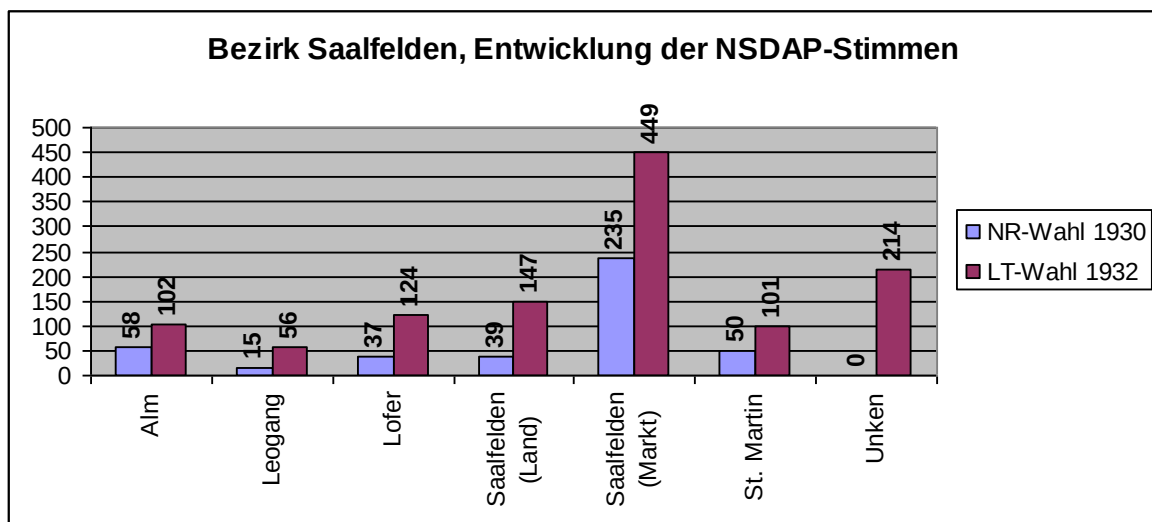
⁶³ Salzburger Landeszeitung, 19. April 1932 S 1



Quellen: "Salzburger Volksbote", 1. Mai 1932, Nr 18, S 6; Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35.

3.2.1.2 Gerichtsbezirk Saalfelden

Der nördliche Gerichtsbezirk Saalfelden, direkt an der bayrischen Grenze, ist zentraler Bahnknotenpunkt Richtung Bayern und Tirol. Auch hier sind lokale NSDAP-Funktionäre offensichtlich für die Stimmenzuwächse verantwortlich: der 37-jährige Hans Dözelmüller, Gast- und Landwirt aus Saalfelden und der 48-jährige Ludwig Haider, Uhrmacher aus Unken bei Lofer, kandidieren 1932 für die Landtagswahl.⁶⁴

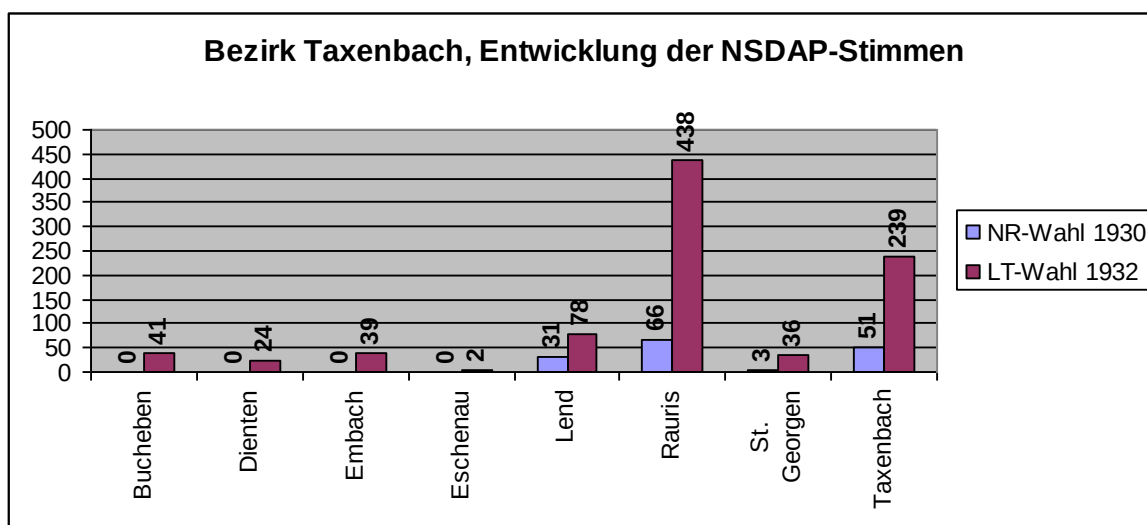


Quellen: "Salzburger Volksbote", 1. Mai 1932, Nr 18, S 6; Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35.

⁶⁴ Salzburger Landeszeitung, 19. April 1932 S 1

3.2.1.3 Gerichtsbezirk Taxenbach

Der südliche Gerichtsbezirk Taxenbach, an der Westbahn gelegen, verfügt über den einzigen Industrieort Lend. Dort ist die Aluminium Gesellschaft beheimatet. Hier ist am deutlichsten die Bedeutung lokaler, charismatischer Persönlichkeiten zu erkennen. Während in der gesamten Region die NSDAP-Zugewinne bescheiden ausfallen, fällt Rauris mit seinen mehr als 400 NSDAP-Stimmen auf. Aus Rauris kommt der 38-jährige Schmiedemeister Franz Koweindl. Er ist Kandidat für die Landtagswahl 1932.⁶⁵



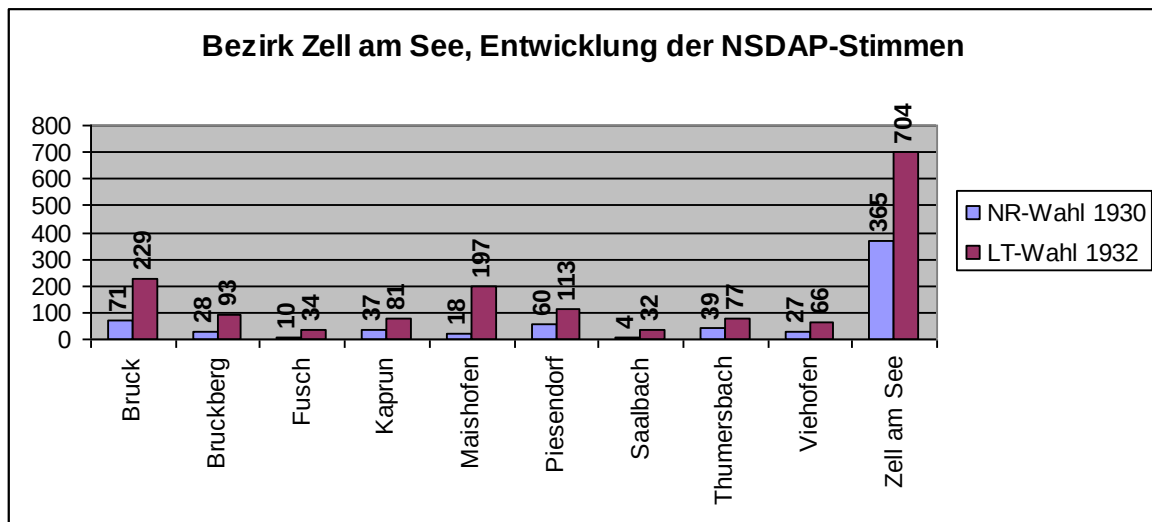
Quellen: "Salzburger Volksbote", 1. Mai 1932, Nr 18, S 6; Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35.

3.2.1.4 Gerichtsbezirk Zell am See

Der größte und urbanste Gerichtsbezirk Zell am See, verfügt mit Kaprun, Saalbach und Zell am See über größere Gemeinden. Am Zeller See liegend, ist Zell am See sowohl im Winter, wie auch im Sommer Anziehungspunkt zahlreicher TouristInnen, vor allem aus Wien (Zell am See liegt direkt an der Westbahn) und Deutschland. Die Wahlergebnisse der NSDAP im Ort Zell am See sind auffallend. Mehr als 700 Menschen votierten bei der Landtagswahl 1932 für die NSDAP. Das entspricht einem Wähleranteil von 20,53 Prozent. Damit zählt Zell am See zu den Hochburgen der Nationalsozialisten. Auch aus dieser Region stammen zwei NSDAP-Kandidaten: der 30jährige Bruno Streyhammer,

⁶⁵ Salzburger Landeszeitung, 19. April 1932 S 1

Sägearbeiter aus Viehhofen und der 43-jährige Rupert Lanner, Schuhmachermeister aus Zell am See.⁶⁶



Quellen: "Salzburger Volksbote", 1. Mai 1932, Nr 18, S 6; Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35.

3.3 Sozialstruktur der NSDAP im Pinzgau in den 30er Jahren

Eine Aufgliederung der amtsbekannten Nationalsozialisten im Bezirk Zell am See vom Jänner 1938 nach Berufsgruppen zeigt, dass die Gruppe der Selbständigen und Gewerbetreibenden überproportional, aber auch alle anderen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen in der "Hitlerbewegung" vertreten sind.

Beruf	Anzahl
Selbständige, Gewerbetreibende	35
Gelernte Arbeiter	29
Hilfsarbeiter	16
Angestellte	9
Beamte	4
Bauern	2
Studenten	1
Gesamt	96

Quelle: SLA, BH-Zell/See, K 641, A1/4171/38⁶⁷

⁶⁶ Salzburger Landeszeitung, 19. April 1932 S 1

⁶⁷ Hanisch, Ernst: "Gau der guten Nerven", Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938-1945, Pustet, 1997, S 55

Ist die NSDAP im Pinzgau, wie Ernst Hanisch fragt, die "Partei der Rechtsanwälte, Apotheker, Notare, Unternehmer?"⁶⁸ Und trifft es zu, wie Stadler/Mooslechner meinen, dass im Pinzgau die "bäuerlichen Elemente" bei den Nationalsozialisten fehlen?⁶⁹ Eine der umfangreichsten Arbeiten über die Struktur der österreichischen NSDAP-Wählerschaft stammt von Dirk Hänisch, der die Wählerströme von rund 4.000 Gemeinde- und Städtedaten analysiert und ausgewertet hat. Laut Hänisch sind Angestellte und öffentlich Bedienstete die Hauptträger der heimischen Nationalsozialisten. Bauern und Mithelfende, so seine Analyse, sind hingegen eklatant unterrepräsentiert.⁷⁰ Gerhard Botz hingegen sieht in der Bauernschaft sowie in privaten und öffentlichen Angestellten "die wichtigsten sozialen Trägergruppen des österreichischen Antisemitismus und Nationalsozialismus."⁷¹ Botz verwendet dafür den Begriff der "asymmetrischen Volkspartei".⁷² Jürgen W. Falter bezeichnet die NSDAP als eine "Volkspartei des Protests"⁷³ und dieser Protest ist wohl in allen gesellschaftlichen Gruppen zu finden.

Auffallend ist der geringe Anteil der Bauern in der von der Bezirkshauptmannschaft Zell am See erstellten Liste über amtsbekannte NSDAP-Aktivisten im Pinzgau. Die Zahlen sind allerdings sehr mit Vorsicht zu genießen. Bauern sind offensichtlich weitaus vorsichtiger, sich politisch öffentlich zu positionieren. Faktum ist, dass im Pinzgau auch Bauern (Bsp. Gerichtsbezirk Mittersill) für die NSDAP aktiv tätig sind und als Kandidaten für die Partei zur Verfügung stehen. Die NSDAP Kandidaten bei der Landtagswahl 1932 aus dem Pinzgau zeigen, dass alle sozialen Gruppen von der Hitlerbewegung angesprochen werden konnten. Von Arbeitern, Unternehmern und Bauern: Franz Koweindl (1894), Schmiedemeister aus Rauris; Johann Schwarzenbacher (1874) "Brielbauer", Kleinbauer aus Neukirchen am Großvenediger; Bruno Streyhammer (1902), Sägearbeiter aus Viehhofen; Matthias Kantner (1860), Bauer und Mühlenbesitzer aus Hollersbach; Hans Dözel Müller (1895), Gast- und Landwirt aus Saalfelden; Ludwig Haider (1884),

⁶⁸ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 56

⁶⁹ vgl. Robert Stadler; Michael Mooslechner: St. Johann/PG 1938-1945, S 30

⁷⁰ vgl. Dirk Hänisch: Die österreichischen NSDAP-Wähler; Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien-Köln-Weimar: Böhlau 1998, S 402

⁷¹ Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, S 136

⁷² Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, S 284

⁷³ Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. Verlag C.H.Beck, München 1991 S 365

Uhrmacher aus Unken bei Lofer; Rupert Lanner (1889), Schuhmachermeister aus Zell am See.⁷⁴

3.4 NSDAP – Die Männerpartei im Pinzgau

Die Frage des Geschlechts der NSDAP-WählerInnen wird von HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen bereits in den frühen 1930er Jahren geführt. Jürgen W. Falter geht in seinem 1991 erschienenen Werk der Frage nach, ob "Hitler und seiner Bewegung schon früh weibliche Wähler geradezu in Scharen zugeströmt seien."⁷⁵ Hitler, der die Frauenherzen erobert? Jürgen W. Falter, der die Wahlen in Deutschland in den 1920er und 1930er Jahren analysiert, kommt zu folgendem Schluss: "Der Versuch, den schnellen Aufstieg der NSDAP zwischen 1928 und 1930 rechnerisch vor allem auf den Zustrom weiblicher Wählerinnen zurückzuführen, (...) muß angesichts dieser Ergebnisse als verfehlt erscheinen."⁷⁶ Interessant ist die Beobachtung Falters, der im katholischen Milieu den Überhang von männlichen NSDAP-Wählern erkennt, während in evangelischen Regionen ab 1933 ein leichter Überhang von weiblichen NSDAP-Wählerinnen zu erkennen ist.⁷⁷

Der Pinzgau ist klar als katholische Region zu sehen. Ein Vergleich der NSDAP-Wähler im Verhältnis zu den wahlberechtigten Männern und der NSDAP-Wählerinnen im Vergleich zu den wahlberechtigten Frauen bei der Nationalratswahl 1930 und der Landtagswahl 1932 zeigt, dass die NSDAP im Pinzgau eine "Männerpartei" ist. Auch Laurenz Krisch, der 71 Gemeinden in der Region Pinzgau und Pongau ausgewertet hat, kommt in seiner Arbeit über das Wahlverhalten in der Region zum Schluss, dass die NSDAP eine "Männerpartei" war. Frauen waren bei den Christlichsozialen und im Lager der NichtwählerInnen überproportional zu finden.⁷⁸

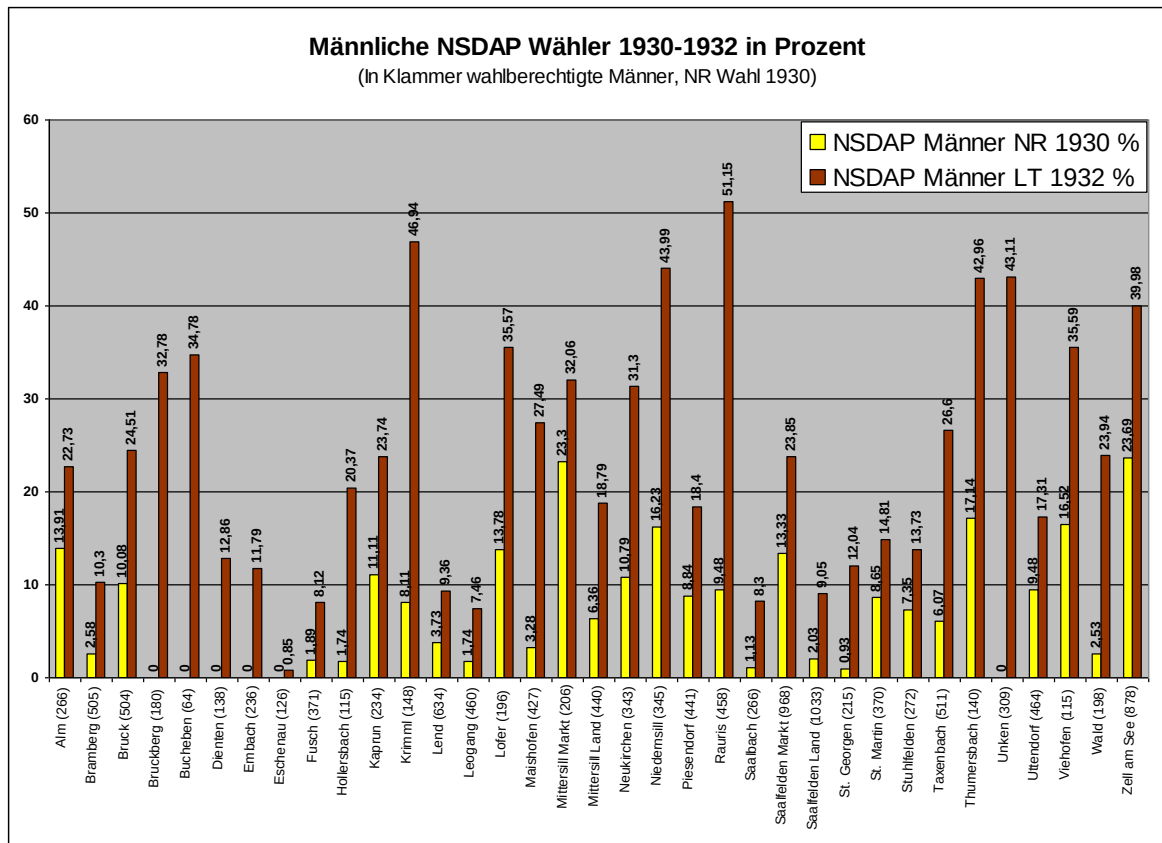
⁷⁴ vgl. SLZ, 19. April 1932 In: Laurenz Krisch: Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und im Pinzgau, S 215 – 267, hier S 252

⁷⁵ Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. Verlag C.H.Beck, München 1991, S 136

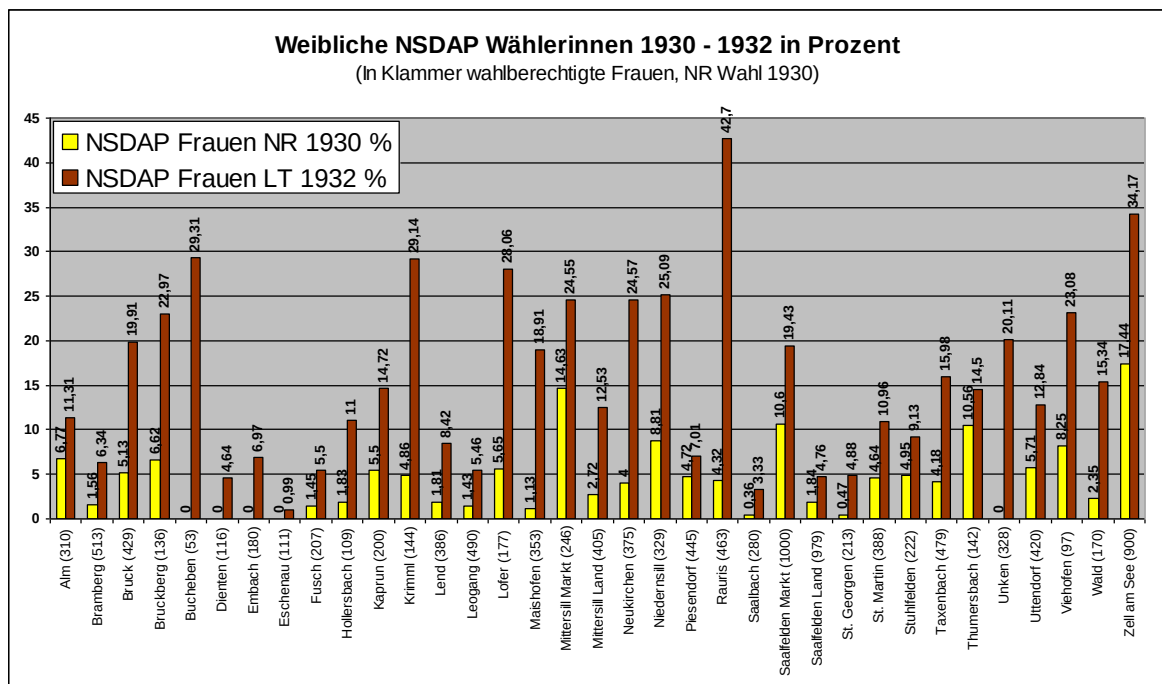
⁷⁶ Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. Verlag C.H.Beck, München 1991 S 143

⁷⁷ vgl. Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. Verlag C.H.Beck, München 1991 S 154 ff

⁷⁸ vgl. Laurenz Krisch: Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und im Pinzgau, S 215 – 267, hier S 238



Quelle: Laurenz Krisch: Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und im Pinzgau, S 262



Quelle: Laurenz Krisch: Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und im Pinzgau, S 266

Johanna Gehmacher zur Frühphase der österreichischen Partei: "Die frühe österreichische NSDAP wurde von ihren Funktionären – durchaus mit Selbstzufriedenheit – nicht nur als eine von Männern beherrschte, sondern auch als eine vor allem von Männern gewählte Partei gesehen"⁷⁹. Gezielte Wahlwerbung für Frauen gilt in der NSDAP offensichtlich für entbehrlich. In der NS-Wahlwerbung 1932 werden Frauen ganz selten direkt als Zielgruppe angesprochen. Frauen werden als Kandidatinnen für die Partei abgelehnt. Trotzdem sei an dieser Stelle angemerkt, dass es der NSDAP bei den Wahlen 1932 – vor allem in Wien – gelang, Frauen wie Männer für die Wahl zu mobilisieren.⁸⁰

4 "Der Anschluss"

4.1 Die Machtübernahme der Nationalsozialisten

Bei Berchtesgaden in Bayern, rund 15 Kilometer von der Salzburger Landesgrenze entfernt, erwirbt Reichskanzler Adolf Hitler im Sommer 1933 den Berghof Obersalzberg und lässt ihn zu einer repräsentativen Residenz umbauen. Nach der Vertreibung der BewohnerInnen des Bergdorfes erklären die Nationalsozialisten den Ort als "Führersperrgebiet". Führende Nationalsozialisten (Hermann Göring, Martin Bormann, Albert Speer etc.) siedeln sich im Ort an. Der Berghof wird neben Berlin zur zweiten Schaltstelle der Macht Hitlers.⁸¹

Im Juli 1934 wird Bundeskanzler Engelbert Dollfuß bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten vom Putschisten Otto Planetta im Bundeskanzleramt ermordet. Dollfuß selbst hat das Parlament ausgeschaltet und alle Parteien verboten. Ihm folgt der autoritäre Bundeskanzler Kurt Schuschnigg.⁸² Der "Juliputsch" der Nationalsozialisten wird nach mehreren Tagen von regierungstreuen Sicherheitskräften niedergeschlagen. Schauplatz der Kämpfe sind vor allem die Bundesländer Kärnten, Steiermark und Oberösterreich. Aus Salzburg werden kleinere Aufstände gemeldet. Insgesamt sterben in Österreich rund 200 Menschen, 13 nationalsozialistische Putschisten werden hingerichtet, rund 4.000

⁷⁹ Johanna Gehmacher: "Völkische Frauenbewegung", Deutschnationale und nationale Geschlechterpolitik in Österreich, Döcker Verlag, Wien 1998, S 140

⁸⁰ vgl. Johanna Gehmacher: "Völkische Frauenbewegung", S 140 ff und 154

⁸¹ vgl. Ständige Ausstellung des Institutes für Zeitgeschichte München- Berlin in Berchtesgaden. In: http://www.obersalzberg.de/cms_d/content/de_ausstellung_exponatverzeichnis/ (Heruntergeladen 7.4.2008)

⁸² vgl. Christian Klösch: Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal. Czernin Verlag, Wien 2007 S 79 ff, 81

Nationalsozialisten werden in Anhaltelager eingewiesen. In der Stadt Salzburg kommt es zu einer großen Verhaftungswelle. Rund 200 Nationalsozialisten werden in Polizeikasernen und der Festung Hohensalzburg inhaftiert.⁸³ Die meisten Todesopfer fordern die Julitage in der Steiermark: 96 Steirer werden getötet. In Kärnten sterben 81 Menschen bei diesem Putschversuch. Im Bundesland Salzburg sind insgesamt 16 Todesfälle verzeichnet. Besonders im Flachgau kommt es in einigen Orten zu blutigen Ausschreitungen. In den restlichen Teilen des Landes Salzburg bleibt es während des Juliputsches weitgehend ruhig.⁸⁴

Alle Parteien bleiben in den folgenden Jahren verboten. Medien, Zeitungen, Rundfunk und Film werden gleichgeschaltet. Zensur wird angewendet, die Opposition ist ausgeschaltet. Für die Umsetzung seines Gestaltungsanspruches werden im Austrofaschismus unterschiedliche Instrumente der Repression mit dem Ziel der Gleichschaltung angewendet.⁸⁵ Die österreichische Diktatur dauert vier Jahre und wird nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten 1938 von der Diktatur der Nationalsozialisten abgelöst.

Der "Anschluss" Österreichs an das "Deutsche Reich" im Jahr 1938 erfolgt ohne militärischem Widerstand. Die Bilder jubelnder Menschen in ganz Österreich gehen um die Welt. Bundeskanzler Schuschnigg hätte 1938 möglicherweise noch die Unterstützung der unterdrückten Arbeiterbewegung für den Kampf um ein unabhängiges Österreich erhalten. Trotzdem entscheidet er sich, eine Volksbefragung für die Unabhängigkeit Österreichs abzuhalten. Dazu Norbert Schausberger: "Damit war es Schuschnigg selbst, der den letzten Akt im österreichischen Drama auslöste."⁸⁶ Deutsche Truppen marschieren im März 1938 in Österreich ein. Die Vereinigung Österreichs mit den "Deutschen Reich" wird von langer Hand vorbereitet. Adolf Hitler bezeichnet vor seiner Machtübernahme 1933 in Deutschland die Vereinigung als "eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe".⁸⁷ Bereits zwölf Jahre vor dem tatsächlichen "Anschluss" erklärt Adolf

⁸³ vgl. Peter F. Kramml: "'Doppelherrschaft', NS-Machtergreifung und 'Anschluß'", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 165

⁸⁴ vgl. Kurt Bauer: Elementar-Ereignis, Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Czernin Verlag, Wien 2003, S 308 und 325

⁸⁵ vgl. Emmerich Talos: "Das austrofaschistische Herrschaftssystem". In: Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, S 413

⁸⁶ "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternützner, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 15

⁸⁷ Norbert Schausberger: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Heinz Arnberger, Winfried R. Garscha, Christa Mitternützner, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 3

Hitler 1926 in Passau: "Man wird einst auch nicht lange das österreichische Parlament fragen, wenn die sonstigen Umstände günstig sind, sondern vollzieht den Anschluß durch die Tat."⁸⁸ Die Nationalsozialisten haben politische und wirtschaftliche Interessen an Österreich. Besonders groß ist das Interesse an den Rohstoffen sowie den Wirtschaftsbetrieben im Alpenland. 1936 meldet die NS-Propaganda, dass "der Führer die einzelnen Probleme in einer bestimmten Reihenfolge" anfassen und Österreich zu den "nächsten Opfern" zählen werde.⁸⁹ Ermuntert durch die Wirtschaftskrise versucht das nationalsozialistische Deutschland einen Wirtschaftsraum im Mittel- und Südosteuropa zu schaffen. Der wirtschaftliche "Anschluss" Österreichs ist nur ein erster Schritt, um den politischen "Anschluss" umzusetzen. Hinter dem Anschlussgedanken steckt ein klares machtpolitisches Kalkül: Neben der Tschechoslowakei, Südosteuropa und Polen bildet Österreich das regionale Umfeld für die weitere Eroberung Osteuropas.⁹⁰

4.2 Der Einmarsch deutscher Truppen in Salzburg

"...Ich habe mich daher entschlossen, den Millionen Deutschen in Österreich nunmehr die Hilfe des Reiches zur Verfügung zu stellen. Seit heute morgen marschieren über alle Grenzen Österreichs die Soldaten der deutschen Wehrmacht!..."
Berlin, den 12. März 1938, Adolf Hitler⁹¹

So heißt es in einem Auszug aus der Proklamation Adolf Hitlers. Am Vormittag des 12. März 1938 marschieren deutsche Truppen in der Stadt Salzburg ein. Es ist ein kalter Märzsamstag. Die Temperatur liegt knapp über dem Gefrierpunkt. Das Thermometer zeigt plus 1 Grad, der Himmel ist leicht bewölkt. Erst am Nachmittag werden schwere Wolken aufziehen. Schnee liegt in der Luft.⁹² Viele SalzburgerInnen jubeln. In zahlreichen Geschäften hängen Bilder mit dem Portrait von Adolf Hitler. Die Fahnenfabriken machen ein gutes Geschäft. Bereits nach wenigen Stunden sind alle Hakenkreuzfahnen ausverkauft.

⁸⁸ "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, S 3

⁸⁹ vgl. "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, S 8

⁹⁰ vgl. Hanns Haas: "Der 'Anschluss'", In: NS Herrschaft in Österreich, Ein Handbuch, (Hg.) Talos, Hanisch, Neugebauer, Sieder, öbv & hpt Verlagsgesellschaft, Wien 2000 S 26-55, hier S 27

⁹¹ Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, Staatsdruckerei Wien, Wien 1941, S 5

⁹² Lt. Wetterbericht der Zentralanstalt für Meteorologie, Hohe Warte, Wien (tel. Auskunft Mai 2007)

Das Zentrum der Stadt Salzburg versinkt in einem Fahnenmeer.⁹³ In zahlreichen Orten werden Sonnenwendfeuer in Hakenkreuzform von Anhängern der Hitler-Jugend in den Bergen entzündet. Auf behördliche Anordnung läuten die Kirchenglocken im ganzen Land. Die ersten deutschen Offiziere treffen bereits zu Mitternacht zwischen 11. und 12. März 1938 in Salzburg ein.⁹⁴ Der stellvertretende Gauleiter von Salzburg, Anton Wintersteiner, berichtet über die Stunden der Machtübernahme in Salzburg im März 1938. In der Sonderbeilage im Völkischen Beobachter, Wiener Ausgabe, am 12. März 1938 heißt es:

"...Um etwa halb 9 Uhr [des 11. März 1938 Anm. RL] abends erreichte mich fernmündlich der Befehl, die Machtergreifung durch Bestellung der Formationen der Partei zur Hilfspolizei und durch Besetzung der maßgebenden öffentlichen Ämter sofort zu vollziehen. Wir konnten das Ende des Zusammenströmens der Massen auf dem weiten Platz gar nicht mehr abwarten. Dr. Reitter gab den 20 000 aufmarschierenden Nationalsozialisten durch den Lautsprecher, der weit über den Platz hin hallte und sich an den Wänden des Domes brach, den Rücktritt Schuschniggs bekannt. Ein einziger Aufschrei der Freude und Begeisterung antwortete ihm. Unbeschreiblich ist der Jubel der Menge... (...) ...Dr. Reitter und ich marschieren mit zwei weiteren SA-Stürmern zum Landhaus, wo noch die Bundespolizei den Eingang besetzt hält. Noch weiß man nicht, ob die Polizisten von der Waffe Gebrauch machen würden. Doch plötzlich treten sie zur Seite und grüßen mit 'Heil Hitler!' die durch das Tor einmarschierenden Nationalsozialisten..."⁹⁵

Bereits in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 werden alle Redaktionen in Österreich von SS- und SA-Einheiten besetzt. Die NS-Führung weiß, dass eine Gleichschaltung der Medien unbedingt notwendig ist. Zahlreiche RedakteurInnen werden entlassen oder

⁹³ vgl. Ostmark-Wochenschau 16/B 1938, 15. April 1938, "Vor der Wahl, Salzburg im Fahnnenschmuck". Film Archiv Austria, Wien 2008

⁹⁴ vgl. Peter F. Kramml: "'Doppelherrschaft', NS-Machtergreifung und 'Anschluß'", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 190 ff.

⁹⁵ "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, S 291 ff

verhaftet und durch NS-FunktionärInnen ersetzt.⁹⁶ Die Anweisung von Reichsmarschall Hermann Göring vom 11. März 1938 ist klar:

"Passen Sie auf, die ganzen Presseleute, die müssen sofort weg und unsere Leute hineinkommen."⁹⁷

Die einzigen erkennbaren Widerstandsaktionen im Land Salzburg passieren in diesen Märztagen in den Arbeiterhochburgen Hallein und Bischofshofen. Am Nachmittag und Abend des 11. März 1938 kommt es in Hallein zwischen Nationalsozialisten und (vermutlich) Kommunisten zu Zusammenstößen. In Bischofshofen gibt es Unruhen. Im ganzen Land kommt es zu Racheakten. Vor allem Männer der "Systemzeit" sind davon betroffen, zwei Beispiele seien hier stellvertretend angeführt: In Bad Gastein wird der Beamte Dr. Hans Karlhuber von SA-Männern durch den Ort getrieben. Um den Hals trägt er eine Tafel mit der Aufschrift: "Ein großes Schwein hält Einzug in Gastein." Er wird von Schaulustigen misshandelt und mit Eisbrocken beworfen. In Wagrain muss der Oberförster Linus Hochleitner das Dollfusskreuz umwerfen. Mit einem Kreuz auf dem Kopf zwingt man ihn durch den Ort zu ziehen.⁹⁸

Die NS-"Wochenschau" sendet am 29. April 1938 unter dem Titel "Die Grenzen sind gefallen" Bilder aus Salzburg. Die Filmdokumente zeigen Mitglieder der Hitler-Jugend, die Grenzsymbole zwischen Deutschland und Österreich demontieren und zerstören. Grenzbalken und Schilder werden symbolisch verbrannt.⁹⁹ Noch brennen nur Grenzbalken. 24 Stunden später sind es bereits Bücher. Am 30. April 1938 werden auf dem Residenzplatz in Salzburg Bücher, für die Nationalsozialisten sogenannte "entartete Kunst", verbrannt.¹⁰⁰ 1.200 Bücher von jüdischen, sozialdemokratischen, marxistischen, kirchlichen oder liberalen AutorInnen werden dabei vernichtet. Darunter finden sich Werke von Stefan Zweig, Arthur Schnitzler, Franz Werfel u.v.a.m.¹⁰¹ Diese organisierte

⁹⁶ vgl. Fritz Hausjell: "Der 'Anschluss' und die Gleichschaltung der Presse"; In: NachRichten, Österreich in der Presse: Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938-45, Teil 1

⁹⁷ Fritz Hausjell: "Der 'Anschluss' und die Gleichschaltung der Presse"; In: NachRichten, Österreich in der Presse

⁹⁸ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 25 ff

⁹⁹ Ostmark-Wochenschau 18B/1938, 29. April 1938, Film Archiv Austria, Wien 2008

¹⁰⁰ Broschüre Film Archiv Austria. Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr 1938, S 12, Wien 2008

¹⁰¹ vgl. Ingrid Bauer: "Mobilisierung, soziale Versprechen, Kontrolle, Verfolgung", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 284

Bücherverbrennung ist die einzige auf österreichischem Boden. Andreas Novak in seinem Buch "Salzburg hört Hitler atmen": "Kritische Intellektualität hatte in der neuen braunen Welt der Denkverbote keinen Platz mehr."¹⁰²

Der Propagandafeldzug für den "Anschluß" besteht aus Versprechungen und konkreten ökonomischen Verbesserungen. Die NS-Führung versteht es, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Hunger der Diktatur von Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg zuzuschreiben. Durch den "Anschluß" werden ökonomische und soziale Verbesserungen versprochen. ArbeiterInnen erhalten höhere Löhne. Kindergeld, Ehedarlehen und Arbeitslosenunterstützung werden ausbezahlt. Ein gewaltiges Aufbauprogramm für Österreich wird angekündigt. Den ÖsterreicherInnen soll durch den "Anschluß" das Gefühl vermittelt werden: "Wir sind (wieder) wer..."¹⁰³

Nicht alle SalzburgerInnen jubeln. Es gibt Neugierige in Stadt und Land, die einfach wissen wollen, wer von den Nachbarn bereits die NS-Binde trägt. Andere sind einfach Schaulustige. Politisch Andersdenkende, Juden, Intellektuelle oder Anhänger des "Ständestaates" sitzen verunsichert daheim oder sind bereits in "Schutzhaft" im Gefängnis. In Österreich werden in den ersten Tagen nach dem "Anschluß" insgesamt 72.000 Menschen inhaftiert.¹⁰⁴

5 Politische Rahmenbedingungen im NS-Staat

5.1 Organisationsstruktur der NSDAP auf regionaler und lokaler Ebene

"Die NSDAP war also in einer bestimmten historischen Situation eine Sammelbewegung völkischer, nationalliberaler, bündischer, groß- und kleindeutscher, katholisch-romantischer, antisemitischer, antimarxistischer, antiparlamentarischer, autoritärer und jugendlich-

¹⁰² Andreas Novak: "Salzburg hört Hitler atmen", Die Salzburger Festspiele 1933-1944, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005, S 111

¹⁰³ vgl. Peter F. Kramml: "'Doppelherrschaft', NS-Machtergreifung und 'Anschluß'", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 207 ff

¹⁰⁴ vgl. Peter F. Kramml: "'Doppelherrschaft', NS-Machtergreifung und 'Anschluß'", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 196 und 202

aktivistischer Strömungen, die, über die Prägungen des politischen Tagesgeschehens hinaus, auf ein Jahrhunderte lang gewachsenes Obrigkeit-Untertanen-Verhältnis und ein ebenso lange entwickelten Staats- und Polizeibegriff zurückgreifen konnte. Sie erlangte ihre eigene Kraft aber erst dann, als die bedingungslose Unterordnung unter einen unbestrittenen politischen Führer und ein einziges politisches und soziales Realisationsmodell erfolgte."¹⁰⁵

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) versteht sich als politisch militärische Bewegung. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren wächst die NSDAP zur stärksten Partei in Deutschland heran. In der Erklärung beim Parteitag 1935 formuliert Adolf Hitler die Aufgabe der Partei und das Verhältnis Partei und Staat:

"Die nationalsozialistische Idee hat ihren organisatorischen Sitz in der Partei. Die Partei repräsentiert die politische Auffassung, das politische Gewissen und den politischen Willen..."¹⁰⁶

Damit legt Adolf Hitler die zentrale Aufgabe der Partei in allen Bereichen des Staates fest. Die Partei und ihre Organisationen haben dem deutschen Staat für die Zukunft die "oberste und allgemeine Führung zu geben".¹⁰⁷

1933 kommt es in Deutschland zum Verbot aller Parteien, mit Ausnahme der NSDAP. Oberstes Organ der NSDAP ist der "Führer". Ihm wird alles untergeordnet. Im Handbuch der NSDAP ist seine Rolle klar festgelegt:

"Der Führer: Der Wille des Führers ist oberstes Gesetz in der Partei. Zu seiner Unterstützung, insbesondere in

¹⁰⁵ Gerhard Jagschitz: "Von der 'Bewegung' zum Apparat", In: NS Herrschaft in Österreich, Ein Handbuch, (Hg.) Talos, Hanisch, Neugebauer, Sieder, öbv & hpt Verlagsgesellschaft, Wien 2000, S 88-123, hier S 88

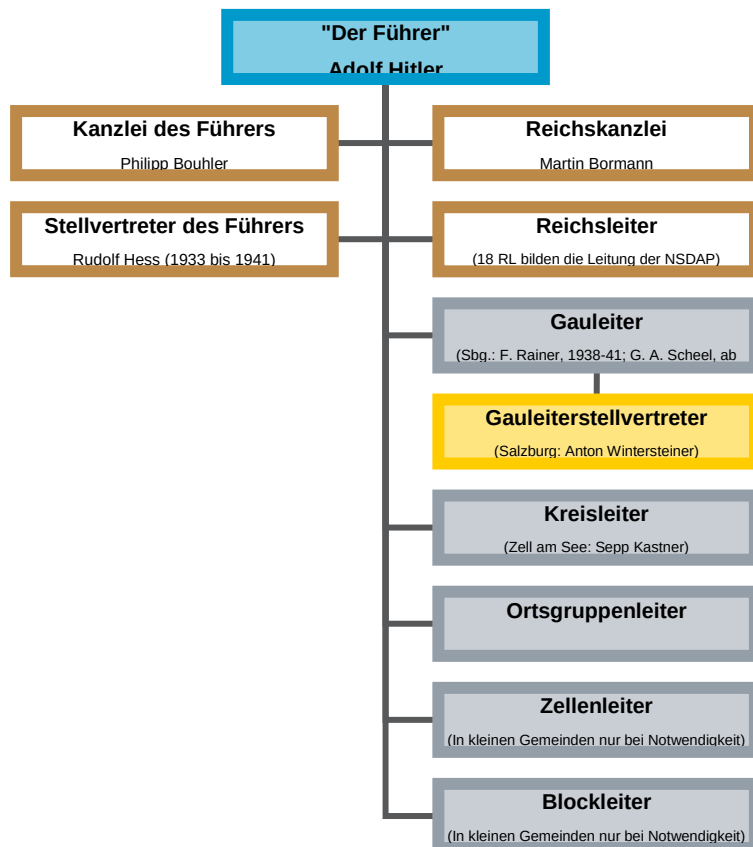
¹⁰⁶ Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, Staatsdruckerei Wien, Wien 1941, S 42

¹⁰⁷ Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 43

parteipolitischen Fragen, hat der Führer den Stellvertreter des Führers berufen."¹⁰⁸

Neben dem "Stellvertreter des Führers" bildet die "Reichsleitung" in der Person des Reichsleiters die politische Führung. Auch die Reichsleiter sind dem Führer Adolf Hitler untergeordnet und werden von ihm berufen. Das Hoheitsgebiet der NSDAP ist gegliedert in: das Reich (Reichsleiter), die Gaue (Gauleiter), die Kreise (Kreisleiter), die Ortsgruppen (Ortsgruppenleiter), die Zellen (Zellenleiter), die Blöcke (Blockleiter). Damit soll die Kontrolle bis in den letzten Haushalt gewährleistet sein. Ernst Hanisch: "...Denn die Partei diene nicht nur zur propagandistischen Mobilisierung der Bevölkerung und zur Sicherung der Karrieren. Sie kontrolliert die Bevölkerung durch ihre Mitglieder..."¹⁰⁹

Struktur der NSDAP¹¹⁰



¹⁰⁸ Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., München 1940. S 146

¹⁰⁹ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 93

¹¹⁰ Quellen: Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., München 1940. Hanisch, Ernst: "Gau der guten Nerven", Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938-1945, Pustet, 1997.

Abb. Struktur der NSDAP (Quellen: Organisationsbuch der NSDAP, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, Zentralverlag der NSDAP. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven".)

Der Block

Die kleinste Einheit in der NSDAP-Struktur bildet der Block. Er wird vom "Blockleiter", auch "Blockwart" genannt, geführt. Blockleiter sind vor allem in den Städten zu finden. Das Handbuch der NSDAP definiert diese Einheit:

"Der Block der NSDAP besteht aus 40-60 Haushalten. Der Blockleiter muss Parteigenosse sein. Er soll zu den besten Parteigenossen zählen. Der Blockleiter untersteht in der Ortsgruppe disziplinar dem Zellenleiter. Der Blockleiter wird vom Ortsgruppenleiter berufen. Nachweis arischer Abstammung bis 1800."¹¹¹

Block- und Zellenleiter stehen in sehr engem Kontakt mit der Bevölkerung. Diese Position ermöglicht der NS-Führung die Stimmung in der Umgebung auszuloten und die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes "unter Kontrolle" zu halten. Das System funktioniert hierarchisch von ganz unten, bis ganz an die Spitze der Partei. Ludwig Meiler beschreibt im "Neuen Wiener Tagblatt" am 12. Mai 1938 das Meldesystem:

"Der Blockleiter beobachtet mehrere Häuser oder auch nur ein einzelnes Haus, er nimmt teil an Freud und Leid, aber auch an den Rechtsangelegenheiten der Bewohner. Er kann ein ganz einfacher Handwerker oder Angestellter sein. Er gibt seine Meldung dem Nächsthöheren, dem Zellenleiter, weiter. Vom Zellenleiter geht der Weg zum Ortsgruppenleiter hinauf (...) Weiter geht es zur Kreisleitung, von dort zur Gauleitung, die etwa einer Landesregierung entspricht, und schließlich zur Reichsleitung als der Spitze der Partei."¹¹²

¹¹¹ Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, S 100

¹¹² Zitiert In: Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, S 270

Die Zelle

Über dem Block steht die "Zelle". Wie der Block ist diese Struktur in großen Ballungszentren zu finden. In kleinen Gemeinden, so das Organisationshandbuch der NSDAP, sind diese Einheiten "nur bei Notwendigkeiten" einzusetzen.

"Die Zelle der NSDAP besteht aus 4-8 Blocks zusammen. Der Zellenleiter ist der über dem Blockleiter nächsthöhere Hoheitsträger der NSDAP. Der Zellenleiter muß Parteigenosse sein. Der Zellenleiter untersteht allein dem zuständigen Ortsgruppenleiter der NSDAP."¹¹³

Die Ortsgruppe

Die Ortsgruppe ist in jeder Gemeinde zu finden. Die NSDAP schreibt dem Ortsgruppenleiter eine zentrale Rolle in der Gemeinde zu. Natürlich werden nur Parteigänger für diese Funktion eingesetzt. Obwohl diese außerhalb der Gemeindeverwaltung angesiedelt ist, erhält er wesentliche Entscheidungsgewalt. Der Ortsgruppenleiter entscheidet über Einrückungstermin, Unabkömmlichkeitserklärungen oder sonstige Vergünstigungen für die GemeindebewohnerInnen. Die Machtbefugnisse der jeweiligen Bürgermeister werden durch die Einsetzung der Ortsgruppenleiter eingeschränkt:

"Es ist aber selbstverständlich, daß der Bürgermeister mit dem örtlichen Hoheitsträger der Partei in allen bedeutsamen, insbesondere für die Öffentlichkeit gewichtigen Angelegenheit Fühlung zu halten hat. Bei Meinungsverschiedenheit wird jeder an die ihm vorgesetzte Stelle berichten, damit auf höherer Ebene die Richtung der Entwicklung gewiesen werden kann."¹¹⁴

Im Organisationshandbuch der NSDAP ist die Rolle des Ortsgruppenleiters klar definiert:

¹¹³ Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, S 110

¹¹⁴ Egbert Mannlicher; Rudolf Petz; Max Schattenfroh, DGO, S 64. In: Mulley, Klaus-Dieter, "Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930-1945"; HG: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft des Bezirkes Scheibbs, 1988

"Der Ortsgruppenleiter der NSDAP ist als Hoheitsträger auf personellem Gebiet mit besonderen Befugnissen ausgestattet. Der Ortsgruppenleiter muß ein Parteigenosse sein, der das Vertrauen der Parteigenossen und darüber hinaus das aller Volksgenossen seines Hoheitsgebietes rechtfertigt. Der Ortsgruppenleiter untersteht unmittelbar dem zuständigen Kreisleiter. Der Ortsgruppenleiter wird vom Kreisleiter berufen. Dienststellungsabzeichen: Hakenkreuzarmbinde mit einer 16 mm breiten gelben Eichenlaubtresse in der Mitte, eingefasst mit je zwei 1 mm breiten Goldstreifen. In der Mitte des Hakenkreuzes ein goldener Stern. Je ein 2 mm breiter Goldstreifen an beiden Rändern der Armbinde. (...) Dem Ortsgruppenleiter unterstehen innerhalb seines Hoheitsbereiches in disziplinarer Hinsicht sämtliche politischen Leiter, außerdem die Obmänner, Walter, Warte usw, die keine politischen Leiter sind."¹¹⁵

Darüber hinaus ist der Ortsgruppenleiter auch dafür zuständig, in der Hierarchiekette regelmäßig Berichte nach "Oben" weiterzuleiten:

"Kommunale Aufgaben: Der Ortsgruppenleiter hat sich durch die Gemeindevertreter angehörenden politischen Leiter seines Stabes über kommunale Vorhaben und Beschlüsse Bericht erstatten zu lassen und nötigenfalls Meldung an den Beauftragten der Partei zu machen."¹¹⁶

Eine wesentliche Rolle spielt der Ortsgruppenleiter auch bei der Vergabe der sogenannten Unabkömmlichkeitserklärungen [UK]. Wer "UK" gestellt ist, darf zu Hause bleiben und muss nicht in den Krieg ziehen. Der Arzt in Zell am See, Dr. med. Josef Heiß¹¹⁷, der Sprengelarzt in Lend, Dr. med. Franz Bogdanowicz¹¹⁸, die Arbeiter der Schmittenhöhen-Bahn in Zell am See, und viele andere erhalten eine Unabkömmlichkeitserklärung. Der Wirt einer Schutzhütte muss ebenso wenig an die Front wie der Bauernbub aus Bramberg.

¹¹⁵ Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, S 199a

¹¹⁶ Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, S 123

¹¹⁷ SLA, HB Akte, Karton 100; 204/H-5-1942

¹¹⁸ SLA, HB Akte, Karton 100; 204/2-B-42

Der Ortsgruppenleiter hat entscheidenden Einfluss. Schreiben des Landrates an das Wehrmeldeamt in Zell am See:

"Betreff: Otto Bauer Saalbach; UK-Stellung

Ich übersende Ihnen den Gesamtkontakt mit dem Beifügen, daß eine UK-Stellung des Otto Bauer auf keinen Fall notwendig ist.

Der Vater des Otto Bauer, namens Sepp Bauer, ist ein typischer Querulant, der nichts zu tun hat als alle Dienststellen mit seinen Eingaben zu belästigen. Er hat auch die Betreuung seines Gutes nur deswegen aufgegeben, damit sein Sohn UK-gestellt werden soll. Der Landrat"¹¹⁹

Ab 1943 werden "UK" – auch für Parteigänger – immer seltener bewilligt. Der Endkampf wird vorbereitet. Alte und Junge müssen an die verschiedenen Fronten. Eine Frau aus Krimml hat Glück. Sie ersucht um Urlaub ihres Mannes, der im Osten kämpft. Die Begründung ist simpel: sie muss allein das Haus umbauen. Der Akt wird zwischen Salzburg und Zell am See herumgereicht. Der Urlaub wird schließlich bewilligt. Begründung: "Fronturlaub wird bewilligt, da die Schaffung von Wohnraum von besonderer Wichtigkeit ist."¹²⁰ Weniger Glück hat der Dentist Ferdinand Schleinzner in Mittersill. Sein Antrag auf eine Unabkömmlichkeitserklärung wird bereits im September 1941 mehrmals abgelehnt.¹²¹ Auch Franz Ritsch, Ledererzeuger in Mittersill, hat keinen Erfolg. Ritsch beantragt 1941 eine Verlängerung seines Urlaubs, um Rinden für seine Firma einzukaufen. Der Antrag wird abgelehnt. "Der normale Urlaub kann aus Einsatzgründen nicht verlängert werden"¹²², so der zuständige Leutnant und Nachrichtenoffizier.

Der Kreis

Oberhalb der Ortsgruppe ist der "Kreis" mit der "Kreisleitung" angesiedelt. Er entspricht in etwa dem Gebiet der früheren Bezirkshauptmannschaft. Das Organisationshandbuch definiert den Kreis folgendermaßen:

¹¹⁹ SLA, HB Akte, Karton 100; 204-B-17

¹²⁰ SLA, HB Akte, Karton 112; 451...714

¹²¹ SLA, HB Akte, Karton 100; 204/Sch.-5-42

¹²² SLA, HB Akte, Karton 100; 204/R-2-42

"Kreisleitung der NSDAP. Unter Bezeichnung "Kreis" ist, wenn nicht anders angegeben, stets der Parteikreis im Gegensatz zum staatlichen Verwaltungskreis zu verstehen. Der Kreis stellt die Zusammenfassung einer Anzahl örtlicher Hoheitsbereiche dar. Der Kreisleiter untersteht unmittelbar dem Gauleiter. Der Kreisleiter wird vom Gauleiter berufen."¹²³

Der Gau

Über dem Kreis ist der "Gau" mit seinem "Gauleiter" angesiedelt. Das Organisationshandbuch der NSDAP definiert den Gau folgendermaßen:

"Der Gau stellt die Zusammenfassung einer Anzahl von Parteikreisen dar. Die Festlegung seiner Grenzen geschieht nach Weisungen des Führers durch den Reichsorganisationsleiter. Der Gauleiter untersteht unmittelbar dem Führer bzw in dessen Auftrag dem Stellvertreter des Führers. Er wird vom Führer ernannt."¹²⁴

Das Gebiet des Gaues Salzburg entspricht dem Land Salzburg. Von 1938 bis 1941 ist der stramme Nationalsozialist Dr. Friedrich Rainer Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg. Er wechselt im November 1941 in den Gau Kärnten. Ihm folgt, nach Intrigen und einem langwierigen Machtkampf, Dr. Gustav-Adolf Scheel als Gauleiter in Salzburg. Salzburg rückt unter Rainer innerhalb Österreichs nach Wien an die zweite Stelle und gewinnt als Gauhauptstadt an zentraler Bedeutung. Salzburg, so Ernst Hanisch, entwickelt sich zum "NS-Mustergau".¹²⁵

Reichsleiter

Die NSDAP verfügt insgesamt über 18 Reichsleiter. Sie sind direkt dem Führer unterstellt. Sie gehören neben dem Stellvertreter des Führers und der Kanzlei des Führers zur Kerngruppe der NSDAP.

¹²³ Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, S 130 ff

¹²⁴ Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.) Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, S 136 ff

¹²⁵ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 47, 128 ff und 136 ff

5.2 Politische Rahmenbedingungen im "angeschlossenen" Österreich

Nach dem "Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich verliert Österreich die politische Eigenständigkeit. Österreich wird Teil des "Deutschen Reichs" und ein "Land neuer Art ohne Staatscharakter"¹²⁶, wie es Helfried Pfeifer 1941 beschreibt. Adolf Hitler ernennt am 22. Mai 1938 "mit sofortiger Wirkung" folgende Gauleiter:¹²⁷

Im Gau Tirol Pg. [Parteigenosse] Hofer
im Gau Salzburg Pg. Rainer
im Gau Oberdonau Pg. Eigruher
im Gau Niederdonau Pg. Dr. Jury
im Gau Wien Pg. Globotschnig¹²⁸
im Gau Kärnten Pg. Klausner
im Gau Steiermark Pg. Uiberreither.¹²⁹

Durch Anordnung des Reichskommissars Gauleiter Josef Bürckel vom 31. Mai 1938 wird das politische Österreich in sieben "Reichsgaue" eingeteilt. Der endgültige Umbau dieser umfassenden organisatorischen Arbeit dauert – bedingt auch durch den Ausbruch des Krieges – bis März 1940. Am 15. März 1940 erfolgt der "Erlass des Führers und Reichskanzlers über Beendigung des Amtes des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"¹³⁰. Damit endet formalrechtlich die Existenz des Landes Österreich in seiner ursprünglichen Form. Österreich wird in folgende Reichsgaue eingeteilt:

"Gau Oberdonau": Er umfasst das Gebiet des Landes Oberösterreich. Reichsstatthalter bleibt der bisherige Landeshauptmann und Gauleiter August Eigruher.

"Gau Niederdonau": Er umfasst das Gebiet des Landes Niederösterreich. Reichsstatthalter bleibt der bisherige Landeshauptmann und Gauleiter Dr. Hugo Jury.

¹²⁶ Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 80

¹²⁷ Anmerkung: Der Begriff "Gau" für die Verwaltungsbezirke "Pinzgau", "Pongau", "Lungau"; "Flachgau" und "Tennengau" im Land Salzburg darf nicht mit den politischen Reichsgaubezirken der Nationalsozialisten verwechselt werden. Die Gaubezeichnungen innerhalb Salzburgs gehen zum Teil bereits auf das Mittelalter zurück.

¹²⁸ Die Schreibweise seines Namens ändert sich ständig. Tatsächlich ist Odilo Lotario Globocnik gemeint siehe Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, S 262

¹²⁹ Zitiert In: Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, S 261

¹³⁰ Zitiert In: Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 550

"Gau Wien": Er umfasst das Gebiet um das Land Wien und erhält im Umland noch Gebiete des heutigen Niederösterreich dazu (Bsp. Bruck an der Leitha, Tulln, Korneuburg ect.) Zum Reichsstatthalter und Gauleiter wird Josef Bürckel ernannt. Im August 1940 übernimmt Reichsleiter Baldur von Schirach die Gauleitung in Wien.

"Gau Steiermark": Er umfasst das Gebiet der heutigen Steiermark und Teile des Burgenlands. Reichsstatthalter bleibt der bisherige Landeshauptmann und Gauleiter Dr. Sigfrid Uiberreither.

"Gau Kärnten": Er umfasst das Gebiet des heutigen Kärntens und die Region Lienz. Mit der vertretungsweisen Verwaltung des Gaues wird der geschäftsführende Landeshauptmann Wladimir von Pawlowski betraut.

"Gau Salzburg": Er umfasst das Gebiet des heutigen Land Salzburgs. Reichsstatthalter bleibt der bisherige Landeshauptmann und Gauleiter Dr. Friedrich Rainer.

"Gau Tirol": Er umfasst die Gebiete Tirol und Vorarlberg. Reichsstatthalter bleibt der bisherige Landeshauptmann und Gauleiter Franz Hofer.¹³¹

Auf Landes bzw. "Gau"-Ebene übernimmt der "Reichsstatthalter" die politische Führung. Der Reichsstatthalter, der zugleich – ohne ausdrückliche gesetzliche Bestimmung – auch "Gauleiter" ist, wird "zum politischen und verwaltungsmäßigen Lenker des Reichsgaues gemacht"¹³². "Der Reichsstatthalter ist in seinem Amtsbezirk der ständige Vertreter der Reichsregierung", so definiert das Reichsstatthaltergesetz aus dem Jahr 1935.¹³³ Der Reichsstatthalter in Österreich wird nach dem "Ostmarkgesetz" mit wesentlich weitreichenderen Kompetenzen als beispielsweise die Reichsstatthalter im "Altreich" ausgestattet. Er bildet die Spitze der Verwaltung und hat gegenüber allen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ein allgemeines Weisungsrecht.¹³⁴ Diese "weitreichenden Kompetenzen" führen naturgemäß immer wieder zu Spannungen im NS-System. Die "politische" Funktion der Gauleiter bzw. Reichsstatthalter musste unweigerlich mit Institutionen, die ebenfalls "weitreichende Kompetenzen" haben, wie etwa die Geheime Staatspolizei, in Konflikt geraten. Als Beispiel sei hier ein Rundschreiben des Innsbrucker Gauleiters und Reichsstatthalters Franz Hofer an alle Landesräte vom 11. August 1941 angeführt:

¹³¹ vgl. Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 88 ff, 532, 533

¹³² Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 531

¹³³ Zitiert In: Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 54

¹³⁴ vgl. Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, S 555

"Betreff: Stimmungsberichte.

Ich habe festgestellt, dass einzelne Landesräte die Stimmungsberichte unmittelbar der Geheimen Staatspolizei zusenden und lediglich abschriftlich mich selber als Reichsstatthalter, sowie meine Kanzlei und den zuständigen Kreisleiter "beteiligen".

Da ich weiters leider feststellen musste, dass in diesen Stimmungsberichten mitunter völlig unhaltbaren Behauptungen und Forderungen aufgestellt werden, ordne ich an, dass die Stimmungsberichte mit sofortiger Wirkung nicht mehr der Geheimen Staatspolizei unmittelbar, sondern nur noch über meinen Persönlichen Referenten Regierungsrat Pg. [Parteigenossen, Anm. RL] Dr. [Hermann] Neuner zur Verfügung zu stellen sind.

Die Urschrift des Stimmungsberichtes wird daher künftighin an mich selbst gerichtet und eine Durchschrift zur Weiterleitung an die Geheime Staatspolizei beigelegt. Die Beteiligung meiner Kanzlei und des zuständigen Kreisleiters erfolgt wie bisher.

Heil Hitler!

[Franz] Hofer

Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiterpartei
Der Gauleiter

15.8.41

Gauleiter Tirol-Vorarlberg¹³⁵

Auf Bezirksebene übernimmt der "Landrat" die Rolle des früheren Bezirkshauptmanns. Selbstverständlich wird auch er von der Partei eingesetzt. Als Staatsaufgabe wird die Entwicklung der Verwaltung mittels der Gesetze gesehen. Als Parteiaufgabe wird die nationalsozialistische Lehre, die Erziehung des gesamten Volkes und die "Respektierung

¹³⁵ zitiert In: Wolfgang Weber: Nationalsozialismus – Demokratischer Wiederaufbau. Lage und Stimmungsberichte aus den Vorarlberger Gemeinden des Bezirks Feldkirch im Jahr 1945. Quellen zur Geschichte Vorarlberg. (Hg.) Vorarlberger Landesarchiv, Roderer Verlag, Regensburg 2001 S 76

und Einhaltung der beiderseitigen Kompetenzen"¹³⁶ eingefordert. Damit ist klar: die Partei bestimmt alle Lebensbereiche. Der Führer ist oberstes Organ.

Für die Einhaltung der Regeln und Gesetze der NSDAP – "für die Realisierung der Einheit von Partei und Staat" – sind einzelne Gliederungen der Partei verantwortlich. Sie sorgen für die Einhaltung der sicherheitspolitischen, militärischen und gesellschaftlichen Interessen des NS Regimes:

- Die SA ("Sturmabteilung", militärischer Arm der NSDAP)
- Die SS ("Schutzstaffel", polizeiliche Einheit)
- Die Hitler-Jugend
- Der NS-Deutsche Dozentenbund
- Der NS-Deutsche Studentenbund
- Die NS-Frauenschaft

Daneben sorgen noch zahlreiche Verbände wie beispielsweise der NS-Ärztebund, NS-Lehrerbund, NS-Kriegsopferverband, der Reichsbund Deutscher Beamter ect. für die Umsetzung gesellschaftlicher und politischer Ideale der NSDAP.¹³⁷

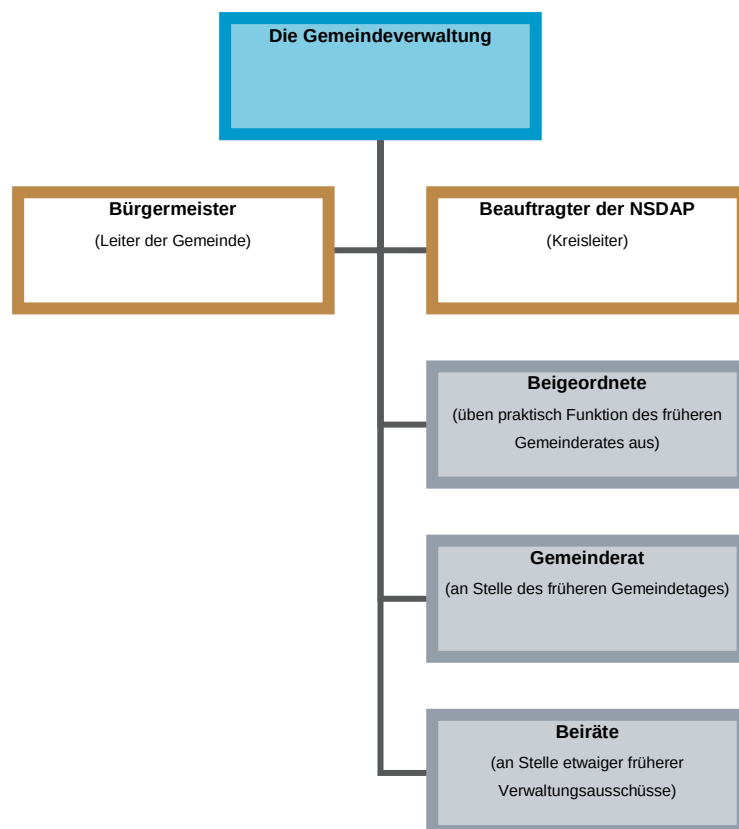
Die Struktur der Partei ist straff, führt allerdings zu Zweigleisigkeiten und unklaren Aufgabenaufteilungen. Die NSDAP ist alles andere als eine Einheit. Konflikte zwischen jenen, die 1933/34 illegal im Land blieben und Gefängnisaufenthalte in Kauf nehmen mussten, und jenen, die nach Deutschland geflohen waren, stehen auf der Tagesordnung. Zwischen Wien, das seine Sonderstellung an Berlin abtrat, und den restlichen Bundesländern kommt es immer wieder zu Reibereien. Die Unterschiede zwischen "den Deutschen" und den heimischen NS-Funktionären tragen nicht dazu bei, aus der NSDAP einen einheitlichen Block zu bilden. Machtkämpfe unter den verschiedenen Gau- und Kreisleitern sind vorprogrammiert. Intrigen zwischen strammen Parteigängern und opportunistischen Mitläufern, die inzwischen in führenden Funktionen sitzen, tun das ihrige. Zwischen dem Salzburger und dem Tiroler Gauleiter kommt es zu einem schweren Konflikt. Hintergrund: Ursprünglich gibt es den Plan, Vorarlberg, Tirol und Salzburg zu einem "Westgau" zusammenzufassen. Dafür macht sich der Tiroler Gauleiter stark. Hitler entscheidet am 23. Mai 1938 für den Weiterbestand des Gaus Salzburg. Auch Hermann

¹³⁶ Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 44

¹³⁷ vgl. Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, S 45 ff

Göring wird eingeschalten.¹³⁸ Aus dem Land Salzburg wird im April 1939 schließlich der "Reichsgau Salzburg". Der Reichsgau ist gleichzeitig staatlicher Verwaltungsbezirk, Selbstverwaltungskörper und Parteigau. Der Gauleiter und Reichsstatthalter erhält auf Befehl Adolf Hitlers eine Machtfülle, wie sie vorher kein Landeshauptmann je hatte.¹³⁹ Nach offiziellen Angaben gibt es am 31. Jänner 1938 in Salzburg bereits rund 8.000 ParteigenossInnen (1.600 davon bei der Sturmabteilung, 500 davon bei der Schutzstaffel). 326 Blockwarte dienen auf der unteren Ebene.¹⁴⁰ Nach Tirol hat Salzburg – pro Kopf der Bevölkerung gerechnet – den höchsten Stand der NS-Parteimitglieder.¹⁴¹ Allein in Saalfelden sind am 1. Mai 1938 bereits 456 Personen eingeschriebene Mitglieder der NSDAP. 103 SaalfeldnerInnen sind bereits vor dem "Anschluss" illegale Parteimitglieder.¹⁴²

5.3 Struktur der Gemeindeverwaltung



¹³⁸ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 47

¹³⁹ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 128

¹⁴⁰ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 54

¹⁴¹ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 94

¹⁴² vgl. Eduard Schuster: "Chronik Saalfelden", Saalfelden 1992, Bd. I, S 368

Abb. Die Struktur der Gemeindeverwaltung (Quelle: Klaus-Dieter Mulley, "Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930-1945" Hg.: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft des Bezirkes Scheibbs, 1988, S 155)

Die Mitglieder in der Gemeinde, allen voran die Bürgermeister, spielen politisch nur eine untergeordnete Rolle im NS-System. Klaus-Dieter Mulley: "Die Gemeindevertreter waren auf Grund ihrer Einsetzung im März 1938 durch die NSDAP von der Partei völlig abhängig. In den kleineren bäuerlichen Gemeinden hatte die Partei jedoch Schwierigkeiten, linientreue Gemeindeführer zu finden."¹⁴³

Die Bürgermeister

Die Bürgermeister haben wenig Einfluss im NS-Staat. Bürgermeister werden von der NSDAP, dem Reichsstatthalter, bestellt. Ihre Aufgaben sind in der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) aus dem Jahr 1935 geregelt. Sie sind vollständig von der NSDAP abhängig. Durch die Installierung so genannter "Beigeordneter" ist ihr Handlungsspielraum gering. Auszug aus der DGO:

"§ 6. (1) Leiter der Gemeinde ist der Bürgermeister. Er wird von den Beigeordneten vertreten.

(2) Bürgermeister und Beigeordnete werden durch das Vertrauen von Partei und Staat in ihr Amt berufen. Zur Sicherung des Einklangs der Gemeindeverwaltung mit der Partei wirkt der Beauftragte der NSDAP bei bestimmten Angelegenheiten mit. Die stete Verbundenheit der Verwaltung mit der Bürgerschaft gewährleisten die Gemeinderäte; sie stehen als verdiente und erfahrene Männer dem Bürgermeister mit ihrem Rat zur Seite."¹⁴⁴

Die Bestellung von fähigen, parteinahen Bürgermeistern im Pinzgau ist bei der Machtübernahme 1938 für die Nationalsozialisten nicht einfach. In einigen Gemeinden

¹⁴³ Klaus-Dieter Mulley: "Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930-1945"; HG: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft des Bezirkes Scheibbs, 1988, S 155

¹⁴⁴ Deutsche Gemeindeordnung (DGO) vom 30.1.1935; In: Reichsgesetzblatt 1935 I S 49, S 171; Dr. Dr. A. Dehlinger, Systematische Übersicht über 76 Jhg. RGBl. (1867-1942), Kohlhammer Stuttgart 1943; Schönfelder, Deutsche Reichsgesetze, Beck 1944; Sartorius, Sammlung von Reichsgesetzen staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts, Beck 1935-37

werden, dies geht aus der "fachlichen Beurteilung"¹⁴⁵ von Landrat Allerberger aus dem Jahr 1939 hervor, die alten Bürgermeister nach dem "Anschluss" abgelöst und durch loyale Parteigenossen ersetzt. In Stuhlfelden ist die Partei auch mit der Neubesetzung nicht besonders glücklich. Der Bürgermeister ist nur eine "Notlösung". Die Partei hat daher stets ein Auge auf die Gemeindeverwalter.

Der Landrat Dr. Bernhard Allerberger von Zell am See gibt am 2. März 1939 eine "fachliche Beurteilung" aller Pinzgauer Bürgermeister an die Landeshauptmannschaft in Salzburg, aus der deutlich wird, welche fachlichen, und menschlichen Einschätzungen über die aktiven Bürgermeister getroffen werden. In der Beurteilung werden persönliche und politische Einschätzungen der einzelnen Bürgermeister vermerkt. Die politische Verlässlichkeit wird über Vertrauenspersonen der Partei überprüft. Hier stellvertretend ein Bericht aus dem Jahr 1939 über die Einschätzung der Bürgermeister im Pinzgau:

"In Entsprechung des Erlasses vom 22. Feber 1939 (...) wird folgender Bericht erstattet.:

1. Alm 1184 Einwohner, Bürgermeister Steffan Stöckl geboren am 3.12.1898 Tischlermeister in Alm. Sehr gewissenhaft und fleissig, fachlich etwas schwach, gibt sich abdr redlich Mühe. Zu wenig energisch, um Streitigkeiten in der Gemeinde Alm zu meistern. Gesinnungsmässig ausgezeichnet.

2. Bramberg. 1871 Einwohner, Bürgermeister Math. Bleickner, Hauserbauer in Bramberg, geb. 24.1.1895. Fachlich sehr gut und fähig geniest grosses Ansehen sehr gewissenhaft. Großer Selbstständigkeitstrieb. War schon in der Systemzeit Bürgermeister und hat noch manchmal kleine Hemmungen aus dieser Zeit.

3. Bruck a.d.Gl. Str. 2482 Einwohner, Bürgermeister Peter Lederer Kaufmann, geb. 29. Mai 1895. Fachlich gut ebenso gesinnungsmässig gut, aber etwas zu selbstherrlich.

4. Dienten. 527 Einwohner, Bürgermeister Josef Oblasser, Modereggbauer geb. 16.8.1880. Gibt sich redlich Mühe und ist sehr fleissig. Passt nach Dienten ganz genau hinein.

¹⁴⁵ SLA, HB Akte, Karton 107; 004, 1943

5. Fusch a.d.Gl. Str. 660 Einwohner, Bürgermeister Rupert Grünwald geb. 2. Okt.1910 Wagnermeister, besitzt alle Fähigkeiten ist jedoch kein Bauer und hat derzeit noch in der Bauerngemeinde Fusch einen schweren Stand.
6. Kaprun 692 Einwohner, Durch den Arbeiterstand beim Dauernkraftwerk steigt die Einwohnerzahl auf ungefähr 2000. Bürgermeister Josef Buchner, Kaufmann geboren 4.10.1886. Besitzt die Fähigkeit zum Bürgermeister, und scheint die Geschäfte der Gemeinde Kaprun als Standort eines Teiles des Dauernkraftwerkes führen zu können. Ist derzeit durch den Tod seiner Frau seelisch in seiner Leistungsfähigkeit gehemmt. Gesinnungsmässig ausgezeichnet.
7. Krimml-Wald. 1257 Einwohner, Bürgermeister Johann Oberhauser Mühlbauer geb.9.5 1879. Schwach, aber willig, gesinnungsmäßig sehr gut, brav und fleissig.
8. Lend 2085 Einwohner, mit dem derzeitigen Arbeiterstand ungefähr 3000. Hauptamtlicher Bürgermeister Johann Lainer, geb.10.9.1908 war vom Beruf Schlosser. Ist neu, muss sich erst einarbeiten, ich hoffe aber, daß er seiner Aufgabe gewachsen sein wird.
9. Leogang 1850 Einwohner Bürgermeister Simon Empl, vom Beruf Kaufmann besitzt auch eine Landwirtschaft, geb.22.3.1905. Ist Materialist, seine Tätigkeit muss immer überwacht werden. Wird zu sehr von seiner eigenen Wirtschaft in Anspruch genommen und überlässt zu viel dem Sekretär.
10. Lofer. 2085 Einwohner, Bürgermeister Frierich Eckschlager, Maurerpolier, geb.6.2.1904. Ist neu, gibt sich grosse Müher ist sehr gewissenhaft scheint sich verhältnismäßig schnell einzuarbeiten. Ist sehr beliebt was besonders für die Befriedung des eingemeindeten Teiles St. Martin wichtig ist.
11. Maishofen. 1416 Einwohner, Bürgermeister Franz Lackenschweiger, Sägewerksverwalter, geb. 2.4.1899, sehr brauchbar, passt ausgezeichnet für Maishofen.
12. Mittersill. 2823 Einwohner, Bürgermeister Rupert Steger, Vorderbuchbauer, geb.3.3.1880, energisch und gewissenhaft. bäuerlicher Starrkopf.

13. Neukirchen. 1440 Einwohner, Bürgermeister Dr. Norbert Meixner, Sprengelarzt, vorübergehende Bestellung, da er wahrscheinlich bald übersiedelt.
14. Niedernsill 1154 Einwohner Bürgermeisterstelle kommisarisch bestellt.
15. Piesendorf 1549 Einwohner, Bürgermeister Eduard Neureiter, geb. 15. 8. 1910 Bäckermeister ist neu macht einen intelligenten Eindruck ist als Geschäftsmann etwas gehemmt, und lässt zu viel den Sekretär regieren
16. Rauris 2000 Einwohner, Bürgermeister Johann Sommerbichler Bauer geb. 12. 2. 1902. Ein braver, fleissiger, gewissenhafter und energischer Bürgermeister.
17. Saalbach 1267 Einwohner, ist kommisarisch besetzt.
18. Saalfelden. 6630 Einwohner, Hauptamtlicher Bürgermeister Johann Grosslercher, vom Beruf Buchhalter, geb. 11. 7. 1896. Fachlich sehr gut versteht seine Sache und kann die Leute in Saalfelden trotz der schwierigen politischen Verhältnisse ausgezeichnet behandeln, bemüht sich sehr allen Anforderungen gerecht zu werd'n.
19. Stuhlfelden. 847 Einwohner, in Folge des Arbeitsdienstlagers bedeutend mehr, Bürgermeister Josef Egger, Grossgrundbes. Gastwirt und Sägewerksbes. geb. 17. 8. 1886 ei Materialist, die Bestellung war nur eine Notlösung und wird vermutlich bald geändert,
20. Taxenbach. 2434 Einwohner, Bürgermeister Franz hirschmann Schumachermeister, geb. 7. 11. 1903 ein ausgezeichneter Charakter, sehr fleissig und gewissenhaft ruhig und überlegt hat sich als Ortsgruppenleiter während der ganzen Jahre sehr bewährt.
21. Unken 1287 Einwohner, Bürgermeister Blasius Herbst Prennerbauer geb. 3. 2. 1888. sehr gewissenhaft fachlich guter Durchschnitt. Bemüht sich allen Anforderungen gerecht zu werden.
22. Utendorf. 1619 Einwohner, hauptamtlicher Bürgermeister Ernst Hofstätter., gelernter Kaufmann bei der Legion gedient und im Gemeindedienst ausgebildet. Besitzt Fähigkeiten, hat aber keine gute Art Menschen zu behandeln.

23. Viehhofen 416 Einwohner, Bürgermeister Johann Hollaus Egglobauer geb. 18. 8. 1870, für Viehhofen gut genug, Viehhofen ist Verwaltungsgemeinschaft mit Maishofen.

24. Zell am See. 3000 Einwohner. Bürgermeister Ingenieur Erich Janig Vermessungs Ing. geb. 20. 2. 1890, Besitzer des goldenen Parteiabzeichens. Sehr intelligent ein ausgezeichneter Charakter, für die Stelle als hauptamtlicher Bürgermeister vollkommen geeignet.

Der Landrat:"¹⁴⁶

Die Gendarmerieabteilungen müssen regelmäßig Auskünfte über die Bürgermeister der Orte an den Landrat abliefern. Am 9. September 1940 werden beispielsweise auf "mündl. Auftrag" Erhebungen über die Bürgermeister im Pinzgau durchgeführt. Gerüchte und persönliche Eindrücke über deren Persönlichkeit werden schriftlich an den Landrat weitergeleitet. Selbstverständlich wird immer penibel auf die "politische Einstellung" des jeweiligen Bürgermeisters geachtet.¹⁴⁷

Alle Behörden und Organisationen in den Gemeinden werden nach dem "Anschluss" systematisch mit Parteigenossen besetzt. Die Säuberungswelle betrifft alle Dienststellen, die für die Partei wichtig sind. Selbst die freiwillige Feuerwehr darf nur von vertrauenswürdigen Personen geleitet werden. Die Bürgermeister gehen systematisch vor, wie das Beispiel Bramberg zeigt:

Bramberg, am 9. September 1942

Der Bürgermeister der Gemeinde Bramberg Nr. 120.

An den Herrn Landrat des Landkreises Zell am See.

Betrifft: Fr. Feuerwehr Bramberg.

Bezug: Auftrag Nr. 501/25 vom 1. 9. 1942

Ad obigen Auftrag berichte ich, daß mit heutigem Tage dem Feuerwehrführer Johann Dick seine Enthebung vom Dienste als Feuerwehrführer zugestellt wurde.

Als Ersatz für den Feuerwehrführer beantrage ich den Tischlermeister Ludwig Rainer in Bramberg, welcher nach

¹⁴⁶ SLA, HB Akte, Karton 107; 004, 1943 (zitiert mit Tipp- und Rechtschreibfehlern im Original)

¹⁴⁷ SLA, HB Akte, Karton 107; 004, 1943

meinem Dafürhalten geeignet erscheint, die Ausbildung der Feuerwehr auf die notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Stufe zu bringen.

Dies sowie die verlangten Daten zu den Motorspritzen wurden mit heutigem Tage dem Kreisfeuerwehrführer berichtet.

Blaickner¹⁴⁸

6 Die Pinzgauer Bergbauern im NS-Staat

Den Bergbauern im Pinzgau geht es auch nach dem "Anschluss" 1938 wirtschaftlich nicht besser als vorher. Die Krise der 1930er Jahre verbessert sich auch durch die neuen Machthaber nicht. Zahlreiche Bergbauern suchen ihr Glück in den Ballungsräumen, wo sie sich Arbeit erhoffen. Die "Landflucht" erzeugt Engpässe in der Ernährungsversorgung und führt zu einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Abwanderung wird zusätzlich durch das so genannte NS-Reichserbhofgesetz (Geschwister von Hoferben sind von der Erbfolge ausgeschlossen) verstärkt.¹⁴⁹ Mit Beginn des Krieges müssen auch die verbliebenen Bauern, Knechte und TagelöhnerInnen die Höfe verlassen, um in der Wehrmacht ihren Dienst zu leisten. Erste Alarmrufe erreichen die politische Führung in Berlin in den Jahren 1938/39. Ernst Hanisch: "Die Sicherung der Ernährungsbasis im Rahmen der Kriegsvorbereitung geriet so in Gefahr."¹⁵⁰ Rund 60 Prozent der bäuerlichen Kinder sind unterernährt; viele Bauern gehen nicht in die Kirche, weil schlicht der Sonntagsanzug fehlt.¹⁵¹ Die Personalsituation bessert sich erst 1940, als im Gau Salzburg rund 3.500 polnische Kriegsgefangene in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen.¹⁵² Die Eroberung von Lebensraum im Osten soll eine neue Rolle für die Bergbauern und Bergbäuerinnen bringen. Sie sollen dort garantieren, dass die Ernährungskette funktioniert. Einzelne NS-Funktionäre überlegen ernsthaft die Bergbauern und Bergbäuerinnen zu deportieren.

Alfred Rosenberg, Chefideologe der Nationalsozialisten, beschreibt die Absichten Adolf Hitlers nach einer Unterredung vom 29. September 1939. Rosenberg protokolliert die

¹⁴⁸ SLA, HB-Akte, Karton 103, 501-42

¹⁴⁹ vgl. Ela Hornung, Ernst Langthaler, Sabine Schweitzer: Landarbeit unter Zwang. Ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft am Beispiel des Reichsgaues Niederdonau 1939-1945. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2004/1. Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in den besetzten Gebieten. Akademie Verlags GmbH, Berlin 2004 S 13-41 , hier S 18

¹⁵⁰ Ernst Hanisch: "Der Gau der guten Nerven". S 110

¹⁵¹ vgl. Ernst Hanisch: "Der Gau der guten Nerven". S 109

¹⁵² vgl. Ernst Hanisch: "Der Gau der guten Nerven". S 111

Unterredung mit Adolf Hitler, der festhält, was mit den neu eroberten Gebieten im Osten geplant ist. Hitler will das eroberte Gebiet in drei Teile organisieren und neu besiedeln. Das Schicksal für Juden und Jüdinnen ist dabei bereits vorprogrammiert: Vernichtungslager werden im ganzen Reich geplant und errichtet.

"1. zwischen Weichsel und Bug: das gesamte Judentum (auch aus dem Reich), sowie alle irgendwie unzuverlässigen Elemente. An der Weichsel einen unbezwingbaren Ostwall - noch stärker als im Westen. 2. An der bisherigen Grenze ein breiter Gürtel der Germanisierung und Kolonialisierung. Hier käme eine große Aufgabe für das gesamte Volk: eine deutsche Kornkammer zu schaffen, starkes Bauerntum, gute Deutsche aus aller Welt umzusiedeln. 3. Dazwischen eine polnische 'Staatlichkeit'. Ob nach Jahrzehnten der Siedlungsgürtel vorgeschoben werden kann, muß die Zukunft erweisen."¹⁵³

Der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, wird zur "Schaffung eines gesunden, leistungsfähigen Wehrbauerntums"¹⁵⁴ für die neu eroberten Ostgebiete beauftragt.

Ab 1941 wird mit dem so genannten "Generalplan Ost"¹⁵⁵ begonnen. Kernziel des Plans ist durch Deportation, Neuansiedlung und Wiederansiedlung in den besetzten Gebieten neuen Lebensraum zu schaffen. Das "deutsche Volkstum" soll bis zu 40 Millionen "nichteindeutschungsfähige" Mittel- und OsteuropäerInnen ersetzen. Die Menschen in Osteuropa werden zur Zwangsarbeit verpflichtet, in Hungerzonen abgeschoben, oder werden, so wie Juden und Jüdinnen, physisch vernichtet. Darüber hinaus geht es auch um wirtschaftliche Interessen: durch die Besiedelung der besetzten Gebieten soll die völlige Selbstständigkeit Deutschlands im Ernährungssektor erreicht werden. Neuansiedlungen sowie Wiederansiedlungen von hunderten "Volksdeutschen" sind unter anderem in den Gebieten Westpreußen, Posen, im südwestlichen Litauen sowie in der Ukraine geplant. Dafür war die Deportation von Millionen Menschen notwendig. Mathias Burchard: "...Die

¹⁵³ Saul Friedländer: "Die Jahre der Vernichtung", Das Dritte Reich und die Juden, Zweiter Bd. 1939-1945, Verlag C.H. Beck, München 2006, S 37

¹⁵⁴ "Wochenblatt", 29.11.1941

¹⁵⁵ Matthias Burchard: Der Generalplan Ost: Ein finsternes Kapitel Berliner Wissenschaftsgeschichte. Working Paper Nr. 38/1997, Berlin, Juni 1997, Humboldt-Universität zu Berlin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, <http://gplanost.x-berg.de/sgplanost.html#K1#K1> (Heruntergeladen, 9.3.2011)

Planer des Generalplan Ost sahen eine vielmillionenfache Deportation unerwünschter Menschen vor, kooperierten mit dem Sicherheitsdienst RSHA [Reichssicherheitshauptamt Anm. R.L.] als der zuständigen Institution für die 'Entvölkerung' und übernahmen in ihrer detaillierten Arbeits- und Kostenkalkulation das Element der Zwangsarbeit mit dem Prinzip der 'Vernichtung durch Arbeit'..."¹⁵⁶

Im NS-Organ "Wochenblatt" vom 29. November 1941 wird von der Waffen-SS unter dem Titel: "Wie werde ich SS-Neubauer?" für die Ansiedlung von Bauern in den eroberten Gebiete im Osten geworben.

"Die Entstehung neuen Lebensraumes im Osten, der seiner Eigenart und Lage nach in erster Linie Bauernland ist, gehört zu den wichtigsten Folgen des Schicksalskampfes unseres Volkes. In den neuen Dörfern und den neuen Höfen wird ein Bauerntum heranwachsen, das in seiner Geschlechterfolge ein nie versiegender Blutsquell des deutschen Volkes und damit Erhalter des Reiches sein wird... (...) Voraussetzung für die Aufnahme als SS-Neubauernanwärter ist die Ableistung von Arbeitsdienst und Wehrpflicht (bevorzugt in der Waffen-SS) ..." ¹⁵⁷

Bis zum Sommer 1942 werden im Land Salzburg bereits 100 so genannte "Neubauernscheine" für den Osten ausgestellt. Einzige Bedingung für den Erhalt eines "Neubauernscheines" ist, so berichtet das "Wochenblatt", die Mitgliedschaft bei der Waffen-SS. ¹⁵⁸ Teile der NSDAP planen ernsthaft die unrentabel wirtschaftenden Hochgebirgsbauern abzusiedeln und sie in die fruchtbaren Gebiete des Ostens anzusiedeln. Innerhalb der Partei ist der Plan allerdings umstritten. Vor allem die Landesbauernschaft tritt gegen den Umsiedlungsplan auf. ¹⁵⁹

Hermann Göring hält am 4. Oktober 1942 seine "Erntedankrede" im Berliner Sportpalast. Die Ansprache wird live via Volksempfänger im ganzen Reich übertragen. Schwerpunkt

¹⁵⁶ vgl. Matthias Burchard: Der Generalplan Ost, <http://gplanost.x-berg.de/sgplanost.html#K1#K1> (Heruntergeladen, 9.3.2011) S 5 ff, 14, 23

¹⁵⁷ "Wochenblatt", 29.11.1941

¹⁵⁸ "Wochenblatt", 9.1.1941

¹⁵⁹ vgl. Ernst Hanisch: "Der Gau der guten Nerven", S 12

seiner Rede ist die Ernte nichtdeutscher Bauern. Göring teilt mit, dass "wir unsere gesamten Truppen aus den besetzten Gebieten ernähren". Die Lebensmittel werden den Menschen im Osten schlicht und einfach geraubt. Göring: "Von heute ab wird es dauernd besser werden; denn die Gebiete fruchtbarster Erde besitzen wir. Eier, Butter, Mehl, das gibt es dort in einem Ausmaß, wie Sie es sich nicht vorstellen können..."¹⁶⁰

Ein neuerlicher Kriegswinter stellt die NS-Führer vor gravierende Probleme. Hunger, Lebensmittelmangel, Brennstoffmangel und Kälte prägen den Alltag. Landesbauernführer Michael Friesacher eröffnet im Salzburger Thalgau die Ausstellung "Erzeugungsschlacht im vierten Kriegsjahr". Obwohl die ersten Lebensmittellieferungen aus den Ostgebieten eintreffen, liegt der Schwerpunkt der Erzeugung in der Heimat. Der deutsche Bauer ist nach wie vor "Hauptträger der Erzeugungsschlacht."

Das "Wochenblatt" vom 2. Jänner 1943 berichtet darüber. Auszug:

"...Nach Erörterung des Arbeitskräfteproblems das auch im kommenden Frühjahr durch die Heranziehung fremdländischer Arbeitskräfte seine Notlösung finden wird, besprach der Landesbauernführer [Michael Friesacher Anm. RL] die Nachwuchsfrage in der Landwirtschaft. Jetzt, wo es durch den weiten Raum im Osten Aufstiegsmöglichkeiten in unendlichem Ausmaß gibt, wo jeder Bub, der in Ordnung ist, Bauer werden kann und wo dieses Siedeln vollkommen entkapitalisiert sein wird, jetzt müssen die eigenen Kinder noch stärker zum Bauerntum erzogen werden. Jetzt kann jeder Vater seinem zweiten, dritten und vierten Buben sagen, daß er - wenn er in der Wirtschaft bleibt - nicht sein Leben lang Bauernknecht sein muß, sondern daß er im heiratsfähigen Alter zu einem großen und guten Hof kommen kann, ohne jeden eigenen Beitrag..."¹⁶¹

Die Zukunft der Menschen auf den Bergbauernhöfen ist ungewiss. Teile innerhalb der NSDAP wollen sie zur Sicherung und Bewirtschaftung in den Ostgebieten einsetzen. Die

¹⁶⁰ Der Spiegel 10/1.3.2005 S 62; vgl. auch Aly, Götz (Hg.): "Volkes Stimme: Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus"; Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag 2006, S 146 ff

¹⁶¹ "Wochenblatt", 2.1.1943; S 2 - "Unsere Bauern ziehen mit"

Bergbauern wären dazu aus der Sicht einzelner NSDAP-Funktionäre ideal geschaffen: Zäh und vor allem nicht "verweichlicht". In den Ostgebieten könnte der Bergbauer dem "Dienste des Volksganzen" besser dienen, als am Berghof im Pinzgau. "Wochenblatt" - Autor Dr. Kurt Reinl kommentiert unter dem Titel "Bergbauern und Ostsiedlung" am 9. Jänner 1943:

"...Mit der sich immer schärfer abzeichnenden Aufgabe der Ostsiedlung ist zugleich die Frage aufgetaucht, ob es künftig völkisch und sozial vertreten werden kann, eine Besiedlung von Gebieten aufrecht zu erhalten, die sich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten mit den neu gewonnenen Landstrichen zweifellos nicht messen können. Daraus kann die Überlegung, ob der Bergbauer, in diesen neuen Gebieten eingesetzt, dort dem Volksganzen nicht wesentlich größere Dienste leisten könnte als in seiner kargen Heimat, in der sich seine Kräfte an den Widrigkeiten der Natur zu einem großen Teil scheinbar fruchtlos verzehren. (...) Raumpolitisch ergibt sich die Bedeutung des Bergbauerntums aus der Tatsache, daß seine Heimat der südliche Grenzwall des Reiches ist. Grenzen sind grundsätzlich überall gleich wichtig, ob sie im Norden oder Süden, Westen oder Osten liegen. Sie verlangen eine dichte, vor allem bäuerliche Besiedelung, wenn sie ihre Aufgabe als Schutzwall gegen das Eindringen fremden Blutes erfüllen sollen. Im Gebirge kommt noch hinzu, daß sich dort menschliche Kultur überhaupt nur bei einer bestimmten Mindestdichte der Besiedelung erhalten kann..." ¹⁶²

Der Verlauf des Krieges führt schließlich dazu, dass die Umsiedlungspläne aufgegeben werden. Die Ostgebiete werden in der Winteroffensive 1943/44 von der anrückenden sowjetischen Armee zurückerobert. Die Bergbauern und Bergbäuerinnen können sich weiterhin um ihre Almen im Pinzgau kümmern. Das NS-Organ "Süddeutsche Landpost" propagiert 1943 noch den "unerschöpflichen Lebensraum" für die deutschen Bauern:

¹⁶² "Wochenblatt", 9.1.1943; S 5 ff - "Bergbauern und Ostsiedler"

"...zum ersten Male in seiner tausendjährigen Geschichte wird dem deutschen Bauern ein fast unerschöpflicher Lebensraum zur Verfügung stehen. Statt 800.000 Erbhöfen wird Raum für die zehnfache Zahl vorhanden sein; so viel Raum, daß Deutschland wie in grauer Vorzeit, wieder ein Volk von Bauern werden kann..."¹⁶³

7 Der Nationalparkplan im NS-Staat

Der "Gau Salzburg", so die Pläne der NS-Führung in Berlin, soll für UrlauberInnen aus dem "Reich" dienen. Darum werden erste Nationalparkpläne bereits in den 1940er Jahren entworfen und diskutiert. Salzburg als Erholungsgebiet und "Kulturgau"¹⁶⁴. Die Salzburger Festspiele decken den kulturellen Teil der Nationalsozialisten ab. Mit Salzburg hatte Propagandaminister Joseph Goebbels ein persönliches Prestigefestival. Gerne hätte er dem Salzburger Festival die Bedeutung Bayreuths gegeben. Aber dagegen hatte Hitler offenbar Einwände.¹⁶⁵

Ein Nationalpark soll dem erholungshungrigen Urlauber zur Verfügung stehen. Nach Ansicht Adolf Hitlers sollen im gesamten Reich neben den Industrie- und Rüstungszentren Erholungs- und Kulturzentren geschaffen werden. Hitler: "Ich will, daß dem Arbeiter ein ausreichender Urlaub gewährt wird. Ich wünsche das, weil ich ein nervenstarkes Volk will, denn nur allein mit dem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen."¹⁶⁶ Was sich Adolf Hitler unter "großer Politik" vorstellt, ist bekannt: den großen Krieg. Dafür braucht er ein nervenstarkes Volk.

Am 12. Oktober 1940 erfolgt eine Kundmachung des Reichsstatthalters als übergeordnete Naturschutzbehörde in Salzburg an alle Bürgermeister in den betroffenen Gebieten. Die Kundmachung wird auch an alle von der Regelung betroffenen Stellen (Landesbauernschaft, Kreisjägermeister, Amt für Lawinenverbauung u.v.a.m.) weitergeleitet. Darin wird über Pläne von der Errichtung eines Nationalparks Hohe Tauern informiert:

¹⁶³ "Wochenblatt", 9.1.1943; S 5 ff - "Bergbauern und Ostsiedler"

¹⁶⁴ Ernst Hanisch: "Der Gau der guten Nerven", S 14 ff und S 83

¹⁶⁵ vgl. Andreas Novak: "Salzburg hört Hitler atmen", Die Salzburger Festspiele 1933-1944, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005 S 128

¹⁶⁶ Ernst Hanisch: "Der Gau der guten Nerven", S 14 ff

"Im Rahmen der Vorarbeiten für die vom Reichsforstmeister [Hermann Göring, Anm. R.L.] aufgetragene Errichtung eines Nationalparks in den Hohen Tauern beabsichtige ich beim Reichsforstmeister als Oberster Naturschutzbehörde den Antrag zu stellen, das Obere und Untere Salzachtal samt den Krimmler-Wasserfällen sowie das Gebiet von Stubach und Ammertaleröd als Naturschutzgebiet zu erklären..."¹⁶⁷

Rund zwei Wochen später, am 24. Oktober 1940, findet eine Verhandlung beim Landrat in Zell am See mit den betroffenen Vertretern statt. Auf Veranlassung von Reichsmarschall Hermann Göring sollen innerhalb des Reiches mehrere Nationalparks errichtet werden. Dazu gehören die Hohen Tauern im Gau Salzburg. Das Wildgerlostal soll bis zum Raurisertal geschützt werden. Bei dieser Verhandlung bricht der grundsätzliche Konflikt zwischen den Interessen der Industrialisierung und den Interessen des Fremdenverkehrs auf. Auszug aus der Gedächtnisniederschrift dieser Verhandlung:

"...Dipl. Ing. Beck, Bezirkswirtschaftsamt, teilt mit, daß die AEW [Alpen-Elektro-Werke, ein Betrieb im Imperium Hermann Görings Anm R.L.] eine Reihe von Projekten ausarbeitet, die mit dem Naturschutzgebiet in Berührung kommen werden. Insbesondere sei im Oberen Krimmlertal oberhalb des Tauernhauses eine Talsperre beabsichtigt. Er glaubt, daß eine Beeinträchtigung des Krimmler-Wasserfalles hiedurch aber nur in geringem Maße herbeigeführt werden wird, weil der Wasserfall hauptsächlich im Sommer zur Zeit der Gletscherschneeschmelze, also in einer Zeit besucht wird, in der der elektrische Betrieb auf 100%-iger Aufspeicherung des anlaufenden Wassers verzichten könnte. Außerdem werden nördlich der Sperre der Ache noch so viele Gewässer zufließen, daß der Fall nicht trocken gelegt wird. Wenn das Projekt so weit sein werde, wird es zur Verhandlung gestellt werden und werden die erforderlichen Zustimmungen der Naturschutzbehörde eingeholt werden müssen. Dipl. Ing. Beck

¹⁶⁷ SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Kundmachung des Reichsstatthalters vom 12.10.1940, Kopie b. Verf.

beantragt daher nicht die Aufnahme einer ausdrücklichen Ausnahmebestimmung zu Gunsten der AEW in der Verordnung, da §-4 (2) ja eine allgemeine Ausnahmemöglichkeit enthält. Er weist auch auf das E-Werk Breitner hin, das dieser am Krimmler-Wasserfall errichten will..."¹⁶⁸

Der Naturschutz und die Errichtung von großen Wasserkraftwerken stehen im Widerspruch. Die "Ausnutzung der Wasserkraft" spielt auch bei den ökonomischen Anschlussbestrebungen der Nationalsozialisten eine Rolle. Die Großprojekte haben wenig mit der Region selbst zu tun. Bedingt durch den Aufbau der Rüstungsindustrie in Deutschland steigt ab Mitte der 1930er Jahre der Bedarf an elektrischer Energie. Deutschland kann den Bedarf nicht selber decken (siehe dazu auch Kapitel "Die Rolle der Wasserkraft für die deutsche Kriegswirtschaft"). Das Vorhaben der Alpen Elektro Werke AG, eine riesige Talsperre im Krimmlertal zu errichten, stößt auf den Widerstand der NaturschützerInnen. Schließlich zählen die Krimmler Wasserfälle zu den größten Naturereignissen Europas und ziehen jährlich zahlreiche TouristInnen an. Der Verhandlungsleiter, Gaubeauftragter für den Naturschutz, Prof. Dr. [Eduard Paul Anm. R.L.] Tratz widerspricht daher dem Vertreter des Bezirkswirtschaftsamtes energisch:

"Prof. Tratz stellt mit größtem Nachdruck fest, daß der Krimmler Wasserfall nicht nur der schönste im Großdeutschen Reich, sondern der schönste Wasserfall in Europa ist. Es sei Recht und Pflicht der Naturschutzbehörde, den Bestand dieses Wasserfalles bis zum letzten zu verteidigen..."¹⁶⁹

Gauleiter Friedrich Rainer, Reichsstatthalter und damit höchste Naturschutzbehörde in Salzburg, erlässt am 20. Dezember 1940 eine Verordnung "zum Schutze der Landschaftsteile der Hohen Tauern vom Wildgerlostal bis zum Raurisertal in den Hohen Tauern."¹⁷⁰

Paragraph 2 der Verordnung regelt die Nutzung des Gebietes:

¹⁶⁸ SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Gedächtnisniederschrift Tratz, Nr. 11.567/e-41-V/2-40 (S 2 ff) Kopie b. Verf.

¹⁶⁹ SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Gedächtnisniederschrift Tratz, Nr. 11.567/e-41-V/2-40 (S 3) Kopie b. Verf.

¹⁷⁰ SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Verordnung des Reichsstatthalters vom 20.12.1940, Kopie b. Verf.

"Es ist verboten, innerhalb der in der Landschaftsschutzkarte durch besondere rote Umrahmungen kenntlich gemachten Landschaftsteile Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuß zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten. Unter das Verbot fallen die Anlage von Bauwerken aller Art, von Verkaufsbuden, Zelt- und Lagerplätzen... (...). Unberührt bleibt die wirtschaftliche Nutzung, sofern sie dem Zweck dieser Verordnung nicht widerspricht."¹⁷¹

Das Krimmlertal bleibt von der "wirtschaftlichen Nutzung" verschont und gehört heute zum Herzstück des Nationalparks Hohe Tauern. Das Gebiet um Uttendorf und Kaprun ist bereits vor der Verordnung für die "wirtschaftliche Nutzung" freigegeben. Speicherkraftwerke prägen das Bild in dieser Region. Die Nationalparkpläne der NS-Funktionäre werden in den Kriegsjahren nicht mehr weiter verfolgt. Der derzeitige Nationalpark Hohe Tauern wird, wesentlich verkleinert, erst rund 40 Jahre später, 1984, auf Salzburger Seite im Gebiet von Krimml bis Rauris eröffnet.

8 Widerstand im Pinzgau

8.1 Widerstand in Österreich

Nach der nationalsozialistischen Herrschaft buhlen die politischen Parteien im Vorfeld der Wahlen 1949 um die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten. Sie sind die weit größere Gruppe als die der WiderstandskämpferInnen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Widerstand verliert vor dem Hintergrund der Reintegration der Nationalsozialisten massiv an Bedeutung. Den Überlebenden fehlt es am Verständnis für den Widerstand. Sie sind gegen jede Ehrung oder Hervorhebung der WiderstandsaktivistInnen. In ihren Augen sind sie "Eidbrecher", "Verräter" oder gar "Kameradenmörder". Bis zum Ende der 1950er Jahre gibt es keine Publikation zu diesem Themenkomplex.¹⁷² 1945 wird in Österreich zwar mit einer Entnazifizierung begonnen, zwei Jahre später, ab 1947, ist alles ganz anders: Die Gründungsparteien der neuen Republik, ÖVP, SPÖ und die KPÖ ritzen um die

¹⁷¹ SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Verordnung des Reichsstatthalters vom 20.12.1940, Kopie b. Verf.

¹⁷² vgl. Wolfgang Neugebauer: "Der österreichische Widerstand 1938 – 1945", Edition Steinbauer, Wien 2008 S 13

Stimmen der "Ehemaligen". Nun wird plötzlich zwischen "minderbelastete" und "belastete" Nationalsozialisten unterschieden. Damit werden 90 Prozent der ehemaligen Nationalsozialisten amnestiert und integriert. Die politische Aufarbeitung des Nationalsozialismus ist damit abgeschlossen.¹⁷³ Die heimische "Gedenkkultur" sollte eine andere werden. Nicht die Opfer des Nationalsozialismus stehen im Vordergrund des Gedenkens, sondern vielmehr die andere Seite. Ab den 1950er Jahren wird praktisch in jeder kleinen österreichischen Gemeinde ein Denkmal für die gefallenen Wehrmachtssoldaten, für "unsere Helden", errichtet. Während jedes heimische Dorf sichtbar und selbstverständlich für seine gefallenen Soldaten gedenkt, sind Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus meist politisch umstritten und selten. Bertrand Perz: "Diese Kriegerdenkmäler wurden für lange Zeit zur vorherrschenden Geschichtskultur der Republik."¹⁷⁴ Selbst die Errichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen wird im Vorfeld der Nationalratswahl 1949 von den politischen Parteien heftig diskutiert und medial in den wesentlichen Tageszeitungen massiv kritisiert. Bertrand Perz: "Die Opfer des Nationalsozialismus sollen gedenken können, aber möglichst keine störenden Nebengeräusche erzeugen."¹⁷⁵

Im "Opferfürsorgegesetz" aus dem Jahr 1947 werden Opfer des Nationalsozialismus befürsorgt. Hier dokumentiert der Gesetzgeber der Zweiten Republik, was für ihn als "Widerstand" gilt. Der Personenkreis wird von der damals regierenden Großen Koalition und der KPÖ sehr eng gefasst:

§ 1. (1) Als Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Personen anzusehen, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewußtes Österreich, insbesondere gegen Ideen und Ziele des Nationalsozialismus,

¹⁷³ vgl. Bertrand Perz: "Österreich", In: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. (Hg.) Volkhard Knigge und Norbert Frei, C.H. Beck-Verlag, München 2002, S 150-163, hier S 152 ff

¹⁷⁴ Bertrand Perz: "Österreich", In: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, S 156

¹⁷⁵ Bertrand Perz: Die Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, StudienVerlag, Innsbruck, Wien, Bozen, 2006 S 113

mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort oder Tat eingesetzt haben... (...)"¹⁷⁶

Die Einschränkung "mit der Waffe in der Hand" oder "rückhaltlos in Wort und Tat" schließt zahlreiche WiderstandsaktivistInnen von der Opferfürsorge aus. Der Widerstandsbegriff ist in Österreich sehr umstritten. Die Gründer der Zweiten Republik, ÖVP, SPÖ und KPÖ, erkennen nur Widerstand aus parteipolitischen Gründen an. Damit verwehrt der Gesetzgeber zahlreichen Menschen, die individuell Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten, den Opferstatus und setzt sie den Anfeindungen der übrigen Bevölkerung aus.

Der Gesetzgeber findet nur parteipolitischen Widerstand für unterstützenswert. Der Begriff Widerstand wird darum sehr eng gefasst. Nur diese Personen erhielten nach dem Opferfürsorgegesetz Unterstützung. Im Unterschied dazu begreift das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) den Begriff wesentlich weiter. Aus seiner Sicht sind auch Menschen, die etwa aus humanitären oder religiösen Gründen Widerstand geleistet haben, WiderstandsaktivistInnen.¹⁷⁷

Die Kommunistische Partei Österreichs veröffentlicht 1963 die Studie "Kampf und Opfer für Österreich". Gleichzeitig erscheinen Untersuchungen von Maria Szecsi und Karl R. Stadler über die NS-Justiz und ihre Opfer. Galten bisher alle vorherigen Analysen dem organisierten Widerstand, legt Stadler erstmals bewusst das Augenmerk auf "die Bedeutung der ganzen Vielfalt unorganisierten und auch partialen Oppositionsverhaltens".¹⁷⁸ Stadler wertet "jegliche Opposition" im Dritten Reich als Widerstandshandlung, "auch wenn es nur der Versuch war anständig zu bleiben".¹⁷⁹ An dieser Definition orientiert sich das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes bei seiner Arbeit.

¹⁷⁶ BGBl. Nr. 183/1947; Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung

¹⁷⁷ vgl. Brigitte Bailer-Galanda: In: Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.): Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005. Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien, 2007 S 261 ff

¹⁷⁸ Willibald I. Holzer: "Politischer Widerstand gegen die Staatsgewalt" Historische Aspekte – Problemstellungen – Forschungsperspektiven, Europaverlag Wien, 1985 S 98, 99

¹⁷⁹ Karl R. Stadler, zitiert In: Wolfgang Neugebauer: "Der österreichische Widerstand 1938 – 1945", Edition Steinbauer, Wien 2008 S 16

Auch innerhalb der katholischen Kirche wird ab den 1960er Jahren eine Debatte über Widerstandsrecht und Widerstandsethik geführt. Johannes Michael Schnarrer bezieht sich auf eine Festschrift von Adolf Merkl aus dem Jahr 1961:

"...Der Widerstand ist in allen jenen Fällen gerechtfertigt, in denen sich der Staat über seine Ordnungsfunktion hinwegsetzt. Der Ungehorsam der Bürger und Bürgerinnen kann sich nach dem Maß des staatlichen Übergriffes bis zur religiösen Pflicht zum Widerstand steigern. Dieser Widerstand ist dann legitim, wenn alle dem Bürger nach der Staatsverfassung erlaubten Mittel erschöpft sind und ein in grober Weise die Menschenrechte verletzender Missbrauch staatlicher Autorität vorliegt und die auf das erforderliche Maß beschränkte Gewaltanwendung begründete Aussicht auf Erfolg hat."¹⁸⁰

Der Widerstand innerhalb der Kirche als solcher ist ambivalent. In der Kirchenbasis gibt es zwischen 1938 und 1945 einen breiten katholischen Widerstand, der von Priestern und katholischen Laien getragen wird. Die wichtigste katholische Widerstandsgruppe war die "Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs". Sie wird 1940 von den Nationalsozialisten zerschlagen.¹⁸¹ Die Spitze der katholischen Kirche hält sich zurück.

Anders die Sichtweise des Widerstandskämpfers Fritz Molden. Auch Fritz Molden, Bruder von Otto Molden, ist Mitglied einer katholischen Widerstandsgruppe. Er sitzt mehrmals in NS-Gefängnissen und wird schließlich in einer Strafkompagnie in Russland eingesetzt. Er sieht sich nicht als Opfer, sondern bezeichnet sich klar als Täter. Fritz Molden:

"Zunächst: Aktive Widerständler – egal, ob als Einzelkämpfer, als politische Gruppen in urbanen Räumen oder als Partisanen – wir waren niemals Opfer, sondern stets Täter. Als Täter bekämpften sie aktiv die Diktatur der Nationalsozialisten sowie die Besatzung durch die Deutsche Wehrmacht und die

¹⁸⁰ Johannes Michael Schnarrer: "Widerstandsethik und Gewissenskonflikt" In: Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.), Ludwig Boltzmanninstitut und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Graz-Wien 2007, S 106

¹⁸¹ vgl. Wolfgang Neugebauer: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 32

Schutzstaffel (SS)... (...) Ich, Fritz Molden, betrachte mich nicht als Opfer, sondern eindeutig als Täter."¹⁸²

Jahrzehntelang haben sich ÖsterreicherInnen primär als "Opfer" des Nationalsozialismus gesehen. Auch dieser "Opfermythos" trägt dazu bei, dass eine offene politische Diskussion über Widerstand nur schwer geführt werden kann. Die "Opferthese" wird in der Gründungsurkunde der Republik Österreich, der Proklamation der neuen österreichischen Regierung vom 27. April 1945 verankert. Darin heißt es: Das Nationalsozialistische Regime hat

"das macht- und willenlos gemachte Volk Österreich in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt (...), den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals voraussehen oder gutzuheißen instandgesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle oder Feindschaft oder des Hasses gehegt hat..."¹⁸³

Als Beispiel dafür, sei an dieser Stelle die Aussage des Oberösterreichischen Landeshauptmann Heinrich Gleißner (ÖVP)¹⁸⁴ angeführt, der im Zuge der Errichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, im Jahr 1952 fordert, es sei

"an geeigneter Stelle darauf hinzuweisen, daß an diesen Geschehnissen der weitaus größte Teil des österreichischen Volkes keine Schuld trägt, und daß es in Österreich niemals zu solch furchtbaren Verirrungen gekommen wäre, wenn es in den tragischen Märztagen des Jahres 1938 nicht ohne Unterstützung und Schutz des Auslandes geblieben wäre."¹⁸⁵

¹⁸² Fritz Molden, In: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 265

¹⁸³ Zitiert In: Bertrand Perz: "Österreich", In: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, S 150

¹⁸⁴ Bertrand Perz: Die Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, StudienVerlag, Innsbruck, Wien, Bozen, 2006 S 25 und 268 ff

¹⁸⁵ Zitiert im Beitrag: Bertrand Perz: "Die Ausstellungen in den KZ-Gedenkstätten Mauthausen, Gusen und Melk"; In: Dirk Rupnow, Heidemarie Uhl (Hg.): Zeitgeschichte ausstellen in Österreich: Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen, Böhlau-Verlag, Wien 2011, S 87 – S 117, hier S 95

Auch die Entscheidung, beispielsweise die juristische Aufarbeitung der Verbrechen der Nationalsozialisten im Konzentrationslager Mauthausen nicht in Österreich aufzuarbeiten, sondern diese zusammen mit den Prozessen in Dachau, also in Deutschland, durchzuführen, verstärkt das Bild als "Opfer".¹⁸⁶ Bertrand Perz: "Das Bild vom KZ Mauthausen als 'landfremd' und 'unösterreichische' Einrichtung, wie es in der medialen Kritik an der Errichtung der Gedenkstätte 1949 gezeichnet wurde, fand hier eine wesentliche Grundlage."¹⁸⁷

Die österreichische Bundesregierung bildet 1962 ein "Ministerkomitee für die Herausgabe einer geschichtlichen Darstellung über den Beitrag Österreichs an der Befreiung im Sinn der Moskauer Deklaration". Die Wiener Historiker Ludwig Jedlicka (Gründer des Institutes für Zeitgeschichte in Wien) und Friedrich Heer werden mit der Forschung beauftragt. Die Dokumentation soll unter dem Titel: "Die österreichische Widerstandsbewegung 1938 bis 1945" bis 1965 publiziert werden. Die Herausgeberschaft übernimmt die Bundesregierung. Die Veröffentlichung scheitert am Auseinanderbrechen der großen Koalition von SPÖ und ÖVP Mitte der 1960er Jahre. Erst dem "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)" gelingt es schließlich, die Widerstandsforschung weiterzuentwickeln.¹⁸⁸

Das "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes" geht, wie bereits erwähnt, von einem sehr weiten Widerstandsbegriff aus, um keine Form oder Gruppierung des Widerstandes im Nationalsozialismus auszugrenzen.¹⁸⁹ HauptgegnerInnen des NS-Regimes finden sich in den etwa gleich starken Gruppen, der organisierten Arbeiterbewegung im Osten Österreichs einerseits und dem katholisch-konservativen-bürgerlichen Lager andererseits.¹⁹⁰ Zu den wichtigsten Widerstandsgruppen gehören die Revolutionären Sozialisten (RS), die bereits seit 1934 im Untergrund aktiv sind. Sie unterstützen Angehörige politisch Verfolgter mit der Aktion "Sozialistische Arbeiterhilfe

¹⁸⁶ vgl. Bertrand Perz: Die Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, StudienVerlag, Innsbruck, Wien, Bozen, 2006 S 45

¹⁸⁷ Bertrand Perz: Die Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, S 45 ff

¹⁸⁸ vgl. Bertrand Perz: "Die Ausstellungen in den KZ-Gedenkstätten Mauthausen, Gusen und Melk"; In: Dirk Rupnow, Heidemarie Uhl (Hg.): Zeitgeschichte ausstellen in Österreich: Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen, Böhlau-Verlag, Wien 2011, S 87 – S 117, hier S 97 und Holzer, Willibald I.: "Politischer Widerstand gegen die Staatsgewalt" Historische Aspekte – Problemstellungen – Forschungsperspektiven, Europaverlag Wien, 1985 S 101

¹⁸⁹ vgl. Wolfgang Neugebauer: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 27 ff

¹⁹⁰ vgl. Wolfgang Neugebauer: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 27

(SAH)", die sich als Gegenstück zur kommunistischen "Roten Hilfe" versteht.¹⁹¹ Die zahlenmäßig stärkste Widerstandsgruppe, so Wolfgang Neugebauer, waren die KommunistInnen. Etwa zwei Drittel der KommunistInnen sind vor 1934 bei den Sozialdemokraten aktiv. Dies deshalb, weil die KPÖ konsequent die Parole des aktiven Widerstands ausgab. Bereits am 12. März 1938 beschließt das Zentralkomitee der KPÖ eine Erklärung und tritt für die Unabhängigkeit Österreichs ein.¹⁹²

Wolfgang Neugebauer bringt noch eine andere Form des Widerstandes in die Diskussion. Er spricht in diesem Zusammenhang vom "kleinen Widerstand". Tausende ÖsterreicherInnen sind davon betroffen. Dieser "individuelle Widerstand" umfasst alle kritischen Äußerungen gegen das NS Regime, das Erzählen von Witzen, die Beleidigung von NS-Funktionären, das Singen kritischer Lieder, die Verweigerung von Spenden oder des Deutschen Grußes. Alle diese Dinge werden von deutschen Gerichten oder der Polizei geahndet.¹⁹³

Gegen Ende des Krieges formieren sich zahlreiche Widerstandsgruppen im bürgerlichen Lager. Obwohl seit 1935/36 verboten, setzen die "Internationalen Bibelforscher" (auch "Zeugen Jehovas" genannt) ihre Aktivitäten auch nach 1938 unbeirrt fort. Sie lehnen den Nationalsozialismus und den Krieg kompromisslos ab.¹⁹⁴

Der jüdische Widerstand wurde lange Jahre kaum beachtet. Er besteht vor allem im Nichtbefolgen von Weisungen des NS-Regimes, in der Verweigerung bestimmten Anordnungen nachzukommen und in der Flucht in den Untergrund. Junge jüdische ExilantInnen findet man beispielsweise in der belgischen Partisanenarmee oder bei den österreichischen Bataillonen in Jugoslawien. In Österreich leisten Juden und Jüdinnen mit ihrem Selbstmord Widerstand. Mit ihrem Freitod protestieren sie gegen das nationalsozialistische Terrorsystem und zeigen, dass sie über ihr Schicksal selbst entscheiden.¹⁹⁵

¹⁹¹ vgl. Wolfgang Neugebauer: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 28

¹⁹² vgl. Wolfgang Neugebauer: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 29

¹⁹³ vgl. Wolfgang Neugebauer: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 34

¹⁹⁴ vgl. Wolfgang Neugebauer: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 32

¹⁹⁵ vgl. Jonny Moser: Österreichische Juden und Jüdinnen im Widerstand gegen das NS-Regime, In: Widerstand in Österreich 1938-1945, S 125 ff

8.2 Organisation der Polizei in Österreich

Eine zentrale Rolle im NS-Unterdrückungsstaat wird der Polizei zugesprochen. Die österreichische Polizei wird nach dem "Anschluss" 1938 in die Verwaltungshoheit des Deutschen Reiches überstellt. Mit dem "Runderlass des Reichsministers für Inneres vom 18. Mai 1938" gliedert sich die Polizei in zwei Hauptgruppen: der "Ordnungspolizei" und der "Sicherheitspolizei"¹⁹⁶. Die uniformierte "Ordnungspolizei und Gendarmerie" ist für die Verwaltung zuständig. Der zivilen "Sicherheitspolizei" gehören die Geheime Staatspolizei und die Kriminalpolizei an. Kriminalpolizei und Staatspolizei werden zusammengelegt. Die Geheime Staatspolizei ist dem Reichsministerium des Inneren in Berlin unterstellt; erhält von dort direkte Anweisungen und muss regelmäßig nach Berlin berichten.¹⁹⁷ Sie erhält weitreichende Kompetenzen und kann so gegen politisch Andersdenkende vorgehen. Bereits eine Woche nach dem "Anschluss" tritt die zweite Verordnung zum Wiedervereinigungsgesetz in Kraft:

"Auf Grund des Artikels III des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 wird folgendes verordnet:

§ 1. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren kann die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen *auch außerhalb der sonst hiefür bestimmten gesetzlichen Grenzen* treffen.

§ 2. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren kann seine Befugnisse auf andere Stellen übertragen.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, 18. März 1938

Der Reichsminister des Inneren:

Frick¹⁹⁸

¹⁹⁶ Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, Staatsdruckerei Wien, Wien 1941 S 260

¹⁹⁷ vgl. Helfried Pfeifer: Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, Staatsdruckerei Wien, Wien 1941 S 263

¹⁹⁸ Reichsgesetzblatt I/1938, S 237, zitiert In: Maria Szecsi, Karl Stadler: Das einsame Gewissen. Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer, Verlag Herold, Wien - München, 1962 S 12

Damit verfügt der NS-Staat über einen wesentlichen Apparat, um seine Ziele durchzusetzen. Die Polizei hat weitreichende Möglichkeiten, auch außerhalb gesetzlicher Grenzen. Natürlich müssen dafür zahlreiche Beamte der früheren Polizei durch systemtreue Diener des NS-System ausgetauscht werden. (Siehe dazu auch Kapitel "Säuberungsaktionen bei der Gendarmerie im Land Salzburg".)

8.3 Rechtliche Grundlagen des NS-Staates

Aufgrund der Gesetzeslage hat das NS-Regime ausreichend Instrumente in der Hand, gegen KritikerInnen, politisch Andersdenkende oder missliebige Personen juristisch vorzugehen. Jede/r BürgerIn ist grundsätzlich verdächtig. Die NS-Justiz nutzt diese Instrumente ausgiebig. Wo die Justiz keine Handhabe hat, übernimmt die Polizei die Arbeit. Neben der Justiz kann auch die Geheime Staatspolizei gegen das Delikt "staatsfeindliche Äußerungen" vorgehen. Sie hat die Möglichkeit, Menschen ohne richterliche Anordnung, direkt in ein Konzentrationslager einzuweisen. Der Lagebericht vom Innsbrucker Generalstaatsanwalt vom 22. Juli 1941 zeigt, dass die Gestapo auch davon Gebrauch macht. Die direkte Einweisung in ein Konzentrationslager erfolgt, so der Sachbearbeiter der Geheimen Staatspolizei, "da eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft aus staatspolizeilichen Gründen nicht in Frage komme."¹⁹⁹

Ab 1933, der Machtübernahme Adolf Hitlers in Deutschland, erlassen die Nationalsozialisten tausende Gesetze, Verordnungen und Erlässe. Viele gesellschaftliche Normen werden neu geregelt. Die NS-Justiz ist eine politische Justiz im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Oberste Maxime ist der gesellschaftliche Totalitätsanspruch. Diese Ideologie wird sichtbar durch rassistische Gesetze wie z.B. die Nürnberger Gesetze, Gesetze zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Ehetauglichkeitsprüfung... etc. Wolfgang Neugebauer:

"...Dem NS Terror ging es nicht nur um die Zerschlagung der Organisationen, sondern auch um die physische Vernichtung der gegnerischen Kader. Diese nach Rassismus und Rassenhygiene

¹⁹⁹ Generalstaatsanwalt Dr. Rudolf Löderer In: Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 58

vorrangigen Ziele des NS-Regimes wurden mit einer breiten Palette von Maßnahmen – vom Terror über Propaganda bis zur Sozialpolitik – in Angriff genommen..."²⁰⁰

Zahlreiche Bestimmungen sind für den Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche GegnerInnen des NS-Systems erforderlich. Bereits am 7. April 1933 wird in Deutschland das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Berufsbeamtengesetz)"²⁰¹ beschlossen. In Österreich werden die zahlreichen Regelungen, Gesetze und Verordnungen, die der NS-Staat seit 1933 in Deutschland erlassen hat, sukzessiv übertragen. So zum Beispiel gilt in Österreich der Erlass zur "Neuordnung des Berufsbeamtentums" vom 15. März 1938. Der von Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart unterzeichnete "Erlass des Führers über die Vereidigung der Beamten des Landes Österreich"²⁰² liefert die Möglichkeit, missliebige Beamte zu versetzen, in den Ruhestand zu schicken oder zu entlassen. Die (arischen) Beamten müssen noch im März 1938 den Diensteid²⁰³ auf Hitler leisten. Juden sind vom Beamtentum ausgeschlossen. Damit legte das NS-System den Grundstein, regimekritische und vor allem jüdische Beamte zu entfernen und sie durch systemtreue Diener zu ersetzen. Daneben treten in Österreich ab 1938 zahlreiche Gesetze und Verordnungen in Kraft, um systematisch gegen politisch Andersdenkende vorzugehen. Gegen KritikerInnen geht die NS-Justiz mit dem aus dem Jahr 1934 stammenden sogenannten "Heimtückegesetz" vor. Am 20. Dezember 1934 wird in Deutschland das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen" beschlossen. Artikel 1, Paragraph 1:

"Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder das Ansehen der Reichsregierung oder das der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Gliederungen schwer zu schädigen, wird, (...) mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und,

²⁰⁰ Wolfgang Neugebauer: "Der österreichische Widerstand 1938 – 1945", Edition Steinbauer, Wien 2008 S 47

²⁰¹ Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 487

²⁰² Reichsgesetzblatt, Nr. 24, 15. März 1938, S 245; ÖNB, Alex

²⁰³ Diensteid: "Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe." In: Gesetzblatt für das Land Österreich, Jahrgang 1938

wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet,
mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft."²⁰⁴

Jede kritische Äußerung gegen die Nationalsozialisten kann mit diesem Gesetz verfolgt und bestraft werden. Auch "gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP"²⁰⁵ werden mit Gefängnisstrafen geahndet. In Österreich wird dieses Gesetz, wie zahlreiche andere, nach dem "Anschluss" 1938 übernommen. Im August 1938 ergeht in Österreich der Erlass "über die Behandlung von Beleidigungen des Führers und Reichskanzlers".²⁰⁶ Damit wird die Kritik an Führer und Reichskanzler unter Strafe gestellt.

Politisch Andersdenkende werden von der NS-Justiz wegen "Hochverrat und Landesverrat" verfolgt und angeklagt. Am 20. Juni 1938 wird in Österreich die "Verordnung über die Einführung der Vorschriften über Hochverrat und Landesverrat in Österreich" kundgemacht. Hochverrat, Paragraph 85:

"Wer eine Druckschrift, deren Inhalt den äußeren Tatbestand des Hochverrats (...) begründet, herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig hält, (...) wird, (...) mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft."²⁰⁷

Der bloße Besitz eines politischen Flugblattes, einer kritischen Broschüre reicht aus, um zu einer Gefängnisstrafe verurteilt zu werden.

Am 7. September 1939 wird die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" erlassen. Das NS-System weiß, dass "ein moderner Krieg" nicht mehr nur mit militärischen Waffen gewonnen wird. Auch der Rundfunk wird von allen Seiten als Mittel zum modernen Kampf erkannt. "Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen", heißt es in den vom Vorsitzenden des Ministerrates für die

²⁰⁴ Reichsgesetzblatt, Nr. 137, 29. Dezember 1934, S 1269; ÖNB, Alex

²⁰⁵ Reichsgesetzblatt, Nr. 137, 29. Dezember 1934, S 1269; ÖNB, Alex

²⁰⁶ Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 492

²⁰⁷ Gesetzblatt 1938, für das Land Österreich, Stück 70, Nr. 221, S 626 ff; BKA, RIS

Reichsverteidigung, Hermann Göring, unterzeichneten erläuternden Bemerkungen zur "Rundfunkverordnung". Paragraph 1:

"Das absichtliche Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen."²⁰⁸

Diese Maßnahme stellt das Hören von ausländischen Radiosendern, sogenannten "Feindsendern", unter Strafe. Werden anfangs nur Gefängnisstrafen für "Rundfunkverbrechen" verhängt, nimmt das Strafausmaß im Laufe des Krieges zu. Schließlich wird auch bei Verletzung dieser Bestimmung die Todesstrafe verhängt.

Die meisten Todesurteile werden vom Volksgerichtshof in Berlin wegen des Deliktes "Wehrkraftzersetzung" verhängt. Die wachsende Paranoia des NS-Regimes mit Fortdauer des Krieges erhöht den Strafrahmen für die meisten Delikte. Wolfgang Form über die politische NS-Strafjustiz in Österreich:

"...Zwischen August und Dezember 1939 wurden nochmals tief greifende Umstrukturierungen vorgenommen, die Einsetzung des so genannten Kriegsstrafrechts, das sich sowohl auf die allgemeine wie auch auf die Militärjustiz auswirkte. Dann im Krieg, Anfang 1943, organisierte das NS-Regime die politische NS-Justiz neu, indem sie einen weiteren Straftatbestand in die Zuständigkeit des Volksgerichtshofs überantwortete: Wehrkraftzersetzung..."²⁰⁹

Damit kommt praktisch die gesamte Bevölkerung in den Fokus der politischen Justiz. Der Begriff "Wehrkraftzersetzung" ist so weit gefasst, dass damit jede/r BürgerIn de facto gerichtlich verfolgt werden kann.

Für Österreich gilt daneben auch das österreichische Strafrecht. Dazu Wolfgang Form:

²⁰⁸ Reichsgesetzblatt, Nr. 169, 7. September 1939, S 1683; ÖNB, Alex

²⁰⁹ Wolfgang Form: Referat "Politische NS-Strafjustiz in Österreich" (Quelle: Homepage DÖW)
Heruntergeladen 23.4.2008: http://www.doew.at/frameSphp?thema/justiz/form_vortrag.html

"...Im Juni 1938 wurde auch das österreichische Strafrecht 'nazifiziert', um genauer zu sein, das politische Strafrecht. Dem Volksgerichtshof überantwortete man per Verordnung die Zuständigkeit auch für Österreich..."²¹⁰

Die vertraulichen Berichte der Generalstaatsanwaltschaft beim jeweiligen Oberlandesgericht nach Berlin zeigen die Entwicklung der Delikte im Laufe des Krieges. Die zuständigen Gerichte sind anfangs hauptsächlich mit Verkehrsunfällen, Sittlichkeitsdelikten, Vermögensdelikten, Bettelei und Landstreicherei sowie ähnlicher Delikte beschäftigt. Im Laufe des Krieges werden sie zunehmend mit "Hoch- und Landesverrat" und anderen politischen Delikten, wie etwa dem "Rundfunkverbrechen" befasst. Der Lagebericht vom Innsbrucker Generalstaatsanwalt Dr. Rudolf Löderer - er ist auch für den "Gau Salzburg" zuständig - vom 29. März 1942 hält fest: "...das Abhören ausländischer Sender" hat "glücklicherweise nachgelassen".²¹¹ In seinem Lagebericht vom 29. Juli 1942 stellt Löderer fest, dass die Stimmung in der Bevölkerung grundsätzlich gut sei, doch, so Löderer:

"...Trotzdem gibt es noch immer Meckerer und Kritikaster und solche Volksgenossen, die sich nach dem Heimtückegesetz vergehen. Die Fälle, die nach dem Gesetz zur Verfolgung gelangten, sind sogar nicht unbeträchtlich gestiegen..."²¹²

8.4 Formen des Widerstandes in der Region

Das NS-Verfolgungssystem funktioniert im ganzen Reich. Bis in die hintersten Täler des Gaues werden SozialdemokratInnen, KommunistInnen, Gewerkschaftsmitglieder, Christlichsoziale, KatholikInnen und Priester verfolgt. Ein kritisches Lied im Gasthaus, ein falsche Wort unter Alkoholeinfluss auf einer Berghütte, alles wird als Widerstand gegen das System ausgelegt und geahndet. Jede Abweichung vom NS-System wird

²¹⁰ Wolfgang Form: Referat "Politische NS-Strafjustiz in Österreich" (Quelle: Homepage DÖW)
Heruntergeladen 23.4.2008: http://www.doew.at/frameSphp?thema/justiz/form_vortrag.html

²¹¹ Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 78

²¹² Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 97

kompromisslos verfolgt. Vor allem nach 1943 trauen die Menschen der NS-Propaganda immer weniger und hören ausländische Radiosender.

Der Widerstand ist im Pinzgau regional unterschiedlich. Im Raum Zell am See/Saalfelden sind es politisch engagierte Eisenbahner, im Raum Lend sind es vor allem die ArbeiterInnen des dort ansässigen Aluminiumwerkes und im Raum Zell am See/Uttendorf/Kaprun sind es die ArbeiterInnen der Großkraftwerke, die dem NS-System kritisch gegenüberstehen. Der politische Widerstand bricht bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten weitgehend zusammen. Der "Ständestaat" (1934-1938) zerschlägt alle politischen Parteien. Die Kommunistische Partei wird 1933, die Sozialisten 1934 verboten. In den Gemeinden der oberen Täler sind kommunistische und sozialistische Gesinnungen nur vereinzelt vorhanden. Im christlichsozialen Umfeld findet man Widerstandshandlungen vor allem im kirchlichen Bereich. Priester, die dem System kritisch gegenüberstehen, sind im ganzen Land anzutreffen. Ihre Predigten werden von den Nationalsozialisten kritisch beobachtet. Aktiv gegen das System stellt sich beispielsweise Pfarradministrator Andreas Rieser. Sein Protest bringt ihn für sieben Jahre ins Konzentrationslager.²¹³ In zahlreichen Gemeinden findet Widerstand durch sozialen Protest statt. Das Abhören der "Feindsender" nach dem Ausbruch des Krieges oder der kritische Kommentar "gegen das System" im Wirtshaus seien hier angeführt. Gegen Ende des Krieges wird der Widerstand mehr und mehr in die hinteren Täler getragen. Deserteure, "Fahnenflüchtige", wie sie vom System genannt werden, finden hier Schutz vor der Gestapo. Die Almen und Berghütten sind für viele ein ideales Versteck, um den Krieg zu überleben.

Bereits am Tag des "Anschlusses" von Österreich an das Großdeutsche Reich, am 12. März 1938, beginnt eine groß angelegte Verhaftungswelle politisch Andersdenkender in Salzburg. PolitikerInnen, JournalistInnen, Beamte, kirchliche Vertreter und andere Personen werden im ganzen Land Salzburg in "Schutzhaft" genommen.²¹⁴ Durch das Abkommen von Berchtesgaden zwischen Adolf Hitler und Kurt Schuschnigg vom 12. Februar 1938 erhalten die Nationalsozialisten alle polizeilichen Unterlagen, unter anderem auch über die illegale Linke. Schuschnigg liefert das Sicherheitsressort und damit alle Daten politisch Aktiver an die Nationalsozialisten aus, was sich für die GegnerInnen der

²¹³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 299 ff und DÖW E 19.257/1

²¹⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 15 ff

Nationalsozialisten als besonders verhängnisvoll erweist. Das NS-Regime kann unverzüglich mit der Verhaftung seiner GegnerInnen beginnen.²¹⁵

Die größte organisierte Widerstandsgruppe in Salzburg wird während der NS-Zeit bei den Eisenbahnern ausgehoben. Die Stimmung unter den Eisenbahnern in Salzburg ist katastrophal. Lohnkürzungen und gravierende Preissteigerungen bei Alltagsgütern treffen diese Gruppe besonders hart. Den Eisenbahnern wird von den Nationalsozialisten nach dem "Anschluss" eine Verbesserung ihrer Lebenssituation versprochen. Das Gegenteil ist der Fall: durch die rasanten Preissteigerungen wissen viele Eisenbahner nicht, wie sie ihre Familie ernähren können.²¹⁶ Die sozial angespannte Situation bildet den idealen Nährboden für den politischen Widerstand gegen das NS-System. Dazu kommt, dass die Eisenbahn für die Kommunikation des Widerstandes eine zentrale Rolle spielt. Mit der Bahn können Flugblätter und im Extremfall auch Flüchtlinge transportiert werden. Die Eisenbahner sind traditionell gewerkschaftlich gut organisiert.

Die oberste Hierarchieebene im Salzburger Wehrkreiskommando der Deutschen Armee ist bis zum Schluss absolut regimetreu. Auf der Unteroffiziersebene kann sich allerdings eine österreich-patriotische Widerstandsgruppe etablieren. Anton Porenta, ehemaliger Hauptschuldirektor in Salzburg und Gauführer der Österreichischen Sturmsharen, agiert seit etwa 1942. Ausländische Sender werden abgehört, Sabotageakte werden durchgeführt, Informationsmaterial wird an die Soldaten verteilt. Im September 1944 wird die gesamte Gruppe verhaftet.²¹⁷

8.5 Die Arbeiterbewegung

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung vollzieht sich am Ende des 19. Jahrhundert im Land Salzburg sehr unterschiedlich. In den Regionen, in denen zahlreiche ArbeiterInnen durch Industrie oder Bergbau beschäftigt sind und Bahnknotenpunkte bestehen, geht der Aufbau von sozialdemokratischen Organisationen rasch vor sich. Das Protokoll des Wiener Parteitages der Sozialdemokraten vom März 1894 vermerkt, dass Salzburg in fünf

²¹⁵ vgl. Wolfgang Neugebauer; Peter Schwarz: Broschüre "Stacheldraht, mit Tod geladen... Der erste Österreichtransport in das KZ Dachau 1938 (Hg.) Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, Wien 2008

²¹⁶ vgl. Ernst Hanisch, Gau der guten Nerven, Pustet 1977; S 200 ff

²¹⁷ vgl. Ernst Hanisch, "Gau der guten Nerven", Pustet 1977; S 172 ff

Bezirken organisiert ist: Salzburg und Umgebung, Thalgau, Hallein, Bischofshofen und Saalfelden.²¹⁸ Die Zentren der Sozialdemokraten in Salzburg befinden sich in den Gemeinden Lend, Badgasten, Mühlbach und Dienten, wo sich BergarbeiterInnen angesiedelt haben.²¹⁹

Die kleine Gemeinde Lend im Salzburger Pinzgau mit rund 500 EinwohnerInnen spielt eine wichtige Rolle bei der Gründung der Arbeiterbewegung im Pinzgau. In Lend besteht bis 1862 eine Goldwäscherei und Schmelzhütte, die später in eine Asbestfabrik umgebaut wird. Der Betrieb gilt, wie es in der Gegend heißt, als Ausbeuterbetrieb, die Arbeitsbedingungen sind unmenschlich. 1891 brennt die Fabrik ab. Danach wird das auch heute noch bestehende Aluminiumwerk errichtet. Daneben wird in Lend um die Jahrhundertwende die Tauernbahn errichtet und ist Stützpunkt der Fuhrwerker, die Reisende in das Gasteinertal bringen. Durch die ArbeiterInnen der Asbestfabrik, die Kutscher und die Bauarbeiter der Tauernbahn wird schließlich die Gegend zum Zentrum sozialer Auseinandersetzung. Als Pionier der Arbeiterbewegung gilt der Schuhmachergeselle Franz Brutar. Im Alter von 53 Jahren wird er 1918 als erster sozialdemokratischer Bürgermeister von Lend gewählt. Die Zentrale der Pinzgauer Sozialdemokraten wird im selben Jahr von Lend nach Saalfelden verlegt. Neben Brutar sind in dieser Zeit auch in Dienten, Saalfelden und Uttendorf Sozialdemokraten im Gemeinderat aktiv. In Dienten wird Jakob Viehauser 1903 als erster sozialdemokratischer Bürgermeister im Land Salzburg angelobt. Der Saalfeldner Gemeinderat Alois Keil zieht 1918 in den provisorischen Salzburger Landtag. Josef Grani wird 1922 Gemeinderat in Uttendorf.²²⁰

Die sozialdemokratische Anhängerschaft entwickelt sich ab 1918 in Salzburg in erster Linie aus der "Eisenbahner-Organisation". Die Mitglieder der Arbeiterbewegung kommen aus den Eisenbahnknotenpunkten Salzburg, Bischofshofen, Schwarzach und den Bergbaugebieten Mühlbach und Badgastein sowie dem Industriestandort Hallein. Im Pinzgau fokussiert sich das sozialdemokratische Stimmenpotenzial vor allem auf

²¹⁸ vgl. Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961 S 41

²¹⁹ vgl. Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961 S 38

²²⁰ vgl. Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961 S 38, 257, 260, 266

Saalfelden (Bahnknotenpunkt), Lend (Aluminiumwerk) und den Raum Zell am See/Uttendorf/Kaprun (Kraftwerksbauten). In den bäuerlich katholischen Gebieten ist die Sozialdemokratie in den 1920er und 1930er Jahren nicht wirklich verankert.²²¹

Nach den Februarkämpfen im Jahr 1934 wird die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)" von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß verboten. Führende Sozialdemokraten werden verhaftet. Nach dem Verbot der SDAP etablieren sich die "Revolutionären Sozialisten (RS)" als Folgeorganisation. Sie muss jedoch im Untergrund agieren. Die FunktionärInnen treffen einander auf entlegenen Berghütten, bei Sportveranstaltungen oder Radausflügen. Die Unterstützung der GenossInnen erfolgt auch nach dem Verbot der Partei im Rahmen der Naturfreunde und den Arbeiter-Turnorganisationen. Im gesamten Bundesland Salzburg werden 1.200 Personen als Mitglieder der Revolutionären Sozialisten (RS) genannt.²²² Die Abgrenzung zwischen den Revolutionären Sozialisten (RS) und den Kommunisten (KP) ist in der Region nicht einfach. Die Illegalität zwingt zur gegenseitigen Unterstützung, in Salzburg taucht 1935 ein gemeinsames Flugblatt von RS und KP auf. Es gibt zentrale Verhandlungen über eine Zusammenarbeit. 1934, nach den blutigen Februarkämpfen, wechseln zahlreiche SozialistInnen zu den Kommunisten. Erstmals verfügen RS und KPÖ über gleich starke Parteiorganisationen. Beide Parteien anerkennen einander als gleichberechtigte Partner.²²³ Der Begriff "marxistische Umtriebe" wird für beide Gruppen benutzt und lässt keine klare Unterscheidung zu.²²⁴ Eines der grundlegenden ideologischen Probleme zwischen RS und KPÖ in dieser Zeit ist die Frage der Unabhängigkeit Österreichs. Während die KPÖ auch die Zusammenarbeit mit austrofaschistischen Kräften forderte, sah die Führung der RS darin bereits den ersten Schritt der Auslieferung Österreichs an den Nationalsozialismus.²²⁵

Im Juli 1934 kommt es in Bramberg, Dorfpaßthurn Nr. 11, zu einem Treffen von zwölf Sozialdemokraten. Matthias Sageder, Gewerkschaftssekretär aus Zell am See, trifft sich

²²¹ vgl. Ingrid Bauer, Renate Ebeling-Winkler: Die Salzburger Sozialdemokratie vor 1934 In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 33 ff

²²² vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-45, Bd. 1, S 37

²²³ vgl. Herbert Steiner, In: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 80

²²⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 37

²²⁵ vgl. Rudolf G. Ardelt, In: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 66

beim Bahnangestellten Franz Steiner vertraulich mit Genossen aus dem Oberpinzgau. Das Treffen wird vom Nachbarn Rupert Bacher, Bauer und Landeskulturrat aus Dorfpaßthurn, bei der Gendarmerie verraten. Sageder wird aus dem Bezirk Zell am See verbannt. Er wird von der Vaterländischen Front "für immer aus dem politischen Bezirk abgeschafft".²²⁶ Josef Lechner und Franz Renner aus Zell am See werden am 5. November 1935 wegen Verbreitung von Flugblättern zu einem Jahr strengen Arrest verurteilt. Sie bleiben bis Juni 1936 in Haft.²²⁷ Der Eisenbahner Hermann Wagenbichler aus Saalfelden wird 1936 wegen "Betätigung für die sozialistische Partei" zu vier Monaten Zuchthaus verurteilt.²²⁸ Josef Voithofer aus Lend wird 1934 wegen Verteilung von Flugblättern zu drei Wochen Arrest verurteilt, 1937 sitzt er wieder 48 Stunden in Polizeihaft. Diesmal wird ihm Aufwiegelung bei einer Grabrede vorgeworfen.²²⁹

Die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Salzburg zwischen 1919 und 1932 zeigen den massiven Rückgang der Zustimmung bei Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten. Beide Großparteien verlieren ihre WählerInnen an Kommunisten und Nationalsozialisten. Bei der letzten demokratischen Landtagswahl im Jahr 1932 erreichen die Kommunisten rund 3.000 Stimmen. Beachtliche Zugewinne können die Nationalsozialisten verzeichnen. Sie erreichen mehr als 25.000 Stimmen im Land Salzburg.

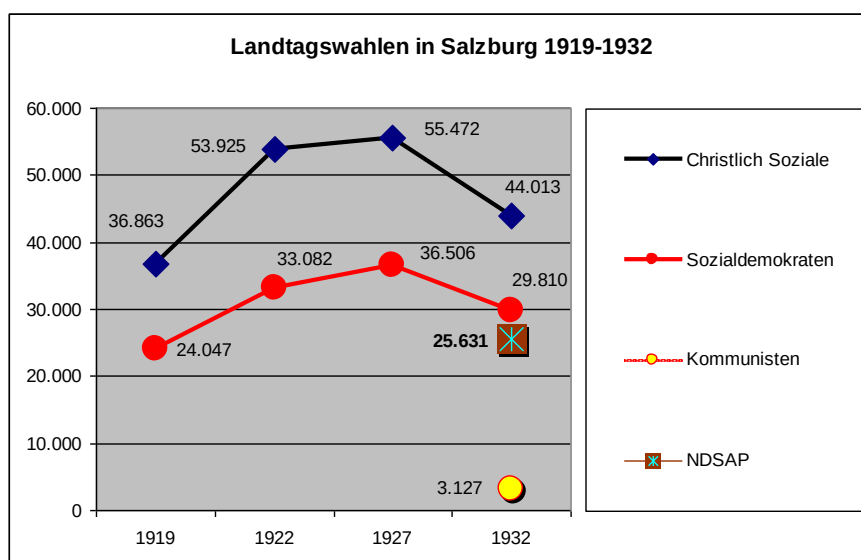


Abb. Landtagswahlen, Wahlergebnisse im Land Salzburg (Quelle: Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung im Lande Salzburg, Wien 1961)

²²⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 72 und DÖW 16.047

²²⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 71 und DÖW E 18.666

²²⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 73 und DÖW 18.780

²²⁹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 73 und DÖW 18.774

8.5.1 Die Sozialdemokratie nach dem "Anschluss"

Der polizeistaatliche Druck des "Austrofaschismus", die ständigen Verhaftungen, Gerichtsverhandlungen und die wirtschaftlichen Repressalien einerseits, sowie die nationalsozialistische Propaganda aus dem grenznahen Deutschland andererseits führen zu politischen Ermüdungserscheinungen im sozialdemokratischen Lager. Als Beispiel dafür hier die Schilderung eines Zeitzeugen, Mitglied der "Revolutionären Sozialisten" in Salzburg:

"Obwohl wir immer gesagt haben: Aufgeben tun wir nie! Aber im 38er Jahr ist es dann auf einmal anders gewesen, wie wir auf einmal gesehen haben, dass Leute, die hundertprozentig für uns waren, auf einmal mit dem Hakenkreuz herumrennen und dir die Hand so ins Gesicht halten - zum Hitlergruß. Da hast dann schon gewusst, dass wir jetzt einmal eine Zeitlang Ruhe geben müssen. Das wäre reinster Selbstmord gewesen - das nützt nichts."²³⁰

Der Nationalsozialismus schafft 1938 schlagartig, was der Dollfuß-Diktatur zwischen 1934 und 1938 nicht zur Gänze gelungen ist. Die wenigen sozialdemokratischen Strukturen, die es im Untergrund noch gibt, werden aufgelöst und brutal zerschlagen. Stellvertretend dafür der Bericht eines sozialdemokratischen Zeitzeugen, Eisenbahner aus Salzburg:

"Die Zerstörung hat schlagartig eingesetzt. Da hat sich dann von einem Tag auf den anderen keiner mehr zum anderen etwas sagen getraut, was er sich denkt, weil er nicht gewusst hat: Ist der jetzt auch schon 'braun' geworden und geht zur Ortsgruppenleitung und zeigt mich an? (...) Das war ja eines der erschütterndsten Dinge, dass du nicht mehr gewusst hast bei Leuten, mit denen du 15, 20 Jahre im Haus gewohnt hast: Kann ich dem trauen, oder kann ich ihm nicht trauen?"²³¹

²³⁰ Ingrid Bauer: "Sozialisten" B. 1938-1945, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 261-327, hier S 264

²³¹ Ingrid Bauer: "Sozialisten" B. 1938-1945, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 261-327, hier S 261

Da das Verbreiten von Flugblättern lebensgefährlich ist, besteht die Arbeit der "Revolutionären Sozialisten"²³², wie sich die Sozialdemokraten seit dem Verbot 1934 nennen, hauptsächlich in Schulungen und der Weitergabe von Information. Die FunktionärInnen sind damit beschäftigt, im Land Salzburg einige Zellen aufzubauen. Noch am 11. März 1938, bei der letzten Parteikonferenz der Revolutionären Sozialisten, wird eine Weisung des Zentralkomitees verabschiedet: für die ersten drei Monate der Nazierrschaft wird ein strenges Betätigungsverbot und die vollkommene Stilllegung des illegalen Organisationsbetriebs für alle Parteimitglieder verordnet.²³³

"Politisch unzuverlässige Personen" werden unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verfolgt. Das Gesetz vom 27. Juli 1871 "Betreff der Regelung der polizeilichen Abschaffung und des Schubwesens"²³⁴ - dieses Gesetz hat bereits das Dollfuß-Regime angewendet - ermöglicht die Verbannung von Menschen aus ihrem unmittelbaren Lebensbereich. Das Ziel ist klar: KritikerInnen sollen aus ihrer vertrauten Umgebung verwiesen werden. Kontakte mit gewohnten Menschen werden unterbunden. Politisch Andersdenkende werden isoliert. Aus dem Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Zell am See vom 15. März 1938: Oskar Straubinger (geb.1877), Hilfsarbeiter aus Lacken, wird als ehemaliger Anhänger der Sozialdemokraten für immer aus dem Bezirk Zell am See "abgeschafft". Sollte Straubinger wieder nach Zell am See zurückkehren, drohten ihm Arrest von einem bis zu drei Monaten. Straubinger muss den Bezirk bis zum 31. März 1938 verlassen.²³⁵ Rund 50 Kilometer westlich macht der Krimmler Anton König Bekanntschaft mit der Staatsgewalt. Auch ihm droht die "Abschaffung" aus dem Bezirk. Der Antrag des Gendarmeriepostenkommandos Krimml an die Bezirkshauptmannschaft Zell am See vom 10. Mai 1938 auf "Abschaffung von Anton König aus dem Land Salzburg wegen Verdachts der kommunistischen Betätigung" lautet:

²³² Nach den Februarkämpfen im Jahr 1934 wird die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)" von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß verboten. Im Untergrund etablieren sich die "Revolutionären Sozialisten (RS)" als Folgeorganisation.

²³³ vgl. Ingrid Bauer: "Sozialisten" B. 1938-1945, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 261-327 hier 268

²³⁴ Reichsgesetzblatt 1849- 1919, Seite 229, 88. Gesetz vom 27. Juli 1871

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=rgb&datum=18710004&seite=00000229>

(Heruntergeladen, 20.10.2011)

²³⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 303 ff und DÖW 15.995

"Anton König wurde am 5. April 1938 vom hiesigen Posten wegen Beleidigung und Herabwürdigung des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler, Verdachts der kommunistischen Betätigung und Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte verhaftet und am gleichen Tage (...) dem Bezirksgerichte in Mittersill eingeliefert, von wo er am 2.5.1938 an das Landesgericht in Salzburg überstellt wurde.

Da Anton König laut eigener Angabe die Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte schon bei mehreren Bauern der Gemeindegebiete Wald im Oberpinzgau und Neukirchen am Großvenediger weitererzählt hatte [sic!] und daher die Gefahr besteht, daß er nach seiner Enthftung diese Tätigkeit wieder fortsetzen werde, wird im Sinne des Gesetzes vom 27.7.1871, RGBI. Nr.88 §§1 d und 2 der Antrag auf Abschaffung für immer aus dem Lande Salzburg gestellt."²³⁶

Über das weitere Schicksal von Anton König geht aus den Akten nichts hervor.

Regimekritische Personen, die nicht aus ihrer Heimat "abgeschafft" werden, landen im Gefängnis, werden verfolgt, oder enden im Konzentrationslager. In einem Schreiben vom 25. Jänner 1949 schildert der Nationalratsabgeordnete Josef Voithofer dem Landesrat den Leidensweg seines Freundes Ludwig Laukes während der NS-Zeit: Ludwig Laukes wird sofort nach der Machtübernahme gemeinsam mit Voithofer von der Gestapo verhaftet. Die gesamte Familie aus Lend ist schweren Verfolgungen ausgesetzt. Gestapo, SS und der Hauptschullehrer und Hauptsturmführer Mader verfolgen Laukes. Ludwig Laukes wird mehrmals von der Gestapo verhört und dabei regelmäßig misshandelt. Laut Unterlagen der Opferfürsorge wird Laukes im Jahr 1938 im März/April und im Oktober/November inhaftiert.²³⁷

Der Gastwirt Karl Pirchner (geb. 1902) aus Saalfelden wird vom Landesgericht Salzburg am 5. September 1938 wegen des "Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung" zu

²³⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 418 und DÖW 16.030

²³⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 308, 611 und DÖW 18.340

drei Monaten Arrest verurteilt. Ihm wird sozialdemokratische Betätigung vorgeworfen. Pirchner verbringt schließlich sechs Monate in Haft.²³⁸

Der Bramberger Alois Knapp (geb. 1908) ist seit 1928 Mitglied der SPÖ. Während des Verbotes der Partei von 1934 bis 1945 ist Knapp Mitglied der illegalen "Revolutionären Sozialisten". Knapp wird von den Nationalsozialisten 1938 zu Bauarbeiten beim Kraftwerksbau im Stubachtal zwangsverpflichtet. 1942 wird er "aus politischer Unzuverlässigkeit" zur Wehrmacht eingezogen. 1943 desertiert er mit neun weiteren Soldaten. Als Vergeltungsmaßnahme werden seine Frau, Walpurga Knapp, und weitere Familienmitglieder in das Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert.²³⁹ Walpurga Knapp überlebt den Aufenthalt im Konzentrationslager und kehrt nach dem Krieg nach Bramberg zurück (siehe auch Kapitel Deserteure und ihre Familien).

Der Schlosser Franz Pichler (geb. 1896) aus Lend wird laut Meldung der Gestapo Salzburg am 17. Jänner 1940 wegen Vergehens nach dem Heimtückegesetz festgenommen. Er wird wegen - teilweise früherer - sozialdemokratischer Betätigung verfolgt. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.²⁴⁰ Das NS-Regime geht gegen jede Form des Widerstandes vor. Sämtliche Vereine, Organisationen und Verbände, die nicht der Nationalsozialistischen Partei angehören, sind bereits verboten und aufgelöst.²⁴¹ Selbst das Absingen eines Liedes kann politische Folgen haben. Ein antifaschistisches Lied mit dem Titel "Die neue Zeit!" sorgt in Uttendorf für Aufsehen. Schreiben des Landrates von Zell am See an die Gendarmerie Uttendorf vom 27. 11. 1941:

"Ich habe in Erfahrung gebracht, daß am Samstag vor zwei Wochen beim Liesenwirt in Uttendorf von Arbeitern staatsfeindliche Lieder gegen den Führer gesungen wurden. Zeuge dieser Singerei ist der Mooserbauer Josef Scharler. Scharler hat angeblich dem Ortsbauernführer den Vorfall gemeldet, da ihm die Namen der Arbeiter bekannt waren. (...)

²³⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 326 und DÖW E 18.047 und E 18.495

²³⁹ DÖW 18.277

²⁴⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 326 und DÖW E 21.100

²⁴¹ vgl. Salzburger Landeszeitung, Amtliches Blatt des Gaues Salzburg der NSDAP vom 24.8.1939, "Auflösung und Neugründung von Vereinen" S 5

Ich ersuche, den Sachverhalt sofort klarzustellen und gegen die Schuldtragenden Anzeige zu erstatten."²⁴²

Über den weiteren Fortgang der Erhebungen ist nichts bekannt.

8.5.2 Die Eisenbahner

Bereits im "Ständestaat", in den frühen 1930er Jahren, wird die Rolle der Eisenbahn im Widerstand erkannt. Stellvertretend hier ein Auszug aus dem Bericht der Sicherheitsdirektion vom 27. Oktober 1936: "Die Marxisten sind weit weniger gefährlich als die Nationalsozialisten, marxistische Zellen konnten eigentlich bloß in den Bundesbahnkreisen festgestellt werden."²⁴³

Während des Nationalsozialismus im Pinzgau zählen die Salzburger Eisenbahner zur größten Widerstandsgruppe. Sie sind gewerkschaftlich sehr gut organisiert und eine wesentliche Stütze im Kampf gegen die Nationalsozialisten. Die Eisenbahner haben rechtzeitig Vorkehrungen getroffen und begonnen, ihre illegalen Gruppen in kleine, überschaubare Gruppen mit drei, höchstens fünf Parteifreunden zu organisieren.²⁴⁴ Sowohl SozialdemokratInnen wie auch KommunistInnen leisten aktiven Widerstand. Die Eisenbahn ist notwendig für die organisierte Fluchthilfe und für die Verteilung illegaler Materialien. Vor allem bei den Bahnknotenpunkten im Raum Zell am See und Saalfelden sind Eisenbahner aktiv. Im Frühjahr 1942 startet die Gestapo eine groß angelegte Verhaftungswelle. Am 27. Februar 1942 werden die Saalfeldner Georg Wörgötter, Johann Kröll, Karl Ettel, Paul Lürzer, Ludwig Thurner, Franz Dillinger, Anton Wimmer, Karl Reinthaler²⁴⁵, Lothar Pointner und Peter Mitteregger aus Kaprun von der Gestapo festgenommen. Die meisten von ihnen sind Eisenbahner. Der Vorwurf: Mitglied einer illegalen KP-Organisation. Auszug aus dem Bericht der Gestapo an die Kreisleitung der NSDAP: "Sämtliche Festgenommene sind geständig, sie wurden in die Haftanstalt des Landesgerichtes Salzburg eingeliefert. Nach Abschluss der Erhebungen wird Anzeige

²⁴² Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 314 ff und DÖW 16.061

²⁴³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 39

²⁴⁴ vgl. Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961 S 145

²⁴⁵ Über das Schicksal von Altbürgermeister Karl Reinthaler siehe auch: Eduard Schuster: "Chronik Saalfelden", 1992, Bd. I, S 374 ff

wegen Vorbereitung zum Hochverrat beim Sondergericht erstattet."²⁴⁶ Georg Wörgötter wird die Leitung der KP Saalfelden vorgeworfen. Wörgötter, Lürzer und Thurner werden am 9. Dezember 1942 vom Oberlandesgericht Wien wegen Hochverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dillinger zu neun Jahren Zuchthaus; Wimmer, Pointner, Reinthaler, Ettel, Kröll zu je sechs Jahren Zuchthaus; Mitteregger zu fünf Jahren Zuchthaus. Lürzer, Wimmer, Pointner, Reinthaler sind laut Unterlagen der Opferfürsorge von Februar 1942 bis Kriegsende in Haft. Dillinger stirbt am 3. Februar 1945 im Zuchthaus Kaisheim. Kröll ist vom März 1942 bis Mai 1945 im Konzentrationslager Mauthausen. Über das weitere Schicksal von Georg Wörgötter ist in den genannten Archiven nichts bekannt.²⁴⁷

In den Akten des Oberlandesgerichts Wien, den so genannten "OJs" (Oberste Justizwache), ist über die Salzburger Organisation folgendes zu finden:

"Als es im Frühjahr 1942 in Salzburg gelang, die Organisation der KPÖ aufzurollen, wurde auch der Bestand einer Organisation der RSÖ aufgedeckt. Diese illegale marxistische Bewegung hatte sich nach der Niederwerfung des Februarputsches gebildet... Ihre wichtigsten politischen Ziele waren die Errichtung einer demokratischen Republik, die Wiedergewinnung der Organisationsfreiheit der Arbeiterschaft (...)

An diesem Aufbau der RSÖ, welcher vorwiegend Angehörige der Reichsbahn und Salzburger Eisenbahngesellschaft umfassen sollte, waren in führender Stellung die Reichsbahnbediensteten Engelbert Weiß und Alfred R. beteiligt. Es wurden Mitglieder geworben und Beiträge eingehoben, die zum Teil zur Unterstützung von Angehörigen politischer Häftlinge verwendet wurden."²⁴⁸

Der 45jährige Reichsbahnbeamte Franz Thurner und der 37jährige Reichsbahnangestellte Alois Huemer, beide aus Saalfelden, werden am 11. Mai 1942 wegen

²⁴⁶ SLA, HB Akte, Karton 103; HB 450-452, 1942

²⁴⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 403/618 und DÖW 8563

²⁴⁸ OJs 560/43 ("Oberste Justizwache", Akte des Oberlandesgerichts Wien) zitiert In: Maria Szecsi, Karl Stadler: Das einsame Gewissen. Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer, Verlag Herold, Wien - München 1962 S 63

"Rundfunkverbrechens" angeklagt. Der ehemalige Sozialdemokrat Thurner ist offensichtlich seit langem im Visier der Gestapo. Sein Dienstrundfunkgerät wird mittels Mikrophon überwacht. Darum weiß der Oberstaatsanwalt, dass Thurner "vom Frühjahr 1940 bis 22.3.1942 im Gefolgschaftsraum des Reichsbahnunterwerkes mit dem Dienstrundfunkgerät, abends während des Nachtdienstes, in jedem Monat mehrere Male Nachrichten und Vorträge des englischen Rundfunks in deutscher Sprache abgehört"²⁴⁹ [hat]. Thurner, so der Oberstaatsanwalt, hat darüberhinaus in seiner Wohnung in Gegenwart von Alois Huber englische Nachrichten in deutscher Sprache gehört. Franz Thurner wird zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Laut Unterlagen der Opferfürsorge ist Thurner vom 27. März 1942 bis 9. Mai 1945 inhaftiert. Huemer wird freigesprochen. Er befindet sich vom 30. März 1942 bis 27. Mai 1942 in Untersuchungshaft.²⁵⁰

Der Oberreichsanwalt beim Volksgericht in Berlin berichtet am 2. Juni 1942 über die Aktivitäten von Kommunisten und "Revolutionären Sozialisten" im Umfeld der Eisenbahner in Salzburg:

"Auch in Salzburg und Umgebung hat sich die KPÖ rege betätigt und eine straffe Organisation aufgezogen, an deren Spitze der Landesleiter Ofner stand, gegen den das Verfahren beim Reichskriegsgericht anhängig ist. Ausser diesem wurden u.a. mehrere Ortsgruppenleiter festgenommen sowie einige Untergebietsleiter. Der Landesleitung Salzburg unterstand u.a. auch das Untergebiet 'Reichsbahn', das etwa 45 Mitglieder umfasste. Wie mir der Vertreter des Leiters der Staatspolizeistelle Wien am 21. Mai 1942 mitgeteilt hat, schwebt ein weiteres Verfahren gegen 170 Mitglieder der 'Revolutionären Sozialisten' in Salzburg..."²⁵¹

Auch 1943 muss sich die Justiz in Berlin mit politisch aktiven Eisenbahnern im "Gau Salzburg" beschäftigen. Noch immer sind Verfahren gegen rund 30 Eisenbahner offen. Am 4. Februar 1943 berichtet der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin:

²⁴⁹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 406 und DÖW 6345b

²⁵⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 406/616 und DÖW 6345b

²⁵¹ Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 356

"In Salzburg und Umgebung ist eine Organisation der Revolutionären Sozialisten Österreichs (RSÖ) aufgedeckt worden. Die unter Führung des Fahrdienstleiters August Gruber (...) stehende Gruppe setzte sich anscheinend im wesentlichen aus Reichsbahnbediensteten zusammen, ihre Tätigkeit, die sich von 1938 bis 1941 erstreckte, bestand besonders in dem Einziehen von Beiträgen zur Unterstützung der Angehörigen politischer Gefangener. Bisher sind Verfahren gegen 30 Mitglieder dieser Organisation anhängig geworden..."²⁵²

Hintergrund dieses Berichtes ist offenbar ein Treffen der Pinzgauer Eisenbahner im Winter 1941. Im Februar 1941 findet in Embach bei Lend ein Freundschaftstreffen sozialdemokratischer Eisenbahner statt. Die Eisenbahner Engelbert Weiß, August Gruber, Josef Voithofer und Genossen aus Schwarzach, Bischofshofen und Saalfelden nehmen mit ihren Frauen bei diesem Treffen teil. Ein Jahr später erfährt die Gestapo von diesem Treffen und verhaftet 17 TeilnehmerInnen. Sieben²⁵³ Teilnehmer werden zum Tode verurteilt und hingerichtet, die anderen, darunter der spätere Sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Josef Voithofer, werden zu langen Haftstrafen verurteilt.²⁵⁴ Aus dem Urteil des Oberlandesgerichtes Wien gegen Franz Fritzenwanker und anderen vom 7. Oktober 1943: Die Mitarbeiter der ÖBB, Franz Fritzenwanker, Reichsbahnbetriebswart aus Saalfelden; Karl Rauter, Lokomotivheizer aus Schwarzach; und Josef Voithofer aus St. Veit-Klamm werden wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu je vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die drei, so der Vorwurf der obersten Richter, haben sich in Embach getroffen, um dort organisatorische Fragen der "Revolutionären Sozialisten" zu besprechen. Fritzenwanker, Rauter und Voithofer bleiben, so die Unterlagen der Opferfürsorge, bis Kriegsende im Mai 1945 im Konzentrationslager inhaftiert.²⁵⁵

In den Jahren zwischen 1938 und 1945 werden in Salzburg, so Ernst Hanisch, rund 250 Beschäftigte der Reichsbahn verhaftet. Allein 1942 werden 150 Eisenbahner festgenommen. Ab 1939 existiert eine kommunistische Gruppe bei der Reichsbahn. Sie

²⁵² Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 368

²⁵³ An anderer Stelle wird die Opferzahl von Kaut mit fünf angegeben

²⁵⁴ vgl. Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961 S 145, 233

²⁵⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 296/610 und DÖW 18.534, DÖW 18.774, DÖW 18.056

wird 1942 von der Gestapo enttarnt. Im Zuge der Ermittlungen wird auch eine Gruppe von "Revolutionären Sozialisten" ausgehoben. Acht Eisenbahner aus Salzburg werden nach einem offiziellen Gerichtsurteil hingerichtet. Viele von ihnen werden von der Gestapo ermordet.²⁵⁶ Josef Kaut nennt rund 300 SozialistInnen, die längere Zeit in Haft waren, und spricht von 47 Todesurteilen, "von denen vierzig vollstreckt worden sind".²⁵⁷ Eine exakte Opferzahl der Eisenbahner im Land Salzburg ist nicht verfügbar. Eine Gedenktafel am Bahnhof in Salzburg erinnert an 28 Eisenbahner aus dem Bundesland, die von den Nationalsozialisten ermordet worden sind:

"Dem steten Gedenken unserer Kameraden aus dem Land Salzburg, welche für ihre Idee und Überzeugung im Kampfe gegen den Faschismus in den Jahren 1938-1945 ihr Leben lassen mussten."²⁵⁸

Auch Maria Szecini und Karl Stadler gehen davon aus, dass die Zahl der Todesopfer dieser sozialistischen Widerstandsgruppe in Salzburg zwischen 40 und 45 liegt.²⁵⁹ Zu den letzten Opfern aus dieser Berufsgruppe gehört der Bahninspektor aus Bruck an der Glocknerstraße. Der 45jährige Reichsbahninspektor Nikolaus Schwarz aus Bruck wird am 3. Dezember 1943 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Schwarz, so der Vorwurf, habe im April 1943 einen staatsfeindlichen Aufruf verfasst und diesen in die Hände französischer Kriegsgefangener kommen lassen. Er wird deshalb wegen landesverräterischer Begünstigung des Feindes zum Tode und zu lebenslangem Ehrverlust verurteilt.²⁶⁰

8.6 KommunistInnen

Trotz der Verhaftungswelle durch die Gestapo in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten setzt die KPÖ ihre illegalen Aktivitäten auch nach 1938 fort. Herbert Steiner: "Ihr Anteil am österreichischen Widerstand war zahlenmäßig, ausgehend

²⁵⁶ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 201

²⁵⁷ Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961 S 147

²⁵⁸ vgl. Josef Kaut: "Der steinige Weg", Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961 S 147, 161

²⁵⁹ vgl. Maria Szecsi, Karl Stadler: Das einsame Gewissen. Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer, Verlag Herold, Wien - München, 1962 S 64

²⁶⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 396 und DÖW 19.793/173

von den vorhandenen Polizei- und Gerichtsakten, der weitaus größte von allen politischen Gruppen."²⁶¹

Am 7. Juli 1938 erreicht ein geheimer Tagesbefehl der Gestapo Salzburg alle Bezirkshauptmannschaften im Bundesland:

"Es sind mir bisher fast nur Fehlberichte über die kommunistische und marxistische Bewegung im Land Salzburg zugegangen. Ich ersuche dringend, die unterstehenden Gendarmeriepostenkommandos anzuweisen, den Bewegungen der erwähnten Staatsfeinde ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. (...)

Es ist mir bis zum 1. jeden Monats ein eingehender, kurzer Bericht über die Lage der Marxisten und Kommunisten in sachlicher und regionaler Hinsicht vorzulegen. Der Bericht soll sich äußern über die Organisation und Kampfmethoden der erwähnten Staatsfeinde, wie Propaganda, Finanzierung, Zersetzungen, Verhältnis zu anderen Gruppen, gegebenenfalls auch über die Einigungsbestrebungen untereinander oder mit anderen Staatsfeinden. Jede unnütze Umschreibung ist zu unterlassen. Weiters ist zusammenfassend zu berichten:

- 1.) Zahl der Festnahmen von Marxisten,
- 2.) Zahl der Festnahmen von Kommunisten,
- 3.) alle Fälle staatsfeindlicher Betätigungen, in denen der Täter aus kommunistischer oder marxistischer Einstellung heraus gehandelt hat.
- 4.) Gesamtzahl der im Laufe des Berichtsmonates erfassten Hetzschriften, gleichgültig ob es neue oder bereits bekannte sind.
- 5.) Zahl der Streikbewegungen und Streikversuche mit kommunistischer oder marxistischer Tendenz.
- 6.) Zahl der Sabotageakte aus kommunistischen oder marxistischen Motiven."²⁶²

²⁶¹ Herbert Steiner, In: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 84

²⁶² DÖW 8349, In: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 609

Die Stimmung in der Bevölkerung wird regelmäßig erhoben. Gendarmerie und Parteifunktionäre sammeln Eindrücke, die an die Parteileitung weitergegeben werden. Im Raum Zell am See wird "kommunistisches" und "marxistisches" Verhalten beobachtet. Auszug aus dem Lagebericht des Landrats in Zell am See an die Landeshauptmannschaft Salzburg und an die Gestapo vom 31. Jänner 1939:

"Trotz aller Bemühungen sind die marxistischen und komm. Ideen unter der Oberfläche bei der Arbeiterschaft ziemlich stark verbreitet. Dies betrifft hauptsächlich die Arbeiter bei den großen Bauten in Uttendorf und Kaprun. Der Gruß 'Heil Hitler' ist unter diesen Arbeitern direkt eine Seltenheit. Freilich, wenn Vertrauensleute oder Aufseher in der Nähe sind, wird nat. soz. Gesinnung vorgetäuscht..."²⁶³

Während sich die Sozialdemokraten im Land Salzburg meist auf Schulungen ihrer Mitglieder beschränken, unternehmen die Kommunisten vereinzelte Flugblatt-Aktionen. Von Salzburg ausgehend, übernehmen der Lender Tischler Josef Scherleitner und dessen Saalfeldner Freund, Georg Wörgötter, die Organisation im Pinzgau.²⁶⁴ Die KPÖ zählt im Jahr 1938 in der Gegend rund 20 Mitglieder²⁶⁵, die unter höchster Lebensgefahr im Untergrund agieren müssen. Unter den ArbeiterInnen in Saalfelden, Bruck und Lend sind Unterstützer der KPÖ zu finden. Im restlichen Pinzgau spielt der kommunistische Widerstand keine zentrale Rolle. Josef Scherleitner bezahlt die Weitergabe von insgesamt fünf Flugblättern mit dem Leben, weitere AktivistInnen landen im Gefängnis.²⁶⁶

Die groß angelegte Verhaftungswelle im Frühjahr 1942 stellt die Justizbehörden in Salzburg vor ein Problem. Die große Anzahl an Häftlingen lässt die Haftanstalt in Salzburg an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Die Generalstaatsanwaltschaft Innsbruck (diese ist auch für Salzburg zuständig) berichtet in ihrem Lagebericht am 29. März 1942:

²⁶³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 411

²⁶⁴ vgl. Hanns Haas: Kommunisten, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 327

²⁶⁵ vgl. Urteil Josef Scherleitner In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 402

²⁶⁶ DÖW 068 und 19793/165 und 19793/3

"Hingegen konnte in Salzburg eine ziemlich weit verzweigte kommunistische Organisation ausgehoben werden (dabei auch die 'Landesleitung der KP' in Salzburg). Es wurde bereits eine Reihe von kommunistischen Parteigängern in die Haftanstalt Salzburg eingeliefert, weitere Anzeigen (Massenanzeigen infolge der großen Anzahl der in das Verfahren verwickelten Personen) und Einlieferungen sind zu erwarten. Die Haftanstalt Salzburg ist jedoch derzeit überhaupt nicht mehr aufnahmefähig und bereits stark überbelegt, sie leidet überdies besonders stark unter dem Mangel an Aufsichtskräften."²⁶⁷

Für den Innsbrucker Generalstaatsanwalt Dr. Rudolf Löderer, früherer SA-Obertruppführer, ist fraglich, ob "alle diese Hochverratsachen" bei Gericht bearbeitet werden sollen. Nach seiner Ansicht soll dies besser "im Verwaltungswege" direkt von der Polizei behandelt werden. "Das Konzentrationslager ist doch für Leute dieser Art eine so wohlthuende Einrichtung!",²⁶⁸ so der Generalstaatsanwalt.

Mit der Festnahme Scherleitners und seiner GenossInnen im Frühjahr 1942 ist der Widerstand der Arbeiterbewegung in Salzburg nach Meinung von Ernst Hanisch ausgelöscht. Hanisch: "Nach dem Zerschlagen der Kader konnten sich in Salzburg bis 1945 keine größeren Widerstandgruppen mehr bilden."²⁶⁹ Berichte der Generalstaatsanwaltschaft Innsbruck dokumentieren allerdings, dass auch noch Monate nach der Festnahme führender FunktionärInnen der KPÖ Aktivitäten in Salzburg beobachtet werden. Generalstaatsanwalt Dr. Rudolf Löderer beim Oberlandesgericht in Innsbruck berichtet am 29. Juni 1942 in seinem regelmäßigen Lagebericht nach Berlin. Auszug:

"...Strafsachen, die zur Zuständigkeit des Volksgerichtshofes gehören, sind nur aus dem Sprengel der Staatsanwaltschaft Salzburg in größerer Zahl angefallen. In diesem Gau scheint

²⁶⁷ Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S XXVIII

²⁶⁸ Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Innsbruck vom 29.3.1942, 31 E – 52/6 In: Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 78

²⁶⁹ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 201

das kommunistische Gift eine Zeit lang besonders arg gewirkt zu haben..."²⁷⁰

Auch in seinem folgenden Lagebericht am 22. September 1942 muss Generalstaatsanwalt Löderer über geheime Aktionen der Salzburger "Roten" nach Berlin berichten:

"...Auch die 'Roten' arbeiten im geheimen weiter. Von den 21 Straffällen, die im Berichtszeitraum wegen Hoch- und Landesverrats anfielen, betraf die Mehrzahl eine Betätigung für die KP und die Revolutionären Sozialisten. Insbesondere im Gau und in der Stadt Salzburg wurden ziemlich viele Parteigänger dieser kommunistischen Richtungen zur Anzeige gebracht, das Personal der städtischen Strassenbahn von Salzburg scheint besonders kommunistisch verseucht gewesen zu sein..."²⁷¹

Nach Verbüßung der Haftstrafe werden viele politische Gefangene in ein Konzentrationslager eingeliefert. Ab Oktober 1942 werden tausende AntifaschistInnen aus Deutschland und Österreich in der "Bewährungstruppe 999"²⁷² eingesetzt. Anfangs in Afrika, ab Mitte 1944 in der Sowjetunion. Die gefürchtete Strafeinheit 999 wird unter anderem dazu verwendet, Minen in Stalingrad zu entschärfen und Stacheldraht unter feindlichem Sperrfeuer zu entrollen. Angehörige dieser Strafeinheit - sie hatten die Zahl 999 am Oberarm tätowiert - haben kaum eine Chance, den Krieg zu überleben.²⁷³ Auch Pinzgauer - so ist einer Liste der "999er", die im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes liegt, zu entnehmen - werden dieser Strafddivision zugeteilt.

Ab November 1942 fehlen die regelmäßigen, vertraulichen Lageberichte des Generalstaatsanwaltes Innsbruck an den Reichsminister der Justiz in Berlin.

²⁷⁰ Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 97

²⁷¹ Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 107

²⁷² vgl. Fritz Wüllner, Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1997, S 710 und S 840

²⁷³ Quelle: "Der neue Mahnruf", 5-6/2004; <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/2006040218183697> (Heruntergeladen 6.5.2008) und vgl. Fritz Wüllner, Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1997, S 710 und S 840

Das Fallbeispiel Josef Scherleitner aus Lend

Der 32jährige Tischler Josef Scherleitner aus Lend wird am 12. Februar 1942 festgenommen. Scherleitner wird die Leitung der KP im Pinzgau vorgeworfen. Am 28. Oktober 1942 wird Scherleitner vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.

Der 14jährige Scherleitner tritt 1925 in die Jugendorganisation der SPÖ und mit 21 Jahren im Jahr 1932 der SPÖ in Saalfelden bei. 1933/34 wird er Mitglied der KPÖ. 1940 lernt Scherleitner in Salzburg den Organisationsleiter Reindl und den politischen Leiter der KPÖ, Franz Ofner, kennen. Gemeinsam mit Georg Wörgötter (Saalfelden), Johann Kendlbacher und einem gewissen Herrn Salzer (beide aus Bischofshofen) wird die KPÖ Ortsgruppe Pinzgau und Pongau gegründet. Scherleitner übernimmt die Leitung des Untergebietes Pinzgau (Lend, Saalfelden und Bischofshofen). Anfang 1941 erhält Scherleitner insgesamt vier Flugschriften, im Juli 1941 erhält er sechs Stück "Informationsblätter". Scherleitner gibt Kendlbacher eines der Flugblätter, Wörgötter erhält vier Flugblätter. Eine weitere Verbreitung der Flugblätter lehnt er ab, da er die "Informationsblätter" für schlecht und unbrauchbar hält. Trotzdem kommt der Volksgerichtshof zum Schluss, dass Scherleitner "nicht ein bloßer Mitläufer, sondern ein führender Funktionär, der sich seiner hochverräterischen Tätigkeiten mit Hingabe und Eifer widmete"²⁷⁴ sei. Ein Gnadengesuch des Lender Tischlers wird am 26. November 1942 abgelehnt.²⁷⁵ Am 30. April 1943 wird Scherleitner im Strafgefängnis München-Stadt heim hingerichtet, wie aus der Mitteilung der Oberstaatsanwaltschaft München hervorgeht:

"Der Hinrichtungsvorgang dauerte, vom Verlassen der Zelle an gerechnet, 1 Minute 10 Sekunden, von der Übergabe an den Scharfrichter bis zum Fall des Beils 10 Sekunden, Zwischenfälle oder sonstige Vorkommnisse von Bedeutung sind nicht zu berichten. 30 Exemplare der Bekanntmachung vom 30.4.1943 werden der Polizeibehörde Lend zum öffentlichen Anschlag in Lend und Umgebung übersandt".²⁷⁶

²⁷⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 401 ff und DÖW E 19.793/3

²⁷⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 403 und DÖW E 19.793/3

²⁷⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 403 und DÖW 19.793/3

Zur Abschreckung wird im Gebiet von Lend die Hinrichtung auf großflächigen, gelben Plakaten affiziert:

"Der vom VGH wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tod und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 32 Jahre alte Josef Scherleitner aus Lend ist heute hingerichtet worden. Berlin, den 30. April 1943. Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof."²⁷⁷

8.7 Die Kirche im NS-Staat

Zwischen Kirche und dem NS-System besteht ein grundlegender Konflikt: Beide Systeme stellen in gewisser Weise einen ideologischen Totalanspruch an den Menschen. Unmittelbar nach der Machtergreifung setzt in ganz Österreich ein erbitterter Kleinkrieg ein. Die Kirche versucht vor allem auf dem Land ihren Einfluss zu behalten und weiter abzusichern. Das NS-System möchte neben "den Juden" katholische Priester als Feindbilder aufbauen. Die Hitler-Jugend in Salzburg skandiert: "Juden und Pfaffen gehören als Volksaussauger aufgehängt".²⁷⁸ Das Grundproblem der Nationalsozialisten ist, dass ihnen vor allem am Land charismatische Figuren fehlen. Die Kirche hat den Vorteil, dass die Priester rhetorisch und intellektuell den meisten Ortsgruppenführern und Parteifunktionären weitaus überlegen sind. Bauern und die einfache Landbevölkerung gehen im Zweifel lieber in die Kirche als zu Parteiveranstaltungen. Die Antwort der NS-Führung ist eindeutig: Auflösung der theologischen Fakultäten, Religionsverbot, Auflösung der katholischen Privatschulen, Beschlagnahme der Klöster usw. Der Krieg gegen die Kirche wird systematisch geführt. Der Anstieg der Kirchenaustritte in Salzburg nach dem "Anschluss" ist beachtlich. Treten 1937 gerade einmal 261 Menschen aus der Kirche aus, steigt die Zahl im Jahr 1938 auf 5.093 an. Zwei Drittel der Austritte fallen auf die Stadt Salzburg. Dort ist die antiklerikale Propaganda am erfolgreichsten.²⁷⁹

Viele der höchsten Kirchenvertreter sind während des ganzen Dritten Reiches Bündnispartner des NS-Systems. Die Spitze der Kirche im Vatikan verfolgt den Aufstieg

²⁷⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, Anhang und DÖW 19793/165 und 0684 und E 19.793/3

²⁷⁸ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 69

²⁷⁹ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 68

der Nationalsozialisten mit einer Mischung aus Naivität, Ratlosigkeit und Wohlwollen. Hubert Wolf gelingt es im September 2006 erstmals in das Archiv von Pius XI. (Papst von 1922 bis 1939) Einblick zu erhalten. Wolf findet im Archiv des Vatikans eine Notiz Pacellis²⁸⁰ nach einer Audienz beim Papst vom 4. März 1933: "Adolf Hitler ist der erste und einzige Staatsmann, der sich öffentlich gegen die Bolschewisten stellt. Bis jetzt hat das nur der Heilige Vater getan."²⁸¹ Die kirchliche Lehre zu dieser Zeit beurteilt Staatsformen ausschließlich "ergebnisorientiert". Das heisst, solange ein Regime grundrechtliche Standards und vor allem das Kirchenrecht wahrt wird es akzeptiert. Erst nach 1945 – wohl auch aus der Erfahrung der Diktatur – kommt es zu einer Annäherung von Kirche und Demokratie.²⁸²

Die Spitze der österreichischen Kirchen kommentiert daher den Einmarsch Adolf Hitlers in Österreich lediglich als "große politische Umwälzung". Der Wiener Kardinal-Erzbischof Theodor Innitzer erklärt in der Reichspost am 13. März 1938:

"Die Katholiken der Wiener Erzdiözese werden ersucht, Sonntag, 13.d., zu beten, um Gott dem Herren zu danken für den unblutigen Verlauf der großen politischen Umwälzungen und um eine glückliche Zukunft zu bitten. Selbstverständlich möge allen Anordnungen der Behörde gerne und willig Folge geleistet werden."²⁸³

Historisch umstritten ist, ob Kardinal Innitzer tatsächlich noch am 14. März 1938 Adolf Hitler ein Telegramm übermittelt hat, in dem er eine Begrüßung des Führers durch das Läuten aller Glocken Wiens und eine Beflaggung aller Kirchen mit der Hakenkreuzfahne versprochen hat. Erika Weinzierl: "Die Glocken der Wiener Kirchen haben allerdings während der Fahrt Hitlers von Schönbrunn zum Hotel Imperial geläutet, die Kirchen waren jedoch nicht mit Hakenkreuzfahnen beflaggt."²⁸⁴ Anpassung und teilweise auch ideologische Nähe zum neuen System prägen das Bild der Kirchenführung. Dazu kommt

²⁸⁰ Eugenio Pacelli, Kardinalstaatssekretär unter Pius XI, Nachfolger des Papstes als Pius XII

²⁸¹ "Der Spiegel" 41/2006 vom 9. Oktober 2006, S 159

²⁸² vgl. Rupert Klieber, Professor für Kirchenrecht an der Universität Wien. In: "Die Presse", 12.2.2012, S 23

²⁸³ "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 348

²⁸⁴ Erika Weinzierl: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 44

der enorme politische Druck, der von Seiten der neuen Machthaber auf die Kirche ausgeübt wird. So schweigt die Kirche in Salzburg etwa, als im Zuge des Novemberpogroms 1938 Synagogen geplündert, Juden verhaftet und verprügelt werden.

In einem gemeinsamen Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe heißt es zu Kriegsbeginn:

"In dieser entscheidungsvollen Stunde ermuntern und ermahnen wir unsere katholischen Soldaten, in Gehorsam gegen den Führer, opferwillig unter Hingabe ihrer ganzen Persönlichkeit ihr Pflicht zu tun."²⁸⁵

Die Kirche und der NS-Staat haben ein gemeinsames Ziel: der Kampf gegen den Bolschewismus. Er rechtfertigt auch den Krieg gegen die Sowjetunion. Als Beleg dafür sei an dieser Stelle die Stellungnahme des Salzburger Ordinariats 1941 angeführt. Darin heißt es unmissverständlich, dass nun die Zeit gekommen sei, "daß allen vaterlandstreuen Elementen – hierzu wird man gewiss die Kirche und die Priester rechnen – die freudige Mitarbeit am zuständigen Platz ermöglicht und erleichtert wird."²⁸⁶

Im Gegensatz dazu steht Papst Pius XII. Der 63jährige Italiener Eugenio Pacelli folgt im März 1939 Papst Pius dem XI.. Er kennt die Situation in Deutschland sehr gut. Pacelli ist von 1917 bis 1924 Nuntius von Bayern, folgend, bis 1929, Nuntius im "Deutschen Reich". Danach ist er in Argentinien tätig. Die Schweizer Wochenzeitung "Basler Nachrichten" vom 3. März 1939 kommentiert den Unterschied zwischen den beiden Päpsten und kommt zum Schluss: "Wenn er sich von seinem Vorgänger durch etwas unterscheidet, so durch seine größere Weltkenntnis, das heißt größere Kenntnis der Länder, Völker und Sprachen der Erde."²⁸⁷ Der weltoffene Papst Pacelli ist es, der Berichte seiner Bischöfe aus Polen über die systematischen Judenvernichtungen an westliche Alliierte weiterleitet und diese zum Handeln auffordert. Papst Pius XII. stellt sich in der Folge aktiv gegen die Verfolgung der Juden.²⁸⁸ Pius XII. fordert beispielsweise die religiösen Orden auf, Klöster als Versteck

²⁸⁵ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 120 ff

²⁸⁶ Zitiert In: Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 121

²⁸⁷ Basler Nachrichten, Freitag, 3. März 1939: "Die Wahl ist auf den Würdigsten gefallen"

²⁸⁸ vgl. Michael F. Feldkamp In: NachRichten, "Die Kirche und das Deutsche Reich": Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938-45, Teil 10

für Opfer der Nationalsozialisten zu verwenden. Rund 7.000 bis 8.000 Juden und Jüdinnen werden damit allein in Rom gerettet.²⁸⁹

Die Kluft zwischen den Bischöfen und dem niedrigen Klerus ist in Österreich offensichtlich. Zahlreiche Priester gehorchen zwar ihren Bischöfen sind aber sehr verunsichert und fühlen sich von der Kirchengspitze im Stich gelassen. In Österreich werden während der NS Herrschaft 15 Priester zum Tode verurteilt und hingerichtet, 110 österreichische Priester werden in ein Konzentrationslager eingeliefert (20 von ihnen sterben dort), 724 Priester werden zu einer Gefängnisstrafe verurteilt (sieben von ihnen sterben dort), 208 Priester werden in eine andere Gemeinde strafversetzt, 1.500 Geistlichen wird die Lehre und die Predigt verboten.²⁹⁰

8.7.1 Die Amtskirche in Salzburg

Widerstand und Anpassung sind in der katholischen Kirche zwischen 1938 und 1945 eng miteinander verbunden. Die Führung der Kirche in Salzburg weiß nicht, wie man mit den neuen Machthabern umgehen soll. Der Druck des NS-Systems ist spürbar. Unmittelbar nach dem Einmarsch Hitlers, am 12. März 1938, stürmen SA-Leute das erzbischöfliche Palais in Salzburg. Im Zuge dieser Aktion werden Fensterscheiben eingeschlagen und Mobiliar beschädigt. Bischof Sigismund Waitz wird festgehalten. Niemand darf in das Gebäude oder dieses verlassen.²⁹¹ In der Folge kommt es im ganzen Land zu Übergriffen gegen die Kirche: Kruzifixe werden aus den Schulklassen entfernt, Klöster und katholische Schulen werden geschlossen, Mönche werden misshandelt, die Religionsausübung gestört. Erzbischof Sigismund Waitz notiert am 14. März 1938 in sein Tagebuch:

"Ich werde eine Erklärung abgeben, nach den bestehenden Gesetzen sich zu verhalten, nichts gegen die Regierung zu unternehmen, Ruhe und Frieden zu halten. Kirche macht nie

²⁸⁹ vgl. Michael F. Feldkamp In: NachRichten, "Die Kirche und das Deutsche Reich": Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938-45, Teil 10; vgl auch Dalin, G. David: "The Myth of Hitler's Pope", Verlag Regnery, USA 2005

²⁹⁰ vgl. Evan Burr Bukey: Hitlers Österreich. "Eine Bewegung und ein Volk", Europa Verlag, Hamburg-Wien 2001 S 146

²⁹¹ vgl. Darstellung von Hans Jablonka über den Hausarrest von Bischof Waitz, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 151ff

Revolution, sie hat die Pflicht, Seelsorge zu üben, und zwar nach den Verhältnissen, die sie vorfindet."²⁹²

Kurz vor seinem Tod im Jahr 1941 verfasst Waitz einen eindrucksvollen Hirtenbrief, den jeder Priester im Land verlesen muss. Priester, die ihn nicht verlesen, droht die Suspendierung:

"Ich bin ein alter Mann und weiß nicht, wann ich vor Gottes Richterstuhl gerufen werde. Ich will nicht mit schuldbeladenem Gewissen vor ihn hintreten. (...) Wir Katholiken müssen oft der äußeren Gewalt weichen. Wo es sich um irdische Dinge handelt, können wir dulden und schweigen. Wo es aber um den Glauben geht, dort gibt es kein Weichen, sondern nur ein Stehen oder Sterben."²⁹³

Eine außerordentlich mutige Ansprache hält auch Erzbischof Andreas Rohrachner, er ist seit 1943 Nachfolger von Erzbischof Waitz, im Juni 1944:

"Wenn wir da denken an die ungezählten Kranken, Leidenden, Verzweifelten, Sterbenden, wenn wir denken an das ungeheuere Leid, das der Krieg als solcher mit sich gebracht hat (...) wenn wir an die Gefangenen der Lager, wenn wir an die Kerkerzellen denken, dann, wie so viele Menschen gewaltsam aus dem Leben befördert werden, dann haben wir ein ganz kleines Bild von dem ungeheueren Leid, das gegenwärtig, augenblicklich über der ganzen Menschheit lastet."²⁹⁴

Aber auch Rohrachner unterstützt den Krieg gegen den Bolschewismus. Stellvertretend hier ein Auszug aus einer Predigt Rohrachners in Maria Plain:

"Wenn es unseren Soldaten nicht gelingen würde, den Bolschewismus abzuhalten, wenn das Heer nicht siegen würde

²⁹² Aus Tagebuchaufzeichnung von Bischof Sigismund Waitz, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 141

²⁹³ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 124

²⁹⁴ Aus Ansprache von Bischof Andreas Rohrachner, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 145 und DÖW E 19.011

gegen den gottlosen Kommunismus, es wäre furchtbar für unser liebes deutsches Volk und unser Vaterland."²⁹⁵

Die Angst vor dem Kommunismus rechtfertigt aus Sicht der Kirchenführung auch den Krieg. Den "Bolschewismus abzuhalten", dafür heiligt der Zweck jedes Mittel.

8.7.2 Die kirchliche Basis - "Grüß Gott!" statt "Heil Hitler!"

Am 10. Juli 1938 wird der Pfarrer Friedrich Kleinbrecht in Zell am See wegen einer "judenfreundlichen Predigt" verhaftet und in "Schutzhaft" genommen. Kleinbrecht erklärt bei seiner Predigt während der 10 Uhr Messe, dass die Juden nicht alle schlecht sind, und dass es auch unter ihnen gute Menschen gibt. Laut Gendarmeriebericht kommt es Stunden später vor dem Gasthaus Metzgerwirt zu "einem demonstrativen Aufmarsch der Bevölkerung". Auszug aus dem Gendarmeriebericht:

"Da die Forderung der sich inzwischen angesammelten Menge, den Pfarrer in Schutzhaft zu nehmen, immer dringender wurde und die Menge bereits auf eine Zahl von 800 bis 1000 Personen angewachsen war, wurde (...) auf nochmalige Anfrage bei der Gestapo in Salzburg durch hierortige SS- und SA-Kommandos erwirkt, dass er in Schutzhaft genommen werden konnte."²⁹⁶

Zahlreiche katholische FunktionärInnen im ganzen Gau stellen sich gegen das NS-System. Aus dem Pinzgau wird gemeldet: "Es muss immer wieder gesagt werden, dass die Geistlichkeit dem neuen Staat fast überall ablehnend gegenübersteht."²⁹⁷ Pfarrer in den Landgemeinden predigen gegen das System, Schwestern lehnen sich gegen die Schließung ihrer Klosterschulen auf. Kirche und NS-Staat beobachten einander gegenseitig. Hausdurchsuchungen, Überwachung und Denunziation treffen auch die Vertreter der Kirche. Der Landrat in Zell am See berichtet im September 1939 in seinem regelmäßigen Lagebericht an den Landeshauptmann:

²⁹⁵ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 126

²⁹⁶ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 468 und DÖW E 21.275 und SLA, PA K. 326, 1938/34B

²⁹⁷ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 72

"Auch in diesem Monat machte sich eine lebhaftere Tätigkeit der Geistlichen bemerkbar. Die Geistlichen besuchen sich gegenseitig in Zivilkleidung, wobei sie auch stets mit Rucksäcken ausgerüstet sind. So sind Zusammenkünfte der Geistlichen vorgekommen im Gasthaus Schweinberger in Neukirchen a. Großvenediger, der als ehemaliger schwarzer Bürgermeister, Ortsgruppenführer der VF und christlichsozialer Landtagsabgeordneter noch immer einen unheilvollen Einfluß auf die Bevölkerung von Neukirchen und Umgebung ausübt."²⁹⁸

Zwei Monate später, am 30. Dezember 1939, folgt ein weiterer Lagebericht des Landrates, diesmal an den Regierungspräsidenten in Salzburg:

"Die Geistlichkeit selbst hält sich besonders nach den letzten Maßnahmen (Einstellung der Gehaltbezüge des Pfarrers in Kaprun und Verbot des Religionsunterrichtes) ziemlich zurück. Nur vereinzelt, so z.B. der Pfarrer in Weißbach, übt anscheinend noch größeren Einfluß aus, den er hinter der seelsorglichen Tätigkeit gut tarnt. Er wurde deswegen von mir persönlich scharf verwarnt. Auffallend ist auch, daß fast keiner der Geistlichen den deutschen Gruß beantwortet, sondern immer auf den Gruß ‚Heil Hitler!‘ mit einem ‚Grüß Gott!‘ reagiert. Das macht jetzt schon den Eindruck, daß diese Grußform in demonstrativer Weise gebraucht wird."²⁹⁹

Im Lagebericht des Landrats vom 2. März 1940 an den Landeshauptmann, Gauleiter Friedrich Rainer, wird schließlich, "zur Beruhigung der Bevölkerung im Weißbacher Gebiet", die Versetzung des Pfarrers Balthasar Linsinger empfohlen.³⁰⁰ Eine Forderung, die in mehreren Lageberichten wiederholt wird. Hausdurchsuchungen, Überwachung und Denunziation sollen den Druck auf die Gläubigen im ganzen Land erhöhen. Aus der Pfarrchronik in Lend:

²⁹⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 160 und DÖW E 18.337

²⁹⁹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 161 und DÖW E 20.442

³⁰⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 162 und DÖW E 18.337

"Eine Handvoll Gläubiger getraut sich am Sonntag in die Kirche, denn vor dem Eingang war die Wohnung des Ortsgruppenleiters und links im Gemeindebau wohnten der Schreiber und Gemeindediener. Die bewachten Sonntag für Sonntag die Kirchgänger. Furcht vor Bestrafung hielt nun auch gute Gläubige vor der Sonntagspflicht ab."³⁰¹

Der 38-jährige Pfarrer Balthasar Linsinger leitet die Pfarre Weißenbach bei Lofer. 1940 wird er wegen "Verrichtung kirchlicher Funktionen über den gewöhnlichen Werktagsgottesdienst hinaus" kurzzeitig inhaftiert. Im Jahr 1942 wird ihm auch die Jugendseelsorge verboten, und schließlich wird er 1943 in die Pfarre Großarl versetzt. 1944 rettet Linsinger eine dreiköpfige jüdische Familie aus Wien, die er in der Pfarre Großarl aufnimmt. 2011 ehrt Israel den 1986 verstorbenen Salzburger Priester als "Gerechten unter den Völkern".³⁰²

Zahlreiche Klöster werden geschlossen und von der Gestapo beschlagnahmt. Im Pinzgau trifft es das Franziskanerkloster in Bruck an der Glocknerstraße. Im ganzen Land werden Klosterschulen geschlossen und Pfarrbibliotheken aufgelöst.³⁰³ Die Ausübung des Religionsunterrichts wird gestört und behindert. Regimekritischen Priestern, wie etwa dem Pfarrer von Hinterthal, Eduard Angermann, wird die Befugnis zur Erteilung des Unterrichts entzogen.³⁰⁴ Im gesamten Land Salzburg erhalten rund 70 Priester Schulverbot.³⁰⁵ Im August 1939 befinden sich bereits 39 Salzburger Priester in Haft.³⁰⁶ Zwölf von ihnen werden während der NS-Zeit in einem Konzentrationslager interniert, wo sie bis zum Ende des Krieges festgehalten werden.³⁰⁷

Zahlreiche Geistliche werden wegen "Vergehen gegen die Feiertags- und Gottesdienstordnung" verfolgt. Nicht alle kirchlichen Feiertage werden vom NS-System gebilligt. Die Gestapo wird angewiesen, genau darauf zu achten, welche Feiertage eingehalten werden. Das katholische Hochfest "Peter und Paul" (29. Juni) beispielsweise

³⁰¹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 163 und DÖW E 20.442

³⁰² vgl. Bettina Fernsebner-Kokert: Ein Retter vor "Teufel und Dämonen". Der Standard, 13. April 2011 S 13

³⁰³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 179 ff und DÖW E 19.257/2

³⁰⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 262 und DÖW E 19.197

³⁰⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 263 und DÖW E 19.691

³⁰⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 313 und DÖW E 19.691

³⁰⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 315 und DÖW 8388

ist aus Sicht der Nationalsozialisten unnötig. Trotzdem wird das Fest jedes Jahr von den Gläubigen gefeiert - mit gravierenden Folgen für mehrere Priester im Pinzgau: Im Sommer 1940 werden Pfarrer Eduard Angermann aus Hinterthal, Pfarrer Franz Auer aus Unken, Pfarrer Moritz Grübl aus Saalfelden, Dechand Franz Kocher aus Saalfelden, Pfarrer Balthasar Linsinger aus Weißbach und Dechand Peter Mair aus St. Johann i.P. festgenommen. Sie erhalten 1 Monat Arrest.³⁰⁸

Die Nationalsozialisten sind kreativ, wenn es darum geht, kirchliche Aktivitäten, Seelsorge oder Gottesdienste zu behindern. Ein Erlass des Regierungspräsidenten im Jahr 1939 verbietet beispielsweise das Läuten der Kirchenglocken in Taxenbach unter anderem bei "Taufen" und "Trauungen"³⁰⁹. Auch der Inhalt von Predigten muss sehr sorgfältig gewählt werden. Eine Anzeige wegen "Kanzelmissbrauch" kann Redeverbot oder Haftstrafen zur Folge haben. Pfarrer Anton Joiser aus Krimml trifft es am 2. Oktober 1939. In seiner Predigt führt er an, dass "Engländer bessere Christen und Menschen sind". Dieser Sachverhalt wird unverzüglich von Josef Eder, Mitglied der NSDAP und SA-Mann, sowie von Margarethe Kammerlander dem örtlichen Gendarmen zur Anzeige gebracht.³¹⁰

Der Ostfeldzug der deutschen Armee fordert im Winter 1941/1942 tausende Tote. Zahlreiche Pinzgauer mussten an diesem Feldzug teilnehmen. Die Nachrichten über gefallene und vermisste Väter und Söhne erreichen den Pinzgau. Viele Familien wünschen sich eine kirchliche Trauerfeier für ihre Verstorbenen. Damit kommen sie in den Konflikt mit der Partei. Bürgermeister Blaickner aus Bramberg schreibt beispielsweise am 6. Jänner 1942 an den Landrat:

"Herr Prossegger Johann Staudlehenbauer in Bramberg erscheint auf dem hiesigen Gemeindeamt und bat, beim dortigen anfragen zu wollen, ob der Herr Pfarrer von Bramberg die Seelengottesdienste für seinen von der Kompanie vermisst gemeldeten Sohn abhalten kann bzw. darf, den (sic!) ohne amtliche Bestätigung daß der Vermisste tot ist hält der Herr Pfarrer die Gottesdienste nicht ab..."³¹¹

³⁰⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 284 ff und DÖW E 19.188/b

³⁰⁹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 267 ff und DÖW E 20.442

³¹⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 296 ff und DÖW 16.032

³¹¹ SLA, HB Akte Karton 105, 801-42

Die Antwort des Landrates ist eindeutig. Der Pfarrer hat Recht, Prossegger gilt rechtlich nicht als tot, sondern als "vermisst". Damit gibt es keinen Seelengottesdienst. Auch Familie Langreiter aus Rauris wendet sich um Rat an die Parteileitung, ob für Sohn Michael eine kirchliche Feier durchgeführt werden kann. Die Antwort des Landrates erfolgt am 27. Mai 1942:

"Zu Ihrem Ansuchen vom 19.d.M. betreffend Abhaltung einer kirchlichen Trauerfeierlichkeit für Ihren im Osten gefallenem Sohn Michael Langreiter teile ich Ihnen mit, daß es infolge Anordnung zur Wahrung der Bekenntnisfreiheit nicht möglich ist, für einen Volksgenossen gottgläubigen Bekenntnisses kirchliche Zeremonien zu veranstalten... (...)

Ich habe mit Bedauern vernommen, daß dies schon Ihr zweiter Sohn ist, der sein Leben für Volk und Führer auf dem Felde der Ehre geopfert hat und spreche ich Ihnen zu diesem für Sie so harten Schicksalsschlag mein innigstes Beileid aus.

Der Landrat"³¹²

Das NS-System im Pinzgau reagiert auf seine Weise. Im Frühjahr 1942 organisiert die Partei systematische Kirchenaustritte. Hunderte PinzgauerInnen treten in den kommenden Wochen und Monaten aus der katholischen und evangelischen Kirche aus. Das Schreiben ist einfach und vorgefertigt. Die Parteigenossen erklären den Austritt aus der jeweiligen Kirche und geben an, sie sind "künftig gottgläubig. Heil Hitler!"³¹³ Damit kann sich das Regime eine kirchliche Zeremonie, wenn ein Soldat im Krieg stirbt, ersparen.

Einige Priester im Land Salzburg, die als Gegner des Systems eingestuft werden, denen man allerdings nichts Strafbares vorwerfen kann, sehen sich plötzlich mit einem Misshandlungsvorwurf konfrontiert. Der Bramberger Peter Lahnsteiner, Pfarrer in Wald im Pinzgau, ist einer der Betroffenen. Angeblich soll Lahnsteiner während des Religionsunterrichtes das Mädchen Elfriede Nindl aus Neukirchen geschlagen haben. Die Anzeige des Vaters, Revierjäger Peter Nindl, wird am 3. März 1943 erstattet. Im Bericht der Gendarmerie an die Geheime Staatspolizei vom 5. März 1943 wird angeführt, dass

³¹² SLA, HB Akte Karton 105, 806-42

³¹³ vgl. SLA, HB Akte, Karton 103 und 112 HB 705-1943

Lahnsteiner "als Gegner des Nationalsozialistischen Deutschland" gilt. Er soll vor allem Kinder von Parteigenossen benachteiligen. Die Gendarmerie in Krimml stellt den Antrag, Lahnsteiner die Berechtigung zum Religionsunterricht zu entziehen. Über den Ausgang dieses Verfahrens ist nichts bekannt.³¹⁴

Das NS-System geht konsequent gegen VertreterInnen der Kirche vor. Im Pinzgau sind es Einzelne, die offen Widerstand leisten. Stellvertretend dafür sind hier drei Schicksale angeführt:

8.7.2.1 Das Fallbeispiel Hyazintha Krausler

Schwester Hyazintha Krausler ist Leiterin der Privatschule in Piesendorf. Sie wird im Juni 1938 aufgefordert, den Schuldienst aufzulösen. Das NS-System bietet ihr zwei Möglichkeiten: "entweder freiwillig" oder man geht "einfach den Weg der Härte und zwingt die Eltern, die Kinder in die öffentliche Schule zu schicken..." Der Druck der Schulbehörde aus Zell am See auf die Schwestern ist groß. Die Lehrerinnen werden bedroht oder es wird ihnen empfohlen, aus dem Orden auszutreten. "Treten Sie aus, und wir übernehmen Sie sofort als weltliche Lehrerin." Die Ordensschwestern geben nicht auf. Am 26. Juni 1938 verteilen sie in den Häusern Piesendorfs Flugblätter, in denen sie die "Fortführung der Privatschulen" fordern. Die örtlichen Parteifunktionäre sind wenig erfreut. In einem Bericht hält Schwester Hyazintha die Reaktion der Flugblattaktion fest:

"Soeben war unser Berater hier, ganz erbost darüber, daß wir die Zettel, die wir vervielfältigen mussten, ausgegeben haben. Er sieht darin ein großes Vergehen von unserer Seite, die Schule für Propagandazwecke zu benützen. Als wir sagten, daß die Partei dasselbe täte, entgegnete er, die hätten den Auftrag, wir aber haben es ohne Auftrag getan. (...) Er ließ es durchblicken, daß wir nun erledigt sind..."³¹⁵

Am 7. Juli 1938 wird die Privat-Mädchenschule in Piesendorf aufgelöst. Am 1. August verlieren die Mädchenschulen in Schwarzach, Piesendorf und Bramberg "mit sofortiger

³¹⁴ SLA, HB Akte, Karton 113; 803/1-1943

³¹⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 230 und DÖW E 19.691

Wirkung des Öffentlichkeitsrecht".³¹⁶ Im September 1938 wird die letzte katholische Mädchenschule im Pinzgau, in Maria Alm, geschlossen. Über das weitere Schicksal von Schwester Krausler ist trotz intensiver Recherche in den vorhandenen Archiven nichts näheres bekannt.

8.7.2.2 Das Fallsbeispiel Andreas Rieser

Im Gegensatz zur Führung der Kirche, die sich rasch mit dem NS-Regime arrangierte, trotzen zahlreiche Priester in Salzburg dem Nationalsozialismus. In manchen Predigten wird kein Blatt vor den Mund genommen, in Schriften wird gegen das System angeschrieben. Einer der prominentesten Salzburger Priester ist der Bramberger Ehrenbürger Andreas Rieser. Der damals 30jährige Pfarradministrator wird im Sommer 1938 verhaftet. Bei der Renovierung der Kirche in Dorfgastein (Pongau) hinterlegt Pfarradministrator Rieser eine regimekritische Urkunde im Kirchturmknäuf. Der Spenglermeister übergibt das Dokument der zuständigen NS-Ortsgruppenleitung. Rieser schildert am 23. Jänner 1947 vor der Opferfürsorge Salzburg sein Schicksal:

"Der Grund der Verhaftung war die Hinterlegung einer Urkunde in den Kirchturmknäuf anlässlich der Renovierung des Kirchturmes. In diesem Dokument habe ich den Nationalsozialismus und die ganze Regierung angeprangert und schriftlich niedergelegt, daß wir im März 1938 überfallen wurden und daß Österreich schweren Zeiten entgegengehen wird, den das 3. Reich noch elendiglicher verspielen wird als das Deutschland 1918, und dann Österreich wieder selbständig sein wird.

Dieses Dokument sollte der Spengler von Schwarzach-St. Veit, Weiß, in den Knäuf einlöten, riß aber den versiegelten Brief auf und übergab ihn der Ortsgruppe (...)

Ich war dann bis zum 31. Juli 1938 im Polizeigefängnis in Salzburg. Am 31. Juli 1938 wurde ich nach München in das Polizeigefängnis überstellt und am 3. August 1938 nach Dachau eingeliefert. Dort wurde ich festgehalten bis zum 26. September 1939, an diesem Tag wurde ich nach Buchenwald bei Weimar transportiert, dort verblieb ich bis zum 7. Dezember

³¹⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 228 ff und DÖW E 19.691

1940. Am selben Tage werde ich wieder zurücktransportiert nach Dachau, wo ich bis zum 26. April 1945 verbleiben musste. An diesem Tage wurde ich mit Hunderten von Häftlingen auf den Todesmarsch gesetzt - Dachau - Ötztal. Am 1. Mai 1945 wurden wir (...) von den Alliierten befreit."³¹⁷

Mitteilung von Andreas Rieser aus dem KZ Dachau, 10. März 1939:

"Da ich mich wiederholt im Lager strafbar machte, unterliege ich den verschärften Haftmaßnahmen:

1. Ich darf im ¼ Jahr nur einen Brief empfangen und schreiben.
 2. Ich darf im ¼ Jahr nur 10,- RM empfangen.
 3. Der Empfang jeglicher Pakete ist verboten
- Andreas Rieser"³¹⁸

Andreas Rieser überlebt rund sieben Jahre in den Konzentrationslagern.³¹⁹ Der Österreichische Rundfunk hat die Geschichte Riesers unter dem Titel "Der Kaplan vom Zwiebelturm" verfilmt. Andreas Rieser arbeitet bis zu seinem Tod am 3. März 1966 als Pfarrer in Bramberg, wo er als Ehrenbürger begraben wird.

8.7.2.3 Das Fallbeispiel Julius Weickl

Julius Weickl wird im September 1937 Pfarrer in Bramberg. Die Gestapo interessiert sich bereits sehr früh für den Priester. Einer der Vorwürfe des NS-Systems: "schwere sittliche Verfehlungen, begangen i. J. 1933 an einem unmündigen Schulmädchen..." Daneben werden ihm die Teilnahme an Fronleichnamsprozessionen, Wallfahrten etc. als Verfehlungen angelastet. Ein gegen ihn laufendes Strafverfahren wird am 3. November 1939 wegen Verjährung eingestellt. Im Bericht der Geheimen Staatspolizei vom 15. April 1940 an den Landeshauptmann in Salzburg wird angeführt:

³¹⁷ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 300 und DÖW 18.562

³¹⁸ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 299 ff und DÖW E 19.257/1

³¹⁹ Das Martyrium von Andreas Rieser im Konzentrationslager Dachau ist im Buch "Blutzeugen des Glaubens Martyrologium des 20. Jahrhunderts" dokumentiert. Herausgeber: Jan Mikrut; Wiener Dom-Verlag 2000.

"(...) Weickl hat bei seiner Vernehmung am 23.1.39 wörtlich angegeben: Am 16.6.38 hat sich der Annabund an der Fronleichnamsprozession beteiligt. Es haben hierbei ca 200 Frauen teilgenommen. Ich gebe zu, daß an diesem Tage die ehemalige K.F.O. [katholische Frauenorganisation Anm R.L.] Fahne an der Spitze des Annabundes durch die Maria Egger, Raglerbäuerin in Bramberg, vorangetragen wurde. (...)

Daß der Annabund ohne Zutun des Pfarrers gebildet worden sei, ist gleichfalls unrichtig, da Weickl nach der Generalversammlung im März 1938 in der die K.F.O. (kath. Frauenorganisation) aufgelöst wurde, erklärte: 'Wir müssen uns nun zusammentun' (...)

(...) Julius Weickl ist heute noch ein eifriger Anhänger des Systems. Auch die von ihm getätigte Verteilung von Fleißmarken mit den Abzeichen des nach dem Umbruche wegen politischer Betätigung aufgelösten 'Reichsbundes der katholisch-deutschen Jugend Österreichs' beweist seine Anhänglichkeit an den Systemgeist. Ausserdem habe ich den Genannten wegen schwerer sittlicher Verfehlungen, begangen i. J. 1933 an einem unmündigen Schulmädchen, der Staatsanwaltschaft Salzburg zur Anzeige gebracht. Nur dem Umstande, daß diese Tat verjährt ist, hat es Weickl zu verdanken, daß er nicht in Untersuchungshaft genommen wurde. Da auch nach Ansicht des Oberstaatsanwaltes in Salzburg der begründete Verdacht besteht, daß Genannter auch an anderen Orten, an denen er Seelsorgedienste verrichtete, sich in dieser Beziehung nicht klaglos verhalten haben dürfte, sind die Untersuchungen fortgesetzt worden und bis heute noch nicht abgeschlossen..."³²⁰

Im Jahr 1939 erhält Pfarrer Weickl Schulverbot und darf keine Kinder mehr unterrichten. Weitere Ermittlungen gegen ihn werden eingeleitet. Pfarrer Weickl wehrt sich gekonnt gegen die Anschuldigungen der Behörde, er weiß die Bevölkerung Brambergs hinter sich. Weickl schreibt 1939 in einem Bericht an den Domkapitular Franz Simmerstätter in Salzburg:

³²⁰ SLA, HB Akte, Karton 105, HB 803-1-1942

"Ich dank Dir herzlichst für Deine Bemühungen für mich und Deinen Brief. Daß ich am Samstag auch Schulverbot erhielt, wirst wohl wissen, warum, weiß ich nicht. Teile Dir auch mit, daß in Bramberg die ganze Angelegenheit bekannt ist (...) Die einen weinen und beten, die anderen schimpfen und meutern. Obwohl ich das Gehalt für März noch habe, haben viele schon Geld gebracht, über 140,- RM. Mindestens 80 % der Bevölkerung sind ganz auf meiner Seite, direkt gegen mich höchstens 5 %. Es ist wirklich rührend, wie Gläubige zum Priester halten. Einen schweren Stand hat der Ortsgruppenführer, Männer und Frauen kommen zu ihm bitten, er soll zusehen, daß wieder alles in Ordnung gebracht wird, schimpfen aber auch und drohen, daß sie in sein Haus nie mehr gehen, wenn ich wirklich fortmüsste. (...) Heute fährt der Bürgermeister zum Bezirkshauptmann, um ihn um eine Intervention zu bitten und ihm zu sagen ganz deutsch, wie die Stimmung in Bramberg ist, daß es in dieser Art nicht weiter gehen kann, da sie so alle Anhänger verlieren. Wie mir der Bürgermeister auch sagte, will der Ortsführer das gleiche beim Kreisleiter tun, aber ich glaube es nicht recht, der Ortsgruppenführer ist mir bestimmt nicht schlecht gesinnt, aber er traut sich nicht recht, da er ja auch auf schwachen Füßen steht. (...)³²¹

Am 29. Juli 1940 folgt ein weiteres Schreiben der Geheimen Staatspolizei an den Reichsstatthalter, der offensichtlich bereits überlegt, die Maßregelung des Priesters rückgängig zu machen. Die Gestapo denkt nicht daran. Die Vorwürfe gegen Weickl werden wiederholt. Ein Antrag auf Versetzung und die Einstellung der Bezüge für den Pfarrer werden gefordert:

"... eine Rückgängigmachung der Massregelung des Pfarrers Josef Weickl aus folgenden Gründen nicht für angebracht halte: (...) war in der Systemzeit Präses des "Reichsbundes der katholischen deutschen Jugend Österreichs" für den gesamten Pinzgau und hat sich in dieser Stellung als eifriger Gegner

³²¹ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 312 ff und DÖW E 19.691

des Nationalsozialismus gezeigt. (...) Fleißzettel mit dem Abzeichen des aufgelösten Reichsbundes an die Schüler verteilte. (...) Pinzgauer Wallfahrt nach Hl. Blut am 29. und 30.6.40 war (...) verboten worden. Trotzdem beteiligten sich 84 Personen an dieser Wallfahrt. (...) Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen. (...) Ich bin überzeugt, daß Weickl zumindestens das Zustandekommen dieser verbotenen Prozession gefördert hat. Josef Weickl war stets ein Gegner des Nationalsozialismus und hat seine Einstellung zum NS-Staate bis heute nicht geändert. Er versteht es aber geschickt, seine staatsfeindlichen Machenschaften zu tarnen."³²²

Der Postenkommandant der Gendarmerie in Bramberg, Brandstetter, hat einen ausführlichen Bericht über die veranstaltete Wallfahrt nach Heiligenblut zur Kenntnis gebracht. Die Akte "Weickl" wird immer umfangreicher. Die Ermittlungsergebnisse wandern zwischen Reichsstatthalter und Landrat hin und her.

Wie schwierig die Arbeit der Seelsorger in diesen Jahren ist, zeigt ein Vorfall im Februar 1941. Nachdem der Schulbeginn in Bramberg auf 9 Uhr verlegt wird, passt Weickl auch den Gottesdienst danach an. Die Morgenmesse für die SchülerInnen wird von 6:30 Uhr auf 7:30 Uhr verlegt. Diese Entscheidung ist nicht systemkonform, gegen Weickl wird neuerlich ermittelt. Weickl berichtet am 7. Februar 1941 an das Erzbischöfliche Ordinariat:

"Gestern, den 6.2.1941 bekam ich nun vom Landrat in Zell am See eine Aufforderung zur Rechtfertigung als Beschuldigter, weil ich durch diese Gottesdienstverlegung an Wochentagen den Art. VII EGVG übertreten habe. Die Rechtfertigung muß mündlich binnen 8 Tagen beim Landrat eintreffen, ausgestellt ist diese Aufforderung am 5.2.1941."³²³

Erst 1942 ist Schluss mit der Verfolgung des Bramberger Priesters. Die Ermittlungen werden eingestellt. Aktenvermerk vom zuständigen Landrat in Zell am See:

³²² SLA, HB Akte, Karton 105, HB 803-1-1942

³²³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 286 ff und DÖW 19.011

"Aktenvermerk vom 24. Jänner 1942

Der Akt wird als 'nicht kriegswichtig' derzeit abgelegt. Ich habe wirklich nicht das Personal dazu, daß solche Erhebungen gemacht werden können.

a. a."³²⁴

Damit wird die Akte Josef Weickl geschlossen. Die Bemühungen der Nationalsozialisten, den Pfarrer zu diffamieren, sind gescheitert. Weickl verbringt seinen Lebensabend als Dekan im Pongau. Das Fallbeispiel Weickl zeigt, dass individueller Widerstand eines starken Rückhalts in der Gemeinde bedarf. Ohne diesen Gruppenrückhalt ist Widerstand schwer möglich. Der starke Einfluss des Pfarrers auf seine Gemeinde, der soziale Status innerhalb der Bevölkerung schützt vor Isolation und letztlich auch vor Inhaftierung. Dagegen ist auch das NS-Regime oft machtlos.³²⁵

8.7.3 Katholische Laien

Die Maßnahmen der NS-Funktionäre gegen Priester und Kirche stoßen in den katholisch geprägten Gemeinden des Pinzgaus auf Ablehnung. Das Verbot der Feiertage, die Entfernung der Kreuze aus den Schulen, die Abnahme der Kirchenglocken ab Oktober 1941, die Entfernung der Wegkreuze, die Beschlagnahme der Kirchenorgeln etc. werden von der religiös bäuerlichen Bevölkerung nicht widerspruchslos hingenommen. Die Menschen stellen sich klar hinter "ihren" Priester. Die Anordnungen des NS-Regimes werden ignoriert. Die Gestapo ist weitgehend machtlos gegen diesen stummen Protest.³²⁶ Auch die Einführung der Kirchensteuer hat nicht den Effekt, den sich das Naziregime erhofft hat. Die Lageberichte des Landrates Zell am See an den Landeshauptmann werfen ein bezeichnendes Licht auf die Situation. Stellvertretend ein Auszug aus dem Bericht vom 9. November 1939:

"Es sind 75 Kirchenaustritte erfolgt, davon 70 aus der röm.-kath. Kirche und 5 aus der evang. Kirche. Diese gegenüber den

³²⁴ SLA, HB Akte, Karton 105, HB 803-1-1942

³²⁵ vgl. Martin Broszat, Elke Fröhlich: Bayern in der NS-Zeit. Die Herausforderung des Einzelnen. Geschichten über Widerstand und Verfolgung, R. Oldenbourg Verlag, München 1983, S 10

³²⁶ vgl. Ortner Franz: Der religiös-bäuerliche Widerstand. In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 105 ff

bisherigen Zahlen verhältnismäßig große Zahl der Austritte ist auf die Einführung der Kirchensteuer mit 1.10.1939 zurückzuführen. Dagegen hält ein großer Teil der Bevölkerung zäh am Glauben und am Pfarrer fest. So hat die Sperre des Gasthausbetriebes im Wallfahrtsort Kirchenthal in der Umgebung ein wenig böses Blut gemacht.

Eine geheime Propaganda der Geistlichen und ihrer Anhänger ist überall spürbar, doch können trotz aller Bemühungen keine wirklichen Beweise dafür erbracht werden, sodaß ein zweckentsprechendes Einschreiten dagegen vorläufig noch nicht möglich ist."³²⁷

Eine Durchsicht der Lageberichte des Kreises Zell am See in den Jahren 1939/40 zeigt, dass die Einhebung der Kirchenbeiträge reibungslos funktioniert. Dies in einer Zeit, wo Armut und soziale Lage alles andere erwarten ließe. In einzelnen Gemeinden bringen Bauern und Bäuerinnen dem Pfarrer Fleisch, Butter und andere Lebensmittel. In Lofer und St. Martin wird eine Versammlung der Partei im Gasthaus von den einheimischen Bauern boykottiert. Die Bauern sitzen lieber im Extrazimmer des Gasthauses. Die NSDAP-Funktionäre sind ratlos, denn während die Kirche verhältnismäßig hohe Geldspenden erhält, verweigert die bäuerliche Bevölkerung Geldspenden an das Winterhilfswerk der Partei. Der Landrat in Zell am See ersucht im November 1939 sowie im März 1940 in seinem Lagebericht den Gauleiter und Landeshauptmann um Unterstützung. Filmvorführungen sollen im Pinzgau vermehrt eingesetzt werden, um der gegnerischen Flüsterpropaganda entgegenzuwirken. Der Gaufilm, so der Landrat, wäre ein ideales Propagandamittel. Der Gaufilmwagen soll öfter in den Raum Zell am See kommen.³²⁸ Darüber hinaus schlägt der Landrat vor: "...Sehr gut würden auch kleine gebildete Wochenzeitschriften mit Abhandlungen und Schilderungen von Leistungen unseres Heeres, unserer Kriegsmarine und Luftwaffe wirken, denn Heldentaten werden von unseren Leuten immer sehr gerne gelesen."³²⁹

Im Sommer 1942 entfernt Ortsgruppenleiter Plankl in der kleinen Gebirgsgemeinde Dienten die Kreuze aus den beiden Klassen der Volksschule. Diese Aktion beschäftigt

³²⁷ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 109 und DÖW E 18.337

³²⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 111 ff und 363 ff und DÖW E 18.337

³²⁹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 112 und DÖW E 18.337

Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg. Die katholische Bevölkerung in Dienten leistet Widerstand. Unterschriften der Eltern werden gesammelt und dem Erzbischof übermittelt. Ein Frontsoldat wendet sich schriftlich an den Gauleiter. Auszug:

"...Können Herr Gauleiter behaupten, dass die christlich eingestellten Soldaten nicht ebenso ihre Pflicht erfüllen für Führer und Volk als die anderer Weltanschauung? Warum soll das Kreuz in einer Schule, wo katholische Kinder unterrichtet werden sollen, nicht mehr geduldet werden? Wir an der Front pflanzen das Kreuz auf die Gräber unserer gefallenen Kameraden, und in der Heimat wird dasselbe hinausgeworfen!"³³⁰

Der Widerstand zeigt teilweise Wirkung. Die NSDAP-Gauleitung erklärt:

"...Eine Rücknahme dieser Maßnahme des Ortsgruppenleiters kommt selbstverständlich nicht in Frage. Ich habe jedoch Kreisleiter Kastner erklärt, dass mit Rücksicht auf die Kriegslage von weiteren Entfernungen der Kruzifixe aus den Schulen abgesehen werden soll."³³¹

Die katholisch-konservativen Bauern und Bäuerinnen im Pinzgau sind stur und hartnäckig. Die Bauern und Bäuerinnen halten sich nicht an die ihnen von den Nationalsozialisten vorgeschriebenen Feiertage. In Uttendorf feiern Bauern und Bäuerinnen jedes Jahr am 20. Jänner den "Sebastianitag". Die Gendarmerie muss ermitteln. Bauernführer Johann Herzog, Ortsgruppenleiter Josef Maier und Pfarrer Alfred Eder werden vernommen. Am 14. Mai 1942 hat die Geheime Staatspolizei alle Landräte erinnert:

"Es konnte immer wieder festgestellt werden, daß der konfessionell gebundene Teil der Landbevölkerung sich vielfach über die gesetzliche Feiertagsordnung hinwegsetzt. So kommt es mancherorts auch heute noch vor, daß der Großteil der Bauern an kirchlichen Feiertagen (...) nicht arbeiten und auch dem Gesinde, den Kriegsgefangenen und den ausländischen

³³⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 131 ff und DÖW E 19.691

³³¹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 132 und DÖW E 19.257/2 und DÖW E 20.224 und DÖW E 19.691

Landarbeitern an diesem Tag frei gibt. Um diesen Übelstand endgültig zu beseitigen, dürfte es angebracht sein, in der nächsten Zeit an sämtlichen kirchlichen Feiertagen, die nicht staatlich anerkannt sind, genaue Beobachtungen über das Verhalten der Landbevölkerung anzustellen..." ³³²

8.7.3.1 "Primizfeier" in Uttendorf

Am 23. Juli 1939 wird in Uttendorf eine katholische "Primizfeier" abgehalten. Unter "Primiz" versteht die katholische Kirche die erste Heilige Messe eines neugeweihten Priesters. Hunderte Gläubige nehmen an dieser Feier in der Gemeinde im Oberpinzgau teil. Am Abend davor werden in den Bergen rund um Uttendorf Höhenfeuer abgebrannt. NSDAP-Kreisleiter Sepp Kastner missfällt diese Demonstration der katholischen Laien. In einem Bericht an Landeshauptmann und Gauleiter fordert er ein scharfes Vorgehen gegen die Organisatoren der Feier:

"...Wenn wir nicht Boden verlieren wollen und uns nicht selbst die Schwierigkeiten vermehren sollen, so muß hier einmal strenger durchgegriffen werden, und ich bitte, dem Landrat einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. Meine Anträge lauten:

- 1.) Kooperator Schwarz wird das Gehalt entzogen, [es] wird ihm verboten, in Zivil zu gehen, und [er] wird weit fort, am besten zu seinen Rheinlandbekannten versetzt.
- 2.) Postenkommandant Gruber wird gemäßregelt und muß unbedingt von Uttendorf wegversetzt werden..."³³³

Die Feier hat ein juristisches Nachspiel für einige katholische Laien im Ort. Gegen drei Pinzgauerinnen wird ein Strafverfahren eingeleitet. Die Bäuerinnen Anna Lackner und Gertraud Goldbacher werden beschuldigt, am Vorabend der Primizfeier mehrere Personen angestiftet zu haben, "ein Höhenfeuer abzubrennen, das in demonstrativer Weise einen Kelch mit einer Hostie darstellen sollte". Gegen die 17jährige Maria Scharler aus Uttendorf wird ebenfalls ein Strafverfahren eingeleitet. Ihr wird die Ausschmückung des Saales für die Primizfeier zur Last gelegt. Und sie gilt als "starke Propagandistin des politischen

³³² SLA, HB Akte, Karton 113; 802-1-43

³³³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 113 ff und DÖW 16.052

Katholizismus".³³⁴ Über das weitere Schicksal der Frauen ist – trotz Suche in den genannten Archiven – nichts bekannt.

8.7.3.2 Verbotene Wallfahrten

Für die NSDAP sind die alljährlichen Wallfahrten nach Heiligenblut oder nach Kirchenthal, an denen Hunderte Gläubige teilnehmen, eine provokante Demonstration. Im Sommer 1939 pilgern rund 1.200 Frauen unter den Augen der Gestapo zur Wallfahrtskirche Kirchenthal in St. Martin bei Lofer. Im Jahr 1940 werden die Pilgerreisen verboten.³³⁵ Trotz des Verbots wird im Juni 1940 die traditionelle Pinzgauer Pilgerreise in die Großglocknergemeinde Heiligenblut organisiert. Allein aus Bramberg nehmen 84 KatholikInnen (meist Frauen) daran teil. Auch aus Piesendorf und Krimml kommen katholische Laien zu dieser Prozession. Die Gestapo ortet den Maishofener Bartholomäus Hasenauer als "Rädelsführer" dieser Prozession. Auch der Bramberger Pfarrer Josef Weickl wird verdächtigt, an der Organisation der Prozession beteiligt zu sein. Hasenauer wird wegen "Sabotage kriegswirtschaftlicher Maßnahmen" im August 1940 für 21 Tage in Schutzhaft genommen. Während der Inhaftierung Hasenauers wendet sich seine Schwester Burgl Höller an den "Führer". Sie bittet in einem Brief um Hilfe für den Bruder. Dafür wird sie von der Gestapo "strengstens verwart".³³⁶

8.8 Das "katholisch - konservative" Lager im NS-Staat

Ein gesicherter Gesamtüberblick über die Aktivitäten der Verfolgungs- und Widerstandsaktivitäten des konservativen-katholischen Lagers fehlt. Unmittelbar nach dem "Anschluss" werden im gesamten Land Salzburg gezielt konservative Personen verhaftet. Eine planmäßige Verhaftungswelle gegen Vertreter des "Ständestaates" rollt über das ganze Land. Daneben kommt es auch zu privaten Racheakten: wahllos werden Heimwehrführer, Gendarmen, Beamte, Militärangehörige und Funktionäre der "Vaterländischen Front" festgenommen und inhaftiert. Die Verfolgungsmaßnahmen reichen von Zwangspensionierung bis zur Einlieferung in Konzentrationslager.³³⁷ In ganz Österreich kommt es aus politischen und rassistischen Gründen zu Säuberungsmaßnahmen

³³⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 115 und DÖW 16.052

³³⁵ Ortner Franz: Der religiös-bäuerliche Widerstand. In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 105

³³⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 116 und DÖW 16.053

³³⁷ vgl. Herbert Dachs: Das katholisch-konservative Lager. In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11

bei Beamten im öffentlichen Dienst. Grundlage bietet der Erlass zur "Neuordnung des Berufsbeamtentums" vom 15. März 1938. Der von Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart unterzeichnete Erlass liefert die Möglichkeit, missliebige Beamte in den Ruhestand zu schicken oder zu entlassen. Die (arischen) Beamten müssen noch im März 1938 den Diensteid³³⁸ auf Hitler leisten. Juden und Jüdinnen sind als Beamte nach diesem Erlass ausgeschlossen und werden aus dem Dienst entfernt. Im § 3 des Erlasses heißt es unmissverständlich: "...Jüdische Beamte sind nicht zu vereidigen."³³⁹

Im Pinzgau sind in den ersten Tagen nach dem "Anschluss" vor allem Beamte der Bezirkshauptmannschaft Zell am See davon betroffen: Franz Schneeweiss arbeitet bei der Bezirkshauptmannschaft Zell am See. In der Nacht vom 11. März 1938 wird Schneeweiss verhaftet. Der Vorwurf lautet auf Konfidentendienste gegen die NSDAP. Am 20. April 1942 kehrt Schneeweiss schließlich aus dem Konzentrationslager Buchenwald zurück.³⁴⁰ Auch der Bezirkshauptmann, Dr. Rudolf Dworzak, wird am selben Tag verhaftet. Er wird in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Dort bleibt er bis Juni 1940 inhaftiert.³⁴¹ Der Kapruner Regierungskommissär, Dr. Franz Gasteiger, wird zwei Tage später, am 13. März 1938, festgenommen. Auch Gasteiger wird im April 1938 in das Konzentrationslager Dachau gebracht und ist bis März 1939 interniert.³⁴²

Gemeindebedienstete, die bereits im "Ständestaat" aktiv waren, werden von den Nationalsozialisten entlassen oder landen im Gefängnis. In Saalfelden muss Gemeindesekretär Josef Somvi im März 1938 acht Tage im Arrest verbringen.³⁴³ In Bramberg wird Gemeindesekretär Josef Kirchner im Oktober 1938 aus dem Gemeindedienst entfernt. Er wird Jahre später, wegen "Rundfunkverbrechen", zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt.³⁴⁴

Alle Bezirkshauptmänner im Land Salzburg werden unverzüglich gegen systemtreue Beamte ausgetauscht. Aus einem Reisebericht deutscher Verwaltungsbeamter über den

³³⁸ Diensteid: "Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe." In: Gesetzblatt für das Land Österreich, Jahrgang 1938

³³⁹ Gesetzblatt für das Land Österreich, Jahrgang 1938, Ausgegeben am 15. März 1938, 2. Stück

³⁴⁰ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11 und 19

³⁴¹ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11

³⁴² Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11,19 und DÖW 18.068

³⁴³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 103 und DÖW 18.695

³⁴⁴ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 101 und DÖW 18.271

Personalstand der Landes- bzw. Bezirkshauptmannschaften vom April 1938 geht hervor, dass Salzburg ein "NS-Mustergau" ist:

"IV. Landeshauptmannschaft Salzburg.

Am 10. März 1938 waren an Beamten des höheren Dienstes 40 vorhanden.

Zwischenzeitlich sind 1 verhaftet und 1 beurlaubt worden /.../
Von den 5 Bezirkshauptmännern ist lediglich der
Bezirkshauptmann in Salzburg geblieben; die übrigen
Bezirkshauptmannschaften sind neu besetzt, so daß hier in
wesentlich stärkerem Maße als in Niederösterreich und
Oberösterreich die notwendigen Maßnahmen getroffen sind.
/.../"³⁴⁵

Der NS-Staat geht auch radikal gegen bekannte AnhängerInnen des "Ständestaates" aus dem Kreis der Bauern und Bäurinnen, Kaufleute oder GastwirtInnen vor. In Leogang wird im März 1938 der Bauer Josef Riedelsperger wegen "Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" zu zwei Monaten Arrest verurteilt. Er hat Dollfuß und Schuschnigg gelobt.³⁴⁶ In Saalfelden wird der Kaufmann Ludwig Pammer im März 1938 festgenommen. Er, so lautet der Vorwurf, habe in seinem Geschäft NS-kritische Reden gehalten. Pammer wird mehrmals verhaftet und landet schließlich im Konzentrationslager Lublin.³⁴⁷ In Hollersbach wird der Gastwirt Vitus Kaltenhauser im September 1938 wegen "Verbreitung von Gerüchten" zu einem Monat strengen Arrest verurteilt. Kaltenhauser gilt als Anhänger Schuschniggs.³⁴⁸

In Neukirchen wird im Winter 1940 gegen die Magd Monika Vorreiter ermittelt. Auf dem Hof der Bäuerin Emmerenz Gassner ("Schiedhofbauer") soll es immer wieder zu "staatsfeindlichen Äußerungen" kommen. Der Ortgruppenleiter erstellt ein politisches Gutachten. Neben Gasser und Vorreiter ist auch der Knecht Adolf Knapp aus Bramberg im Visier des Ortsgruppenleiters. Der Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Neukirchen kommt zum Schluss: "Es ist daher sehr erwünscht, in dieses Nest energisch hineinzuleuchten, damit

³⁴⁵ DÖW 14.902, In: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitterrutzner, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 613

³⁴⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 57 ff und DÖW E 18.047

³⁴⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 26 und DÖW 18.474

³⁴⁸ "Salzburger Landeszeitung"; In: Widerstand und Verfolgung, Bd. 2, S 57

endlich einmal ein nicht verbesserlicher Brandherd zum Verlöschen gebracht werden kann." Gegen alle drei wird ein Verfahren eingeleitet. Über den Ausgang dieser Verfahren ist nichts bekannt.³⁴⁹

Das "Heimtückegesetz" aus dem Jahr 1934 ermöglicht es dem NS-System, gegen politisch Andersdenkende vorzugehen. Mit dem "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform"³⁵⁰ kann das NS-Regime die freie Meinungsäußerung einschränken und KritikerInnen verfolgen. Der christlichsoziale Krimmler Bauer Josef Geisler wird 1944 deshalb zu fünf Monaten Haft verurteilt.³⁵¹ Auch Alois Arnitz, Unternehmer in Saalfelden, wird 1942 wegen "Vergehen nach dem Heimtückegesetz" zu fünf Monaten Haft verurteilt.³⁵² Der christlichsoziale Kaufmann Norbert Voglreiter aus Mittersill³⁵³ wird noch im Dezember 1944 wegen dieses Vergehens angeklagt. Über den Ausgang dieses Verfahrens ist nichts bekannt.

8.9 Säuberungsaktionen bei der Gendarmerie im Land Salzburg

Auch in den Reihen der Gendarmerie beginnen in diesen Tagen systematische "Säuberungsaktionen" durch die Nationalsozialisten. Der Sicherheitsapparat spielt für die Machthaber eine zentrale Rolle. Polizei und Militär müssen die Sicherheit garantieren und das Unterdrückungssystem aufrecht erhalten. Dafür sind nur systemtreue Beamte geeignet.

Der christlichsoziale Gendarmeriekommandant Josef Gebetsroither aus Zell am See wird am 12. März 1938 verhaftet und in das Polizeigefangenenhaus Salzburg eingeliefert. Er landet schließlich im Konzentrationslager Dachau. Am 13. März 1939 wird er – von den Misshandlungen schwer verletzt – aus der Haft entlassen.³⁵⁴ In Saalfelden werden am 13. März 1938 fünf Gendarmeriebeamte, darunter Postenkommandant Mathias Knee, sein Stellvertreter, Johann Brunauer, sowie Albert Huber, Georg Schreder und Johann Hudax von SA-Führer Otto Raber festgenommen und in das Bezirksgericht Saalfelden eingeliefert. Die SA hat bereits am Vortag mit 20 Mann den Gendarmerieposten gestürmt

³⁴⁹ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 62 und DÖW 15.993, 16.046

³⁵⁰ Reichsgesetzblatt vom 20. Dezember 1934, I S 1269f

³⁵¹ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 100 und DÖW 17.071

³⁵² Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 99 und DÖW 17.876

³⁵³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 66 ff und DÖW E 19.189/1

³⁵⁴ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 24 ff und DÖW 18.070

und die Beamten im Arrest festgehalten. Drei Saalfeldner Gendarmeriebeamte werden außer Dienst gestellt.³⁵⁵

Der pensionierte Salzburger Unteroffizier Gernod Fuchs verfügt über eine umfangreiches Privataarchiv der Gendarmerie im Land Salzburg während des "Anschlusses". Unter dem Titel: "Die Salzburger Gendarmerie von der 'Kampfzeit' der NSDAP bis zur Entnazifizierung"³⁵⁶ liegt eine detaillierte Arbeit vor. Am 21. und 22. April 1938 findet in der der Stadt Salzburg eine Besprechung der Geheimen Staatspolizei statt. 18 der NSDAP nahe stehende Gendarmen aus allen Teilen Salzburgs werden dazu eingeladen. Ihre Aufgabe besteht darin, in zwei Tagen, eine Liste über alle Gendarmen des Landes zusammenzustellen und deren politische und persönliche Einstellung zu beurteilen. 444 Gendarmeriebeamte des Landes werden in einer 22 Seiten umfassenden Liste nach fachlichen, persönlichen und vor allem politischen Einstellungen beurteilt.³⁵⁷

Für 75 Gendarmenbeamte des Landes Salzburg hat diese "Beurteilung" ihrer Kollegen fatale Folgen: 9 Beamte werden in ein Konzentrationslager eingeliefert; 5 Beamte werden verhaftet; 29 Beamte werden in den Ruhestand versetzt; 29 Beamte werden in andere Dienststellen versetzt; 3 Beamte werden vom Dienst enthoben.³⁵⁸

Auflistung der betroffenen Beamten aus dem Pinzgau im "Fuchs-Privatarchiv":

Name	Dienst Grad	Ort	Beurteilung durch NS (Originaltext)	Maßregelungen (durch Verfasser Gernod Fuchs erarbeitet)
G.J.	RevInsp	ZELL AM SEE	"Schwerster Feind der N.S. Marxist, hat sich schwerste Ue zuschulden kommen lassen, wird von Gestapo bereits behandelt, dachaureif"	Verhaftung, KZ
B.J.	RayInsp	SAALFELDEN	"Gegner der NSDAP, hat sich schwere Ue. zuschulden kommen lassen, Erhebg"	Ruhestandsversetzung, zweimal inhaftiert
K.M.	RevInsp	SAALFELDEN	"Eifrigster Systemanhänger und	kurze Haft,

³⁵⁵ vgl. "Chronik Saalfelden", Jänner 1992, Bd. II, S 753

³⁵⁶ Gernod Fuchs: Die Salzburger Gendarmerie von der "Kampfzeit" der NSDAP bis zur Entnazifizierung. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, 2003. S-273 bis 336.

³⁵⁷ vgl. Gernod Fuchs: Die Salzburger Gendarmerie von der "Kampfzeit" der NSDAP bis zur Entnazifizierung. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, 2003. S-273 bis 336.

³⁵⁸ vgl. Gernod Fuchs: Die Salzburger Gendarmerie von der "Kampfzeit" der NSDAP bis zur Entnazifizierung. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, 2003. S-273 bis 336.

			übereifriger Bekämpfer der N.S. Ue"	Ruhestandsversetzung $\frac{3}{4}$ Ruhegenuss, Delogierung
K.F.	Gend	UTTENDORF	"Indiff."	Wehrmachtsgericht 6 Jahre Gefängnis (unerlaubte Entfernung), Bewährungs- kompanie, 1945 gefallen
K.J.	RevInsp	BRAMBERG	"Eifrigster Systemanhänger, charakterloser Denunziant, schwarzes Protektionskind und eifrigster und gehässiger Bekämpfer der N.S."	Ruhestandsversetzung $\frac{3}{4}$ Ruhegenuss
K.A.	BezInsp	ZELL am See	"Eifrigster Systemanhänger und schwerster und gehässigster Bekämpfer des N.S. Hat schweren Druck auf die Dienststellen seines Bez. ausgeübt, bestenfalls pensionsreif"	Ruhestandsversetzung
W.K.	RayInsp	TAXENBACH	"Systemanhänger eifriger Verfolger der NSDAP Tschechenstämmeling geistig minderwertig moralisch defekt pensionsreif"	Ein Gendarm W. war 1934 zur Putschzeit Gendarm in L. Ruhestandsversetzung
H.A.	Patrl	LEND	"Gesinnungsschwein, Denunziant, charakterloses Individuum, Kriechernatur, dachaureif, Ue erheben"	Versetzung, dann Haft, später Gend-Hauptwachtmeister. NSDAP seit 1940
V.K.	RevInsp	KRIMML	"Systemanhänger und schwerer Gegner der NSDAP"	Versetzung, später Gend- Meister
S.H.	Gend	BRUCK	"Systemschwein, Kriechernatur, radikaler Gegner der NSDAP, hat Spionage getrieben gegen das Reich, dachaureif"	Versetzung, später Gend- Hauptwachtmeister
P.J.	Patrl	LEND	"Systemanhänger, eifriger Gegner der NSDAP, früher Soz.Dem"	Versetzung, später Gend- Meister
P.R.	Gend	ZELL am See	"Eifriger Systemling, eifr. und gehässiger Gegner der NSDAP, dachaureif"	Versetzung, später Gend- Bezirks-Oberwachtmeister. 1942 als Gend- Hauptwachtmeister gefallen
D.J.	RevInsp	UTTENDORF	"Schwerer Gegner der N.S. Gesinnungslump, Ue. erhoben"	Versetzung, später Gend- Meister
G.A.	RayInsp	LEND	"Systemanhänger und eifriger Bekämpfer der N.S., Ue werden erhoben"	Versetzung, später Gend- Meister

Abkürzungen: UE = Übergriffe; Patrl. = Patrouillenleiter

Quelle: Gernod Fuchs: Die Salzburger Gendarmerie von der "Kampfzeit" der NSDAP bis zur Entnazifizierung. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, 2003. S-273 bis 336.

Auch das Landesgendarmeriekommando Salzburg verfügt über eine Liste jener Gendarmeriebeamten aus Salzburg, die in der NS-Zeit "gemäßregelt" wurden. Diese Liste aus dem Jahr 1966 umfasst das Schicksal von 63 Gendarmen im Land Salzburg.³⁵⁹

Name	Art der Maßregelung
Aigner Josef	Ruhestandsversetzung
Anderl Mattäus	Ruhestandsversetzung
Antretter Maximilian	Entlassung
Auer Viktor	Ruhestandsversetzung
Bainar Franz	Ruhestandsversetzung
Baltzer Wilhelm	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Beer Benno	Entlassung, vom 13.3.1938 bis 13.3.1939 im KZ
Blaschek Johann	Versetzung auf eine andere Dienststelle und wegen Abhörens von Auslandsender 1944 zu 3 Jahre Zuchthaus verurteilt
Brunauer Johann	Ruhestandsversetzung
Cesak Rudolf	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Deisenberger Ferdinand	Ruhestandsversetzung
Demelbauer Johann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Eisl Matthäus	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Fraiß Peter	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Garstenauer Leopold	Ruhestandsversetzung
Geißler August	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Griesenauer Johann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Hagn Josef	Ruhestandsversetzung
Hangl Felix	Entlassung
Hillimaier Felix	Ruhestandsversetzung
Hofpointner Karl	Ruhestandsversetzung
Hönemann Albert	Versetzung auf einen anderen Dienstposten und vom 25.5.1938 bis 22.11.1938 in Haft
Huber Albert	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Hufnagl Rupert	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Knee Matthias	Ruhestandsversetzung
Koch Ferdinand	Von einem Wehrmichtsgericht wegen unerlaubter Entfernung zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt (Bewährungskompanie) Entlassung
König Albert	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Kranewitter Johann	Ruhestandsversetzung
Kranzinger Josef	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Kreil Johann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Kronberger Anton	Ruhestandsversetzung

³⁵⁹ Zitiert In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 46 ff und DÖW 3165a

Leier Franz	Ruhestandsversetzung
Leo Josef	Ruhestandsversetzung
Leyendecker Alois	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Maaz Adolf	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Marschner Anton	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Maresch Johann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Oberer Konrad	Ruhestandsversetzung
Pehofer Rudolf	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Pfeifer Alois	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Picker Johann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Prade Franz	Entlassung. Vom 1.8.1938 bis 13.3.1939 im KZ
Preimeß Johann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Prenninger Johann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Preußler Alfred	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Psaidl Alois	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Puffer Georg	Ruhestandsversetzung
Richter Alois	Ruhestandsversetzung
Sams Alois	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Spießberger Alois	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Schachner Hermann	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Scherbl Anton	Ruhestandsversetzung
Schlager Stefan	Entlassung. Am 4.8.1938 in das KZ Mauhausen eingeliefert und dort am 4.12.1939 verstorben.
Steiner Andreas	Ruhestandsversetzung
Viehböck Karl	Versetzung auf einen anderen Dienstposten
Weiß Karl	Ruhestandsversetzung
Widauer Nikolaus	Ruhestandsversetzung
Wilpernig Otto	Ruhestandsversetzung
Winklhofer Franz	Ruhestandsversetzung
Wolf Albert	Ruhestandsversetzung, vom 24.3.1938 bis 31.8.1938 im KZ
Wolf Johann	Ruhestandsversetzung
Wutka Johann	Ruhestandsversetzung

Quelle: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 46 ff

8.10 "Meckerer und Kritikaster" - KritikerInnen des NS-Staates

Für die Verfolgung von KritikerInnen, im NS-Jargon auch "Meckerer und Kritikaster"³⁶⁰ genannt, ist die Geheime Staatspolizei zuständig. Dafür ist die Mitarbeit der Bevölkerung

³⁶⁰ Generalstaatsanwalt Innsbruck, Lagebericht 31 E-52/8 vom 29.7.1942 In: Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 97

unbedingt notwendig. Der Historiker Robert Gellately kommt in seiner Studie über die Gestapo zum Schluss,

"...dass das gefürchtete 'Herrschaftsorgan des Regimes ohne ein beträchtliches Maß von Mitarbeit der Bevölkerung große Schwierigkeiten gehabt hätte - ein Phänomen, das in der bisherigen Forschung weitgehend ignoriert oder nicht voll begriffen worden ist. (...) Das Mitwirken der Bevölkerung durch das Liefern von Informationen war einer der wichtigsten Faktoren für das Funktionieren des Terrorsystems. Diese Schlussforderung legt nahe, die Vorstellung von der Gestapo als einem 'Herrschaftsinstrument' noch einmal zu überdenken: Wenn sie ein Instrument war, dann eines, dass innerhalb der deutschen Gesellschaft verankert war und dessen Funktionieren von der fortgesetzten Mitarbeit deutscher Bürger abhing."³⁶¹

Diese Einschätzung gilt nicht nur für Deutschland. Auch in Österreich war die Mitarbeit der Bevölkerung für die Gestapo von großer Bedeutung. Ohne die aktive Hilfe von DenunziantInnen hätte das Bspitzelungssystem nicht in dieser Form funktioniert.

Die Methode des NS-Regimes ist klar: Terror, Einschüchterung und das Schüren von Angst. Mit dem Vorwurf des "Hochverrates" oder der "kommunistischen Betätigung" ist das NS-Regime schnell zur Stelle. Gustav Koller aus Leogang ist eines von vielen Beispielen: Auszug aus einer Anzeige des Gendarmeriepostenkommandos Leogang am 10. Mai 1938 an das Bezirksgericht Saalfelden gegen Gustav Koller aus Wiesing (Leogang) wegen kommunistischer Betätigung:

"Gustav Koller machte sich dadurch einer Übertretung nach dem Ordnungsschutzgesetze schuldig, weil er am 8. Mai 1938 nachmittag in seinem leicht berauschten Zustande im Gastzimmer des Rudolf Oberschneider in Leogang Nr.9 öffentlich über den Führer und Reichskanzler nachstehende Worte äußerte bzw. sagte: 'Alle (damit vermutlich gemeint die

³⁶¹ Robert Gellately: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945, Paderborn-München-Wien-Zürich 1993. S 288 ff In: Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", CLIO Graz 2007. S 21

NSDAP) sind Gauner, und der Hitler ist selber der größte Gauner.'

Weiters machte sich Koller (...) einer Übertretung schuldig, nachdem er im Gastzimmer des Rudolf Oberschneider öffentlich 3- oder 4mal 'Heil Moskau' schrie und sich äußerte, daß er nur für Moskau sei."³⁶²

Mit seiner Äußerung weckt Koller das Interesse der Geheimen Staatspolizei in Salzburg. Bereits Tage später - am 18. Mai 1938 - ergeht ein Schreiben der Gestapo Salzburg an das Bezirksgericht Saalfelden, wo Koller in Untersuchungshaft sitzt. Koller soll in ein Konzentrationslager eingeliefert werden:

"Nach einem Bericht des Gendarmeriepostenkommandos Leogang befindet sich Koller im Bezirksgericht Saalfelden wegen Hochverrats in Untersuchungshaft. Da ich beabsichtige, Koller für längere Zeit in ein Konzentrationslager einzuweisen, ersuche ich, mir umgehend den Ausgang des dort anhängigen Strafverfahrens mitzuteilen und Koller ohne meine Genehmigung nicht aus der Haft zu entlassen."³⁶³

Über das weitere Schicksal Gustav Kollers geht aus den Unterlagen nichts hervor, eine Recherche in den vorhandenen Archiven blieb erfolglos.

Ein falsches Wort im Wirtshaus, eine unbedachte Äußerung beim Nachbarn, alles hat gravierende Folgen für die KritikerInnen. DenunziantInnen gibt es in jeder Gemeinde, in jedem Betrieb, ja selbst in der eigenen Familie. Der Hüttenwirt der "Peter Wiechenthaler-Hütte" in Saalfelden, Karl Pirchner, äußert sich am 7. Juli 1938 beim Mittagessen kritisch gegenüber der Partei. Dem Ehepaar Walter und Wilhelmine Schöttner erklärt Pirchner u.a.: "Ach was, die Partei hat viel versprochen und nichts gehalten. Wir haben noch immer Schundlöhne bei den Arbeitern. (...) " Das sudetendeutsche Ehepaar meldet den Vorfall umgehend der Gendarmerie. Pirchner wird zu drei Monaten Arrest verurteilt.³⁶⁴ Die Wäschereiangestellte im Hotel "Lebzelter" in Zell am See, Katharina Rodelsberger,

³⁶² Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 419 und DÖW 18.291

³⁶³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 419 und DÖW 18.291

³⁶⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 369 ff/614 und DÖW E 18.047

bezeichnet im Sommer 1938 Adolf Hitler als "Bazi". Sie wird von ihrer Arbeitskollegin Anna Wieser bei der Gendarmerie angezeigt. Rodelsberger wird zu einem Monat Arrest verurteilt.³⁶⁵ Einem 44jährigen Hilfsarbeiter aus Uttendorf bringt die Aussage "Pfui Hiltler" ein Jahr schweren Kerker ein. Emil Innerhofer wird Beleidigung des Führers vorgeworfen. Innerhofer habe, so der Vorwurf, am 2. Oktober 1938 im Gasthaus Niederbichl in Uttendorf mehrmals "Pfui Hitler" gesagt. Im Gendarmerieposten, so die Anklage, kommt es nach der Festnahme zu einer "öffentlichen Gewalttätigkeit und Wachebeleidigung". Innerhofer wird vom Landesgericht Salzburg zu neun Monaten schwerem Kerker verurteilt. Das Oberlandesgericht in Innsbruck erhöht die Strafe auf ein Jahr schweren Kerker.³⁶⁶ Auch entlassene MitarbeiterInnen nützen das System, um sich bei ehemaligen KollegInnen zu rächen. Die Saalfeldner Serviererin Martha Reichl ist eines dieser Opfer. Nachdem ihre Kollegin Saringer aus dem Betrieb entlassen wurde, behauptet sie, Reichl habe "staatsfeindliche Äußerungen" getätigt. Reichl, so der Vorwurf, soll den Führer als "größenwahnsinnig" und Reichsmarschall Göring als "Narr" bezeichnet haben. Obwohl drei Zeuginnen die Serviererin im Gasthaus "Friedrichslaupe" in Badgastein entlasten, glaubt das Gericht den Angaben Saringers. Martha Reichl wird im Februar 1941 zu zehn Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Saalfeldnerin bleibt bis Dezember 1941 inhaftiert.³⁶⁷

KritikerInnen müssen mit der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz rechnen. Eines der Beispiele ist der Trafikant Franz Baumgartner in Zell am See. Ihm werden im Dezember 1938 die Verträge für seine beiden Tabakgeschäfte in Zell am See gekündigt. Baumgartner äußert sich gegenüber einer Parteigängerin, die sich beschwert, dass im Geschäft noch immer Ansichtskarten von Zell am See verkauft werden, die den "Dr. Dollfußplatz" zeigen, obwohl dieser Platz inzwischen zum "Adolf Hitlerplatz" umbenannt wurde, mit den Worten: "Der Platz hat den Namen schon öfters gewechselt und wird ihn auch in Zukunft noch öfters wechseln". Vor dem Geschäft Baumgartners wird eine große Tafel mit der Aufschrift "Dieser Laden gehört einem Feind der Partei" angebracht. Dem Trafikanten wird am 5. Mai 1940 die Konzession für den Buch-, Kunst- und

³⁶⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 370/614 und DÖW E 18.047

³⁶⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 372/615 und DÖW 16.035

³⁶⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 388/615 und DÖW 18.536

Musikalienhandel entzogen. Erst nach dem Krieg, im September 1945, erhält Baumgartner die Konzession von der Bezirkshauptmannschaft Zell am See zurück.³⁶⁸

Dem Bergführer Felix Ensmann aus Neukirchen werden kritische Aussagen in der Kürsingerhütte zum Verhängnis. Ensmann: "Bildet euch ja nicht ein, dass wir den Krieg gewinnen..." Diese Aussage reicht, um Ermittlungen gegen ihn einzuleiten. Darüber hinaus wird Ensmann "unsittliches Verhalten" vorgeworfen. Auszug aus dem Bericht des Gendarmeriepostens Neukirchen vom 21. Jänner 1942 an den Landrat in Zell am See:

"Betreff: Ensmann Felix, geb. am 21.v.1898 in Neukirchen (...)
Bezug: Anzeige der hiesigen Ortsgruppenleitung v.4.Jänner 1942 an die Kreisleitung in Zell am See (...)
Angeschlossene Durchschrift nach Abschluss der Erhebungen zur Einsichtnahme und zur dienstlichen Verwertung vorgelegt. Ich ersuche um Weisung, ob gegen Ensmann mit Rücksicht auf seine politische Einstellung und seines politischen Verhaltens in der letzten Zeit, ein Antrag auf Aberkennung seiner Berg- und Schiführerbetätigung einzubringen ist. Der Originalakt wurde der Geheimen-Staatspolizei, Staatspolizeistelle in Salzburg übersandt."

Handschriftliche Anmerkung des Landrates: "Ergebnis des Gestapo-Verfahrens (...) abwarten und dann allenfalls wegen Aberkennung weiterbehandeln."³⁶⁹

Im ganzen Land werden Menschen denunziert. In Neukirchen tauchen im Sommer 1943 Schreiben mit NS-kritischem Inhalt auf. Gestapo und örtliche Gendarmerie sind ratlos. Die BH Zell am See vermerkt den Vorfall. Ein Akt wird angelegt. Plötzlich hat jemand einen Verdacht. Schreiben des Landrates an den Gendarmerieposten vom 23. August 1943:

"Beiliegende Anzeige übersende ich Ihnen zur weiteren Nachforschung. Dauernd kommen von Neukirchen anonyme Anzeigen in allen möglichen Schriftarten. Es dürfte sich wohl immer um ein und dieselbe Person handeln. Gewisse Verdachtsgründe

³⁶⁸ Schreiben Oberfinanzpräsident Innsbruck, Zweigstelle Salzburg, Zl. 1989 – I – 1938, Schreiben der BH Zell am See im Pinzgauer Bezirksarchiv

³⁶⁹ SLA, HB Akte, Karton 103, HB 450-452, 1942

richten sich gegen die NSV-Haushaltshilfe Marianne Schöberer. Was halten Sie davon? Diese Schöberer scheint auch bei den anonymen Schreiben gegen den Zahntechniker Ferdinand Schleinzer in Mittersill beteiligt zu sein."³⁷⁰

Eine Person, mit dem Namen "Schöberer" gibt es in Neukirchen nicht. Darum wird eine gewisse Frau Schoiberer aus Krimml von der Gendarmerie einvernommen. Am 29. August 1943 muss Frau Marianne Schoiberer, geb. Klettl, aus Krimml eine umfangreiche Schriftprobe vor den Gendarmen abgeben.³⁷¹

Soldaten beim Fronturlaub müssen sehr darauf achten, im Wirtshaus keine regimekritische Äußerung fallen zu lassen. Das Beispiel von Alois Enzinger aus Bramberg zeigt, wie schnell der Urlaub vorbei sein kann. Enzinger erzählt im Gashaus "Straßenwirt" von seinen Erfahrungen an der Front. Dabei fallen auch mehrere kritische Anmerkungen über das NS-Regime. Ein anwesender Gendarm erstattet unverzüglich Anzeige bei der Parteileitung. Bereits am nächsten Tag muss Enzinger wieder an die Front. Enzinger wird schwer am Kopf verletzt. Von diesen Verletzungen erholt sich Enzinger nie wieder und begeht nach dem Krieg Selbstmord.³⁷²

8.11 Deserteure und ihre Familien

"Kameradenschweine"?, "Drückeberger"?, "Helden"?, "Verräter"?, "Täter"?, oder "Opfer der Nationalsozialisten"?, die Bandbreite in der politischen Auseinandersetzung, was Deserteure nun eigentlich waren, und wie sie beurteilt werden ist breit und nach wie vor tagespolitisch aktuell. Für die beiden Großparteien, ÖVP und SPÖ, so Thomas Geldmacher, "ist es die vergangenheitspolitische Gretchenfrage, um deren Beantwortung sich der politische Mainstream seit 1945 gerne drückt."³⁷³ Für das Geschichtsbild der FPÖ, so deren derzeitiger Obmann in einem Interview in der Wiener Wochenzeitung Falter, ist

³⁷⁰ SLA, HB Akte, Karton 112; 451-12-1943

³⁷¹ SLA, HB Akte, Karton 112; 451-12-1943

³⁷² Zeitzeuge Johann Leo und Zeitzeugin "Herta Huber" (Name auf eigenen Wunsch geändert) beim Gespräch am 2.4.2007; Tonbandprotokoll bei Verf.

³⁷³ Thomas Geldmacher: "Täter oder Opfer, Widerstandskämpfer oder Feiglinge? Österreichs Wehrmachtsdeserteure und die Zweite Republik"; In: Jahrbuch 2009, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär, Redaktion: Christine Schindler, LIT Verlag, Wien 2009, S 37-60, hier S 37

die Rolle der Wehrmachtsdeserteure klar: "Deserteure sind Täter".³⁷⁴ Völlig anders die Sichtweise der österreichischen Grünen, sie kämpfen seit Jahren für die gesellschaftliche Anerkennung der Deserteure und unterstützen sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte.³⁷⁵ Ab den 1950er Jahren gelten Deserteure als "Kameradenschweine" und "Feiglinge", die Terminologie der Nationalsozialisten wird im politischen Diskurs übernommen. Erst ein parlamentarischer Antrag der Grünen im Parlament im Jahr 1999 bringt den vergangenheitspolitischen Wendepunkt. Das zuständige Wissenschaftsministerium wird vom Parlament aufgefordert die Geschichte der österreichischen Opfer der NS-Militärjustiz zu untersuchen und die damaligen Urteile der NS-Justiz aufzuheben. Die Initiative wird von allen im Parlament vertretenen Parteien – mit Ausnahme der FPÖ – unterstützt. Sechs Jahre später, im Mai 2005, beschließt die österreichische Bundesregierung das "Anerkennungsgesetz 2005".³⁷⁶ Aber auch dieses Gesetz bringt keine abschließende Rehabilitierung der Deserteure. Nach wie vor fehlt, wie auch die derzeitige Diskussion um ein Denkmal für Wehrmachtsdeserteure am Wiener Heldenplatz im Jahr 2012 – fast 70 Jahre nach Kriegsende – zeigt, die gesellschaftliche Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure.

"Fahnenflucht" wird auch heute noch - spricht man mit Zeitzeugen im Raum Pinzgau - "als unehrenhaft" angesehen. Gespräche über diesen Teil der heimischen Geschichte werden vertraulich geführt. Zeitzeugen wollen nicht namentlich genannt werden. "Fahnenflucht" gilt noch Jahrzehnte später bei vielen Angehörigen als "Schande". Männer, so der unterschwellige Vorwurf, "sollen ihre Familie nicht im Stich lassen". Mit "Widerstand" will niemand in Verbindung gebracht werden. "Großvater hat geglaubt, der Krieg ist zu Ende, darum ist er nicht mehr an die Front", so die Erklärung der Kinder und Enkelkinder. Die Konsequenzen während des NS-Regimes sind für Deserteure und ihre Familien dramatisch. Familienangehörige werden wegen Sippenhaftung festgenommen, wandern ins Zuchthaus oder in ein Konzentrationslager. Wer es überlebt, ist nach dem Krieg dem sozialen Druck von Nachbarn und Bekannten ausgesetzt. Viele halten diesem Druck nicht stand und gehen ins Ausland. So etwa Ferdinand Knapp aus Bramberg, er wandert mit

³⁷⁴ FPÖ-Obmann Heinz Christian Strache, Falter 12/2007 vom 23. März 2005

³⁷⁵ vgl. Hannes Metzler: Ehrlos für immer? Die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in Deutschland und Österreich, Mandelbaum-Verlag, Wien 2007

³⁷⁶ vgl. Thomas Geldmacher: "Täter oder Opfer, Widerstandskämpfer oder Feiglinge? Österreichs Wehrmachtsdeserteure und die Zweite Republik"; In: Jahrbuch 2009, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär, Redaktion: Christine Schindler, LIT Verlag, Wien 2009, S 37-60, hier S 53 und 57

seinem Bruder nach Kanada aus. Seine Mutter stirbt im KZ Ravensbrück. Sie wird festgenommen, weil ihr Sohn Ferdinand "Fahnenflucht" beging.

Wie schwierig die Situation für "Fahnenflüchtige" und ihre Familien auch nach dem Krieg ist, zeigt das Beispiel von Walpurga Knapp aus Bramberg. Ihr Mann, aktiver Sozialist, desertiert 1943. Frau Knapp wird, wie zahlreiche andere Familienmitglieder von Deserteuren, in das Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert. Nach dem Krieg, im September 1952 stellt sie einen Antrag, nach dem Opferfürsorgegesetz anerkannt zu werden. Der Antrag wird abgelehnt, weil Hilfe aus verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen Gründen grundsätzlich nicht anerkannt wird. Im Akt der Landesregierung Salzburg an den Bundesminister für soziale Verwaltung aus dem Jahr 1958 findet sich die Begründung:

"...Das Amt der Salzburger Landesregierung hat mit Bescheid vom 29.10.1952 Zl. 8258/VII/1952 den Antrag auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung abgewiesen und ausgesprochen, daß die familiäre Unterstützung eines Fahnenflüchtigen keinen Einsatz für die Wiedererrichtung eines freien und demokratischen Österreichs darstellt..."³⁷⁷

13 Jahre nach Kriegsende – Frau Knapp hat einen neuerlichen Antrag gestellt – ersucht die Salzburger Landesregierung das Sozialministerium um eine Weisung, wie sie mit dem Antrag nach dem Opferfürsorgegesetz umgehen soll. Über den Ausgang dieses Verfahrens ist nichts bekannt.

Die Topographie des Pinzgaus bietet günstige Voraussetzungen für Fahnenflucht. In den zahlreichen Tälern können sich Soldaten, die nicht mehr an die Front zurückkehren möchten, verstecken. Im Gebiet um den Pinzgau halten sich in den letzten Kriegsjahren dutzende Soldaten auf, die genug vom Krieg haben. Sie leben versteckt bei Verwandten, auf Almen oder in Berghöhlen.

Bis 1943, so Heimo Halbrainer in seiner Arbeit über die Steiermark, hält sich die Zahl der Deserteure, im NS-Jargon "Drückeberger" genannt, in Grenzen. Die Niederlage der

³⁷⁷ Schreiben der Salzburger Landesregierung an BM für soziale Verwaltung, DÖW 18.277

Wehrmacht in Stalingrad, die Landung der Alliierten sowie der Sturz Mussolinis in Italien führen zu einem starken Anstieg der Desertionsfälle. Halbrainer über die Situation in der Steiermark: "Im Jahr 1943 allerdings verdreifachten sich die Fälle der Desertion, um 1944 sich gegenüber 1943 noch einmal zu verdreifachen."³⁷⁸ Die "Volksgenossen" werden angehalten, kein Mitleid mit den "Drückebergern" zu haben und diese unverzüglich zu denunzieren. Offenbar mit Erfolg. Der Großteil jener Soldaten, die von Militärgerichten verurteilt werden (27,3 Prozent, fast ein Drittel), wird wegen Desertion verurteilt. Vergleichsweise wegen "wehrkraftzersetzender Äußerungen", der zweitgrößten Gruppe, werden 22,2 Prozent von den Militärgerichten verurteilt.³⁷⁹

8.11.1 Der "Juli 1944" in Goldegg

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juli 1944 kommt es im Gebiet rund um den Hochkönig zu einer der größten Razzien gegen Fahnenflüchtige in den Bezirken Pinzgau und Pongau. Das NS-Regime, so Ernst Hanisch, begeht in diesen Tagen "sein wahrscheinlich größtes Verbrechen auf Salzburger Boden".³⁸⁰ Die Salzburger Robert Stadler und Michael Mooslechner haben die Vorfälle in den Julitagen in ihrem Buch "St. Johann/PG 1938-1945" ausführlich dokumentiert. Rund 70 Mann der Waffen-SS durchkämmen die Wälder rund um den Hochkönig. Koordiniert wird diese Aktion vom Gendarmerieposten Lend unter dem leitenden Gestapobeamten Dr. Hubert Hueber. Der Auftrag für diesen Großeinsatz kommt vom Leiter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), SS-Obergruppenführer Dr. Ernst Kaltenbrunner. Gesucht werden Deserteure im Raum Goldegg. Im Wesentlichen geht es bei der Suche um eine Gruppe von "Partisanen" aus Goldegg. Karl Ruppitsch, August Egger, Richard Pfeiffenberger, Peter Ottino, Georg Köstner und Franz Unterkirchner halten sich in den Tälern versteckt. Die SS-Männer überprüfen die Gegend, durchsuchen die Bauernhäuser, zünden Scheunen an, bedrohen und misshandeln jede verdächtige Person. Bei dieser Aktion werden insgesamt fünf Personen, darunter die zwei Bauernsöhne, Alois und Simon Hochleitner, erschossen.³⁸¹ Der Deserteur Peter Ottino, er hat sich in einem Keller versteckt, erkennt die

³⁷⁸ Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", CLIO Graz 2007. S 108

³⁷⁹ vgl. Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", CLIO Graz 2007. S 108

³⁸⁰ Robert Stadler; Michael Mooslechner: St. Johann/PG 1938-1945, Eigenverlag, Salzburg 1986, Vorwort

³⁸¹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 542 und DÖW 50300

Aussichtslosigkeit seiner Lage. Er versucht zu flüchten und erschießt dabei zwei SS-Männer, bevor er selbst erschossen wird. Rund 50 Personen, die meisten von ihnen Frauen, werden im Zuge dieser Aktion verhaftet. 25 von ihnen werden wieder freigelassen, die anderen werden in unterschiedliche Konzentrationslager gebracht oder verbringen den Rest des Krieges im Zuchthaus. Einige der Opfer von Goldegg, Karl Ruppitsch, Alois Buder, August Egger, Kaspar Wint (auch Wind) werden am 28. Oktober 1944 im Konzentrationslager Mauthausen ermordet.³⁸²

Nach dieser Aktion veranstaltet die NSDAP in Goldegg eine Kundgebung. Die Salzburger Gestapobeamten Josef Erdmann und Georg König, beiden werden von zahlreichen Opfern bei Vernehmungen schwere Misshandlungen und Folter vorgeworfen, kündigen in einer Ansprache an, dass die gesamte Bevölkerung des Gebietes Goldegg in die Ukraine ausgesiedelt wird. Ein Lehrer aus Lend, der Bürgermeister und der geistliche Kooperator aus Goldegg können diesen Plan jedoch hinauszögern, bis er schließlich aufgegeben wird.³⁸³

Beim Transport der Goldegger Frauen in das Konzentrationslager kommt es in Salzburg zu einem Zusammentreffen, das später in einem Buch festgehalten wird: Die wohl bekannteste Architektin Österreichs, Margarete Schütte-Lihotzky, ist aktive kommunistische Widerstandskämpferin und wird im Jänner 1941 in Wien von der Gestapo verhaftet. Sie wird bis Kriegsende 1945 in verschiedenen NS-Gefängnissen festgehalten. Die damals 47jährige Schütte-Lihotzky beschreibt die Begegnung mit den Goldegger Frauen im Salzburger Polizeigefangenenhaus:

"...Mitten in der Nacht kam ich in einen überfüllten Raum im Salzburger Polizeigefangenenhaus. Jemand fasste mich an der Hand und führte mich zu einer Art Podium, wo einige Frauen auseinanderrückten, um mir Platz zu machen. Die Insassinnen waren noch keine zwölf Stunden in Haft. Alle waren Bäuerinnen oder Sennerinnen und stammten aus dem Dorf Weng bei Goldegg im Salzburgischen. Ausgenommen eine Frau aus Essen, die mit ihren beiden Kindern nach Goldegg evakuiert worden war. Die

³⁸² DÖW 17993 und Robert Stadler; Michael Mooslechner: St. Johann/PG 1938-1945, Eigenverlag, Salzburg 1986, S 140

³⁸³ vgl. Robert Stadler; Michael Mooslechner: St. Johann/PG 1938-1945, Eigenverlag, Salzburg 1986, S 125ff

Jüngste, die mich an meinen Platz gebracht hatte, war erst neunzehn Jahre alt. Die Älteste, eine weißhaarige Frau über siebzig, mit einem großen Kreuz auf der Brust, saß still in einer Ecke. Die anderen nannten sie Kösserbäurin. Ihr Sohn war im Frühsommer 1943 von der Ostfront auf Urlaub nach Hause gekommen. Er verabscheute den Krieg und wollte nicht mehr für die Nazis kämpfen. Stalingrad war längst befreit, die Niederlage Deutschlands unvermeidlich, und der Soldat hielt es für Mord, noch weiter auf Menschen zu schießen. Er blieb im Dorf ein Jahr lang versteckt. Niemand verriet ihn, das ganze Dorf hielt zusammen. Dann gingen noch vier andere Urlauber nicht zurück an die Front. Die Dorfbewohner sorgten für ihre Nahrung und Kleidung, bis die Behörde schließlich Wind von der Sache bekamen. SS-Einheiten riegelten das Gebiet um Goldegg ab, umstellten das Dorf und durchsuchten jeden Bauernhof, jede Sennhütte. Es kam zu einer Schießerei, die SS erschoss einen Versteckten. Was mit den anderen vier geschah, wußten die Frauen nicht. Sie und alle Männer aus Weng wurden verhaftet, die Kinder der NS-Frauenschaft übergeben. Alle diese Frauen haßten den Krieg, keine einzige weinte oder jammerte, alle standen für ihre Überzeugung voll und ganz ein. Wer wußte damals in Österreich und wer weiß heute, daß sich in den Salzburger Bergen ein ganzes Dorf gegen den Krieg erhob und dafür das Leben einsetzte?"³⁸⁴

8.11.2 Großrazzia in Bramberg 1944

Auch in der Oberpinzgauer Gemeinde Bramberg kommt es im letzten Kriegsjahr zu zwei Razzien gegen Deserteure und deren Familien. In der Gegend um Bramberg halten sich zahlreiche Deserteure versteckt. Zusammengefasst lautet die Anklageschrift des Oberstaatsanwaltschaft gegen Josef Voithofer "wegen Unterstützung eines Fahnenflüchtigen" vom 24. Oktober 1944: Die Bramberger Josef Voithofer, Melker; Johann Voithofer, Landarbeiter; Monika Voithofer, landwirtschaftliche Arbeiterin, und Katharina Schneider werden angeklagt, den Deserteur Johann Schneider im Sommer 1944 unterstützt zu haben. Josef Voithofer (Schwager von Johann Schneider) habe Schneider auf

³⁸⁴ Margarete Schütte-Lihotzky: "Erinnerungen aus dem Widerstand: Das kämpferische Leben einer Architektin von 1938 – 1945". Hg: Irene Nierhaus, Promedia Verlag, Wien, 1994, S 158 ff

der Achselalm in Hollersbach Unterkunft gewährt. Monika Voithofer habe ihn, so der Vorwurf, mit Essen versorgt. Katharina Schneider besucht ihn mehrmals auf der Alm und versorgt ihn mit Zivilkleidung. Am 30. Juli 1944 erscheinen Gestapobeamte und ein Gendarm auf der Achselalm. Johann Schneider wird - nach schweren Misshandlungen durch den Gestapomann Josef Erdmann³⁸⁵ - festgenommen. Alle Betroffenen werden zu Zuchthausstrafen verurteilt.³⁸⁶

Nach dem Krieg werden die Vorgänge in der Region in einem Gendarmeriebericht neuerlich dokumentiert. Die Gendarmerie Bramberg meldet an das Landesgendarmeriekommando Salzburg "über Aktionen der Gestapo im Gemeindegebiet" vom 6. März 1947: In Bramberg halten sich in den Kriegsjahren 1944/45 rund sieben Bramberger als Fahnenflüchtige auf. Da sie von Einheimischen verraten werden, recherchieren mehrere Gestapobeamte im Juli 1944 in Mühlbach, um näheres über den Aufenthaltsort zu erfahren. Am 29. und 30. Juli 1944 kommt es zur ersten Großrazzia in Bramberg. Rund 40 Angehörige der Gestapo, SS und Gendarmerie nehmen bei dieser Aktion teil, in deren Zuge Johann Schneider festgenommen wird. Schneider wird zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und gilt seither als vermisst. Am 11. Oktober 1944 kommt es zu einer weiteren Razzia im Gebiet um Bramberg. Im Zuge der neuerlichen Aktion wird Alois Brugger vom Gestapobeamten Erdmann erschossen. Wegen "Deserteursbegünstigung" werden die Angehörigen der Deserteure festgenommen und vor das Sondergericht gestellt:

Katharina Sachetti (geb. 1913), Wenss 18	Urteil: 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus, Strafanstalt Jauer
Cäcilia Meilinger (geb. 1913, Mädchenname Bernhard), Habach 11	Urteil: KZ Ravensbrück - Haft bis 27.4.1945
Karoline Exenberger (geb. 1914), Habach 4	Urteil: 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus, Strafanstalt Jauer
Sophie Prosegger (geb. 1905), Weyer 1	Urteil: KZ Ravensbrück Haft bis 27.4.1945
Walburga Knapp (geb. 1906), Bramberg 80	Urteil: KZ Ravensbrück Haft bis 27.4.1945
Katharina Schneider (Frau von Johann)	Urteil: 1 Jahr Zuchthaus Salzburg

³⁸⁵ Der Gestapoangehörige Josef Erdmann wird nach 1945 in einem Prozess von mehreren Opfern der Folter und Misshandlung beschuldigt. In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 537 ff und DÖW E 21.089

³⁸⁶ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 549 ff/625 und DÖW 18.640/ E 21.089/ 18.733/ 18.772

Schneider, geb. 1920), Leiten 13	
Johann Voithofer (geb. 1906), Leiten 13	Urteil: 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus Bernau
Monika Voithofer (geb.1898), Leiten 13	Urteil: 1 Jahr Zuchthaus Laufen
Josef Voithofer (geb. 1912), Leiten 13	Urteil: 3 Jahre Zuchthaus Garsten
Anna Meilinger (geb. 1917)	im KZ Ravensbrück verstorben

Quelle: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 550 ff und DÖW E 21089

Über das Schicksal von Berta Rainer (geb. 1899), Wenns 35, gibt es unterschiedliche Angaben. Laut Meldung der Gendarmerie in Bramberg wird sie freigesprochen, Zeitzeugin Maria Heinzer behauptet³⁸⁷, Rainer wird in das Konzentrationslager eingeliefert und kehrt erst nach dem Krieg wieder nach Bramberg zurück.³⁸⁸

Auch in Hollersbach ist die Gestapo in diesen Tagen aktiv. Ernst Dankl, der den Deserteur Friedrich Leo unterstützt, wird verhaftet. Aus dem Bericht der Gendarmerie Bramberg an die BH-Zell am See vom 16. Mai 1953:

"Mit dem Berichte vorgelegt, daß die befragte Zeugin Kath. Bacher, geb. 15.4.1879, wh. in Mühlbach im Pinzgau, Dorf Paßthurn Nr. 9, bestätigte, daß ihr Neffe Friedrich Leo als Fahnenflüchtiger von Ernst Dankl Unterschlupf gewährt bekommen habe."³⁸⁹

Ernst Dankl aus Jochberg (Gemeinde Hollersbach) wird laut Unterlagen der Opferfürsorge am 1. November 1944 vom Landesgericht Salzburg zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Dankl ist vom 11. Oktober 1944 bis 22. Mai 1945 in Haft.³⁹⁰ Friedrich Leo, vulgo Schölm Friedl, so der Bramberger Chronist Hans Hönigschmid, entzieht sich der Verhaftung, indem er sich als Frau verkleidet. Hönigschmid: "Als die Gestapo auch auf der Alm auftaucht, wo er sein Versteck hatte, bewahrte er die Ruhe. Er bot den gefährlichen Besuchern Brot, Butter und Käse an und spielte ihnen so beeindruckend die Lappin³⁹¹, dass sie keinen Verdacht schöpften und wieder abzogen."³⁹²

³⁸⁷ Zeitzeugin "Maria Heinzer" (Name geändert) im Gespräch am 27.12.2006

³⁸⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 550 ff und DÖW E 21089

³⁸⁹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 418 und DÖW 17.960

³⁹⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 418/617 und DÖW 17.960

³⁹¹ "Lappin" ist im Pinzgauer die Bezeichnung für "Verrückte"

³⁹² Hans Hönigschmid, "Bramberg am Wildkogel", Chronik Bramberg, Bd. I, S 112

Eine verwandte Zeitzeugin eines der Deserteure, berichtet über die Zeit ihrer Kindheit.

Zusammenfassung des Berichtes einer Zeitzeugin:

Die Soldaten der Wehrmacht wissen längst, dass der Krieg verloren ist. Friedrich Brugger aus Bramberg hat genug. Nach einem Heimaturlaub im April 1944 will er nicht wieder an die Front. Er steigt in Taxenbach aus dem Bus und schlägt sich zu Fuß nach Bramberg zurück. Dort versteckt er sich im Keller seines Hauses. Nur seine Frau weiß davon, die drei Kinder haben keine Ahnung vom Gast im Keller ihres Hauses. Wochenlang wird Brugger nicht entdeckt. Bis die Gestapo an die Tür klopft. Brugger flüchtet, Frau und Kinder werden am Dorfplatz von der Gestapo verhört. Einzeln werden die Mitglieder der Familie im roten Auto der Gestapo einvernommen. Das Ziel ist klar, der Widerstand der Familie soll gebrochen werden. Den Aufenthaltsort von Friedrich Brugger erfährt die Gestapo auch bei einem weiteren Verhör im Oktober 1944 nicht. Brugger lebt bis Kriegsende im Keller der Wohnung, teilweise in mit Heizöl getränkten Tüchern verhüllt, um von den Hunden der Gestapo nicht gefunden zu werden. Die Zahl der Deserteure nimmt in diesen Tagen 1944 zu. Die Ehefrau von Fritz Brugger, Katharina Brugger, hat Glück. Sie wird nicht, wie viele Familienangehörige von "Fahnenflüchtigen" wegen "Begünstigung" ins Konzentrationslager eingeliefert oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Sie hat für diese Situation vorgesorgt: Noch Monate nach der Fahnenflucht, als Brugger längst im häuslichen Keller verborgen ist, schickt sie ihrem Ehemann, im Wissen, dass diese Briefe abgefangen werden, regelmäßig Briefe und Zigaretten an die Front. Die Gestapo muss davon ausgehen, dass sie nichts über den Aufenthaltsort ihres Mannes weiß. Katharina Brugger wird nach kurzer Haft in Salzburg nach Hause entlassen.³⁹³

8.12 Hören des "Feindsenders"

Als Propagandaminister Joseph Goebbels 1933 den Volksempfänger "VE 301" (301 bedeutet "zur Erinnerung an die Volkserhebung am 30. Jänner 1933"³⁹⁴, der Machtübernahme der Nationalsozialisten) vorstellt, gilt dies als propagandistische Meisterleistung. Jeder deutsche Haushalt soll mit diesem erschwinglichen Röhrenradio ausgestattet werden. Ein Gerät ist für 76 Reichsmark erhältlich. Die Reden der Nationalsozialisten werden damit erstmals live in die Wohnungen übertragen. 1941 sind

³⁹³ Zusammenfassung des Berichts der Zeitzeugin "Maria Heinzer" (Name auf eigenen Wunsch geändert) im Gespräch am 27.12.2006. Tonbandmitschnitt beim Verf.

³⁹⁴ vgl. Joseph Wulf: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Rowohlt Verlag, 1966 S 345

rund zwei Drittel der deutschen Haushalte mit diesem Radio ausgestattet. Natürlich ist geplant, ausschließlich der Zensur unterstehende (deutsche) Sendungen zu hören. Was allerdings nicht bedacht wird ist, dass mit ein wenig technischem Wissen auch ausländische Sender, so genannte "Feindsender" (z.B. BBC, Radio Moskau etc.) empfangen werden können. Der Volksempfänger wird für viele Menschen im "Deutschen Reich" zum wichtigsten Draht zur Außenwelt.³⁹⁵

Das Radiohören wird von den Nationalsozialisten von Beginn an als "staatspolitische Pflicht"³⁹⁶ angesehen. Schulen, Betrieben und Parteiorganisationen wird befohlen, wichtige politische Reden der NS-Führung im Kollektiv anzuhören. Der "Volksempfänger" steigert die Zuhörerschaft jedes Jahr um Millionen. Hören 1933 gerade 4 Millionen Menschen zu, sitzen 1941 bereits 16 Millionen HörerInnen vor dem Radiogerät³⁹⁷. Die NS-Führung weiß dieses Medium zu bedienen. Für Adolf Hitler und Joseph Goebbels ist das billige Radiogerät "das allermodernste und allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument, das es überhaupt gibt".³⁹⁸ In einem Telegramm des deutschen Reichssendeleiters Eugen Hadomovsky an Adolf Hitler vom 23. März 1935 verrät der oberste Sendeleiter die Philosophie des Senders: "Unsere Mission hieß in diesen zwei Jahren: Ihr Wort, mein Führer, allen Ohren in Deutschland zu predigen."³⁹⁹

Bereits kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 in Deutschland wird der Rundfunk als zentrales Propagandainstrument eingesetzt. Schon bald ist klar, dass die Radiogeräte technisch nicht präpariert oder versiegelt werden können um nur zensierte, deutsche Sender zu empfangen. Das Hören ausländischer Sender ist nicht zu verhindern. Die Geheime Staatspolizei ordnet am 4. September 1933 in einem Erlass an, "gegen die Personen mit aller Schärfe vorzugehen, die in gemeinschaftlichen Zusammenkünften den Moskauer Sender abhören", und "die an derartigen Zusammenkünften festgestellten Teilnehmer in Schutzhaft zu nehmen und unverzüglich einem Konzentrationslager zu

³⁹⁵ vgl. Deutsches Radioarchiv, Geschichte des Volksempfängers (Heruntergeladen 12/2007), <http://www.dra.de/rundfunkgeschichte/75jahreradio/nszeit/total/inhalt.html>

³⁹⁶ Hans-Ulrich Wehler; "Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949"; Verlag Beck, München 2003 S 839

³⁹⁷ vgl. Michael P. Hensle, Rundfunkverbrechen: Das Hören von "Feindsendern" im Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003 S 146

³⁹⁸ Hans-Ulrich Wehler; "Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949"; Verlag Beck, München 2003 S 839 ff

³⁹⁹ Mitteilungen der Reichsrundfunk-Gesellschaft vom 23.3.1935 In: Joseph Wulf: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Rowohlt Verlag, 1966 S 327

überweisen".⁴⁰⁰ Der Erlass wird 1938 aufgehoben. Die Justiz geht dazu über, das Abhören von kommunistischen Sendern als Straftat zu verfolgen und zu bestrafen.

Am 7. September 1939 wird die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" erlassen. Das NS-System weiß, dass "ein moderner Krieg" nicht mehr nur mit militärischen Waffen gewonnen wird. Auch der Rundfunk wird als Mittel zum Kampf erkannt. "Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen", heißt es in den vom Vorsitzenden des Ministerrates für die Reichsverteidigung, Hermann Göring, unterzeichneten erläuternden Bemerkungen der "Rundfunkverordnung":

"Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen

Im modernen Krieg kämpft der Gegner nicht nur mit militärischen Waffen, sondern auch mit Mitteln, die das Volk seelisch beeinflussen und zermürben lassen. Eines dieser Mittel ist der Rundfunk. Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen. Die Reichsregierung weiß, daß das deutsche Volk diese Gefahr kennt, und erwartet daher, daß jeder Deutsche aus Verantwortungsbewußtsein heraus es zur Anstandspflicht erhebt, grundsätzlich das Abhören ausländischer Sender zu unterlassen. Für diejenigen Volksgenossen, denen dieses Verantwortungsbewußtsein fehlt, hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung die nachfolgende Verordnung erlassen.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet für das Gebiet des Großdeutschen Reichs mit Gesetzeskraft:

§ 1

Das absichtliche Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen."

§ 2

⁴⁰⁰ Runderlass vom 4.9.1933 und vom 6.4.1938, Bundesarchiv R 58/268, Bl. 197, zitiert in: Michael P. Hensle, Rundfunkverbrechen: Das Hören von "Feindsendern" im Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003 S 18 ff

Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonderes schweren Fällen mit dem Tode bestraft. (...) "⁴⁰¹

Diese Maßnahme stellt das Hören von ausländischen Radiosendern unter Strafe. Die Urteile werden zur Abschreckung öffentlich bekanntgemacht. Daneben wird in den Jahren 1941/42 eine Warnzettellaktion durchgeführt. Die Radiogeräte werden mit einer Plakette mit folgender Aufschrift versehen:

"Das Abhören ausländischer Sender ist ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes. Es wird auf Befehl des Führers mit schweren Zuchthausstrafen geahndet. Denke daran." "⁴⁰²

Juden und Jüdinnen ist der Besitz eines Radiogerätes ab 1939 grundsätzlich verboten. Ein Erlass des Reichssicherheitsamtes vom 19. Oktober 1939 verfügt: "Die beschlagnahmten Rundfunkgeräte der Juden werden zugunsten des Reiches eingezogen; es wird keine Entschädigung für sie geleistet." "⁴⁰³ Diese Massnahme zeigt, wie Juden und Jüdinnen systematisch aus den allgemein gültigen Rechtsverhältnisse ausgeschlossen und Sonderrechten unterstellt werden. "NichtarierInnen" werden damit von der NS-Rundfunkpropaganda ausgeschlossen. "⁴⁰⁴

Das Abhören von "Feindsendern" wird für die HörerInnen immer problematischer. Bis 1943 müssen HörerInnen mit hohen Haftstrafen rechnen. Stellvertretend für den Pinzgau sei hier das Beispiel des 27jährigen Lohnverrechners Eduard Goldmann aus Kaprun angeführt. Er wird am 3. September 1941 wegen "Rundfunkverbrechens" vom Landesgericht Salzburg zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt und anschließend, im Jahr 1944, in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, wo er bis

⁴⁰¹ Reichsgesetzblatt, Nr. 169, 7. September 1939, S 1683; ÖNB, Alex

⁴⁰² Bundesarchiv NS 18/35, Bl 79, zitiert In: Michael P. Hensle, Rundfunkverbrechen: Das Hören von "Feindsendern" im Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003 S 140

⁴⁰³ Erlass Reichssicherheitsamt vom 19.10.1939; zitiert In: Michael P. Hensle, Rundfunkverbrechen: Das Hören von "Feindsendern" im Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003 S 308

⁴⁰⁴ vgl. Michael P. Hensle, Rundfunkverbrechen: Das Hören von "Feindsendern" im Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003 S 307 ff

zur Befreiung inhaftiert wird.⁴⁰⁵ Ab 1943 wird für das Delikt "Rundfunkverbrechen" auch die Todesstrafe verhängt.⁴⁰⁶ Nachbarn und die eigenen Familienmitglieder sind oft die gefährlichsten Mitwisser. Zahlreiche Verhaftungen wegen "Abhörens des Feindsenders" gehen auf Hinweise aus der eigenen Familie zurück. Das Beispiel der Zeitzeugin Herta Huber⁴⁰⁷ zeigt, wie verwirrend die Zustände in den Familien sind: *"Mein Bruder war technisch sehr begabt, er und der Bäcker haben sehr oft am Radiogerät herumgebastelt. Beide waren gute Bastler und sehr an der Technik interessiert. Wir durften davon natürlich nichts wissen. Vor allem die Frau des Bäckers hat davon nichts merken dürfen. Sie, eine überzeugte Parteigängerin, hätte ihren Mann sicher angezeigt, wenn sie etwas gemerkt hätte."*⁴⁰⁸

Haimo Halbrainer dokumentiert in seiner Arbeit über Denunziation in der Steiermark, dass Denunziation wegen "Rundfunkvergehens", vor allem im Bekanntenkreis begangen wird. Die zwei größten Gruppen in seiner Untersuchung bilden Nachbarn (18 Prozent) oder Arbeitskollegen (14 Prozent). Die größte Gruppe der Vernaderer bilden Bekannte (32 Prozent).⁴⁰⁹ Alle Maßnahmen der NS-Propagandisten sind letztlich allerdings zum scheitern verurteilt. Das NS-Regime muss, so Michael P. Hensle, in den letzten beiden Kriegsjahren die eigenen Rundfunkprogramme immer weiter einschränken, während die Alliierten ihre Sendungen beständig ausweiten. Stellvertretend dafür ein Brief Heinrich Himmlers, Reichsführer-SS, an Propagandaminister Joseph Goebbels vom August 1943:

"Lieber Doktor!

Mit diesem Brief möchte ich Sie doch auf folgende Tatsache aufmerksam machen:

Ich habe die Gewohnheit, wenn ich nachts von der Wolfschanze zu meinem Quartier fahre, die Musik des Deutschlandssenders zu hören. Ich stelle dabei in den letzten Wochen fest, dass immer nach 2 Uhr ganz in der Nähe des Deutschlandsenders ein z.B. hier in Ostpreußen viel deutlich wahrnehmbarer

⁴⁰⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2. S 472

⁴⁰⁶ vgl. dazu auch Irene Stüiber: Hingerichtet in München-Stadtheim. Landeshauptstadt München Kulturreferat, Books on Demand GmbH, München 2004 S 97 und S 78

⁴⁰⁷ Name auf eigenem Wunsch geändert (Tonbandmitschnitt beim Verf.)

⁴⁰⁸ Zeitzeugin Herta Huber (Name auf eigenen Wunsch geändert) im Gespräch am 2.4.2007 (Tonbandmitschnitt beim Verf.)

⁴⁰⁹ Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", CLIO Graz 2007. S 112 ff

feindlicher Sender zu hören ist, der in deutscher Sprache Feindnachrichten bringt. In der Vergangenheit war insgesamt die mangelnde Stärke des Deutschlandsenders, der nicht einmal das ganze Reichsgebiet kräftig überdeckte, schon betrüblich. Nunmehr jedoch, nachdem der Gegner in derartiger Lautstärke ganz in der Nähe des Deutschlandsenders arbeitet, werden selbst Leute, die den besten Willen haben, keine ausländischen Sender zu hören, dazu kommen, ohne dass sie es wollen."⁴¹⁰

8.12.1 Das Fallbeispiel Colonia, Schlick und Wilhemsberger

Josef Colonia aus Zell am See kauft sich 1937 ein Rundfunkgerät. Er ahnt nicht, dass dieses Gerät ihn zwei Jahre später ins Zuchthaus bringen wird. Im September 1938 kommen seine Freunde Karl Schlick und Friedrich Wilhelmstätter mehrmals in die Wohnung Colonias, um, wie es die Nationalsozialisten formulieren, "Feindsender" zu hören. Die Angeklagten Karl Schlick, Friedrich Wilhelmstätter und Josef Colonia werden mit Urteil des Oberlandesgerichtes Wien vom 5. Mai 1939 wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Schlick wird zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt; Wilhelmstätter erhält ein Jahr, Colonia wird zu neun Monaten verurteilt. Penibel werden die Vergehen der drei dokumentiert. Im Sommer 1938 grüßt Schlick Arbeitskollegen mit erhobener Faust; im August 1938 äußert sich Schlick gegen die "braunen Horden". Im September 1938 äußert sich Schlick im Gasthaus Seehäusl in Zell am See, dass er "nur für Stalin lebe und sterbe". Karl Schlick wird vom 20. Oktober 1938 bis 4. Mai 1940 inhaftiert, am 1. Dezember 1942 zur Strafeinheit 999 eingezogen und Anfang November 1943 wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt; nach Aufhebung des Urteils bleibt er bis März 1944 inhaftiert und wird im Mai 1944 abermals zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil wird schließlich in zwei Jahre Gefängnis mit "Frontbewährung" umgewandelt.⁴¹¹ Über das weitere Schicksal Colonias geht aus den vorhandenen Unterlagen nichts hervor.

⁴¹⁰ Himmler an Goebbels vom 11.8.1943; Bundesarchiv R 43II/638, Bl. 38, zitiert In: Michael P. Hensle, Rundfunkverbrechen: Das Hören von "Feindsendern" im Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003 S 148 ff

⁴¹¹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 424 ff/ S 618 und DÖW 6943

8.12.2 Der Fallbeispiel Schernthaner

Der Hilfsarbeiter Josef Schernthaner wird von der Generalstaatsanwaltschaft Wien am 7. Juli 1939 angeklagt, im August und September 1938 in Parsch (Salzburg) und im Oktober 1938 in Schüttdorf (Zell am See) ausländische Sender gehört zu haben. Die Anklageschrift führt an, wer bei diesen Treffen in der Wohnung anwesend ist und welche Sender empfangen werden ("Moskau, Barcelona, Madrid"). Auszug aus der Anklageschrift des Generalstaatsanwaltes:

"Am 15.10.1938 kaufte sich der Landwirt Simon Egger aus Schüttdorf in Zell am See einen Radioapparat. Auf dem Weg zum Radiohändler traf er den Angeschuldigten (...) Nach Kaufabschluss begaben sich die beiden mit dem Radioapparat in die Wohnung des Egger..."⁴¹²

Dort wird, so die Anklage, der "Deutsche Freiheitssender" gehört. Die Ermittler wissen auch hier, wer noch in der Wohnung anwesend war. Neben Schernthaner die Gattin von Simon Egger sowie der Hilfsarbeiter Rupert Kraitl. Josef Schernthaner wird am 2. Oktober 1939 zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.⁴¹³ Simon Egger wird von Oktober 1938 bis April 1939 und von September 1941 bis September 1942 wegen "Rundfunkvergehen und Heimtücke" inhaftiert.⁴¹⁴

8.12.3 "Rundfunkverbrechen" in den letzten Kriegsjahren

Im Jahr 1942 werden in Saalfelden zwei Personen wegen "Abhörens des ausländischen Rundfunks" zu je drei Jahren Kerker verurteilt.⁴¹⁵ In den letzten Jahren des Krieges werden zunehmend Nachrichten aus dem Ausland gehört. Die Menschen wollen wissen, was an der Front geschieht. Den Nachrichten von BBC wird offenbar mehr geglaubt als dem Volksempfänger des Reiches. Eine schriftliche Weisung vom 9. Februar 1943 an alle Gendarmeriedienststellen im Pinzgau soll dem Einhalt gebieten. Alle Dienststellen werden aufgefordert, besonderes Augenmerk darauf zu legen. Gendarmeriedienststellen sollen aber nicht selber einschreiten. Daten jener Personen, die im Verdacht stehen, "Feindsender" zu

⁴¹² Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 428 und DÖW 17995

⁴¹³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 427 ff/ S 619 und DÖW 6889

⁴¹⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 428 und DÖW 17995

⁴¹⁵ "Chronik Saalfelden", 1992, Bd. II, S 754

hören, sollen erhoben und direkt an die Gestapo weitergeleitet werden. Die Strafen werden verschärft. Nun wird auch die Todesstrafe, die im Reichsgesetzblatt über "außerordentliche Rundfunkmaßnahmen"⁴¹⁶ vorgesehen ist, verhängt. Auszug aus einem Schreiben des Landrates im Auftrag der Gestapo:

"Der Landrat des Landkreises Zell am See
An alle Gendarmerieposten im Kreis Zell am See
Betreff: Behandlung von Anzeigen wegen Abhörens ausländischer
Sender
Mit der längeren Dauer und zunehmender Härte des Krieges
wächst auch das Bestreben staatsfeindlicher Kreise, sich
durch Abhören ausländischer Sender Nachrichten zu
verschaffen, die die deutsche Presse und der deutschen
Nachrichtendienst nicht bringt. Die Folge davon ist, daß ihre
ganze seelische Haltung noch trostloser und damit
staatsfeindlicher wird... (...) In Zukunft ist bei Verdacht des
Abhörens ausländischer Sender die Anzeige mit allen
Verdachtsmomenten unbedingt auf schnellstem Weg der Geheimen
Staatspolizei (...) zuzuleiten, ohne selbst in den Gang der
Ermittlungen einzutreten..."⁴¹⁷

Der Gendarm vor Ort darf die Ermittlungen nicht mehr selber durchführen. Ihm wird offenbar Befangenheit unterstellt. Jetzt übernimmt die übergeordnete Geheime Staatspolizei die Ermittlung und Ausforschung von "Rundfunkverbrechen". Nun wird mit der vollen Härte der NS-Gesetze gegen KritikerInnen vorgegangen. Stellvertretend sei hier das Beispiel des polnischen Fremdarbeiters Henrik Pecak angeführt. Der 25-jährige Pole wird am 15. Februar 1943 wegen "Rundfunkverbrechens" vom Sondergericht in Nürnberg zum Tode verurteilt und am 23. März 1943 hingerichtet.⁴¹⁸

Die Entwicklung der Verhängung der Todesstrafe zeigt, dass mit Fortdauer des Krieges die Zahl der Todesurteile enorm ansteigt. Das NS-Regime geht gnadenlos gegen politisch Andersdenkende, WiderstandsaktivistInnen oder KritikerInnen vor: Im Jahr 1941 werden

⁴¹⁶ Reichsgesetzblatt, Nr. 169, 7. September 1939, S 1683; ÖNB, Alex

⁴¹⁷ SLA, HB Akte, Karton 112; 451 - 1943

⁴¹⁸ vgl. Irene Stuißer: Hingerichtet in München-Stadttheim. Landeshauptstadt München Kulturreferat, Books on Demand GmbH, München 2004 S 97 und S 78

im "Großdeutschen Reich" insgesamt 1.292 Todesurteile von den Zivilgerichten verhängt, ein Jahr später, 1942, bereits 4.457 Todesstrafen. Der Höhepunkt wird 1943 mit 5.336 vollzogenen Todesstrafen erreicht. 1944, die Alliierten sind bereits in der Normandie gelandet, werden 4.264 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet.⁴¹⁹

8.13 Denunziation, Verrat und Spitzeltum

"Denunziation (Denunciatio), im allgemeinen Meldung, Angabe, Anzeige jeder Art; im Strafprozeß die ohne vorherige Aufforderung erfolgte Benachrichtigung der Behörde von dem Vorhaben oder von der Verübung eines Verbrechens. Die Denunziation ist eine öffentliche oder private, je nachdem, ob sie von einem verpflichtenden Beamten oder von einer Privatperson ausgeht, und zwar ist jedermann berechtigt, dem Gericht Anzeige von einem beabsichtigten oder begangenen Verbrechen zu machen, verpflichtet nur dann, wenn dies im Gesetz ausdrücklich bestimmt ist. Erscheint die Denunziation begründet, so wird daraufhin das Strafverfahren eingeleitet. Anonyme Denunziation verpflichtet zunächst nur solchen den Grund oder Ungrund der Anzeige aufklärenden Nachforschungen, welche die Ehre der beschuldigten Person ohne Nachteile sind. Im gewöhnlichen Leben verbindet man übrigens mit dem Wort Denunziation nicht selten den Begriff des Gehässigen und Heimtückischen, indem man dabei eine aus Beweggründen niederer Art erfolgte Denunziation im Auge hat."⁴²⁰

Die Definition aus dem Jahr 1894 zeigt, dass Denunziation keine Erfindung der Nationalsozialisten ist. In jedem totalitären System gibt es Denunziation, um die Gesellschaft zu kontrollieren. Bereits im Ende des 19. Jahrhunderts wird zwischen "privater" und "öffentlicher" Denunziation unterschieden. Interessant ist auch die Definition, wonach Denunziation allgemein "aus Beweggründen niederer Art erfolgt." Der NS-Staat, wo Denunziation eine wesentliche Rolle zur Überwachung, Einschüchterung

⁴¹⁹ vgl. Irene Stüiber: Hingerichtet in München-Stadtheim. Landeshauptstadt München Kulturreferat, Books on Demand GmbH, München 2004 S 12

⁴²⁰ Meyers Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagwerk des allgemeinen Wissens, Bd. 4, Leipzig, Wien 1894, S. 741. zitiert In: Ela Hornung: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2010 S 22

und Kontrolle der Bevölkerung spielt, steht man der Denunziation durchaus auch kritisch gegenüber. Das NS-System ist im Zwiespalt, einerseits braucht man DenunziantInnen zur sozialen Kontrolle, andererseits sieht man in anonymen Anzeigen durchaus ein "negatives, menschlich gemeines Verhalten"⁴²¹, gegen das einzelne NS-Funktionäre mit Härte vorgehen möchten. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland empfiehlt beispielsweise der Polizeipräsident in einem Schreiben vom 6. September 1933:

"...Gegen Denunzianten, die aus persönlichen Gründen ungerechtfertigte oder übertriebene Anzeigen gegen Volksgenossen erstatten, ist an Ort und Stelle in geeigneter Weise – durch eindringliche Warnung und in böswilligen Fällen durch Verbringung in ein Konzentrationslager – einzuschreiten."⁴²²

Für die Opfer von Denunziation hat die Anzeige (ob "privat" oder "öffentlich") unterschiedliche Folgen. Die Strafmöglichkeiten des NS-Systems sind vielfältig, von einfachen Verwarnungen, über zwangsweise "politische Schulungen" bis zu Gefängnisstrafen oder der Einlieferung in ein Konzentrationslager. Stellvertretend sei hier der Bericht einer Zeitzeugin aus Bramberg angeführt. Herta Huber⁴²³, Jahrgang 1928, erinnert sich: *"Meine Mutter hat mir immer gesagt, nicht viel zu reden. Aufzupassen. Niemandem zu trauen. Von der Arbeit immer direkt nach Hause zu gehen. Einmal hat sich das fürchterlich gerächt. Vor dem Kriegerdenkmal in Bramberg gibt es eine Versammlung der Parteitreuen. Ich bin vorbeigegangen, um rasch nach Hause zu kommen. Die Frau des 'Sattlers' – eine ganz überzeugte Nationalsozialistin – hat mich als 'politisch unzuverlässig' angezeigt. Danach musste ich drei Wochen zum 'Fahnenküssen' nach Strobl [bei Salzburg, Anm. RL]. Dort war militärischer Drill an der Tagesordnung. Den ganzen Tag mussten wir Mädchen turnen und wurden politisch geschult. In der Früh begann der Tag mit einem Appell und dem Küssen der Fahne. Ich hatte jeden Tag unglaubliches Heimweh."*⁴²⁴

⁴²¹ vgl. Ela Hornung: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2010 S 67

⁴²² Karol Sauerland: Dreißig Silberlinge. Denunziation – Gegenwart und Geschichte, Berlin 2000 S 16 ff. zitiert In: Ela Hornung: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2010 S 67

⁴²³ Name auf eigenen Wunsch geändert; Tonbandmitschnitt beim Verf.

⁴²⁴ Zeitzeugin "Herta Huber" (Name auf eigenen Wunsch geändert) im Gespräch am 2.4.2007; Tonbandprotokoll bei Verf.

Im salzburgischen Strobl am Wolfgangsee befindet sich ab 1942 eine Ausbildungsstätte des "Bund deutscher Mädchen" (BDM), die in der so genannten "Deutschvilla" untergebracht ist. Die Villa der jüdischen Familie Deutsch wird als jüdisches Vermögen "arisiert" und von den Nationalsozialisten als "Ausbildungsstätte" für Mädchen verwendet.⁴²⁵

Das NS-System installiert ein Spitzelsystem, um abweichendes Verhalten und Handeln zu melden. DenunziantInnen können entweder direkt bei der Polizei, Gendarmerie oder Gestapo Meldung erstatten oder den NSDAP-Apparat benutzen. Die Meldung wird von der Zelle bis zur Kreisleitung oder über eine Ortsgruppe an die Gestapo weitergegeben. SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Reinhard Heydrich, hat in einem Aufsatz über den "Volksmeldedienst" als erste Voraussetzung zu "einer wirksamen Bekämpfung des Verrats und der Zersetzung" ein einheitliches Vorgehen gefordert. Der Gestapo wird von Heydrich die zentrale Rolle bei der Sammlung der Informationen zugedacht.⁴²⁶ Die Möglichkeit, direkt bei NS-Stellen zu denunzieren, garantiert Anonymität. DenunziantInnen können sich hinter dem Apparat verstecken. Heimo Halbrainer, der seine Arbeit über Denunziation am Beispiel der Steiermark verfasst hat, kommt zum Ergebnis, dass die Mehrheit der "Volksgenossen" ihre Anzeige vorwiegend bei den örtlichen, lokalen NS-Stellen eingebracht hat (42 Prozent). Anzeigen direkt bei der Gestapo, der Gendarmerie oder anderen Ämtern werden wesentlich seltener erstattet.⁴²⁷ Diese Beispiele zeigen, dass die niederschwellige und anonyme Form der Denunziation durchaus erfolgreich ist.⁴²⁸

Die rechtlichen Grundlagen, gegen Denunzierte vorzugehen, liefern in Deutschland bereits 1933 die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung" und die "Verordnung der Reichsregierung über

⁴²⁵ vgl. Simon Reitstätter: In "Architekt gesucht", Ausstellungskatalog im Rahmen der Ausstellung in der Deutschvilla, (Hg.) "Verein Deutschvilla, Verein zur Förderung aktueller Kunst A-5350 Strobl am Wolfgangsee", Strobl 2004. S 38

⁴²⁶ Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", CLIO Graz 2007. S 69

⁴²⁷ vgl. Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", CLIO Graz 2007. S 69

⁴²⁸ vgl. Christoph Thonfeld: Sozialkontrolle und Eigensinn. Denunziation am Beispiel Thüringen 1933-1949, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2003

die Bildung von Sondergerichten".⁴²⁹ Mittels derartiger Sondergerichte kann gegen das Delikt der "Heimtücke" vorgegangen werden. Das Erzählen von regimekritischen Witzen sowie kritische Äußerungen gegen Partei oder Führer fallen beispielsweise unter dieses Delikt. In Österreich werden im November 1938 Sondergerichte bei den jeweiligen Oberlandesgerichten eingerichtet. Sie sind zuständig für Delikte wie "Heimtücke", sie gehen gegen "Volksschädlinge" vor und sie verurteilen Menschen wegen "Hoch- und Landesverrat". Im Verlauf der Kriegsjahre werden immer mehr Delikte von den Sondergerichten abgehandelt.⁴³⁰ Neben der Justiz ist der SS- und Polizeiapparat das wichtigste Instrument, um gegen KritikerInnen der Nationalsozialisten vorzugehen. Zahlreiche Menschen werden willkürlich, ohne je ein Verfahren zu erhalten, direkt von der Gestapo in ein Konzentrationslager eingeliefert.⁴³¹

Denunziation, Verrat und Spitzeltum sind im NS-System allgegenwärtig. "Meckerer", so werden KritikerInnen des Systems bezeichnet, werden unverzüglich gemeldet. Der Lagebericht des Landrates von Zell am See vom 30. Dezember 1939 dokumentiert die Stimmung in der Bevölkerung:

"Die Stimmung in der Bevölkerung ist verhältnismäßig gut. Es ist bezeichnend, daß Meckerer sofort gemeldet werden, insbesondere sind einzelne Heeresangehörige, die angebliche Mißstände an der Front oder in Lagern erzählten, sofort angezeigt worden. In Uttendorf ist ein Urlauber verhaftet worden, namens Johann Ottendorfer, der erzählte, daß sich die Ostmärker von den Franzosen fangen lassen und in Frankreich in die Österreichische Legion eintreten."⁴³²

Als besonders aktiver Ortgruppenleiter gilt offensichtlich Lois Öttl in Neukirchen am Großvenediger. Eines seiner Opfer ist Franz Hofer. Im politischen Bericht des NSDAP-Ortsgruppenleiters Lois Öttl aus Neukirchen betreffend "staatsfeindliche Äußerungen" von Franz Hofer (geb.1896) aus Sulzau vom 16. Februar 1940 ist nachzulesen:

⁴²⁹ Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", CLIO Graz 2007. S 52

⁴³⁰ vgl. Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", S 52 ff

⁴³¹ vgl. Heimo Halbrainer: "Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", S 69

⁴³² vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 364 ff und DÖW E 18.337

"Hofer ist ein Mensch, dem man im allgemeinen wenig ernst beimisst. Wenn er bei seiner Arbeit und auf dem Bauernhof ist, erscheint er vollkommen harmlos und politisch indifferent (...) Seine politische Weisheit lässt er ebenfalls im besoffenen Zustand leuchten und gipfelt darin, daß er über das jetzige Regime loszieht und es so herstellt, daß es nicht besser ist als früher und daß die persönliche Freiheit der Bauernschaft früher besser war als heute. (...) Strafbare Bemerkungen hat Hofer gemacht, als er auf Urlaub hier war, und ließ man ihn damals vor dem Einrücken ungestraft laufen in der Meinung, daß er ja beim Militär wieder besser sein wird. Wie mir von seinigen Kameraden erzählt wurde, soll er auch beim Militär immer seine gegnerischen Bemerkungen machen."

Die Grundlage dieses Berichtes des Ortsgruppenleiters liefert die Einvernahme eines Tischlers bei der Gendarmerie. Der Tischlergehilfe Franz Senk (geb. 1904) gibt bei der Gendarmerie am 12. Februar 1940 im Rahmen einer Zeugeneinvernehmung an, Hofer würde sich in den Gasthäusern abfällig über das NS-Regime äußern.⁴³³

Personen, die sich kritisch gegen das System äußern, werden ebenso angezeigt, wie ein Mann aus Wien, der in Mittersill verdächtige Pakete zur Post gebracht haben soll. "Strenges Verhör und sofortige Perlustrierung" werden vom Statthalter angeordnet. Perlustrierung und "strenges Verhör" bringen schließlich ein Glas Marmelade zu Tage:

Niederschrift der NS Kreisleitung Zell am See aufgenommen am 23.9.1941 mit Pgn Luzia Skanda

"Am 6. Sept.d.J. als mein Sohn zum Reichsarbeitsdienst einrückte traf ich Frau Kröll, Kaufmannsgattin aus Mittersill, und gesprächsweise erfuhr ich von Frau Kröll, deren Sohn ebenfalls zum RAD [Reichsarbeitsdienst Anm. R.L.] einrückte, daß in Mittersill bei einem Bauern 5 eingerückte Söhne gefallen sind und sie habe große Angst wenn ihr Bub

⁴³³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 578 ff und DÖW 16.042

nach Russland komme. Am selben Tage noch kam ich mit der Kreisfrauenschaftsleiterin ins Gespräch über diese Nachricht und da wurde sie mißtraurig [sic!] und fragte fernmündlich in Mittersill an und erfuhr, daß nur in Hollersbach bei einem Bauern 2 Söhne gefallen sind. Über Auftrag der Kreisfrauenschaftsleitung fuhr ich dann am Donnerstag, den 18.d.M. nach Mittersill. (...) "

Frau Kröll und ihre Tochter werden zur Rede gestellt und belehrt. Bei dieser "Belehrung" kommt ein "älterer, größerer, starker Mann" ins Geschäft und mischt sich in das Gespräch ein. Er gibt Frau Kröll Recht, bestätigt ihre Befürchtung, dass überall Tote zu beklagen sind. Diese Einmischung hat für den Mann schwerwiegende Folgen:

Kreisleitung Zell am See, An den Landrat

"In der Anlage eine Niederschrift mit der Bitte den beim Kaltenhauser-Gasthof in Hollersbach auf Sommerfrische befindlichen "älteren, großen, starken Herrn" er heißt Roland von Bender, angeblich Schriftsteller aus Wien, gründlich einvernehmen und perlustrieren zu lassen, da bekannt geworden ist, daß er zahlreiche Pakete wegschickt. Ich bitte Sie dies womöglich heute noch zu veranlassen, damit der saubere Vogel, der meiner Meinung nach hamstert und Unruhe stiften will, nicht früher ausfliegt... Heil Hitler!"

Noch am selben Tag wird Herr Bender (im Akt auch Benda) am Gendarmerieposten Mittersill einvernommen. Auszug aus dem Gendarmeriebericht:

Betreff: BENDA Adalbert Roland, Sommergast in Hollersbach, Einvernahme

"...Ich berichte, daß das Gepäck des Genannten durchsucht und aus diesem nur ein Glas Marmelade vorgefunden wurde. Lebensmittel etc. führte Benda nicht mit..."

Über das Ehepaar Kröll wurden Erkundigungen eingeholt. Anton Kröll – Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1938 – und Hermine Kröll erhielten ein einwandfreies politisches

Führungszeugnis. In einem Schreiben des Kreisleiter an den Landrat in Zell am See vom 11. November 1941 heisst es:

"Ich erachte als den Hauptschuldigen den Herrn von Benda aus Wien." ⁴³⁴

Über das weitere Schicksal Albert Roland Bendas ist aus den Unterlagen nichts ersichtlich. Recherchen in den bekannten Archiven blieben ohne Erfolg.

Dokumente im Pinzgauer Bezirksarchiv berichten über die Ernährungsprobleme in der Region. Bauern nehmen illegale Schlachtungen, so genannte "Schwarzschlachtungen" vor. Derartige Schlachtungen werden, wie im ganzen Reich, auch im Pinzgau durchgeführt, um den täglichen Hunger zu stillen. Auch hier funktioniert die gegenseitige Überwachung. Denunziation gehört offenbar auch hier zum Alltag. Stellvertretend sei hier ein Beispiel aus Zell am See angeführt. Der Bürgermeister der Stadt Zell am See berichtet am 20. April 1942 an den Landrat:

"Betreff Schwarzschlachtungen bei Kofler in Thumersbach
Frau Jakobi. Hauptmannsgattin, wohnhaft in Thumersbach bei
Hans Kofler, Zieglerwirt gab gegenüber dem
Gemeindeangestellten Josef Wirt nachfolgendes bekannt und
sprach hiebei die Bitte aus, daß ihre Angaben soweit als
möglich vertraulich behandelt werden:

Mittwoch den 15.d.M. wurde die etwas geistig beschränkte Magd
des Hochlaipfbauern Zehentner Mathias vom Bauernhof
weggeschickt und beim Zieglerwirt unter Bewirtung
zurückgehalten. Während dieser Zeit ist der jetzt beim
Zieglerwirt, früher bei Zehentner beschäftigte Knecht
Palbinot Josef auf das Bauerngut gegangen und hat dort, wie
die Magd noch sah, den Kessel angeheizt. Es soll damals ein
schwarzgeschlachtetes Schwein verarbeitet worden sein, das
zum größten Teil zum Zieglerwirt geliefert wurde. (...)

Bei der Untersuchung der Angelegenheit ist Eile geboten, da
zur Zeit noch Beweisstücke vorhanden sein dürften." ⁴³⁵

⁴³⁴ SLA, HB –Akte Karton 103; HB 450-452; 1942

Der auch für Salzburg zuständige Generalstaatsanwalt in Innsbruck berichtet am 9. Juni 1942 in seinem vertraulichen Lagebericht nach Berlin von einer "nicht unbeträchtlichen" Zahl von Schwarzschlachtungen in seinem Bezirk. Er fordert, "dass in Hinkunft wegen Schwarzschlachtungen noch schärfer vorgegangen werden muss".⁴³⁶

Das System von Terror und Einschüchterungen wirkt. Das NS-Regime lebt davon, dass sich die Menschen gegenseitig überwachen. Jede Kleinigkeit wird protokolliert und archiviert. Eine Anzeige von Ing. Wessiak vom 25. April 1942 beschäftigt Kreisleiter, Gendarmerie und Landrat:

"Am 17.4.42 um 15:00 Uhr wurde der junge Schupferbauer, Bruck-Krössenbach, betroffen wie er drei bei der Schleppbahn eingesetzte Sowjet-Gefangene Zigaretten schenkte... (...) Allerstrengste Verwarnung wird empfohlen."⁴³⁷

Der junge Schupferbauer hat Glück. Die Angelegenheit wird mit einer strengen Verwarnung zu den Akten gelegt.

Wehrmachtssoldaten auf Heimaturlaub müssen im Wirtshaus aufpassen, wenn sie die Realität an der Front ansprechen. Der Heimaturlaub kann sehr schnell zu Ende sein. Wer sich jedoch mit dem Ortsgruppenleiter arrangiert, hat gute Chancen längeren Urlaub zu erhalten. Feste und Feierlichkeiten sind in diesen Tagen selten. Die Freiwillige Feuerwehr in Bramberg ersucht im Jänner 1943 bei der BH Zell am See um die Genehmigung für eine Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten des Winterhilfswerkes. Brambergs Florianijünger planen ein Fest und hätten dafür gerne eine Ausnahmegenehmigung bis 2 Uhr früh. Die Ausnahme wird bewilligt und die Feuerwehr in Bramberg darf feiern. Allerdings mit einer Auflage: "Tanz ist jedoch untersagt."⁴³⁸ Tanzen gilt als pietätlos in Tagen, wo Soldaten an der Front sterben.

⁴³⁵ Pinzgauer Bezirksarchiv, Zell am See, Ordner 2020, Ernährungsprobleme in Zell am See

⁴³⁶ Generalstaatsanwalt Dr. Rudolf Löderer, 31 E-52/7 vom 9.6.1942 In: Wolfgang Form, Oliver Uthe (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des DÖW, LIT Verlag Wien 2004. S 91

⁴³⁷ SLA, HB Akte, Karton 101; 1942 213,301-303,402-409

⁴³⁸ SLA, HB Akte, Karton 112; 504-4-43

Lebensmittelknappheit und soziale Not verleiten immer wieder zur Denunziation. Ein Beispiel aus Bramberg sei hier stellvertretend angeführt: Katharina Rainer, Leiterin des Deutschen Frauenwerkes, Ortsstelle Bramberg, meldet am 14. Juni 1942 in die Zentrale des Frauenwerkes: "Muss Ihnen heute melden und sie fragen wie sich dies mit der Beerensammlung verhält..." Hintergrund: Die Brambergerin Monika Oberlechner sammelt Beeren und schickt diese an die Bombenmütter in das "Altreich". Frau Oberlechner hat ein Problem: "Die Beerensammlerin ist zwar eine sehr arbeitsame Frau, ist aber nicht beim D. Frauenwerk und leistete auch den ganzen Sommer keine Stunde Erntehilfe...", wie Katharina Rainer zu berichten weiß. Was die Leiterin des Frauenwerkes nicht erwähnt, Frau Oberlechner gehört zu einer Familie, die dem NS-System kritisch gegenübersteht. Oberlechner ist die Schwester von Walburga Knapp, einer ortsbekannten Sozialistin. Walburga Knapp wird 1944 in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Die Meldung von Frau Rainer hat Folgen. Bereits am 19. Juli 1942 ergeht ein Schreiben des Landrates an den Gendarmerieposten in Bramberg:

"Im Wege der NS-Frauenschaft habe ich in Erfahrung gebracht, daß eine gewisse Frau Monika Oberlechner für Personen auf (sic!) dem Altreich im grossen Umfange Beeren sammeln soll. (...)

Da es sich hier um einen grossen Unfug handelt, ergeht der Auftrag, sofort die Marmeladekübel in Beschlag zu nehmen und der Frau Oberlechner das Sammeln der Waldbeeren zu Versandzwecken zu verbieten..."

Die Gendarmerie im Hochgebirgsposten Bramberg handelte umgehend. Am 26. Juni 1942 wird vom Postenführer die Vollzugsmeldung gemacht. Die Marmeladekübel werden beschlagnahmt.

"Da es sich durchwegs um alte und wertlose Marmeladekübeln handelt, werden diese, falls vom dortigem Amte keine andere Verfügung getroffen wird, der Altmaterialsammlung zugeführt."

Monika Oberlechner wird "auftragsgemäß verwarnt".⁴³⁹

⁴³⁹ SLA, HB Akte, Karton 103; 3003-42

Infolge von Evakuierungsmaßnahmen in den luftgefährdeten Gebieten Deutschlands sind in den letzten Kriegsjahren allein im oberen Pinzgau mehr als 600 Bombenopfer aus Westfalen untergebracht.⁴⁴⁰ Zusätzliche Esser sorgen für Neid und Missgunst. Auszug aus dem Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Neukirchen vom 23. August 1943 an den Landrat Dr. Allerberger in Zell am See:

"Persönlich! Vertraulich. Unter den Räumlingen aus Münster befindet sich auch ein gewisser Rudolf Schreibe nebst Frau wohnhaft Neukirchen a. Grossv. Gasthof Schweinberger. Selbiger bezieht (auch seine Frau) ganz beträchtliche Mengen an Lebensmittel (Butter Nährmittel)

Der Mann sowie die Frau sollen lungenkrank sein. (...) Das Paar erregt direkt Aerger niss bei der hiesigen Bevölkerung zumal wir von den einzelnen Einheimischen die Anspannung aller Kräfte verlangen müssen.

Ich möchte Herrn Landrat bitten die beiden jungen Leute vor den Amtsarzt zu laden und dort den Gesundheitszustand der beiden jungen Leute feststellen zu lassen..."⁴⁴¹

Landrat Allerberger kommt dem Ersuchen umgehend nach. Handschriftlich vermerkt er auf dem Schreiben: "Herrn Amtsarzt". Die Familie aus Münster muss den Weg zum Amtsarzt antreten.

Ela Hornung hat in ihrer Arbeit die Wehrmachtsjustizakten der letzten Kriegsjahre (1943-1945) analysiert. Systemkritische oder auch nur humoristische Äußerungen in dieser Periode der NS-Herrschaft werden mit besonderer Härte bekämpft. Der Frontverlauf, die Niederlage in Stalingrad und die immer stärker werdende Kriegsmüdigkeit führen immer wieder zu kritischen oder auch realen Äußerungen über den Kriegsverlauf in der Bevölkerung. Die NS-Justiz geht streng gegen die "Wehrkraftzersetzung" vor. Hohe Zuchthausstrafen und die Todesstrafe wurden von den zuständigen Gerichten verhängt. Das NS-System steht bald vor dem Problem, zu wenige Ressourcen für den Frontverlauf zu haben. Je mehr Soldaten wegen "Wehrkraftzersetzung" verurteilt werden, desto weniger

⁴⁴⁰ Aus Gesuch der Bombengeschädigten an Landrat; SLA, HB Akte, Karton 113; 805-7-1943

⁴⁴¹ SLA, HB Akte, Karton 111; 419-24-1943

können gegen die anrückenden Mächte eingesetzt werden. Das Problem wird damit gelöst, dass die Strafen bis Kriegsende "ausgesetzt" werden und die Soldaten "zwecks Frontbewährung" wieder an die Front geschickt werden. Für viele von ihnen kommt das einem Todesurteil gleich.⁴⁴²

Mit Fortdauer des Krieges im Osten, verschärft ab 1943 der Justizapparat im gesamten "Deutschen Reich" den Terror gegen Vergehen. Prozesse wegen Verrat, Hochverrat, Sabotage etc. nehmen zu. In Wien führt die Gestapo mehr Razzien durch als in den Jahren davor. Die Zahl der Verhaftungen steigt von 2.097 (Februar 1943) auf 2.656 (März 1944). Nur der Mangel an genügend Plätzen in den vorhandenen Gefängnissen lässt die Zahl der Verhaftungen nicht noch höher steigen.⁴⁴³

Das Fallbeispiel Anna Gruber

Anna Gruber, Ehefrau von "Oberlehrer Walter Gruber" aus Saalbach, beschwert sich am 1. Dezember 1941 beim Landrat in Zell am See. Gemeindesekretär Peter Höll, so Frau Gruber, habe sie mehrmals mit einer Flasche Rotwein in ihrer Wohnung aufgesucht. Höll habe ihr zu verstehen gegeben, dass sie jede Menge Lebensmittelkarten erhalten würde, wenn sie "willig" sei. Bei diesen Zusammentreffen sei es auch zu "Zudringlichkeiten" von Höll gekommen. Gegen Höll wird ein Dienststrafverfahren eingeleitet. Zeugen werden einvernommen. Das Privatleben von beiden Personen wird penibel erforscht. Ortsgruppenleiter Robert Schneider aus Saalbach verfasst am 27. Februar 1942 ein "Politisches Gutachten über Peter Höll":

"Peter Höll war bis zur letzten Minute des Umsturzes ein bekannter Gegner des Nationalsozialismus. Dessen ungeachtet wurde er vom damaligen Ortsgruppenleiter Derganc in den engeren Ortsgruppenstab (als Zellen- Kassenleiter) übernommen. Ende 1939 als mir die Komis. Ortsgruppenleitung übertragen wurde, enthob ich u.a. auch Höll sofort seiner Ämter, da er mir im polit. Hinsicht zu wenig zuverlässig erschien. Diesbezüglich steht er heute noch unter ständiger

⁴⁴² vgl. Ela Hornung: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2010 S 333 ff

⁴⁴³ vgl. Evan Burr Bukey: Hitlers Österreich. "Eine Bewegung und ein Volk", Europa Verlag, Hamburg-Wien 2001 S 289

Kontrolle (...) Hingegen ist Peter Höll in den letzten 1 1/2 Jahren bei allen Sammlungen punkto Gebefreudigkeit musterhaft..."⁴⁴⁴

Gegen Frau Gruber tritt Frau Josefa Hasenauer, Ortsfrauenschaftsleiterin in Saalbach, auf. In einer Niederschrift vom 5. März 1942 beurteilt die Ortsfrauenschaftsleiterin Frau Gruber:

"...Ich kenne die Frau Gruber schon seit ihrer Anwesenheit in Saalbach und habe den denkbar schlechtesten Eindruck von ihr..."⁴⁴⁵

Frau Gruber, so der Vorwurf, habe bei einer Tanzveranstaltung lautstark einen "Tango" gefordert. Auch gegen Höll wird belastendes Material gesammelt. Der Vorwurf gegen Höll lautet: er spielt mit dem Pfarrer Karten. Das Verfahren zieht sich bis Mai 1942. Am 4. Mai 1942 wird die Dienststrafverfügung gegen den Gemeindesekretär Peter Höll in Saalbach ausgestellt. Höll hat sich Frau Gruber gegenüber zudringlich verhalten, als er sie wiederholt in ihrer Wohnung besuchte und mit ihr dort selbst mitgebrachten Wein verzehrte. Weiters hat er ihr Lebensmittelkarten und einen Bezugsschein einer Verstorbenen versprochen, wenn sie sich "willig" zeige, um so ihre Gunst zu erwerben. Höll gibt zu, mit Frau Gruber in ihrer Wohnung Wein getrunken zu haben, die Versprechen für Lebensmittelkarten will er "scherzhalber" gegeben haben. Frau Grubers Beschuldigungen wiederum werden als "nicht in ihrem Umfang glaubwürdig" befunden. Trotzdem hat Höll

"...doch durch die grobe Mißachtung der Gesetze der Sittlichkeit einen schweren Vertrauensbruch begangen, wodurch er das ihm als Beamter entgegengebrachte Vertrauen schwer missbrauchte. Als schwere Verfehlung ist es unbedingt anzusehen, wenn ein verheirateter Mann wiederholt bei einer Frau, deren Mann zur Zeit im Wehrdienst steht, Besuche macht und dort mit ihr selbst mitgebrachten Wein trinkt. Der weite Pflichtenkreis des Beamten ist nicht immer streng umrissen,

⁴⁴⁴ SLA, HB-Akte, Karton 94; 035

⁴⁴⁵ SLA, HB-Akte, Karton 94; 035

er hat sein in- und ausserdienstliches Verhalten daher so untadelig einzurichten, daß er seinen Mitbürgern stets ein Vorbild treuer Pflichterfüllung sein kann. Der Beschuldigte hat aber durch die wiederholten Besuche bei Frau Gruber und durch seine wenn auch nur scherzweisen Versprechen von Lebensmittelkarten und Bezugsscheinen einen schweren Vertrauensbruch und Missachtung der ihm obliegenden Pflicht begangen..."⁴⁴⁶

Höll wird deshalb zu "einer Geldbusse in der Höhe eines halben Monatsgehalts mit der Androhung eines Dienststrafverfahrens auf Entlassung aus dem Gemeindedienst im Wiederholungsfall" verurteilt.⁴⁴⁷

Frau Gruber bleibt im Visier der NS-FunktionärInnen. Schreiben an die Kreisamtsleitung der NSV [Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Anm. RL] vom 5. März 1943 in Zell am See "vertraulich!".

Betreff: Beschwerde über NSV-Frauen:

"1. Saalbach: Allgemein empört ist die Bevölkerung über das Treiben der Frau Gruber, Gattin des Oberlehrers Gruber und der NSV-Frau Erna Rühl. Die Gruber hat nämlich bis jetzt noch keine einzige Stunde an Arbeitseinsatz geleistet; im Gegenteil, sie hat andere aufgehetzt, sie sollen ebenfalls nichts tun. Mit angestrichenen Lippen geht sie zumeist in Soldatenbegleitung spazieren (...)

2. Uttendorf: (...) Diese Frauen liegen den ganzen Tag auf der faulen Haut, fahren allwöchentlich zum Friseur, in der Nacht sind sie auswärts und auch bei Tag sind sie zum Teil in Hamstertätigkeiten bei den Bauern herum. (...)"⁴⁴⁸

Über das weitere Schicksal von Frau Gruber ist trotz intensiver Recherchen in den vorhandenen Archiven nichts weiteres bekannt.

⁴⁴⁶ SLA, HB-Akte, Karton 94; 035

⁴⁴⁷ SLA, HB-Akte, Karton 94; 035

⁴⁴⁸ SLA, HB Akte, Karton 95; 1939-1947, 001, 005

8.14 Militärischer Widerstand

Unter "militärischem" Widerstand darf an dieser Stelle kein aktiver, militärischer Widerstand mit Waffengewalt oder Sabotageaktionen gegen das NS-System verstanden werden. Diese Form des Widerstandes spielt im Pinzgau keine Rolle. Vor dem Kriegsgericht landen Pinzgauer wegen Fahnenflucht, Ungehorsam, Befehlsverweigerung oder weil sie sich unerlaubt von der Truppe entfernen. Die Urteile sind drakonisch. Ignaz Reisenhofer aus Zell am See wird wegen Fahnenflucht am 25. Juli 1940 vom Kriegsgericht zu acht Jahren und ein Monat Zuchthaus verurteilt.⁴⁴⁹ Oft wollen sich die Männer, wie das Beispiel Rupert Hollaus aus Uttendorf zeigt, einfach von den Kampfhandlungen erholen. Die Männer verlieren den Anschluss zur Truppe und wissen, dass ihnen, wenn sie zurückkehren, ein Verfahren wegen Fahnenflucht droht. Darauf steht die Todesstrafe. Gegen Ende des Krieges nehmen die Verfahren vor dem Kriegsgericht zu. Das Kriegsende ist absehbar. Alois Perwin aus Piesendorf ist einer von vielen. Er wird am 29. März 1945 wenige Wochen vor Ende des Krieges in Neukirchen wegen Fahnenflucht verhaftet.⁴⁵⁰ Zahlreiche Schicksale sind unbekannt, weil Unterlagen der Kriegsgerichte in den Wirren des Krieges weitgehend verloren gehen oder vernichtet werden. Einige wenige – wie etwa der Kraftfahrer Georg Madreiter aus Piesendorf – wechseln die Seite und kämpfen gegen das NS-System. Madreiter desertiert 1944 in Jugoslawien und kämpft in der 2. Mazedonischen Brigade gegen die Nationalsozialisten. Madreiter überlebt den Krieg.⁴⁵¹ Viele seiner fahnenflüchtigen Kameraden überleben, meist unter verschärften Bedingungen, den Fronteinsatz nicht.

Aus dem Feldurteil der 2. Gebirgsdivision gegen Rupert Hollaus aus Uttendorf vom 26. Jänner 1940: Am 8. September 1939 wird die Kompanie von Rupert Hollaus im polnischen Jaslo in erste schwere Kampfhandlungen verwickelt. Hollaus und ein weiterer Kamerad bleiben drei Tage in Jaslo und verstecken sich in einem polnischen Bauernhaus, um sich auszuruhen. Sie wissen, dass sie nicht mehr zur Truppe zurück können, da sie als Fahnenflüchtige mit der Todesstrafe bedroht sind. Anfangs wollen sie nach Russland marschieren, später wieder zurück nach Österreich. Dabei werden sie festgenommen. Hollaus wird vom Kriegsgericht zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Dieses Urteil wird vom Oberbefehlshaber der 12. Armee aufgehoben. Der Oberbefehlshaber fordert die

⁴⁴⁹ DÖW 6321

⁴⁵⁰ DÖW E 21.202

⁴⁵¹ DÖW 18.390

Todesstrafe. Am 14. März 1940 wird Hollaus schließlich vom Gericht der 2. Gebirgs-Division zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Über das weitere Schicksal von Rupert Hollaus ist nichts bekannt.⁴⁵²

Auch die Eltern von "fahnenflüchtigen" Soldaten sind im Visier des NS-Systems. Wer in den Verdacht gerät, Deserteure in der Familie zu unterstützen, wird von der NS-Justiz wegen "Wehrkraftzersetzung" angeklagt und verurteilt. Josef Linsinger (sen.) aus Saalfelden ist eines der Beispiele dafür. Aus einem Schreiben der Gendarmerie Saalfelden an den Oberstaatsanwalt Salzburg vom 13. November 1940 geht hervor: Bei einem neuerlichen Verhör durch den Gendarmen Josef Hohenwarter gesteht Josef Linsinger (sen.), dass sein "fahnenflüchtiger" Sohn, Josef Linsinger, sich in Saalfelden "bei einer gewissen Familie Wieser aufhält". Die Familie Wieser besitzt bei der Gendarmerie "den denkbar schlechtesten Leumund, und zwar in politischer und krimineller Hinsicht". Vertrauliche Ermittlungen und eine Hausdurchsuchung in Saalfelden werden vorbereitet. Auszug aus dem Gendarmeriebericht: "Diese Aktion wird zu einem günstigen Zeitpunkt, und zwar bei recht schlechtem und kaltem Wetter, weil sich Linsinger nur bei solchen Witterungsverhältnissen im fraglichen Orte aufhalten soll, vorgenommen." Josef Linsinger (jun.) wird am 29. November 1940 bei der Festnahme auf der Großglocknerstraße von der Gendarmerie erschossen. Josef Linsinger (sen.) wird am 15. November 1940 wegen Wehrkraftzersetzung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.⁴⁵³

In den letzten Wochen vor Kriegsende werden Soldaten aufgegriffen und wieder an die Front geschickt. Die Männer wissen, dass der Krieg längst verloren ist. Das NS-System ist bis zum Schluss eisern. Die Vernehmungsniederschrift des Wehrmacht-Standortältesten in Saalfelden mit Ernst Einöder vom 8. April 1945 dokumentiert, dass bis zur letzten Stunde gegen vermeintliche Widerstandshandlungen vorgegangen wird. Am 1. April 1945 fassen Ernst Einöder, Anton Bichler und August Fischerauer den Entschluss, sich von der Truppe zu entfernen. Die drei marschieren von Lienz über das Mölltal bis Heiligenblut und über die Tauern in das Rauriser-Tal. Dort werden sie am 5. April 1945 von der Gendarmerie festgenommen. Ernst Einöder gibt an, er wollte nur seine Eltern besuchen und dann wieder

⁴⁵² vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 568 ff, 626 und DÖW 6314

⁴⁵³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 569 ff, 626 und DÖW E 18.666

zur Truppe zurückkehren. Das Verfahren gegen die drei wird Wochen vor Kriegsende ausgesetzt. Sie werden sofort zur "Frontbewährung" an die Front versetzt.⁴⁵⁴

Selbst die private Korrespondenz innerhalb einer Familie kann für die Betroffenen verheerende Folgen haben. Oft genügen schon persönliche Briefe, um in die Maschinerie der NS-Justiz zu geraten. Das Beispiel der Familie Kronewitter aus Zell am See zeigt, dass auch das Schreiben von Briefen als "militärischer Widerstand" ausgelegt und geahndet wird. Der Vater Andreas Kronewitter, Gepäckschaffner der Reichsbahn, wird zum Tode verurteilt und hingerichtet. Sohn Wilhelm Kronewitter wird zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Das Feldurteil gegen Wilhelm Kronewitter vom 13. April 1944 dokumentiert die Hintergründe: Die Gestapo findet bei einer Hausdurchsuchung in Zell am See mehrere kritische Briefe von Wilhelm an seinen Vater. Sohn Wilhelm ist an der Ostfront eingesetzt und schreibt im Brief vom 27. Juli 1943 nach Hause: "Hier staubt es oft ganz schön, die Russen brechen oft mit wenig Mann durch 2 Linien, wir haben rein gar nichts mehr (...) Hier sieht man, wie die Zeitungen und Radio lügen, aber [ich] hoffe, nicht mehr lange..."⁴⁵⁵

Auch Vater Andreas Kronewitter (geb.1894) hat mehrere Briefe an seinen Sohn nach Russland geschickt. Er wird deshalb wegen "Wehrkraftzersetzung" angeklagt und am 21. Juni 1944 zum Tode verurteilt. Im Schreiben vom 14. August 1943 rät der Soldat des ersten Weltkriegs seinem Sohn zur Vorsicht: "...Schau nur zu, wenn gar nicht anders möglich, daß Du in größere Kommandos nach hinten kommst..." Und weiter: "Ist es Dir nicht möglich, daß Du irgendwie zurückkommst, denn ich befürchte, daß ihr eingekreist werdet, da ich die ganze Front überblicke...". In einem zweiten Schreiben vom 17. August 1943 äußert sich Kronewitter kritisch über einen Nationalsozialisten in Zell am See und erwähnt einen Luftangriff auf Wiener Neustadt.⁴⁵⁶ Für die obersten Richter reicht dieses Schreiben aus, um "Wehrkraftzersetzung" zu erkennen. Zitat aus dem Todesurteil: "Derartige Ratschläge und Ermahnungen, wie sie der Angeklagte seinem Sohn gab, sind in hohem Maße dazu angetan, bei dem Empfänger den Willen zum vollen Einsatz zu lähmen, ihn davon abzuhalten, den entsprechenden Befehlen seiner Vorgesetzten bedingungslos

⁴⁵⁴ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 567 ff, 626 und DÖW E 21.202

⁴⁵⁵ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 585 ff und DÖW E 21.202

⁴⁵⁶ Gemeint ist hier offensichtlich der erste Luftangriff auf österreichischem Gebiet vom 13. August 1943, der landesweit größte Aufmerksamkeit erregt. vgl. dazu Florian Freund, Bertrand Perz: Das KZ in der Serbenhalle: Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988 S 75

nachzukommen, und ihn mit einem Geist der Widerständigkeit und des Widerspruchs zu erfüllen." Andreas Kronewitter wird am 21. November 1944 in Wien hingerichtet. Der 20jährige Wilhelm Kronewitter wird im April 1944 von einem Feldkriegsgericht wegen "Zersetzung der Wehrkraft" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.⁴⁵⁷

Mit welcher Härte und Kompromisslosigkeit seitens des Systems gegen Soldaten an der Front vorgegangen wird, zeigt auch das Beispiel von Rupert Koch. Bis zum Schluss gilt es die Kampfmoral unter extremsten Bedingungen aufrecht zu erhalten. Auszug aus dem Schreiben an Rupert Koch aus Zell am See hinsichtlich der Haft seines Sohnes Ferdinand Koch vom 19. Mai 1944:

"Sie haben dem Herrn Kommandanten des Wehrm. Gef. Wilna wegen Ihres Sohnes Ferdinand geschrieben.

Ihr Brief wurde nach hier weitergeleitet, weil Ihr Sohn sich nunmehr in einem Straflager im Operationsgebiet befindet. Er wird hier erzogen und muß auch arbeiten. Strafe verbüßt er nicht. Erst wenn er sich eine Zeitlang gut und straffrei führt, kann er in den Strafvollzug kommen. Augenblicklich ist er an der tiefsten Stelle des Soldatentums angekommen. Es liegt nun an ihm, ob er nochmals wieder ein anständiger Soldat wird. Bisher hat er sich mit einer Vorstrafe von 8 Monaten wegen Wachverfehlung nicht begnügt, er bekam jetzt 6 Jahre, weil er sich dem Kampfe entzogen und wochenlang hinter der Front herumtrieb und einen Kameraden noch ins Unglück stürzte..."

Ferdinand Koch wird laut Unterlagen der Opferfürsorge nach einem Jahr Straflager einer Strafeinheit überstellt. Koch stirbt, wenige Tage vor Kriegsende, am 15. März 1945.⁴⁵⁸

In Lofer werden noch am 7. Mai 1945, 24 Stunden vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen, zwei Soldaten aus Hamburg wegen "Fahnenflucht" erschossen. Dies, obwohl die

⁴⁵⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 319 ff, 611 und DÖW E 18.574 und DÖW 18.318 und DÖW 21.202

⁴⁵⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 564, 626 und DÖW 18.283

SS-Truppen bereits Tage vorher selber die "Fahnenflucht" angetreten haben.⁴⁵⁹ Die Saalfeldner Johann Lerchl und Magnus Scholz werden wegen "Wehrkraftzersetzung" hingerichtet.⁴⁶⁰

9 Verfolgung der Juden und "Zigeuner" im Pinzgau

9.1 Die Pogromnacht am 9./10. November 1938

"Ich komme jetzt auf das Judenproblem. (Stürmischer Beifall.) Wenn man heute die Auslandspresse liest, so kommt man zum Eindruck, als ob sich in Wien täglich ein paar Juden erhängen, erschießen oder vergiften. (...) Es sind in Wien augenblicklich nicht mehr Selbstmorde zu verzeichnen als früher, nur mit dem Unterschied: Früher haben sich nur Deutsche erschossen, und jetzt sind auch Juden darunter. Daß wir die Juden aus der Presse und dem Theater entfernen, das versteht sich am Rand."⁴⁶¹

Joseph Goebbels am 29. März 1938 in der Nordwestbahnhalde in Wien.

Am 7. November 1938 verübt der 17-jährige Herschel Grynszpan in Paris ein Attentat auf den deutschen Botschafter Ernst Eduard vom Rath. Dieses Attentat liefert dem NS-System einen Vorwand, um im gesamten Reich systematisch gegen jüdische Einrichtungen vorzugehen. Auf Initiative von Propagandaminister Joseph Goebbels wird das Attentat benutzt, um bei angeblich "spontanen Kundgebungen" fast alle Synagogen, jüdische Friedhöfe und jüdische Geschäfte zu zerstören. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 organisieren die Nationalsozialisten ein Pogrom gegen Juden und Jüdinnen im gesamten Reichsgebiet. In Wien werden im Verlauf des Pogroms, das mehrere Tage andauert, 42 jüdische Synagogen und Bethäuser verwüstet und in Brand gesteckt. Tausende jüdische Wohnungen und Büros werden geplündert, verwüstet und beschlagnahmt. 6.547 Wiener Juden und Jüdinnen werden verhaftet, 3.700 von ihnen

⁴⁵⁹ vgl. Scholz, Horst: "Nationalsozialismus – Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 17

⁴⁶⁰ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus – Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv

⁴⁶¹ "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 429

werden im Konzentrationslager Dachau interniert.⁴⁶² In Innsbruck verwechseln NS-Aktivist*innen offensichtlich das italienische Konsulat mit einer Synagoge und stürmen das Konsulat. Neben dem Präsidenten der jüdischen Kultusgemeinde, Dr. Richard Berger, werden noch drei weitere Tiroler Juden in dieser Nacht ermordet.⁴⁶³ In Wien, so Gerhard Botz, der eine Zählung im Wiener Totenverzeichnis durchführt, werden 22 Menschen getötet. Gerhard Botz kommt daher zum Schluss, dass "der Novemberpogrom in Österreich bedeutend ärger war als im 'Altreich'"⁴⁶⁴, wo nach Schätzungen in dieser Nacht insgesamt etwa 90 bis 100 Juden getötet werden.⁴⁶⁵

In Wien werden im Zuge dieser Aktion 6.547, im restlichen Österreich rund 1.250 und im gesamten "Reich" rund 20.000 Juden und Jüdinnen verhaftet, festgehalten und gequält. Viele von ihnen werden direkt in ein Konzentrationslager transportiert.⁴⁶⁶ Die Nacht wird als "Reichskristallnacht" (oder "Novemberpogrom") in die Geschichte des NS-Systems eingehen. Die verharmlosende, propagandistische Bezeichnung geht wahrscheinlich auf die zahlreichen zertrümmerten Fensterscheiben zurück.

Auch im Gau Salzburg werden Übergriffe an jüdischen Einrichtungen durchgeführt. In der Stadt Salzburg werden Geschäfte geplündert und die Synagoge aufgebrochen und die Einrichtung zertrümmert. 41 Juden und Jüdinnen werden in der Stadt Salzburg verhaftet, 60 bis 70 sind es im ganzen Land Salzburg. Sie werden im Gefangenenhaus in Salzburg festgehalten und schließlich im Konzentrationslager Dachau interniert.⁴⁶⁷ Auszug aus der "Salzburger Landeszeitung" vom 10. November 1938 anlässlich der so genannten "Reichskristallnacht":

"...Kundgebungen auch im ganzen Lande.

⁴⁶² vgl. Homepage des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) <http://www.doew.at/projekte/holocaust/shoah/1938/pogrom.html> (Heruntergeladen, 27.1.2011)

⁴⁶³ vgl. Evan Burr Bukey: Hitlers Österreich. "Eine Bewegung und ein Volk", Europa Verlag, Hamburg-Wien 2001 S 211

⁴⁶⁴ Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, S 522

⁴⁶⁵ vgl. Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, S 522

⁴⁶⁶ vgl. Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien, Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, S 522ff

⁴⁶⁷ vgl. Beitrag Günter Fellner: Die Verfolgung der Juden, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.2. S 437

Auch aus dem ganzen Gaugebiet wird heute berichtet, daß die Erregung unter der Bevölkerung überall zu Aktionen gegen Judengeschäfte führte. Ausführliche Meldungen liegen zur Stunde aus Hallein und Badgastein vor. In Badgastein wurden von den Aktionen unter anderen betroffen das Hotel "Bristol", das der polnischen Jüdin Kokisch gehört, das Kurhotel "Cäcile", das sich in Besitz des aus Berlin stammenden Juden Burger befindet, das Kurhotel Dr. Wassing und die Villa des Professor Hatschek; auch das Zahnatelier des Juden Süß, die Geschäfte Steininger, König, Posele, Horowitz und Rosenberg blieben nicht unverschont."⁴⁶⁸

Jüdischen UnternehmerInnen wird in Salzburg noch am Tag des Novemberpogroms die Gewerbeberechtigung und damit ihre Existenzgrundlage entzogen. Kundmachung von Oberbürgermeister Anton Giger am 10. November 1938:

- "1. An Juden und deren Angehörigen werden künftig keinerlei Gewerbescheine mehr erteilt.
2. Die jüdischen Gewerbetreibenden, bzw. deren Angehörigen bisher zustehenden Gewerbeberechtigungen werden mit Wirksamkeit vom 11. November 1938 zurückgenommen und die Gewerbescheine eingezogen (...) Berufungen gegen die Sonderbescheide wird gemäß § 64 ABG die aufschiebende Wirkung aberkannt."⁴⁶⁹

NS-ParteigenossInnen nutzen die "Arisierungen" schamlos für ihre persönlichen Interessen. Wohnungen, Betriebe, Möbel und Wertsachen von Juden und Jüdinnen werden rücksichtslos "übernommen". NS-FunktionärInnen bereichern sich schamlos am Vermögen der geflüchteten, vertriebenen oder internierten Juden und Jüdinnen. Hans Safrian und Hans Witek haben am Beispiel Wien umfassend dokumentiert, wie NS-ParteigenossInnen sich das Vermögen von Juden und Jüdinnen angeeignet haben.⁴⁷⁰ Albert Lichtblau hat die

⁴⁶⁸ "Salzburger Landeszeitung" vom 10.11.1938 In: Widerstand und Verfolgung, Bd. 2, S 452

⁴⁶⁹ Veröffentlicht in den Tageszeitungen vom 11. November 1938; hier zitiert aus dem Salzburger Volksblatt; zitiert In: Albert Lichtblau: "Arisierung", beschlagnahmte Vermögen, Rückstellung und Entschädigung in Salzburg; Oldenburg Verlag Wien München 2004; S 49

⁴⁷⁰ Hans Safrian; Hans Witek: Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938. Picus, Wien 1988

"Arisierungsfälle" in Stadt und Land Salzburg zusammengestellt. Die "Arisierung" begünstigt die Vetternwirtschaft verdienter Parteimitglieder. Zu den Zielen der wirtschaftspolitischen Enteignungspolitik gehört die Belohnung der NS-FunktionärInnen. Dies führt dazu, dass bereits früh ein Wettlauf um jüdischen Besitz einsetzt und es zu Konflikten zwischen NS-Provinz und der Zentralstelle in Wien kommt.⁴⁷¹

9.1.1 Die jüdische Gemeinde in Salzburg

Im Jahr 1867 kann sich mit Albert Pollak nach dreieinhalb Jahrhunderten erstmals wieder ein Jude im katholischen Salzburg niederlassen. Vorher war es Juden und Jüdinnen verboten sich in Salzburg sesshaft zu machen. Zwei Jahre später, im Jahr 1869, zählt die jüdische Gemeinde in Salzburg 47 Mitglieder. Ende des 19. Jahrhunderts setzt in Salzburg bereits eine starke antisemitische Strömung ein. Der Salzburger Antisemitismus wird in Österreich vor allem vom Deutschnationalen Georg von Schönerer vertreten.⁴⁷² Im Jahr 1900 zählt die jüdische Gemeinde in Salzburg 199 Mitglieder, 1910 erhöht sich die Zahl der Mitglieder auf 285, um 1934 wieder auf 239 Mitglieder zu sinken. Die Juden und Jüdinnen in Salzburg haben keinen Einfluss in Wirtschaft und Politik, leben unauffällig. Die meisten von ihnen zählen im Jahr 1938 zur Kategorie Private (Hausfrauen, Rentner etc.), daneben gehen sie freien Berufen (als Ärzte, Anwälte, Notare etc.) nach. Andere haben kleine Unternehmen in Salzburg. Ihre geringe Zahl und die Tatsache, dass sie öffentlich wenig in Erscheinung treten, schützt sie nicht vor dem alltäglichen Antisemitismus, der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts auch in Salzburg vorherrscht. Antisemitismus ohne Anwesenheit von Juden und Jüdinnen ist keine Eigenheit Salzburgs. Die Propaganda der politischen Parteien wirkt. Selbst in Regionen, wo keine Juden und Jüdinnen leben, reicht bereits die Phantasie um die Angst vor dem "Anderen", der "Andersartigkeit" zu verstärken. Der Antisemitismus wird geschürt.⁴⁷³ Die Titelseite der antisemitischen Publikation veröffentlicht regelmäßig einen so genannten "Judenkataster"

⁴⁷¹ Vgl. Albert Lichtblau: "Arisierung", S 28

⁴⁷² vgl. Adolf Altmann: Geschichte der Juden in Stadt und Land Salzburg. Otto Müller Verlag, Salzburg 1990 S 274, S 278, S 371

⁴⁷³ vgl. Günter Fellner: "Zur Geschichte der Juden in Salzburg von 1911 bis zum Zweiten Weltkrieg". In: Adolf Altmann: Geschichte der Juden in Stadt und Land Salzburg. Otto Müller Verlag, Salzburg 1990 S 371-382, hier S 371 ff

mit Namen und Adresse jüdischer Geschäfte, damit die SalzburgerInnen wissen, "welche Geschäfte sie zu meiden haben".⁴⁷⁴

Stellvertretend für den Antisemitismus in der Region einige Beispiele: In Saalfelden hängen bereits kurz nach dem "Anschluss" im Jahr 1938 vor den Ortseinfahrten Transparente mit der Aufschrift: "Saalfelden braucht keine Juden!"⁴⁷⁵ Im benachbarten Tiroler Kitzbühel prangt an der Ortseinfahrt: "Kitzbühel ist judenfrei!", in Krimml heißt es: "Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr!"⁴⁷⁶ Auch KundInnen jüdischer Geschäfte sind von den Verfolgungen betroffen: Der 17-jährige Otto Wolf aus Saalfelden wird im Frühjahr 1938 von den SA Männern Peter Altmann und Michael Trixl mißhandelt und gedemütigt, weil er beim jüdischen Kaufmann Artur Kant einen Anzug kauft. Die beiden SA Männer stehen vor dem jüdischen Kaufhaus und hindern Passanten beim Betreten des Ladens. Wolf betritt trotz Warnung das Geschäft, um einzukaufen. Er wird beim Verlassen des Geschäfts von den beiden SA-Männern festgenommen und zur Gendarmerie gebracht, wo ihm eine Tafel mit der Aufschrift "dieses Schwein kauft bei Juden ein" umgehängt wird. Mit Ohrfeigen, Tritten und Schlägen muss er einen Spießrutenlauf durch den Ort absolvieren.⁴⁷⁷

Eine exakte Zahl über die jüdische Bevölkerung im Pinzgau im Jahr 1938 ist nicht bekannt. Salzburgs Gauleiter Rainer erklärt bereits am 12. November 1938 öffentlich, das Land Salzburg sei "restlos judenfrei". Dieses Ziel wird aber nie erreicht. Die Volkszählung am 17. Mai 1939 führt 47 "Stammesjuden" an, die im Land Salzburg wohnen. Eine vertrauliche Statistik aus dem Jahr 1941 führt 67 so genannte "Volljuden", 123 "Mischlinge ersten Grades" und 83 "Mischlinge zweiten Grades" an. Auch im Jahr 1942 befinden sich noch 21 "Glaubensjuden" im Land (18 davon in der Stadt Salzburg, einer in Bischofshofen und zwei in "Salzburg Land").⁴⁷⁸

⁴⁷⁴ vgl. Rober Hoffmann: "Im Zeichen von Festspielgründung, allgemeinem Wahlrecht und Wirtschaftskrise. Die Stadt Salzburg in der Zwischenkriegszeit." In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, S 39

⁴⁷⁵ Eduard Schuster: "Chronik Saalfelden", 1992, Bd. I, S 369

⁴⁷⁶ Karl Reinthaler, In: Eduard Schuster: "Chronik Saalfelden", 1992, Bd. I, S 374 ff

⁴⁷⁷ Die beiden SA-Männer werden im Juni 1946 dafür vom Landesgericht Linz verurteilt: Altmann erhält 2 Jahre und 6 Monate schweren Kerker, Trixl erhält 10 Monate Kerker. Vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.2. S 530 ff und S 624

⁴⁷⁸ vgl. Beitrag Günter Fellner: Die Verfolgung der Juden, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.2. S 437 ff und S 459

Albert Lichtblau hält in seiner Arbeit über die "Arisierung" in Salzburg Orte und Zahl der betroffenen Menschen in Stadt und Land Salzburg fest. Daraus geht hervor, dass es im Pinzgau in folgenden Orten zu Vermögensentzug bei Juden und Jüdinnen gekommen ist (die Zahl gibt an, wie viele Personen davon betroffen waren): Bramberg zwei, Lofer zwei, Mittersill fünf, Piesendorf zwei, Saalfelden neun, Zell am See vierzehn.⁴⁷⁹ Bei Liegenschaften, die als landwirtschaftliche Vermögenswerte eingestuft wurden, verläuft das "Arisierungsverfahren" durch das Oberste Siedlungsamt. Im Pinzgau sind – so die Aufstellung Lichtblaus – Isaak Arditti (Zell am See), Theodor Herzl (Piesendorf), Gertrude von Hofmannsthal (Zell am See) und Vera Schubert (Zell am See) davon betroffen.⁴⁸⁰

Gauleiter Friedrich Rainer äußert sich am 21. Februar 1939 im "Salzburger Volksblatt" unmissverständlich zur "Judenfrage":

"Er [Gauleiter Rainer] sprach frei über die Judenfrage, insbesondere soweit es den Gau Salzburg betrifft, wo sie als gelöst betrachtet werden könne. Die wenigen tragischen Fälle, wo Personen, die im öffentlichen Leben stehen und anlässlich ihrer Ahnenforschung entdecken mussten, daß sie (oder ihre Frauen) nicht reinen deutschen Blutes sind, seien tief bedauerlich, aber falsches Mitleid sei hier nicht am Platz. Mann müsse das wie eine notwendige Operation am Volkskörper verstehen. Begnadigungsversuche an den Stellvertreter des Führers wurden nicht befürwortet, jedoch solle jeder Volksgenosse diesen Personen, die aus dem öffentlichen Dienste scheiden müssen (es handle sich im Gau nur um etwa zwölf Fälle), soweit es sich um anständige, ehrliche Menschen handle, mit Achtung begegnen. Ihre Kinder würden es schon leichter haben."⁴⁸¹

Dem Lagebericht des Landrates des Kreises Zell am See an Gauleiter Friedrich Rainer vom 2. März 1940 ist zu entnehmen:

⁴⁷⁹ Albert Lichtblau: "Arisierung", S 22 ff

⁴⁸⁰ Albert Lichtblau: "Arisierung", S 96

⁴⁸¹ "Salzburger Volksblatt" vom 21.2.1939 In: Widerstand und Verfolgung, Bd. 2, S 451

"Juden sind im Kreise nicht mehr in Aufenthalt, da auch der auf Schloß Fischhorn wohnhafte Jude Ing. Turnovsky am 22.2.1940 den Kreis Zell am See verlassen hat."⁴⁸²

Ing. Gustav Turnovsky war "aus Klagenfurt zugezogen, weil er dort seine Wohnung verlassen mußte", so berichtete der Landrat vier Wochen davor, am 2. Februar 1940, in seinem Lagebericht an den Gauleiter.⁴⁸³

9.1.1.1 Das Fallbeispiel Arthur Kant

Stellvertretend für die jüdischen Opfer im Pinzgau sei hier als Regelfall der "Arisierung" die Enteignung und der erzwungene Verkauf des Eigentums der Familie Kant in Saalfelden angeführt. Das Ehepaar Arthur und Sara Kant betreibt – mit einer Angestellten – bis zum 6. Oktober 1938 ein kleines Modewaren-Detailgeschäft in Saalfelden. An diesem Tag wird der Lodenfabrikant Georg Höttl als kommissarischer Verwalter bestellt. Der Wert des Lagers wird mit rund 12.000 Reichsmark beziffert, die Geschäftseinrichtung mit 1.500 Reichsmark. In der Kassa befinden sich 9.000 Reichsmark. Diese werden von Höttl sofort beschlagnahmt. Den jüdischen InhaberInnen werden vorerst 300 Reichsmark pro Monat ausbezahlt. Für die Ausreise bewilligte man bis zu 4.000 Reichsmark. Arthur Kant wird im Zuge des Novemberpogroms in das KZ-Dachau deportiert. Höttl verbietet Sara Kant am 12. November 1938 das Betreten des Geschäftes. Das Geschäft übernimmt schließlich der Neffe des kommissarischen Leiters, Hans Aschböck, der es am 1. Februar 1939 neu eröffnet. Die verwitwete Sara Kant – später Sara Wassermann – gibt in einem Schreiben an die Salzburger Landesregierung am 1. September 1946 an, sie und ihr Mann hätten vom kommissarischen Verwalter insgesamt 5.060 Reichsmark erhalten. In diesem Betrag sind die 4.000 Reichsmark, den die Familie Ende Oktober für die Flucht erhalten hat, von Arthur Kant enthalten.⁴⁸⁴ Über das Schicksal von Arthur Kant konnten in den eingesehenen Materialien keine Hinweise gefunden werden.

9.1.1.2 Das Fallbeispiel Paul und Hermine Bierer

Neben Geschäften, Firmen und Fabriken werden auch die Praxen von Juden und Jüdinnen beschlagnahmt und von Nationalsozialisten "übernommen". Stellvertretend hier das

⁴⁸² vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 458 und DÖW E 18.377

⁴⁸³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 620

⁴⁸⁴ vgl. Albert Lichtblau: "Arisierung", S 45 ff. m.w.N. aus den VMS-Akten im SLA

Beispiel des Dentisten Paul Bierer in Mittersill. Das Zahntechniker-Ehepaar Paul und Hermine Bierer aus Wien übersiedelt 1937 nach Mittersill. Paul Bierer eröffnet eine Dentistenpraxis in Mittersill 95. Nach dem Einmarsch Hitlers wird das Ehepaar massiv bedroht und eingeschüchtert. Herr Bierer wird von Nationalsozialisten, mit einem Strick gefesselt, in eine Allee getrieben und mit dem Hängen bedroht. Nur das Einschreiten eines Gendarmen rettet Bierer das Leben. Bierer wird im November 1938 verhaftet und nach Salzburg überstellt. 1939 flüchtet das Ehepaar nach Frankreich. Paul Bierer wird in Frankreich verhaftet und von den Nationalsozialisten beim Bahnbau in Nordafrika als Zwangsarbeiter eingesetzt. Im September 1947 kehrt das Ehepaar mit seiner Tochter nach Mittersill zurück, wo Bierer die inzwischen verschuldete Praxis übernimmt. Bierer stirbt 1951 an einem Herzschlag. Auszug aus der eidesstattlichen Erklärung vom 14. Oktober 1952 von Hermine Bierer:

"Den schrecklichen Verfolgungen denen wir in Mittersill ausgesetzt waren, die Hausbemalungen und die Quälerei und Erniedrigungen, die mein Mann ertragen musste, verdanken wir dem Berufskollegen Herrn Ferdinand Schlenzer [gemeint ist offenbar Ferdinand Schleinzner Anm. RL], Dentist in Mittersill. Die Praxis wurde uns voll eingerichtet von Dentist Hans Heidelberger zur Zeit in Neukirchen (...) weggenommen. SA Führer Willi Sinnhuber wollte uns die Gestapo ins Ausland nachschicken."⁴⁸⁵

Die Salzburger Landesregierung verweigert der Witwe Bierer am 20. Oktober 1953 eine Hinterbliebenenrente nach dem Opferfürsorgegesetz. Erst der zweite Antrag wird positiv entschieden: im Februar 1962 wird der inzwischen 60-jährigen Frau ein Opferausweis ausgestellt. Sie kann der Behörde glaubhaft machen, dass ihr Mann am 10. November 1938 festgenommen wurde und mehrere Wochen inhaftiert war.⁴⁸⁶

⁴⁸⁵ Opferfürsorgeansuchen von Hermine Bierer an die Bezirkshauptmannschaft Zell am See, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 441 ff; und OF Salzburg, O-469; DÖW 17.918

⁴⁸⁶ Opferfürsorgeansuchen von Hermine Bierer an die Bezirkshauptmannschaft Zell am See, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 441 ff, S 620; und OF Salzburg, O-469; DÖW 17.918

9.1.1.3 Das Fallbeispiel Gertrude von Hofmannsthal

Das aus dem 15. Jahrhundert stammende ehemalige fürstbischöfliche Jagdschloss Prielau (bei Zell am See) befindet sich im alleinigen Besitz von Gertrude von Hofmannsthal, der Witwe des Dichters Hugo von Hofmannsthal. Da sie für die Nationalsozialisten als "Volljüdin" gilt, versucht sie das Schloss zu retten, indem sie es ihrer Tochter und deren "arischem" Ehemann, Dr. Heinrich Zimmer, schenkt. Die Liegenschaft wird vorerst als landwirtschaftlicher Besitz eingestuft. Zuständig dafür ist das Wiener Ministerium für Landwirtschaft. Dieses lehnt die Schenkung ab. Nach erfolgter Beschwerde wird die Schenkung vom zuständigen Reichsministerium am 29. September 1939 genehmigt. Die Genehmigung der Schenkung erfolgt mit der Auflage, dass die landwirtschaftlichen Grundflächen im "Einvernehmen mit der Kreisbauernschaft in Zell am See an geeignete Bewerber verkauft werden müssen."⁴⁸⁷

Mehrere NS-Organisationen haben Interesse an dem Anwesen. Unter anderem auch die Hitler-Jugend. Auszug aus dem Antrag um Zuweisung des Schlosses Prielau der Hitler-Jugend Zell am See an Gauleiter Friedrich Rainer vom 23. November 1938:

"Um den Besitz der staatlichen Arisierung zu entziehen, hat die Jüdin Hofmannsthal das Schloß vor zwei Monaten ihrem Schwiegersohn, dem gewesenen Dozenten der Universität Heidelberg Dr. Zimmer, verkauft bzw vererbt. Da Dr. Zimmer mit einer Jüdin verheiratet ist, ist der Besitz als nicht arisiert anzusehen."⁴⁸⁸

Im November 1940 wird das Schloss von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt. Gertrude von Hofmannsthal wird die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Damit verliert sie nach der neuen Gesetzeslage das gesamte Vermögen. Ihr gelingt die Flucht ins Ausland. 1942 fällt das Schloss in das Eigentum des "Deutschen Reichs". Am 13. April 1943 wird das Schloss um 60.000 Reichsmark an den NS-Künstler Prof. Josef Thorak verkauft.⁴⁸⁹ Der in Wien geborene und in Salzburg aufgewachsene Josef Thorak zählt zu den Lieblingsbildhauern von Adolf Hitler. Um seiner Karriere nicht zu schaden, lässt sich

⁴⁸⁷ vgl. Albert Lichtblau: "Arisierung", S 115 ff und S 194 ff. m.w.N. aus den Rk-Akten im SLA

⁴⁸⁸ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 447 und DÖW E 21.275

⁴⁸⁹ vgl. Albert Lichtblau: "Arisierung", S 115 ff. m.w.N. aus den VMS-Akten im SLA

der 44-jährige Thorak – er lebt zu dieser Zeit in Berlin – kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland, 1933, von seiner zweiten jüdischen Frau scheiden. Thorak modelliert Büsten von allen NS-Größen und erhält neben zahlreichen Aufträgen von Hitler die Professur an der Münchner Kunsthochschule. Die Stadt Salzburg ehrt Thorak nach 1945 mit einer Ausstellung, benennt eine Straße im Stadtteil Aigen nach ihm und stellt seine Skulpturen im Mirabellgarten auf.⁴⁹⁰ Im Jahr 2007 überlegt die Stadt Salzburg eine Zusatztafel an der "Josef-Thorak-Straße" anzubringen, um auf die Vergangenheit Thoraks hinzuweisen.⁴⁹¹

Die NS-Propaganda schreibt 1943 über das Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, dem Adolf Hitler auch das von Albert Speer erbaute Staatsatelier in Baldham bei München zur Verfügung stellt⁴⁹²:

"...Für Thorak gilt das gleiche wie für Kolbe. Seine Figuren sind gewaltiger, muskulöser, heroischer, er liebt das monumentale Format. Von ihm stammen die Gruppen vor dem Deutschen Pavillon in Paris, ist der Mann, der die riesengroßen Plastiken für das neue Stadion auf dem Reichsparteitagsfeld in Nürnberg schaffen wird, und von ihm ist die gewaltige Gruppe der 'Kameraden', die dem einen Mittelsaal in der Ausstellung 1937 im Haus der Deutschen Kunst sein Gesicht gab."⁴⁹³

Und weiter wird ausgeführt:

"...Die Kunst Thoraks und Brekers ist ein sinnfälliger Ausdruck der Größe und der Macht, deren sich das deutsche

⁴⁹⁰ vgl. "Hitlers Bildhauer" In: Susanne Rolinek; Gerald Lehner; Christian Strasser: Im Schatten der Mozartkugel, Cernin Verlag, Wien 2009 S 69 ff

⁴⁹¹ "Die Presse", 8.2.2007, S 14. Die Stadt Salzburg überlegt, die Straße, die nach Thorak benannt ist, mit einer Zusatztafel zu versehen.

⁴⁹² vgl. Georg Schorer: Deutsche Kunstbetrachtung. Fünfte Auflage, Deutscher Volksverlag, München 1943 S 202

⁴⁹³ Georg Schorer: Deutsche Kunstbetrachtung. Fünfte Auflage, Deutscher Volksverlag, München 1943 S 169

Volk durch seine Erhebung in der nationalsozialistischen Revolution bewußt wurde..."⁴⁹⁴

Der Vermögensentzug des Schlosses in Zell am See wird von Adolf Hitler persönlich entschieden, weshalb der notwendige offizielle Amtsweg ausgeschaltet ist. Nach dem Krieg erklärt Thorak, nichts von der "Arisierung" gewusst zu haben. Professor Thorak gibt an, zum Kauf des Schlosses gezwungen worden zu sein.⁴⁹⁵ Auszug aus einem Brief des NS-Künstlers vom 29. Jänner 1948 an die inzwischen in England lebende Frau Hofmannsthal: "...Vor allen Dingen bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, dass ich selbst unter dem Regim [sic!] anfangs sehr zu kämpfen hatte, da ich mit einer Nichtarierin verheiratet war und sie gezwungen wurde, sich von mir zu trennen..."⁴⁹⁶ Erst 1952, am 28. Juli, kommt es zu einem Vergleich zwischen Gertrude Hofmannsthal und der Witwe Erna Thorak vor dem Salzburger Landesgericht. Gertrude Hofmannsthal muss letztlich - neben ihren Verfahrenskosten - 40.000 Schilling bezahlen, um zu ihrem Besitz zu kommen.⁴⁹⁷ Das Beispiel zeigt, wie schwierig und kostenaufwendig derartige Verfahren waren. Für viele der Opfer unerschwinglich.

9.1.1.4 Das Fallbeispiel Margarethe Eder

Nicht nur die Nürnberger Gesetze allein, sondern auch die (angebliche) Diagnose "Geisteskrank" bedeutet für die Betroffenen in dieser Zeit den sicheren Tod. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Margarethe Eder aus Bramberg. Sie wird 1938 in die Landesnervenklinik in Salzburg eingeliefert. Ihr Leben endet in der Gaskammer der T4 Tötungsanstalt Hartheim.

Margarethe Eder, geborene Klempfner, wird am 7. April 1890 als Tochter einer wohlhabenden Wiener jüdischen Familie geboren. Am 28. Juli 1919 wird sie in der Pfarre St. Josef, in Wien, nach römisch-katholischem Ritus getauft.⁴⁹⁸ Im März 1920 heiratet die 30jährige Margarethe Klempfner den Schlossermeister Anton Eder in Eisenerz

⁴⁹⁴ Georg Schorer: Deutsche Kunstbetrachtung. Fünfte Auflage, Deutscher Volksverlag, München 1943 S 171

⁴⁹⁵ vgl. Albert Lichtblau: "Arisierung", S 115 ff. m.w.N. aus den VMS-Akten im SLA

⁴⁹⁶ SLA, Rk 13/47. In: Albert Lichtblau: "Arisierung", S 221 ff.

⁴⁹⁷ vgl. Albert Lichtblau: "Arisierung", S 194. m.w.N. aus den Rk-Akten im SLA

⁴⁹⁸ Geburts- und Taufschein der Pfarre St. Josef vom 29. Juli 1919 (Kopie bei Verf.)

(Steiermark).⁴⁹⁹ Gemeinsam übersiedelt das Ehepaar nach Bramberg im Pinzgau, wo sie eine Schlosserei am Marktplatz betreiben. Drei Kinder stammen aus dieser Ehe. Kurz nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten wird die Ehe geschieden und Margarethe Eder kurz darauf entmündigt. Als Begründung führt das Bezirksgericht Mittersill eine "Geistesstörung" an.⁵⁰⁰ Am 15. November 1938 wird Frau Eder schließlich in die "Salzburger Landesheilanstalt für Geistes- und Gemütskranke" eingewiesen. Auf dem Krankenprotokoll prangt ein Judenstern und der Vermerk "Erbbiologisch erfasst, 12. Nov. 1940".⁵⁰¹

Zeitzeuge Johann Leo, Jahrgang 1917, aus Bramberg erinnert sich: *"Es war bei einem der wenigen Urlaube. Als ich ins Dorf kam, habe ich den Gestapowagen schon gesehen. Ein schwarzer Kastenwagen ist vor der Schlosserei Eder gestanden. Fünf oder sechs Gestapobeamte in ihren schwarzen Ledermänteln haben 'die Schlosserin' gesucht. Gretl Eder, eine lebenslustige, fröhliche Frau mit drei Kindern, galt hier als 'Halbjüdin'. Die Schlosserin hat sich im Keller versteckt. Ihr Mann, der Toni, hat schließlich die Kinder zur Suche losgeschickt. Die Kinder haben sie schließlich gefunden. Frau Eder wird in den Wagen gebracht und abtransportiert. Sie kam nie wieder."*⁵⁰²

Die letzten beiden Eintragungen in der Krankheitsgeschichte über Frau Eder stammen aus dem Jahr 1940 bzw. 1941. Am 28. Juli 1940 notieren die Ärzte in der Psychiatrie Salzburg: "Ruhige Kranke, einsichtslos, beschäftigt sich fleissig, gut verwendbar." Die letzte Eintragung stammt vom 4. April 1941: "Geistig abgeschwächt, vollkommen uneinsichtig, beschäftigt sich im Garten."⁵⁰³

Margarethe Eder wird am 16. April 1941 im ersten von insgesamt vier Transporten der Nervenheilanstalt Salzburg-Lehen in die Mordanstalt Hartheim gebracht. Sie ist eine von rund 20.000 Menschen, die im Rahmen des nationalsozialistischen Krankenmordes in der

⁴⁹⁹ Trauungsschein der römisch-katholischen Pfarramtes in Eisenerz vom 4.3.1920 (Kopie beim Verf.)

⁵⁰⁰ Entscheidung über die Entmündigung, GZ L 3/38, Bezirksgericht Mittersill, 23.4.1938 (Kopie beim Verf.)

⁵⁰¹ Krankenprotokollzahl 11712/332, Kopie aus dem Bundesarchiv (Kopie bei Verf.)

⁵⁰² Zeitzeuge Johann Leo im Gespräch am 27.12.2006

⁵⁰³ Kopie aus dem Bundesarchiv, 2ter Bogen der Krankheitsgeschichte (Kopie bei Verf.)

Gaskammer von Hartheim getötet werden. Die Landesnervenklinik Salzburg schickt im April/Mai 1941 insgesamt 265 Menschen in den Gastod nach Hartheim.⁵⁰⁴

Im Frühjahr 1941 werden mehrere Transporten von der Landesnervenklinik Salzburg nach Hartheim bei Linz durchgeführt. Zwischen April und Mai 1941 werden insgesamt 265 PatientInnen für vier Transporte nach Hartheim zusammengestellt. 262 Menschen werden in Hartheim in der Gaskammer mit Giftgas getötet.⁵⁰⁵ Drei PatientInnen werden rechtzeitig ausgeschieden und entgehen dadurch dem sicheren Tod in Hartheim.

Die Opfer aus dem Pinzgau: Eder Margarethe (Bramberg), Fürschnaller Kath. (Mittersill), Mühldorf Elise (Zell am See), Prudic Sidonie (Saalfelden), Renner Therese (Niedernsill?), Rohringer Elise (Lend), Buchner Peter (Kaprun), Jop Max (Uttendorf), Putzer Anton (Zell am See), Schwabl Josef (Saalbach), Steinmayer Johann (Piesendorf), Wanger Simon (Neukirchen), Zehetner Peter (Saalfelden), Pfeffer Elise (Saalfelden), Pfeffer Elise (Leogang), Berger Susanne (Kaprun), Bernstein Joh. (Piesendorf), Hirschbichler M. (Saalfelden), Huber Georg (Mittersill), Meiersperger Georg (Piesendorf).⁵⁰⁶

Am 31. Mai 1941 erreicht ein mit "Dringend!!!" vermerktes Schreiben des Landrates alle Gendarmerieposten im Pinzgau.

"Betreff: Gerüchte über Geisteskranke

Seit einiger Zeit sind im Kreise Zell am See Gerüchte im Umlauf wonach Geisteskranke Personen nicht eines natürlichen Todes gestorben sind. (...)"⁵⁰⁷

Der Landrat ersucht die Gendarmerie diesen Gerüchten "ganz scharf" nachzugehen. Am 31. Mai 1941 erhält der Landrat einen Bericht vom Gendarmerieposten Bramberg:

"Zu o.a. Auftrag wird angezeigt, daß das Gerücht über unnatürliche Todesfälle von Geisteskranken hier allgemein

⁵⁰⁴ vgl. Inghwio aus der Schmitt/Walter Reschreiter "Euthanasie und Zwangssterilisierung", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1938, Bd. 2, S 565 ff und 578

⁵⁰⁵ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 584

⁵⁰⁶ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 578 ff

⁵⁰⁷ Schreiben Nr. 3200/84 (Kopie bei Verf.)

bekannt ist. Es ist hier kaum noch jemand vorhanden, der dieses Gerücht noch nicht gehört hat.

Hiezu dürfte das Ableben der geisteskranken Gattin des Schlossermeisters Anton Eder in Bramberg beigetragen haben. Margareta (sic!) Eder, eine getaufte Jüdin, war vom November 1938 bis Mitte April 1941 in der Irrenanstalt Lehen in Salzburg. Mitte April 1941 wurde sie von dort in die Landesanstalt in Hartheim in Oberdonau überführt, wo sie am 30. April 1941 an den Folgen einer sich auf diesen Transport zugezogenen Lungenentzündung gestorben ist. Für die genannte wurde in Bramberg die Sterbeglocke geläutet und eine Messe gelesen. Ein Anschlag oder dergleichen, über das Ableben derselben wurde nicht angebracht und es konnte auch nichts in Erfahrung gebracht werden, daß sich Geistliche oder Angehörige der Verstorbenen irgendwie bedenklich geäußert hätten. Diese (Gatte und Kinder) sind froh, daß sie gestorben ist weil sie unheilbar war. (...) "⁵⁰⁸

Der Sohn von Margarethe Eder, Anton Eder (Jahrgang 1922), wird im Oktober 1944 vom Arbeitsamt Salzburg zu einem Arbeitseinsatz nach Salzburg beordert.⁵⁰⁹ In den letzten Kriegsmonaten versendet die Gestapo neue Aufforderungen zur Deportation. Noch Anfang 1945 erhalten "Mischlinge" oder Partner von "Mischehen" im Reichsgebiet die Anweisung, "sich für den geschlossenen Arbeitseinsatz" bereitzuhalten.⁵¹⁰ In Salzburg wird Anton Eder (jun.) von der Gestapo festgenommen und in das Konzentrationslager Ronneburg (Buchenwald) überstellt. Wenige Monate vor Kriegsende, im Februar 1945, wird der 23jährige Schlossermeister aus dem Konzentrationslager entlassen.⁵¹¹

Exkurs: Rückstellung von "arisiertem" Besitz nach 1945

Nach dem Krieg gibt es, so Albert Lichtblau, bei der Rückstellungskommission am Landesgericht Salzburg mehr als 190 Rückstellungsanträge jüdischer Opfer⁵¹². Albert Lichtblau hat die Protokolle der Rückstellungskommission am Landesgericht Salzburg

⁵⁰⁸ Gendarmeriebericht Bramberg, Tgb. Nr. 473 vom 31. Mai 1941 (Kopie bei Verf.)

⁵⁰⁹ Schreiben vom 15. Oktober 1944 der Gendarmerie Bramberg (Kopie bei Verf.)

⁵¹⁰ vgl. Friedländer, Saul: "Die Jahre der Vernichtung", Das Dritte Reich und die Juden, Zweiter Bd. 1939-1945, Verlag C.H. Beck, München 2006, S 682 ff

⁵¹¹ Amtsbescheinigung der Polizeidirektion Salzburg, No. 1505, vom 5.7.1945 (Kopie bei Verf.)

⁵¹² Albert Lichtblau: "Arisierung", S 147

analysiert. Auffallend ist, dass fast die Hälfte der Verfahren, 48,2 Prozent, mit einem Vergleich enden bzw. außergerichtlich geschlossen werden. 17,7 Prozent der Rückstellungsverfahren werden abgewiesen. In 22,7 Prozent der Fälle erhalten die Opfer ihr Eigentum zurück.⁵¹³ In Österreich werden die Opfer, wollen sie den von Privaten entzogenen Besitz zurück, auf den Gerichtsweg verwiesen. Albert Lichtblau:

"...Der Staat hingegen hat sich durch diese Gesetzgebung aus der Affäre gezogen. Die Rechtslage erwies sich dabei als tückisch, denn es gelang den Geschädigten (...) nur selten die Erträgnisse zu erhalten, während die 'Ariseure' sehr oft nützliche Aufwendungen für sich geltend machen konnten. Die Folgen konnten aufreibende Prozessverfahren über drei Instanzen und eine sehr lange Prozessdauer sein..."⁵¹⁴

Das Fallbeispiel Süssmann

Als eines der Beispiele aus dem Pinzgau sei hier das Sägewerk Süssmann in Saalfelden angeführt. Die Firma Gottlieb und Süssmann in der Gemeinde Bsusch bei Saalfelden gehört Jacob Süssmann, der am 28. November 1948 stirbt. Die Firma beschäftigt vier Angestellte und rund ein Dutzend Arbeiter. Sie wird unmittelbar nach dem "Anschluss" unter kommissarische Verwaltung gestellt. Zunächst von Josef Schulz, im Herbst 1938 übernimmt Forstmeister Josef Kreuzspiegel die kommissarische Verwaltung. Die Gemeinde Saalfelden verfolgt das Ziel, die Firma zu liquidieren. Konkurrenzgründe dürften dabei im Vordergrund stehen. Faktum ist, dass die Gemeinde plant, Wohn- und Siedlungsraum auf dem Areal zu schaffen. Höchste Stellen, Gauleiter, Vermögensverkehrsstelle, Reichswirtschaftsministerium, befassen sich mit der Angelegenheit. Im April 1939 setzt sich die Gemeinde durch: Sägewerk und Inventar werden der Gemeinde Saalfelden einverleibt. Kaufpreis: 40.000 Reichsmark. Am 6. April 1948 kommt es zu einem ersten Vergleich zwischen den Erben und der Gemeinde Saalfelden, die Liegenschaft wird wieder zurückgegeben. Die Gemeinde erhält das Recht, die Liegenschaft weiterhin zu nutzen. Das Rückstellungsverfahren ist deshalb schwierig, weil die Gemeinde Saalfelden Holz und Maschinen bereits verkauft hat. Darum müssen mehrere Rückstellungsprozesse geführt werden. Im ersten Verfahren, dabei geht es um den

⁵¹³ Albert Lichtblau: "Arisierung", S 149 ff

⁵¹⁴ Albert Lichtblau: "Arisierung", S 147

Verkauf des Holzes, wird ein außergerichtlicher Vergleich getroffen. Daneben werden sechs weitere Rückstellungsverfahren für diverse Maschinen geführt. Vier der Verfahren enden mit einer Rückstellung, bei zwei der Verfahren wird ein Vergleich geschlossen.⁵¹⁵

Auch dieses Beispiel zeigt: nach 1945 müssen Juden und Jüdinnen, die sich entschließen in Österreich zu leben, langwierige juristische Verfahren auf sich nehmen, um Wiedergutmachung oder Entschädigung zu erlangen. Zeugen müssen gefunden werden. Notwendige Papiere müssen herbei geschafft werden. Kostspielige Anwälte müssen bezahlt werden. Für die meisten Juden und Jüdinnen unüberwindbare Hürden.⁵¹⁶

Das Fallbeispiel Agdern

Wie schwierig es für jüdische Opfer ist, ihren Besitz zurück zu erhalten, zeigt auch das Beispiel der Firma Agdern. Die Firma Severin Agdern mit Sitz in Wien verfügte über ein großes Holzlager in Saalfelden. Die Firma gehört den polnischen Staatsbürgern Severin und Sebastian Agdern. Auch diese Firma wird 1938 unter kommissarische Verwaltung gestellt. Severin Agdern kann fliehen, Sebastian Agdern kommt 1943 im Konzentrationslager ums Leben. Der kommissarische Verwalter, Franz Friza, verkauft die Liegenschaft im Sommer 1938 um rund 40.000 Reichsmark. Im Herbst 1938 wird die Firma liquidiert. Severin Agdern stellt am 2. September 1953 beim Salzburger Landesgericht einen Rückstellungsantrag nach dem Dritten Rückstellungsgesetz. Der Wert des Holzlagers wird mit 768.000 Schilling angegeben und im Laufe des Verfahrens auf 1.000.000 Schilling erhöht.⁵¹⁷ Die Gegner bestreiten diesen Wert und die hohe Qualität der Ware. Am 8. April 1955 wird der Antrag erstmals abgewiesen. Herr Agdern muss die Prozesskosten für den Rechtsstreit in der Höhe von rund 100.000 Schilling bezahlen. Herr Agdern beschreitet den Instanzenweg: Sowohl die Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht in Linz als auch die Oberste Rückstellungskommission beim Obersten Gerichtshof in Wien lehnen den Antrag ab.

Die Rückstellungskommission beim Landesgericht in Salzburg argumentiert im Wesentlichen, dass es sich um keine Sachwerte handelt, sondern lediglich um ein

⁵¹⁵ vgl. SbgLA, Rk 2/1950 In: Albert Lichtblau: "Arisierung", S 156 ff

⁵¹⁶ vgl. Helga Embacher: "Nach dem Holocaust – Jüdische Mitbürger/innen in Salzburg". In: Adolf Altmann: Geschichte der Juden in Stadt und Land Salzburg. Otto Müller Verlag, Salzburg 1990 S 382-394, hier S 386

⁵¹⁷ SbgLA, Rk 14/1953-1 In: Albert Lichtblau: "Arisierung", S 168 ff

Transitlager, das ohnedies hätte verkauft werden müssen, um einen Qualitätsverlust zu vermeiden:

"Es ist daher im vorliegenden Fall für die Entscheidung ohne Bedeutung, dass die Antragsgegnerin gewusst hat, dass die Firmengesellschafter von der Verfügung über ihr Vermögen ausgeschlossen waren."⁵¹⁸

Nach jahrelangem Rückstellungsverfahren wird die Rückstellung am 15. Mai 1955 von der Obersten Rückstellungskommission endgültig abgelehnt. Auch die Oberste Rückstellungskommission schließt sich der Argumentation der Rückstellungskommission an.⁵¹⁹ Dazu Albert Lichtblau:

"Dieser Fall gehört sicherlich zu den Schattenseiten der Rückstellungsverfahren und er führt sehr deutlich die Problematik vor Augen, dass die Republik Österreich sich nicht verpflichtet hatte, die berechtigten Rückstellungsansprüche abzugelten."⁵²⁰

Das Rückstellungswesen ist für die Betroffenen ein unübersichtliches und oft widersprüchliches Geflecht an Verordnungen, Gesetzen und Erlässen. Die insgesamt sieben Rückstellungsgesetze seit dem Jahr 1946 haben keine durchgängige Systematik. Weder inhaltlich noch von der Zuständigkeit. Für die Betroffenen ist oft unklar, an welche Behörde sie sich wenden sollen. Viele der Privatgeschädigten versuchen daher gar nicht einen Rückstellungsantrag zu stellen. Die Aussichtslosigkeit, die hohen Kosten und die lange Verfahrensdauer schrecken sie davon ab.

9.2 "Zigeuner"⁵²¹ im NS-Staat

Das Grundproblem bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Verfolgung dieser Personengruppe beginnt bei der Definition "Zigeuner". Es gibt keine eindeutige

⁵¹⁸ SbgLA, Rk 14/1953-43, S 13 In: Albert Lichtblau: "Arisierung", S 169 ff

⁵¹⁹ vgl. Albert Lichtblau: "Arisierung", S 167 ff. m.w.N. aus den Rk-Akten im SLA

⁵²⁰ Albert Lichtblau: "Arisierung", S 170

⁵²¹ Ausdrücklich muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass der Begriff "Zigeuner" in dieser Arbeit nicht diskriminierend oder rassistisch verstanden werden darf. Der Begriff wird, sofern es sich nicht um Zitate handelt, unter Anführungszeichen gesetzt, da er von vielen Betroffenen als herabsetzend empfunden wird. Da es sich um einen historischen Begriff handelt, wurde bewusst auf "ZigeunerInnen" verzichtet.

Zuordnung, was unter dem Begriff "Zigeuner" verstanden werden kann. Als "Zigeuner" gilt, wer als solches bezeichnet wird, ähnlich auch der Zuordnung "Asozialer", "Fremder" oder "Schmarotzer".⁵²²

Gemeinhin werden unter "Zigeuner" die Volksgruppen der Roma und Sinti verstanden. Darüberhinaus gibt es noch andere Gruppen, die unter diesen Begriff fallen. Im Westen Österreichs gibt es die Gruppe der "Jenischen". Auch sie werden von der Polizei wie "Zigeuner" wahrgenommen und "behandelt". Sie sind Angehörige landloser Landfahrer im Raum Süddeutschland, Tirol, Vorarlberg und der Ostschweiz. Florian Freund und Gerhard Baumgartner definieren die Gruppe der "Jenischen" folgendermaßen:

"...Mit größter Wahrscheinlichkeit handelte es sich dabei um Angehörige verschiedener Bevölkerungsschichten, die zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert durch verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen ihren Landbesitz verloren und eine vagante Lebensweise aufnahmen, entweder in der Form saisonaler Arbeitswanderer, Störhandwerker, Wanderhändler oder umherziehende Gelegenheitsarbeiter."⁵²³

Die im Nationalsozialismus neu etablierte akademische "Rassenhygiene", die versucht den Begriff "rassisch" zu definieren, scheitert an der Definition. Letztlich muss die örtliche Polizei selber entscheiden, wen sie als "Zigeuner" definiert und wen nicht.⁵²⁴ Für die Vertreter des NS-Systems im Jahr 1938 sind "Zigeuner" das, "was wir mit Zigeuner bezeichnen, nur ein Sammelwort für alles herumziehende, bettelnde, verwahrloste, asoziale und kriminelle Gesindel ist".⁵²⁵

Das Schicksal der "Zigeuner" ist von jahrhundertelanger Verfolgung und Vertreibung geprägt. Das Ausmaß der Ablehnung und der Vorurteile gegen das wandernde Volk hängt

⁵²² vgl. Florian Freund; Gerhard Baumgartner; Harald Greifeneder: "Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti", Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 7 ff

⁵²³ Florian Freund; Gerhard Baumgartner; Harald Greifeneder: "Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti", Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 13

⁵²⁴ vgl. Florian Freund; Gerhard Baumgartner; Harald Greifeneder: "Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti", Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 9

⁵²⁵ vgl. Florian Freund; Gerhard Baumgartner; Harald Greifeneder: "Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti", Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 9 ff

von den politischen und sozialen Rahmenbedingungen der jeweiligen Zeit ab. Der Nationalsozialismus spricht den "Zigeunern", wie auch den Juden und Jüdinnen und anderen Minderheiten, das Lebensrecht ab. Infolge autoritärer Ordnungsvorstellungen und aus 'rassischen' Motiven werden die "Zigeuner" zunächst zu Zwangsarbeit verpflichtet, später in Lagern unter unmenschlichen Bedingungen interniert und schließlich der psychischen Vernichtung preisgegeben. Eines der KZ-ähnlichen Lager für "Zigeuner" befindet sich, so Erika Thurner, auf "Salzburger Boden".⁵²⁶ Das Lager wird in Salzburg Maxglan errichtet.

Das Ausmaß der Vorurteile gegenüber "Zigeunern" in der NS-Zeit dokumentiert die Denkschrift "Die Zigeunerfrage" vom burgenländischen Landeshauptmann Tobias Portschy vom August 1938. Auszug:

"Die Zigeuner, die überwiegend mit vererblichen und ansteckenden Krankheiten belastet sind, bilden einen wahren Krankheitsherd mitten unter der deutschen Bevölkerung. Man geht nicht irre, wenn man sie samt und sonders als Berufsdiebe charakterisiert. Lüge, Trägheit, Falschheit, Durchtriebenheit und Erfahrungen auf allen Gebieten des Asozialen sind ihnen eigen. Feld- und Hühnerdiebstähle, Betrugereien und Sexualverbrechen sind bei ihnen alltägliche Erscheinungen. Es ist höchste Zeit, an dieses Problem ernstlich heranzugehen. Die Zigeunerfrage muß einer nationalsozialistischen Lösung zugeführt werden. (...)"⁵²⁷

Im Raum Salzburg wird das "Zigeunerproblem" erst durch die Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten geschaffen. Bis dahin gibt es in dieser Gegend keine ansässigen "Zigeuner". Dazu Erika Thurner:

"Salzburg war nur ein Durchzugsland für nomadisierende Sinti aus dem ostösterreichischen und süddeutschen Raum. Erst Hitlers Machtergreifung in Deutschland zeigte auch

⁵²⁶ Thurner, Erika: "Die Verfolgung der Zigeuner", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 474

⁵²⁷ "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitterutzner, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, S 480

Auswirkungen auf die österreichischen Alpenländer. Mit der Verkündung der Nürnberger Gesetze 1935 wichen größere Gruppen nach Österreich aus. In dieser Phase begegnete man dem Problem mit der Abschiebung der 'Eindringlinge' in den nächsten Bezirk. Während sich im Jahr 1938 durchschnittlich 20 Zigeuner in der Stadt Salzburg aufhielten, hatte man im Bezirk St. Johann im Pongau bereits 710 Zigeuner 'behandelt'.⁵²⁸

Der Pinzgau ist in den ersten Jahren der Machtübernahme von Abschiebungen aus dem Gau Tirol und Bayern betroffen. Vor allem im Raum Mittersill (Paß Thurn), Saalfelden und Leogang werden immer wieder "Zigeuner" aufgegriffen. Die Beamten aus Tirol bringen "Zigeuner" mit LKW's oder per Bahn in den Pinzgau, ohne die Kollegen im Gau Salzburg davon zu informieren. Auszug aus dem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Zell am See an den Landeshauptmann Salzburg vom 22. August 1938:

"Am 17.8.1938 mußten an der Bezirksgrenze in Unken Zigeuner übernommen werden, obwohl dem Bezirksamt in Reichenhall ausdrücklich durch Fernsprecher mitgeteilt worden ist, daß ein Eindringen der Zigeuner in den Bezirk Zell am See nicht zulässig ist.

Diese Zigeuner waren einige Zeit vorher aus dem Bezirk in der Richtung Osten abgedrängt worden, da Tirol keine Zigeuner über die Grenze lässt. Diese Zigeuner sind durch das Salzbachtal abgewandert und wollten über Reichenhall-Lofer wieder nach Tirol. Die Zigeuner wurden am 17.8.1938 von Posten zu Posten wieder nach Schwarzach abgeschoben.

Am 21.8.1938 hat das Bezirksamt Reichenhall neuerdings Zigeuner an der Grenze bei Melleck gestellt, deren Übernahme jedoch verweigert wurde. Durch das Hin- und Herschieben der Zigeuner erwachsen dem Amte und den Gendarmerieposten große Schwierigkeiten, da die Zigeuner nur unter dem schärfsten Drucke den Anordnungen Folge leisten.

⁵²⁸ Thurner, Erika: "Die Verfolgung der Zigeuner", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 475

Es wird gebeten, in geeignet erscheinender Weise auf das Bezirksamt in Reichenhall einwirken zu wollen, damit die Zigeuner nicht mehr in Richtung gegen Zell am See oder Tirol abgeschoben werden, sondern vorschriftsgemäß in der Richtung nach Osten."⁵²⁹

Monate später ist die Situation noch immer nicht unter Kontrolle. Die Beamten in Tirol schicken Familien nach wie vor über die Gaugrenzen. Auszug aus dem Bericht der Gendarmerie Weißbach bei Lofer an die Gendarmerie Zell am See betreffend "Zigeunerüberstellungen" von Tirol nach Salzburg vom 29. Mai 1939:

"Am 22. Mai 1939 wurde vom Unterfertigten beim Kleber- und Haitzmannbauern in Obsthurn, Überwachungsgebiet Weißbach, die Zigeunerfamilie Bauer, Reinhardt und Schöpf, insgesamt 27 Köpfe, davon 16 Kinder, aufgegriffen.

Wie die Umfrage einwandfrei ergeben hat, sind die in Rede stehenden Zigeunerfamilien am Samstag, dem 20. Mai 1939, nachmittags, von Lofer kommend, in den Rayon Weißbach eingedrungen und haben sich bei den genannten Bauer eingenistet. Am 23. Mai 1939 wurden diese Zigeuner zum Zwecke der Rückstellung in den Gau Tirol von dem Unterfertigten nach St. Martin gebracht, woselbst sie dann von den Beamten der Gend. Station Lofer übernommen und über die Gaugrenze Salzburg-Tirol in den Gend. Rayon Waidring abgedrängt wurden. Der Zigeuner Josef Schöpf eröffnete dem Unterfertigten im Vertrauen, daß alle 27 Köpfe in der Nacht vom 19. zum 20. Mai 1939 mit dem Lastkraftwagen von Walchensee in Tirol unter Begleitung von zwei Gendarmen in Zivilkleidung direkt über die Landesgrenze bis in die Lindenallee vor die Ortschaft Lofer überstellt und dort abgeladen worden waren. Beim Abladen wurde den Zigeunern von den Gendarmen bedeutet, so sagte der Zigeuner Schöpf, sie sollen ja nicht erwähnen, von wo sie hergekommen sind und auf welche Weise sie überstellt worden sind. (...)

⁵²⁹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 481 ff und DÖW E 18.518

Nach den bisherigen Wahrnehmungen zu schließen, hatten die Gend. Beamten von Waidring stets die Gepflogenheit, die fallweise von den Gend. Stationen Weißbach und Lofer in ihren Rayon abgedrängten Zigeuner wieder in unberechtigter und rücksichtsloser Weise nach Lofer zurückzudrängen, obwohl die Zigeuner in diesen Fällen vorher immer aus Tirol kamen... (...) Es ist dann wohl begreiflich und als selbstverständlich anzusehen, daß die Zigeuner bei derlei Hin- und Herschieberei aufs äußerste erregt werden. (...) welcher Umstand sodann wohl sehr leicht eine Ausschreitung oder gar einen Waffengebrauch heraufbeschwören kann."⁵³⁰

Die Gendarmerie in Saalfelden wird aktiv. Sie berichtet über die Vorfälle im Mai an die übergeordnete Stelle. Auszug aus dem Gendarmeriebericht Saalfelden an die Gendarmerieinspektion Zell am See vom 31. Mai 1939:

"Seit einiger Zeit werden aus Tirol, und zwar von den angrenzenden Gend. Stationen, wiederholt Zigeuner anher abgedrängt, ohne daß eine der hiesigen Stationen vorher zwecks Übernahme von dort verständigt wird.

So hat sich am 23. Mai 1939 abends wieder ein ähnlicher Fall ereignet, und wurde von der Gend. Station St. Johann in Tirol die Zigeunerfamilie - Seger und Blach - aus Villach in Kärnten mittels Bahn bis Bahnhof Saalfelden abgedrängt, ohne daß die hiesige Station hievon vorher verständigt worden wäre. Diese Zigeuner kamen ohne die übliche Gendarmeriebegleitung hier mit dem P-Zug um 22 Uhr 38 an. Zur Begleichung der Fahrtauslage St. Johann in Tirol bis Bahnhof Saalfelden wurde dem Seeger ein Fahrrad beschlagnahmt und veräußert. Die beiden Zigeunerfamilien bestanden aus 9 Personen. (...)

Es wäre daher höchst an der Zeit, wenn die Zigeunerfrage für dauernd gelöst werden würde, indem dieselben ohne Rücksicht auf Kinder, Frauen oder Männer in ein gemeinsames Lager

⁵³⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 485 ff und DÖW E 18.518

gebracht und letztere zur Arbeit herangezogen würden. Eine andere Lösung ist nicht denkbar."⁵³¹

Die betroffenen Gendarmeriebeamten fordern eine "endgültige Lösung" für die "Zigeunerfrage". Die Einweisung in ein Lager wird angeregt. Auszug aus dem Bericht der Gendarmerieinspektion Zell am See an den Landrat vom 2. Juni 1939:

"Diese von den Behörden und der Gendarmerie in Tirol bisher angewendeten Methoden sind geeignet, bei dem geringen Stand der hiesigen Gend. Stationen Zigeuner und sonstiges wanderndes Volk, selbst in größeren Horden, in den hiesigen Landkreis anzudrängen. Hiezu dient vorwiegend der Paß Thurn bei Mittersill, Paß Strub bei Lofer, der Übergang von Hochfilzen nach Leogang und die Eisenbahn von Tirol nach Saalfelden. Auf allen aufgezeigten Routen kam es in letzter Zeit vor, daß Zigeuner aus Tirol heimlich ohne Verständigung der zuständigen Gend. Stationen bei Tag und Nacht in das Gebiet des Landkreises Zell am See abgedrängt wurden. (...)

Im Interesse der Allgemeinheit erscheint es sehr wünschenswert, daß endlich einmal ein Weg eingeschlagen wird, der nach der endgültigen Regelung der Juden- und Landstreicherfrage auch dieses der gegenwärtigen Zeit hohnsprechende Problem restlos löst. Es wäre höchst an der Zeit, daß man in der Zeit des größten Arbeitermangels diesem arbeitsscheuen Gesindel entweder durch Einreihung in die Arbeiterkolonnen oder Abgabe in ein geeignetes Lager entgegengeht, nicht daß man diese Plage auf das arbeitende und strebsame Volk förmlich losläßt."⁵³²

Die Behörden reagieren: In Salzburg wird ein Anhaltelager für "Zigeuner" errichtet. Das "Zigeunerlager"⁵³³ befindet sich im Bereich Moosstraße – Kendlerstraße – Kräutlerweg – Glan. Aus der Stadt Salzburg werden alle "Zigeuner" von der Kriminalpolizei in das Lager zusammengezogen. Die Bedingungen im mit Stacheldraht umgebenen Lager sind

⁵³¹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 486 ff und DÖW E 18.518

⁵³² vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 487 ff und DÖW E 18.518

⁵³³ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 621

menschenunwürdig und katastrophal. Anton Böhmer, Leiter der Kriminalpolizei Salzburg, berichtet am 16. Feber 1940 nach Berlin:

"...Die Zahl belief sich bis Anfang Dezember auf etwa 138 Personen, von denen über ein Drittel dem Kindes- und Jugendalter angehören. Die Unterbringung dortselbst ist teilweise derartig primitiv und selbst für normale Witterungsverhältnisse so unzureichend, daß schon aus dieser Tatsache allein gewisse Gefahrenmomente sowohl für die Untergebrachten als auch für die Stadtbevölkerung entstehen. Nur ein Teil der dort untergebrachten Familien verfügte über Wohnwagen, während ein großer Teil in zunächst zur Verfügung gestellten Zelten Unterkunft finden mußte. (...)"⁵³⁴

Die Kriminalpolizei versucht die Zahl der LagerinsassInnen auf ihre Art gering zu halten: "Darüber hinaus ist in allen nur eben möglichen Fällen versucht worden, Zigeuner bei Vorlage der geforderten Voraussetzungen in Konzentrationslager zu überweisen."⁵³⁵ Trotzdem stellt sich bald heraus, dass das Lager, in dem im Frühsommer 1940 bereits rund 270 "Zigeuner" interniert sind, viel zu klein ist. Beratungen über die Vergrößerung des Lagers beginnen. Geplant ist die Zusammenziehung aller "Zigeuner" des Gaues Salzburg. Aus Berlin kommt 1940 die Meldung einer bevorstehenden Ostdeportation aller "Zigeuner" der "Ostmark".⁵³⁶ Auszug aus dem Schreiben Anton Böhmers, Leiter der Kriminalabteilung Salzburg, an alle Landräte vom 5. Juli 1940:

"Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat sich mit der Umsiedlung von 5000-6000 Zigeuner aus der Ostmark einverstanden erklärt. Die zur Verschickung kommenden Zigeuner müssen jedoch bestimmten Bedingungen entsprechen und einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden. (...)

Zur Vorbereitung der Übernahme sämtlicher Zigeuner in Sammellager in Salzburg ist die vorherige Errichtung von

⁵³⁴ Aus dem Schreiben des Leiters der Kripo Salzburg, Anton Böhmer vom 16.2.1940, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 490 ff

⁵³⁵ Aus dem Schreiben des Leiters der Kripo Salzburg, Anton Böhmer vom 16.2.1940, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 492

⁵³⁶ vgl. Thurner, Erika: "Die Verfolgung der Zigeuner", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 476 ff

einfachsten Wohnhütten, die einen Aufenthalt von wenigen Wochen gewährleisten erforderlich." ⁵³⁷

Der erste große österreichische "Zigeunertransporte" steht im Oktober 1941 fest. Ziel ist das von den Deutschen in "Litzmannstadt" umbenannte Lodz (Polen). Im Herbst 1941 verlassen fünf "Zigeunertransporte" aus dem Burgenland und der Steiermark mit jeweils rund 1.000 Personen Österreich in Richtung Lodz. ⁵³⁸ Die Kriminalpolizei in Salzburg will sich auf keinen Fall die Möglichkeit entgehen lassen, alle "Zigeuner" endlich los zu werden. Die sofortige Inhaftierung und Internierung aller "Zigeuner" im Gau Salzburg ist geplant. Doch daraus wird nichts mehr. Die weitere Ostdeportation wird schließlich wegen "Transportschwierigkeiten" abgesagt. ⁵³⁹

Im September 1940 werden die Hütten im Lager niedergerissen und durch zwei größere Baracken ersetzt. Eine Lagerordnung soll den Alltag regeln. Die arbeitsfähigen "Zigeuner" werden zur Arbeit verpflichtet. Das Verlassen des Lagers ist nur mit Erlaubnisschein erlaubt. Aufsichtspersonen aus dem Lager sind für die Einhaltung der Lagerordnung verantwortlich. "Dem Lagerkommandanten ist das Recht eingeräumt, gegen Zigeuner, die sich der Lagerordnung nicht fügen wollen, mit pol. Erziehungsmaßnahmen vorzugehen. (...)" ⁵⁴⁰

Im September 1940 werden rund 30 Männer für die Regulierung der Glan an die Wasserwirtschaftsverwaltung abgestellt. ⁵⁴¹ Rund 30 bis 40 "Zigeuner" werden im September und Oktober 1940 der NS-Filmmacherin Leni Riefenstahl für ein Filmprojekt zur Verfügung gestellt. Die "Zigeuner" aus dem Lager Salzburg werden für die Riefenstahl-Film GMBH für den NS-Propagandafilm "Tiefeland" als NebendarstellerInnen im bayrischen Mittenwald eingesetzt. ⁵⁴² SS-Sturmbannführer Dr. Böhmer erstellt ein Verzeichnis der ersten 19 zugewiesenen "Zigeuner". Anmerkung: "Es wird bestätigt, daß

⁵³⁷ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 496 ff und DÖW E 18.518

⁵³⁸ vgl. Florian Freund: "Geschichte der Verfolgung der österreichischen Roma und Sinti 1938-1945" http://www.doew.at/thema/thema_alt/wuv/roma/geschichte.html (Heruntergeladen 13.6.2012)

⁵³⁹ vgl. Thurner, Erika: "Die Verfolgung der Zigeuner", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 476 ff

⁵⁴⁰ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 506 ff und DÖW E 18.518

⁵⁴¹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 506 ff und DÖW E 18.518

⁵⁴² vgl. Thurner, Erika: "Die Verfolgung der Zigeuner", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 478

ausweislich der bisher durchgeführten Personenstandserhebungen die vorbezeichneten Zigeuner nicht jüdisch versippt sind."⁵⁴³

Im Frühjahr 1943, in den Monaten März und April, wird das Lager in Salzburg geräumt. Der Großteil der rund 300 "Zigeuner" wird nach Auschwitz deportiert. Eine kleine Gruppe wird in das Lager nach Lackenbach im Burgenland übersiedelt.⁵⁴⁴

10 Die ZwangsarbeiterInnen

"Von NS-Zwangsarbeit ist dann zu sprechen, wenn außerökonomischer Zwang ausschlaggebend dafür war, daß eine Person arbeitete, nicht nur unabhängig von ihrer Profession und Fähigkeit, sondern alleine abhängig von ihrer Herkunft (national, ethnisch, religiös); von Zwangsarbeit ist auch dann zu sprechen, wenn diskriminierende arbeitsrechtliche Sonderbedingungen geschaffen wurden, die eine definierte Gruppe von Menschen zur Arbeit anhielten."⁵⁴⁵

Zwangsarbeit ist keine Erfindung des NS-Staates, erreicht aber im "Dritten Reich" enorme Ausmaße. Bereits zu Friedenszeiten überlegt sich die Führung der Wehrmacht, was im Falle eines Krieges mit den anfallenden Kriegsgefangenen geschehen soll. In mehrere Richtlinien wird der Umgang mit Kriegsgefangenen festgelegt.⁵⁴⁶ Die Ausbeutung von Millionen ZwangsarbeiterInnen wird zum fixen Bestandteil der Kriegswirtschaft im NS-Staat. Zwangsarbeit liegt für Peter Ruggenthaler vor, wenn eine Person gegen ihren Willen durch psychische Gewaltanwendung oder durch die Androhung von Gewalt zu einem Tun angehalten wird.⁵⁴⁷ Die Industrie kämpft Ende der 1930er Jahren mit einem Mangel an FacharbeiterInnen. Darum werden bereits 1938 aus Italien, den Niederlanden und der

⁵⁴³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 504 und DÖW E 18.518

⁵⁴⁴ vgl. Thurner, Erika: "Die Verfolgung der Zigeuner", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 479

⁵⁴⁵ Florian Freund/Bertrand Perz: Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und ZwangsarbeiterInnen aus dem Gebiet der Republik Österreich, Wien 2000 S 3 ff, zitiert In: Florian Freund: NS-Arbeitskräftepolitik in der "Ostmark", In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 8-27, hier S 9

⁵⁴⁶ vgl. Herbert Speckner: In der Gewalt des Feines – Kriegsgefangenenlager in der "Ostmark" 1939 bis 1945, Oldenburg Verlag, Wien 2003, S 34

⁵⁴⁷ vgl. Peter Ruggenthaler; Stefan Karner: In "Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945". Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 23

Tschechoslowakei Facharbeiter angeworben. Ab 1940, so zeigt das Beispiel der "Reichswerke Hermann Göring AG", beginnt die heiße Phase der Rekrutierung von ZwangsarbeiterInnen.⁵⁴⁸ Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen in der Wirtschaft ist eng verknüpft mit dem Verlauf des Krieges. Je mehr Soldaten zur Wehrmacht eingezogen werden, desto größer wird der Bedarf an Arbeitskräften. Daher werden ab Sommer 1940 zunehmend Kriegsgefangene und ausländische ZwangsarbeiterInnen zum Arbeitseinsatz herangezogen.⁵⁴⁹ Florian Freund sieht drei Perioden in der NS-Arbeitskräftepolitik in Österreich. In der ersten Periode (vom "Anschluss" bis zum Kriegsbeginn) werden jene Gruppen zur Zwangsarbeit eingesetzt, die der NS-Staat aus rassistischen Gründen verfolgte: Betroffen davon sind Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti. In der zweiten Periode (vom Kriegsbeginn bis zum Scheitern des "Blitzkrieges" im Winter 1941/42) werden vor allem zivile AusländerInnen und Kriegsgefangene aus den besetzten Gebieten als Arbeitskräfte eingesetzt. In der dritten Periode (ab 1941/42 bis zum Ende der NS Herrschaft) werden alle Gruppen zur Zwangsarbeit eingesetzt: KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, Juden und Jüdinnen. Ohne den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte wäre der Krieg nicht mehr durchführbar.⁵⁵⁰ KZ Häftlinge werden ab 1942 vorwiegend in der Industrie eingesetzt. Vor allem die Rüstungsindustrie kann sich auf politischem Weg durchsetzen und erhält ZwangsarbeiterInnen aus den Konzentrationslagern zugeteilt.⁵⁵¹

Der mit Abstand größte Teil ausländischer Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft des "Deutschen Reiches" sind ZivilistInnen. Aus allen Teilen Europas, die von den Nationalsozialisten besetzt werden, werden Zivilisten nach Deutschland verschleppt. Von den rund neun Millionen ausländischen ArbeiterInnen sind rund 7,6 Millionen ZivilistInnen, 1,4 Millionen sind Kriegsgefangene.⁵⁵²

⁵⁴⁸ vgl. Oliver Rathkolb (Hg.): NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der "Reichswerke Hermann Göring AG Berlin" 1938-1945, Bd 1: Zwangsarbeit-Sklavenarbeit: Politik-, sozial- und wirtschaftshistorische Studien, Christian Gonsa, Gabriella Hauch, Michael John, Josef Moser, Bertrand Perz, Oliver Rathkolb, Michaela C. Schober, Böhlau, Wien, 2001 S 302

⁵⁴⁹ vgl. Florian Freund; Bertrand Perz: Fremdarbeiter und KZ Häftlinge in der "Ostmark", In: Europa und der "Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, hg v Ulrich Herbert, Essen 1991, S 317-350, hier S 317 ff

⁵⁵⁰ vgl. Florian Freund: NS-Arbeitskräftepolitik in der "Ostmark", In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 8-27, hier S 8 ff

⁵⁵¹ vgl. Florian Freund, Bertrand Perz: Das KZ in der Serbenhalle. Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988 (Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich Bd. 1) S 65

⁵⁵² vgl. Peter Ruggenthaler; Stefan Karner: In "Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945". Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 25 ff

Unter meist unmenschlichen Bedingungen müssen ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft, im Straßenbau, im Kraftwerksbau, im Bahnbau oder beim Flussbau arbeiten. Die örtlichen NS-Funktionäre und private Firmen nutzen die Gunst der Stunde, ZwangsarbeiterInnen einzusetzen, um Maßnahmen in der örtlichen Infrastruktur umzusetzen. Die ArbeiterInnen sind "kostengünstig" und können bis zum Tod ausgenutzt werden. Zahlreiche Verkehrswege im Pinzgau werden von ZwangsarbeiterInnen errichtet.⁵⁵³

Zwischen 1939 und 1945 müssen allein am Uttendorfer Weißsee, einem Nebenlager des KZ Dachau, 450 ArbeiterInnen Zwangsarbeit beim Kraftwerksbau leisten.⁵⁵⁴ Die meisten ZwangsarbeiterInnen werden im Pinzgau beim Kraftwerksbau in Kaprun eingesetzt. Zwischen 1939 und 1945 werden in Kaprun tausende ZwangsarbeiterInnen in insgesamt 15 verschiedenen Lagern festgehalten.⁵⁵⁵

Ein außergewöhnliches militärisches Projekt findet in Mittersill statt. 1939 wird die "Versuchsstelle für militärische Zwecke" in Mittersill eingerichtet. Die Versuchsstelle soll neue Seilbahnsysteme für den Kriegseinsatz an der Ostfront entwickeln und erproben. 40 Kriegsgefangene werden dazu herangezogen.⁵⁵⁶

Zwischen 1939 und 1945 stehen rund 20.000 österreichische Juden und Jüdinnen im "Arbeitsdienst". Das heißt, sie müssen unter unmenschlichen Bedingungen schwere körperliche Arbeiten verrichten. Innerhalb der "Ostmark" existieren zwischen 1939 und 1941/1942 rund 30 derartige "Arbeitslager", wo Juden und Jüdinnen entweder für private Firmen oder öffentliche Bauträger zur Zwangsarbeit eingesetzt werden. Daneben existieren weiter 16 "Umerziehungslager", die von der Zentralstelle für jüdische Auswanderer

⁵⁵³ vgl. Ela Hornung, Ernst Langthaler, Sabine Schweitzer: Landarbeit unter Zwang. Ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft am Beispiel des Reichsgaues Niederdonau 1939-1945. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2004/1. Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in den besetzten Gebieten. Akademie Verlags GmbH, Berlin 2004 S 13-41 , hier S 27

⁵⁵⁴ Nicole Slupetzky in "Pinzgauer Nachrichten", 25.8.2005

⁵⁵⁵ vgl. Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 121 ff

⁵⁵⁶ Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 97

kontrolliert werden. Unzählige kleine oder große Baufirmen profitieren vom Einsatz der ZwangsarbeiterInnen.⁵⁵⁷

10.1 Zwangsarbeit in der Landwirtschaft

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges spitzt sich die Personalknappheit bei den bäuerlichen Betrieben zu: die Männer und Söhne müssen den Betrieb verlassen und werden in die Wehrmacht eingezogen. Zurück bleiben Frauen und Kinder, die eine Versorgung der Bevölkerung auf Dauer nicht aufrecht erhalten können. Viele Regionen, allen voran der Oberpinzgau mit seiner großbäuerlichen Struktur, sind während der NS Zeit von der Arbeit der Kriegsgefangenen und der zivilen ZwangsarbeiterInnen regelrecht abhängig.⁵⁵⁸ Der Pinzgauer Landrat Dr. Bernhard Allerberger beklagt sich beispielsweise im Frühjahr 1940 in einem Lagebericht, dass sich durch die Einberufungen in die Wehrmacht der Landarbeitermangel in der Region verstärkt. Dies obwohl zu dieser Zeit bereits polnische ArbeiterInnen im Pinzgau eingesetzt sind.⁵⁵⁹

Ausländische Arbeitskräfte werden Anfangs in den befreundeten Staaten angeworben. Höheres Einkommen lockt beispielsweise Italiener ab 1937 in das "Deutsche Reich". In den besetzten Gebieten erfolgt die Anwerbung von Arbeitskräften mit Druck, indem die deutsche Besatzungsmacht etwa Betriebe stilllegt und damit die Arbeitslosigkeit steigert. Ab 1940/41 erfolgt die Rekrutierung von Arbeitskräften gewaltsam. Menschen (vor allem aus den besetzten Ostgebieten) die aus Sicht des NS-Systems als "minderwertig" eingestuft werden, werden gewaltsam deportiert.

Bereits im Jahr 1939 werden die ersten polnischen Kriegsgefangenen in das Land Salzburg gebracht.⁵⁶⁰ Die PolInnen sind mit einem "P" gekennzeichnet und die "Ostarbeiter"⁵⁶¹ mit

⁵⁵⁷ vgl. Wolf Gruner: Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938-45. Der Nationalsozialismus und seine Folgen, Bd. 1. Herausgegeben für die Forschungsgemeinschaft zur Geschichte des Nationalsozialismus von Florian Freund, Bertrand Perz, Karl Stuhlpfarrer, Studien Verlag, Innsbruck, Wien, München 2000 S 296, S 301

⁵⁵⁸ vgl. Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 68

⁵⁵⁹ vgl. Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 28

⁵⁶⁰ Peter Ruggenthaler: In "Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945". (Hg.) Historikerkommission, Wien 2002, S 335

⁵⁶¹ Menschen aus der Sowjetunion werden ab 1942 zur Zwangsarbeit ins "Deutsche Reich" gebracht.

"OST". Die Kennzeichnungsvorschrift wird im Pinzgau "stets streng" überwacht.⁵⁶² Im November 1939, zwei Monate nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen, veröffentlicht der Salzburger "Leiter der Hauptstelle für aktive Propaganda", Otto Kischel, einen Aufruf für den richtigen Umgang mit Kriegsgefangenen:

"Wer ihnen [den Kriegsgefangenen, Anm. R.L.] begegnet, soll sich nicht um sie kümmern, weder Haß noch Mitleid sind am Platze. Es entspricht nicht dem deutschen Wesen, einen waffenlos gewordenen, in Gefangenschaft geratenen Soldaten zu beschimpfen, aber auch Mitleidsbezeugungen sind nicht am Platz... Man tut am besten, sich Kriegsgefangenen gegenüber schweigend zu verhalten; neugieriges Herandrängen ist unwürdig."⁵⁶³

Für das NS-Regime stellt sich schon bald ein ernsthaftes Problem: freundschaftliche Verbundenheit zwischen einigen ZwangsarbeiterInnen und der einheimischen Bevölkerung. Der Landrat von Zell am See schreibt bei seinem regelmäßigen Lagebericht nach Salzburg am 2. Februar 1940:

"Die eingesetzten polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen werden scharf überwacht, eingerissene Unzukömmlichkeiten werden sofort unterdrückt. Es war leider Tatsache, daß sich eine Reihe von Volksgenossen und auch Parteigenossen nicht enthalten konnten, mit den Polen freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und an ihren Tanzunterhaltungen teilzunehmen".⁵⁶⁴

Im März 1940 tritt der so genannte "Polen-Erlass" in Kraft. Damit soll der unerwünschte Kontakt zwischen Deutschen und AusländerInnen verhindert werden. Polnischen ZwangsarbeiterInnen wird der Besuch von Theatern, Kinos, Gaststätten und Tanzveranstaltungen verboten. Alkohol dürfen Polen nur in eigens zugewiesenen

⁵⁶² vgl. Peter Ruggenthaler: In "Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945". (Hg.) Historikerkommission, Wien 2002, S 352 ff

⁵⁶³ Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 56

⁵⁶⁴ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.1, S 505, SLA,PA,K. 432, 1940/225, DÖW E 18.337

Gaststätten zu sich nehmen. Zwei Jahre später, 1942, tritt der noch wesentlich restriktivere "Ostarbeiter-Erlass" in Kraft. Er richtet sich vor allem gegen die sowjetischen Arbeitskräfte. Er sieht ein Ausgehverbot rund um die Uhr vor. Dieser Erlass ist in der Praxis allerdings nicht durchsetzbar. Einerseits fehlt für die Überprüfung das notwendige Personal, andererseits halten sich die DienstgeberInnen, die Bauern und Bäuerinnen, nicht an diese Anordnung und geben den ArbeiterInnen etwa zum Kirchgang frei. Das absolute Ausgehverbot wird schließlich wieder aufgehoben.⁵⁶⁵ Die Anwesenheit ausländischer ZwangsarbeiterInnen ist für manche "Volksgenossen" sichtlich ein Problem. Auch die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel durch ZwangsarbeiterInnen ist davon betroffen. Auszug aus dem Schreiben des Landrates an den Gendarmerieposten Kaprun am 21. Dezember 1942.

"Nach Dienstzulässigkeit ist bei den Omnibussen eine Kontrolle vorzunehmen. Ostarbeiter und Polen sind nur dann zur Beförderung zuzulassen, wenn sie leicht Platz haben."⁵⁶⁶

Im April 1940 bestellt der Landrat in Zell am See bereits 600 Formulare für "polnische Zivilarbeiter", die offenbar bereits in der Region sind oder dort erwartet werden.⁵⁶⁷ Die Bedingungen für die ausländischen ArbeiterInnen in der Landwirtschaft ist unterschiedlich. Sie sind den Launen der Bauern und Bäuerinnen ausgesetzt. Wer Glück hat, kommt bei einem Betrieb unter, in dem es genügend zu essen gibt, erhält eine menschenwürdige Unterkunft und wird gut behandelt. Diese Bauern und Bäuerinnen wissen, ohne die Hilfe der ZwangsarbeiterInnen kann die Arbeit nicht geleistet werden. Andere ZwangsarbeiterInnen haben weniger Glück. In Stuhlfelden berichtet ein 21-jähriger Pole, der 1943 bei einem Bauern beschäftigt ist:

"Ich kann bei meinem jetzigen Bauern nicht bleiben. Seit zwei Jahren bin ich dort und bekomme keinen Lohn; ich kann mich nicht nur erinnern, im Sommer vielleicht zwei mal 5,- und zwei mal 2,- RM bekommen zu haben... Das Essen ist sehr wenig

⁵⁶⁵ vgl. Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 65 ff

⁵⁶⁶ SLA, HB Akte, Karton 102; 1942 411-420, 434-435

⁵⁶⁷ SLA, RSTH 1/3,125/1940, S 37 In: Peter Ruggenthaler, "Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945". Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 335

und schlecht. Ich bekomme immer nur Kartoffeln, Fleisch o.a. habe ich nur zu Weihnachten bekommen. Der Bauer H. schlägt mich öfter; genau weiß ich nicht wie oft, es war aber viel mehr als 5mal. Er hat mich an den Haaren gerissen und mit den Händen geschlagen."⁵⁶⁸

Penibel werden landesweit die Kriegsgefangenen erfasst. Das NS-Regime will ganz genau wissen, wo die einzelnen Gefangenen im Land verteilt sind. In einem Bericht vom Gendarmerieposten Bramberg vom September 1940 wird die Ankunft französischer Kriegsgefangener dokumentiert:

"Am 5. September 1940 sind 20 Kriegsgefangene Franzosen mit 2 Bewachungsmännern in Bramberg eingetroffen. Von diesen 20 Kfg [Kriegsgefangene, Anm. R.L.] verbleiben 12 in Bramberg und 8 werden nach Mühlbach verbracht."⁵⁶⁹

Im März 1941 sind insgesamt 399 ZwangsarbeiterInnen im Pinzgau, aufgeteilt in verschiedenen Gemeinden, in der Landwirtschaft eingesetzt.⁵⁷⁰ Der Einsatz polnischer ZwangsarbeiterInnen wird in den folgenden Monaten ständig ausgeweitet. Im März 1942 sind im Land Salzburg 600 PolInnen im Einsatz. Bei jedem Zwangsarbeitertransport sind rund 100 ArbeiterInnen für den Pinzgau vorgesehen.⁵⁷¹

Die Landarbeit im Pinzgau kann ab 1942 nur mehr mit dem Einsatz von Kriegsgefangenen und zivilen ZwangsarbeiterInnen geleistet werden. Die meisten wehrfähigen Männer sind an der Front. Nur Frauen, Alte, Kinder und für den Wehrdienst untauglich befundene oder UK-gestellte Männer sind in der Landwirtschaft tätig. Die in der Landwirtschaft tätigen Frauen wenden sich mit dringenden Hilfsappellen an den zuständigen Landrat. Ohne Hilfe der Kriegsgefangenen, so der Tenor, könne die Arbeit in der Landwirtschaft nicht mehr

⁵⁶⁸ SLA, Zell am See, HB-Akten 1943,438-16-43 In: Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 74

⁵⁶⁹ SLA, HB Akte, Karton 101; 1942 213,301-303,402-409

⁵⁷⁰ Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 71

⁵⁷¹ SLA, RSTH 1/3, 126/1944, S 204 In: Peter Ruggenthaler: "Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945". Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 336

aufrecht erhalten werden. Auszug aus dem Schreiben des Landesarbeitsamtes an den Landrat in Zell am See vom 14. Jänner 1942:

"Der franz. Kgf. Lucien Rollst...wurde in die Heimat entlassen. In den nächsten Tagen wird ein anderer franz. Kgf. zum Arb. Kdo. 25073 L - Gemeinde Bramberg z. Vfg. der Frau Anna Voithofer, Senninger i/Bramberg in Marsch gesetzt."⁵⁷²

Die Überwachung und Disziplinierung, "Sonderbehandlung", wie es in der NS-Diktion heißt, der zahlreichen ZwangsarbeiterInnen wird ab 1942 für die NS-Führung zunehmend zum Problem. Bei einer Sitzung der Gauleiter wird daher angeregt, die Gemeindegefängnisse wieder zu öffnen. Auszug aus dem Schreiben des Reichsstatthalters in Salzburg an den Landrat Zell am See vom 10. September 1942:

"Bei der am 8.9.d.J. beim Gauleiter und Reichsstatthalter stattgehabten Sitzung hat der Landrat von Markt Pongau unter anderem berichtet, daß er in dem von ihm verwalteten Landkreis in allen Gemeinden den Gemeindearrest wieder eröffnen ließ, um ausreichende Vollzugsmöglichkeiten für die evt Bestrafung der eingesetzten polnischen und altsowjetischen Zivilarbeiter zu haben. Ich stelle es Ihnen anheim, erforderlichenfalls eine ähnliche Maßnahme zu treffen."⁵⁷³

Die Vollzugsmeldung erfolgt am 18. September 1942. Die Gemeindearreste im Pinzgau sind laut Landrat in Zell am See seit "jeher für die Zwecke der Sonderbehandlung" herangezogen worden.⁵⁷⁴ Der Maßnahmenkatalog bei "Regelverstößen" oder Arbeitsverweigerung reicht von Geldstrafen, körperlicher Züchtigung, Inhaftierung oder Einweisung in ein so genanntes "Arbeitserziehungslager" bzw. Konzentrationslager, bis hin zur Todesstrafe. Aus einem Schreiben vom 13. August 1942 von Landrat Allerberger an den Reichstatthalter in Salzburg geht hervor, dass der Einsatz körperlicher Gewalt häufig von Gendarmen oder dem Dienstgeber gegen "Ostarbeiter" im Pinzgau eingesetzt

⁵⁷² SLA, HB Akte, Karton 101; 1942 213,301-303,402-409

⁵⁷³ SLA, HB Akte, Karton 102; 1942 411-420, 434-435

⁵⁷⁴ SLA, HB Akte, Karton 102; 1942 411-420, 434-435

wird.⁵⁷⁵ Nach Aussagen von ZeitzeugInnen setzen einige Bauern und Bäurinnen in der Region körperliche Gewalt systematisch ein. Die Grenze zum Sadismus wird dabei regelmäßig überschritten. Die Bauern und Bäurinnen haben nichts zu befürchten. Einzige Konsequenz ist die "Nicht-Zuteilung" von ausländischen Arbeitskräften.⁵⁷⁶

Im September 1944 werden im Land Salzburg 22.080 ausländische Arbeitskräfte eingesetzt. Ein Drittel davon im Pinzgau. Die Hälfte der 6.974 im Pinzgau registrierten AusländerInnen kommt aus der Ukraine und aus Polen. Die andere Hälfte kommt aus Belgien, Frankreich, Italien und Kroatien. Trotzdem bildet der Gau Salzburg das Schlusslicht in der "Ostmark" beim Einsatz von ausländischen Arbeitskräften. Im Vergleich zu allen anderen Gauen sind im Land Salzburg die wenigsten Arbeitskräfte im Einsatz. Die Industrieregionen Niederdonau und Oberdonau haben die meisten ausländischen Arbeitskräfte im Einsatz.⁵⁷⁷

10.1.1 "Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen"

Jeder Verkehr, jeder Umgang, mit Kriegsgefangenen und osteuropäischen ZivilarbeiterInnen ist den "Volksgenossen" verboten und steht unter Strafe. Die Durchsetzung dieser Regelung ist nur durch die Mitarbeit der Bevölkerung möglich. Denunziation und die Bereitschaft gegenseitiger Überwachung sind dafür Grundvoraussetzung. Der Kontakt zwischen der einheimischen Bevölkerung und AusländerInnen ist unerwünscht. Das beginnt bereits beim Geben von Trinkgeldern, Zigaretten oder Getränken. Das Verbot des sexuellen Kontaktes zwischen Deutschen und AusländerInnen betrifft alle Nationen, wird jedoch unterschiedlich geahndet. Bei Betroffenen etwas aus Holland, Frankreich, Norwegen ect. wird keine Strafverfolgung eingeleitet, sie werden den "germanischen Völkern" zugerechnet. "Westlichen" ZivilarbeiterInnen aus Italien, Frankreich, Ungarn, Spanien ect. ist der sexuelle Kontakt prinzipiell erlaubt. Für PolInnen oder sowjetische Kriegsgefangene bedeutet der sexuelle

⁵⁷⁵ SLA, HB Akten Zell am See 1942, 213-26-42, zitiert In: Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 89

⁵⁷⁶ vgl. Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 89

⁵⁷⁷ vgl. Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 9 ff und Margit Reiter: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199, hier S 151

Umgang mit einem deutschen PartnerInnen in der Regel die Todesstrafe.⁵⁷⁸ Mehrere polnische Staatsbürger werden zwischen 1940 und 1943 wegen "geschlechtlicher Beziehung" mit einer Einheimischen hingerichtet. Auszug aus der "Chronik Saalfelden":

"1940 wurde ein polnischer Kriegsgefangener, dem eine Beziehung zu einer Einheimischen vorgeworfen wurde, in Stoissen gehenkt. Die Hinrichtung erfolgte ohne Verfahren, die anderen Kriegsgefangenen mußten der Liquidation beiwohnen."⁵⁷⁹

Die Rauriserin Frieda Rieder gibt am 13. Juni 1960 vor der Marktgemeinde Rauris zu Protokoll:

"Meine Schwester (...) ist von Rauris nach Saalfelden gezogen. Das Jahr ist mir nicht mehr rememberlich. Ich glaube es war 1941. Dort war sie bei einem Bauern als Sennerin beschäftigt. (...) Als Alpherthe gab ihr der Bauer einen Polen (Fremdarbeiter) bei. Durch dieses Zusammensein mit dem Polen ist ein Verhältnis entstanden. (...) Ich weiss nicht, wer die Anzeige ertattete, doch steht fest, daß der Pole öffentlich gehängt und meine Schwester in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht wurde."⁵⁸⁰

Das NS-System ist in diesem Zusammenhang auf die Mithilfe von DenunziantInnen angewiesen. Für die offizielle Überwachung fehlt das notwendige Personal, die Gendarmerie ist damit überfordert. Stellvertretend dafür sei hier ein Fallbeispiel aus Bruck angeführt: Georg Heinz aus Bruck zeigt seine Freundin wegen unerlaubten Umgangs mit Kriegsgefangenen bei der Polizei an. Am 25. Juni 1941 kommt es zur Hauptverhandlung gegen die Angeklagte aus Bruck wegen Vergehens nach der Wehrkraftschutzverordnung. Auszug aus der Beilage des Verhandlungsprotokolls:

"Die Angeklagte bekennt sich schuldig, mit dem französischen Kriegsgefangenen Henry Dunglas im Februar 1941 5-bis 6mal im

⁵⁷⁸ vgl. Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 108

⁵⁷⁹ Eduard Schuster: "Chronik Saalfelden", Saalfelden, 1992, Bd. I, S 372

⁵⁸⁰ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.1, S 509, DÖW 18.264

Vorhaus des Gastwirtes Hirschenwirt in Bruck geschlechtlich verkehrt zu haben (...) "⁵⁸¹

Die Frau aus Bruck wird am 25. Juni 1941 vom Landesgericht Salzburg zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.⁵⁸²

Am 8. Jänner 1942 wird der polnische Landarbeiter Aleksy Jagla in Saalfelden hingerichtet. Ihm wird die Beziehung zu einer Magd in Saalfelden vorgeworfen. Die Hinrichtung muss im Beisein der Gestapo und der SS von zwei polnischen Landsmännern durchgeführt werden. Alle polnischen ZwangsarbeiterInnen müssen zuschauen und zur Abschreckung schließlich am Toten vorbeigehen. Die Magd wird in ein Konzentrationslager eingewiesen.⁵⁸³ Am 20. September 1943 wird ein weiterer polnischer Zwangsarbeiter in einem Wäldchen von Bsusch (Ortsteil Saalfelden) erhängt. Ihm werden geschlechtliche Beziehungen zu einer Einheimischen vorgeworfen.⁵⁸⁴ Nina Egorova ist als Zwangsarbeiterin in Lofer eingesetzt. Sie ist eine jener, die gezwungen werden, bei der Hinrichtung eines polnischen Zwangsarbeiters anwesend zu sein. Sie schildert das makabere Schauspiel:

"1944 wurde nach Lofer ein Pole gebracht, und wir wurden unter Konvoi zu diesem Platz gebracht, um das anzuschauen, um die ganze Prozedur zu sehen."⁵⁸⁵

Zwischen 1941 und 1943 finden mehrere Sondergerichtsverhandlungen wegen "Verbrechens des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen" am Landesgericht Salzburg statt. "Deutsche Frauen aus dem Pinzgau", so die Anklageschrift, werden dabei zu Haftstrafen zwischen drei Monaten und drei Jahren verurteilt. Ihnen wird sexueller Kontakt mit Kriegsgefangenen vorgeworfen.⁵⁸⁶

⁵⁸¹ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 412 und DÖW E 19.189/3 (Reservat)

⁵⁸² Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 617

⁵⁸³ vgl. "Chronik Saalfelden", Saalfelden, 1992, Bd. II, S 753 ff und Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 119

⁵⁸⁴ vgl. "Chronik Saalfelden", Saalfelden, 1992, Bd. II, S 754 und Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 120

⁵⁸⁵ Peter Ruggenthaler: In "Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945". Hg: Historikerkommission, Wien 2002, S 346

⁵⁸⁶ vgl. Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 111

Alois Nußbaumer hat in den Tauf- und Sterbebüchern allein in den Gemeinden Bruck, Saalfelden, Maishofen und Kaprun 163 Kinder von "osteuropäischen Frauen" gefunden, die in den Jahren zwischen 1941 und 1946 geboren werden. 20 dieser Kinder sterben bereits in den ersten Lebensmonaten, 20 weitere innerhalb eines Jahres. Die überlebenden Kinder bleiben entweder bei ihren Müttern oder werden als Pflegekinder bei einheimischen Familien untergebracht. Über das weitere Schicksal dieser Kinder ist wenig bekannt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist die Einsicht in die Verzeichnisse der Gemeinden nicht möglich. Dafür wäre eine gesonderte Arbeit notwendig und durchaus lohnenswert.⁵⁸⁷

10.2 Zwangsarbeit im Kraftwerksbau

Die Planungen für das Kraftwerk Kaprun beginnen im Jahr 1928. Das ursprüngliche Projekt des deutschen Elektronunternehmens AEG ("Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft") sieht vor, die gesamte Wasserkraft der Tauernregion zu nutzen. Riesige Kanal- und Stollensysteme sollen das Wasser zu einem Kraftwerk nach Kaprun leiten. Die Leistung dieses gigantischen Projekts wurde mit mehr als 6 Milliarden Kilowattstunden berechnet, und hätte der dreifachen Bedarfsmenge des jährlichen Stromverbrauchs in Österreich entsprochen. Unterstützung findet die AEG bei der Salzburger Landesregierung, Widerstand gibt es vor allem aus dem Bereich des Alpenvereins. Aus wirtschaftlichen Gründen wird das Projekt Anfang der 1930er Jahre aufgegeben und erst 1938 von den Nationalsozialisten in deutlich reduzierter Form wieder aufgegriffen.⁵⁸⁸

Die meisten ZwangsarbeiterInnen im Landkreis Zell am See sind im Kraftwerksbau in Kaprun eingesetzt. Zwischen 1939 und 1945 sind beim Tauernkraftwerk Kaprun insgesamt 6.339⁵⁸⁹ ZwangsarbeiterInnen aus den verschiedensten Ländern tätig. Unter extremen hochalpinen Bedingungen müssen sie ihre Arbeit verrichten.

⁵⁸⁷ vgl. Alois Nußbaumer: "Fremdarbeiter" im Pinzgau, Edition Tandem, Salzburg/Wien 2011, S 131 und 134

⁵⁸⁸ vgl. Franz Aigenbauer: "Das Ideal der Perfektion – Die Realität des Kaputten" In: Gerhard A. Stadler; Anita Kuisle (Hg.): Technik zwischen Akzeptanz und Widerstand: Gesprächskreis Technikgeschichte 1982-1996, (Cottbusser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 8), Waxmann Verlag, Münster 1999 S 245-252, hier S 248

⁵⁸⁹ Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 130 siehe auch Margit Reiter: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199 S 144

Bereits zwei Monate nach dem "Anschluss" Österreichs, am 16. Mai 1938, versucht Hermann Göring eine pompöse Feier in Kaprun auf die Beine zu stellen. Die Nationalsozialisten möchten den Spatenstich zum Kraftwerk Kaprun propagandistisch nutzen. 300 schaulustige PinzgauerInnen jubeln dem zweiten Mann im Reich zu.⁵⁹⁰ Das NSDAP-Wochenblatt "Welser Zeitung", vom 20. Mai 1938, berichtet unter dem Titel "Spatenstich zum Tauernkraftwerk":

"Montag mittags nahm der Generalfeldmarschall den ersten Spatenstich zum großen Tauernkraftwerk am Ausgang des Kaprunertales vor. Er hat damit des (sic!) Versprechen eingelöst, (...) Die reichen Schätze des Landes Salzburg, die Wasserkräfte seiner gigantischen Bergwelt, zu heben.

Um 10 Uhr 30 traf der Sonderzug in Zell am See ein. Hier empfangen den hohen Gast der Reichsstatthalter Doktor Seyß-Inquart, Gauleiter Ing. Wintersteiner, Generalmajor Feuerstein in Vertretung des kommandierenden Generals des 18. Armeekorps und Staatssekretär a.D. Trendelenburg..."⁵⁹¹

Auch in der Pfarrchronik von Kaprun ist die Spatenstichfeier angeführt. Darin heißt es kurz: "Generalfeldmarschall Göring macht den ersten Spatenstich. Eine sehr schlichte Feier – kein Empfang – kurze Rede – Abfahrt."⁵⁹² Bei diesem Spatenstich kommt es zu schweren Verstimmungen zwischen Hermann Göring und den Organisatoren vor Ort. Göring will, ganz im Sinne der NS-Propaganda, die Gelegenheit nutzen und eine standesgemäße wirtschaftspolitische Rede vor tausenden AnhängerInnen halten. Die Organisation vor Ort ist damit offensichtlich überfordert. Göring wird deshalb "gleich so grantig, daß er unmittelbar nachher entschied, Wintersteiger [Gauleiter DI Anton Wintersteiger, Anm. R.L.] könne nicht definitiver Gauleiter werden."⁵⁹³

⁵⁹⁰ vgl. Festschrift zum 1075. Jahrestag der ersten urkundlichen Erwähnung von Kaprun am 9. Februar 931; Heinz Dopsch; Hg: Gemeinde Kaprun 2006

⁵⁹¹ "Welser Zeitung", 20. Mai 1938, Hg: Katholischer Preßverein der Diözese Linz, unter kommissarischer Leitung der NSDAP

⁵⁹² Pfarrchronik Kaprun, zitiert In: Beitrag Margit Reiter: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199, hier S 128

⁵⁹³ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 59

"Mit dem Bau des Tauernkraftwerks", so das NS-Organ 'Völkische Beobachter', "bringt Österreich eine besondere Morgengabe ins Reich mit"⁵⁹⁴. Das Projekt soll für fünf Jahre 10.000 Menschen beschäftigen. Am Beginn des Baus kommen Freiwillige (u.a. Kroaten, Slowaken, Italiener und Ungarn) zum Einsatz. Der durch den Krieg bedingte Arbeitskräftemangel verzögert die Baufortschritte in Kaprun. Die Verantwortlichen der Tauernkraftwerke greifen deshalb auf "FremdarbeiterInnen" und Kriegsgefangene zurück.⁵⁹⁵ Über den Einsatz der ZwangsarbeiterInnen (besonders über die Anzahl der jüdischen Arbeitskräfte) im Tauernkraftwerk gibt es unterschiedliche Zahlenangaben seitens der NS-Behörde. In einem Bericht des Gaukämmerers Robert Lippert an die Landeshauptmannschaft Salzburg vom 30. September 1939 wird erwähnt, "dass zu diesem Zeitpunkt von den insgesamt 900 Arbeitern rund 30 Juden bei der Limbergssperre eingesetzt waren".⁵⁹⁶ Der Landrat des Kreises Zell am See meldet in seinem Lagebericht an den Regierungspräsidenten in Salzburg vom 6. Dezember 1939, nur Wochen später:

"Bei den hiesigen Großbauten sind ca. 850 deutsche Arbeiter, ca. 500 polnische Kriegsgefangene, 98 Juden und ca. 700 ausländische Arbeiter beschäftigt."⁵⁹⁷

Zwei Monate später, am 2. Februar 1940, liefert der Landrat des Kreises Zell am See an den Gauleiter von Salzburg, Friedrich Rainer, einen Lagebericht, aus dem die aktuelle Anzahl der ZwangsarbeiterInnen in den Wintermonaten 1939/1940 im Pinzgau hervorgeht:

"In Piesendorf sind derzeit 183 Mann polnische Kriegsgefangene und 20 Mann Bewachung in Beschäftigung beim Straßenbau.

In Kaprun sind 421 polnische Kriegsgefangene und 69 Zivilpolen. Die Juden sind vom Tauernkraftwerk vollkommen abgezogen worden.

⁵⁹⁴ "Welser Zeitung", 20. Mai 1938, Hg: Katholischer Preßverein der Diözese Linz, unter kommissarischer Leitung der NSDAP

⁵⁹⁵ vgl. Susanne Rolinek; Gerald Lehner; Christian Strasser: Im Schatten der Mozartkugel, Cernin Verlag, Wien 2009 S 199 ff

⁵⁹⁶ SLA, L.R. Abt.I, TKW, 1. Teil (Mappe 1938-1939, Mappe 1939-1940) zitiert In: Beitrag Margit Reiter: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199, hier S 156

⁵⁹⁷ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.1, S 491, SLA, PA, K. 391, 1939/225 und DÖW E 18.337

Beim Stubachkraftwerkbau sind 260 deutsche Arbeiter, 50 Slowaken und 75 kriegsgefangene Polen beschäftigt."⁵⁹⁸

Auffallend ist hier die Unterscheidung zwischen "polnischen Kriegsgefangenen" und "Zivilpolen" seitens der NS-Behörde. Die jüdischen ZwangsarbeiterInnen werden im November 1939 aus Kaprun abgezogen. Die Juden werden nach Wien abberufen.⁵⁹⁹

Das "Symbol Kaprun" wird von den Nationalsozialisten neben dem "Mythos Autobahnbau" für Arbeit, Vollbeschäftigung, höheren Lebensstandard und Stabilität propagandistisch ausgenutzt. Gleich nach dem Spatenstich kommen die Bauarbeiten ins Stocken. Die notwendigen Bauarbeiter fehlen. Erst durch den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen kann das Projekt umgesetzt werden. ZwangsarbeiterInnen aus 24 Nationen müssen am "Mythos Kaprun" unter grauenhaften Bedingungen arbeiten. ZwangsarbeiterInnen aus Polen, der Sowjetunion, Frankreich, Italien und auch Juden werden für den Kraftwerksbau eingesetzt. Ende 1944 müssen alle Arbeiten am Kraftwerk eingestellt werden. Erst am 9. Mai 1945 werden die ZwangsarbeiterInnen von US-Truppen befreit. Die Behandlung der ZwangsarbeiterInnen basiert streng nach dem Prinzip der NS-Rassenideologie. Nationale und "völkische" Zugehörigkeit führt zu ungleicher Behandlung. Darum werden sowjetische Kriegsgefangene erst relativ spät eingesetzt. Die NS-Führung wollte den Kontakt zwischen den OstarbeiterInnen und dem "deutschen Volk" so gering wie möglich halten.⁶⁰⁰

Nicht alle PinzgauerInnen sehen der schlechten Behandlung der ZwangsarbeiterInnen tatenlos zu. Die 59jährige Bergbäuerin Maria Eder aus Bruck, Mutter von 13 Kindern, Trägerin des goldenen Ehrenkreuzes der deutschen Mutter, Mitglied des Deutschen Frauenwerkes und Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), ist politisch unverdächtig. Sie zeigt Zivilcourage: Am 8. Jänner 1940 schreibt sie eine

⁵⁹⁸ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.1, S 493 ff, SLA PA, K. 432, !940/225, DÖW E 18.337

⁵⁹⁹ vgl. Wolf Gruner: Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938-45. Der Nationalsozialismus und seine Folgen, Bd. 1. Herausgegeben für die Forschungsgemeinschaft zur Geschichte des Nationalsozialismus von Florian Freund, Bertrand Perz, Karl Stuhlpfarrer, Studien Verlag, Innsbruck, Wien, München 2000 S 150

⁶⁰⁰ vgl. Peter Ruggenthaler, In: NachRichten, Österreich in der Presse: Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938-45, Teil 4 "Mythos und Wahrheit"; siehe dazu auch Florian Freund, Bertrand Perz: Das KZ in der Serbenhalle. Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988 (Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich Bd. 1) S 131

Postkarte an die "Salzburger Landeszeitung". Das Schreiben der Bergbäuerin Eder gibt Einblick in die Situation der Gefangenen:

"Ihren Zeitungsantrag weise ich zurück, verwende dafür das Geld zur Erleichterung des Loses der armen Gefangenen in Kaprun, die doch auch nichts dafür können, daß sie da sein müssen. Eine solche Behandlung ist eine Schande für uns Deutsche. Aller Mittel entblößt, ohne Socken und Handschuhe auf dem Bau arbeiten bei der Kälte und der Kost uneingemachtes Kraut und Wrukensuppe zum Mittagessen, wo doch immer geschrieben wird, dass es keine Not gibt im Lande."⁶⁰¹

Am 17. Jänner 1940 wird Maria Eder auf Grund der Postkarte von der Gestapo wegen "Verbreitung falscher Gerüchte" verhaftet und in das Amtsgericht Zell am See eingeliefert.⁶⁰² Über das weitere Schicksal von Frau Eder ist – trotz Recherchen in den einschlägigen Archiven – nichts bekannt.

Auch der Schaffner der Pinzgauer-Lokalbahn, Herr Knaus, hat Mitgefühl mit den polnischen Kriegsgefangenen. Aus dem Lagebericht vom 2. März 1940 des Landrates Zell am See an Gauleiter Friedrich Rainer:

"Der Verkehr mit den polnischen Kriegsgefangenen ist im allgemeinen ohne Anstand, nur der Reichsbahnschaffner Knaus des Bahnhofes Zell am See, der auf der Pinzgauerlokalbahn Schaffnerdienste versieht, hat sich bemüßigt gesehen, mit den Kriegsgefangenen in polnischer Sprache freundschaftlich zu verkehren und hat auch im Zuge veranlaßt, daß deutsche Kinder aufstehen müssen, um den Kriegsgefangenen Platz zu machen. Obwohl ausdrücklich angeordnet ist, daß kriegsgefangene Polen abgesondert von der deutschen Bevölkerung befördert werden müssen. Seine vorgesetzte Dienststelle ist verständigt."⁶⁰³

⁶⁰¹ Postkarte von Frau Eder, DÖW 16.008

⁶⁰² vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 384 und DÖW 16.008

⁶⁰³ vgl. Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 411 und DÖW E 18.337

Immer wieder kommt es auch hier zum "verbotenen Umgang" mit ZwangsarbeiterInnen.
Am 30. April 1942 berichtet der Gendarmerieposten Kaprun:

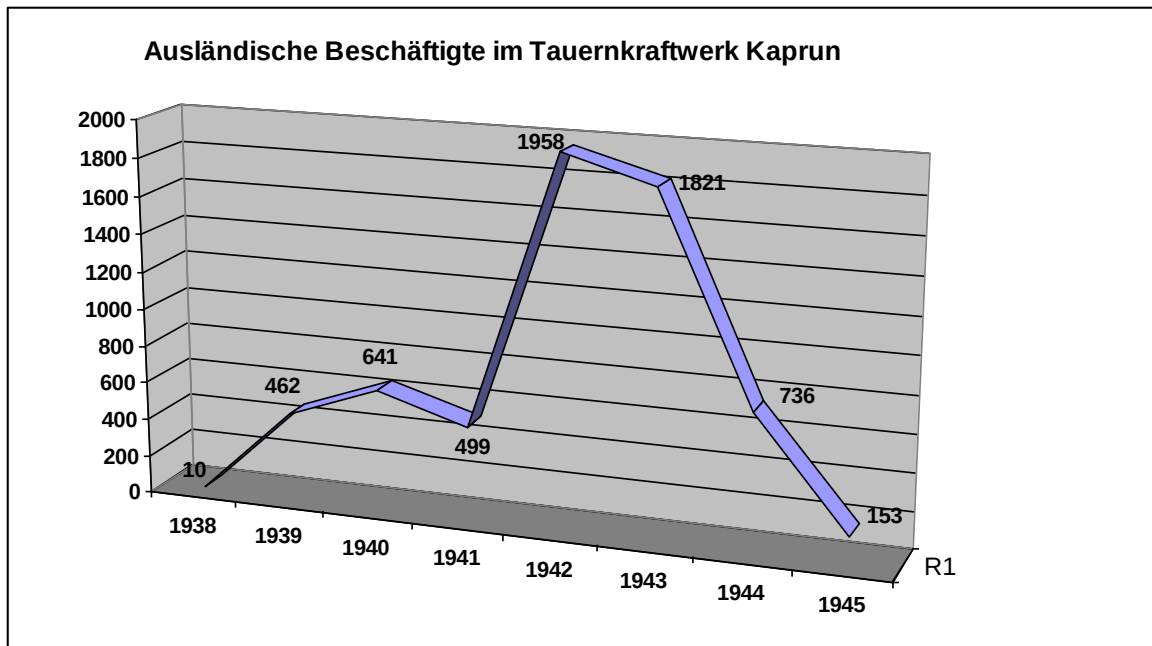
"Betreff: Kaufmann Anna geb. 17.4.14 in Götzendorf,
geschieden, verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen
Am 28.4.1942 wurde vom hies. Posten die bei der Firma Union,
Baustelle Zefret als Aufräumerin beschäftigt und wohnhaft
gewesene Anna Kaufmann wegen verbot. Umgang mit frz
Kriegsgefangenen festgenommen u. den A.G. in Zell am See
eingeliefert. (...) Die Anzeige wurde an die Geh.
Staatspolizei in Salzburg vorgelegt."⁶⁰⁴

Über das weitere Schicksal von Anna Kaufmann ist in den bekannten Archiven nichts bekannt.

Die große Anzahl von Kriegsgefangenen im Pinzgau führt ab Sommer 1942 zu einem Personalproblem der Wachleute. Da das militärische Personal weitgehend an der Front im Einsatz ist, fehlt es für die Bewachung der Gefangenen. Arbeiter und andere Gefangene werden im Schnellverfahren zu Hilfspolizisten ausgebildet. Eine Beispiel: Wassilyi Danilow Steherbon, Fischermeister der Fischzuchtanstalt "Prielau" in Zell am See, wird am 25. Juli 1942 als Hilfspolizist ernannt. Damit erhält er die Berechtigung, Kriegsgefangene zu "führen".⁶⁰⁵

⁶⁰⁴ SLA, HB Akte, Karton 101; 1942 213,301-303,402-409

⁶⁰⁵ SLA, HB Akte, Karton 100; 211-98-42



Quelle: Margit Reiter: Das Tauernkraftwerk Kaprun. In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002

Die Entwicklung der Grafik zeigt, die Zunahme der ausländischen Beschäftigten im Tauernkraftwerk Kaprun in den Jahren 1942 und 1943. Die Zahl steigt von 499 auf 1.958 im Jahr 1942 und sinkt leicht auf 1.821 im Jahr 1943. Unter den rund 6.300 ausländischen Beschäftigten finden sich Menschen aus 20 verschiedenen Nationen. Die größten Gruppen bilden Menschen aus Russland, Italien, Frankreich und Polen. Daneben arbeiten Menschen aus Belgien, der Slowakei, Griechenland etc. Nicht alle davon sind ZwangsarbeiterInnen. Viele von ihnen kommen anfangs freiwillig nach Kaprun.⁶⁰⁶

Die Zahl der Kriegsgefangenen, die im Kraftwerksbau Kaprun eingesetzt werden, ist unklar und bis dato unerforscht, weil Statistiken dazu fehlen. Kriegsgefangene scheinen in den Daten der Gemeinde Kaprun nicht auf. Margit Reiter hat in Gendarmerieprotokollen Informationen über die Anzahl der Kriegsgefangenen in Kaprun für die Jahre 1939 bis 1942 gefunden. Sie geben Anhaltspunkte, welche Größenordnung davon betroffen ist. Im Oktober 1939 kommen 500 polnische Kriegsgefangene von Kaisersteinbruch zur Arbeit nach Kaprun. Im Juli 1940 sind es 1.000 belgische Kriegsgefangene. Im September 1940

⁶⁰⁶ vgl. Margit Reiter: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199, hier S 144, S 147

kommen 375 französische Kriegsgefangene nach Kaprun und im März 1942 werden 151 russische Kriegsgefangene beim Kraftwerksbau eingesetzt.⁶⁰⁷

Für viele ZwangsarbeiterInnen bedeutet Kaprun das Ende. Die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, die schlechte Ausrüstung und die Gefahren im Hochgebirge fordern ihren Tribut. Immer wieder kommt es zu schweren Unfällen auf der Baustelle. Margit Reiter kann in ihrer Arbeit über Kaprun nachweisen, dass es zwischen 1938 und 1945 zu 56 Todesfällen von ausländischen Arbeitskräften beim Kraftwerksbau kommt.⁶⁰⁸

10.2.1 Die Rolle der Wasserkraft für die deutsche Kriegswirtschaft

Vor dem ersten Weltkrieg ist der Bau von Wasserkraftwerken primär den Unternehmen und Privaten vorbehalten. Elektrischer Strom wird hauptsächlich durch Kohlekraftwerke erzeugt. Mitte der 1920er Jahre kommt es zur Gründung der Landeselektrizitätsgesellschaften, der Ausbau der Wasserkraft wird vorangetrieben. Bereits vor dem "Anschluss" ist die Wasserkraft in Österreich ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Tirol und Vorarlberg beliefern deutsche Industriegebiete mit Strom aus heimischen Kraftwerken. Die "Ausnutzung der Wasserkraft" spielt auch bei den ökonomischen Anschlussbestrebungen der Nationalsozialisten eine Rolle. Bedingt durch den Aufbau der Rüstungsindustrie in Deutschland steigt ab Mitte der 1930er Jahre der Bedarf an elektrischer Energie. Deutschland kann den Bedarf nicht selber decken. Die deutschen Planer rechnen mit dem Ausbau der österreichischen Wasserkraft.⁶⁰⁹

Kurz nach dem "Anschluss" werden Wasserkraftwerke in Österreich – darunter ein Kraftwerk in den Hohen Tauern – geplant, um den Strommangel in Bayern zu beheben. Die deutsche Kriegswirtschaft ist vom Strom abhängig. Im Deutschen Reich werden

⁶⁰⁷ vgl. Gendarmeriechronik Kaprun. Ab 1943 werden keine Kriegsgefangenenzugänge vermerkt. 1944 wird die Eintragung ganz eingestellt. Zitiert In: Margit Reiter: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199, hier S 150

⁶⁰⁸ vgl. Margit Reiter: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199, hier S 169

⁶⁰⁹ vgl. Florian Freund: "Elektrizitätswirtschaft in Österreich und der Krieg". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 1-127, hier 1 ff

beispielsweise 1941 noch immer rund 80 Prozent der elektrischen Energie durch Kohlekraftwerke erzeugt. Nur fünf Prozent der Energie stammt aus der Wasserkraft.⁶¹⁰

Die geografische Lage der Alpen und die Flüsse Enns, Donau und Drau etc. bieten für die NS-Planer eine ideale Voraussetzung für den Ausbau der Wasserkraft. Für nachstehende Wasserkraftprojekte erfolgt in der Ostmark während der NS-Ära der Spatenstich (Zusammenstellung erfolgt nach Daten von Maria Koller)⁶¹¹:

Baubeginn	Anlage (Unternehmen)	Betriebsnahme
1938	Rodund (Vorarlberger Illwerke AG)	1943/51
1938	Kaprun (Alpinelektrowerke AG)	1944/52
1938	Ybbs Persenbeug (Rhein-Main-Donau AG)	1957/59
1939	Gerlos (Tiroler Wasserkraftwerke AG)	1948
1939	Ternberg (Hermann-Göring-Werke)	1949/50
1941	Dionysen (Steirische Wasserkraft- u. Elektrizitäts-AG)	1944/50
1941	Uttendorf (Deutsche Reichsbahn)	1950/51
1941	Rott (Stadtwerke Salzburg)	1950/51
1941	Ohrenberg (Innwerke AG)	1944/1950
1941	Mühlrading (Kraftwerke Oberdonau AG)	1948/52
1941	Staning (Kraftwerke	1946/51

⁶¹⁰ vgl. Florian Freund: "Elektrizitätswirtschaft in Österreich und der Krieg". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 1-127, hier S 1, S 5, S 6

⁶¹¹ Maria Koller: Elektrizitätswirtschaft in Österreich 1938-1947. Von der Alpinelektrowerken zur Verbundgesellschaft, phil. Diss. Graz 1985, S 187; zitiert In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 281 ff

	Oberdonau AG)	
1942	Lavamünd (Alpinelektrowerke AG)	1944/49
1942	Großraming (Kraftwerke Oberdonau AG)	1948/52

Quelle: Maria Koller: Elektrizitätswirtschaft in Österreich 1938-1947. Von der Alpinelektrowerke zur Verbundgesellschaft, phil. Diss. Graz 1985, S 187

Die Zusammenstellung der Daten von Maria Koller zeigt, dass nur wenige der Projekte in der NS-Ära in Betrieb gegangen sind. Trotz des Einsatzes von tausenden ZwangsarbeiterInnen werden die meisten Kraftwerke erst nach 1946 fertig gestellt. Die Gründe dafür sind oftmals lokale Auseinandersetzungen einzelner NS-Funktionäre über Arbeitskräftezuteilung, der Arbeitskräftemangel auf den Baustellen während des Krieges und die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen an der NS-Spitze. In den letzten Kriegsjahren werden die ArbeiterInnen teilweise ganz abgezogen und zunehmend im Bergbau und in der Rüstungsproduktion eingesetzt.⁶¹²

Adolf Hitler beginnt ab 1942 zu erkennen, wie unverzichtbar Elektrizität für seine weiteren Kriegspläne sind. Trotzdem wird ein Jahr vergehen, bis er am 6. August 1943 den spezifischen "Erlaß des Führers über Kriegsmaßnahmen in der Elektrizitätswirtschaft" veröffentlicht:

"Der Generalinspektor für Wasser und Energie hat alle Maßnahmen zum kriegswirtschaftlich zweckmäßigen Einsatz der Elektrizitätsbetriebe zu treffen. Er kann hierzu für die Dauer des Krieges über die Anlagen, das Material und Personal in den Elektrizitätsbetrieben verfügen."⁶¹³

Auch dieser Erlass ändert nichts mehr. Trotz ihrer Wichtigkeit für die Rüstungsindustrie werden einzelne Projekte wie etwa Kaprun oder Ybbs-Persenbeug in den letzten Jahren der

⁶¹² vgl. Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 276 und Oliver Rathkolb, Hannes Leidinger, Richard Hufschmied, Andreas Kuchler: "Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld", Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2012

⁶¹³ Reichsgesetzblatt I, 1943, S 479, zitiert In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 275

NS-Ära zurückgestellt. Kriegsgefangene und OstarbeiterInnen, das "letzte Arbeitskräfte-Reservoir", wie Oliver Rathkolb sie bezeichnet, werden von den Kraftwerksbaustellen abgezogen und in der direkten Rüstungsproduktion und im Bergbau eingesetzt.⁶¹⁴

10.2.2 Bordell-Plan für Zwangsarbeiter in Kaprun

Die Vielzahl der ausländischen Arbeiter stellt die NS-Führung vor ein zentrales Problem. Immer wieder kommt es, trotz Androhung harter Strafen, zu sexuellen Beziehungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den ausländischen Arbeitern. Der Einsatz der immer größer werdenden Zahl fremdländischer Arbeitskräfte im Laufe des Krieges führt aus Sicht der NS Führung zu einer Gefährdung des "deutschen Blutes". Darum wird angeordnet, für alle "fremdvölkischen" Arbeiter möglichst überall Bordelle einzurichten. Mit dieser Maßnahme sollen die deutschen Frauen und Mädchen vor den ausländischen Arbeitern "geschützt" werden.⁶¹⁵ Im September 1941 fordert Reichsarbeitsminister Franz Seldte alle Präsidenten der Landesarbeitsämter auf, "die Schaffung von Bordellen dieser Art nunmehr beschleunigt in Angriff zu nehmen."⁶¹⁶ Im gesamten Reichsgebiet werden Bordelle errichtet. Die Zuständigkeit, Bewilligung und Überwachung liegen bei der örtlichen Kriminalpolizei. Die Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, sind zivile Zwangsarbeiterinnen aus den besetzten Gebieten.⁶¹⁷

Für die "Ostmark" sind hier beispielhaft die "Hermann Göringwerke" angeführt. Bei den "Reichswerken Hermann Göring" in Oberösterreich wird 1941 darauf reagiert, indem man in unmittelbarer Nähe des Werksgeländes ein Bordell errichtet.⁶¹⁸ In einem Rundschreiben der Gauleitung Linz vom 27. Dezember 1940 wird dies folgendermaßen begründet: "Um immer wiederkehrenden unerwünschten Verkehr dieser Arbeitskräfte mit deutschen Frauen

⁶¹⁴ Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 276 ff

⁶¹⁵ vgl. Ulrich Chaussy; Christoph Püschner: Nachbar Hitler: Führerkult und Heimatzerstörung am Obersalzberg. Christoph Links-Verlag, Berlin 2007 S 165 ff

⁶¹⁶ Siehe Schreiben vom 30. September 1941 der Kriminalpolizei Salzburg an den Landrat in Zell am See, SLA, HB-Akte, Karton 112, 456-1-1943

⁶¹⁷ vgl. Thomas Fickenwirth, Birgit Horn, Christian Kurzweg: Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1938-1945, Stadtarchiv Leipzig, (Hg.) Stadt Leipzig, Leipziger Kalender Sonderband 2004/1 Leipziger Universitätsverlag, 2004 S 115

⁶¹⁸ vgl. Karl Fallend: ZwangsarbeiterInnen: (Auto-) Biographische Einsichten In: NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der "Reichswerke Hermann Göring-AG" 1938-1945, Oliver Rathkolb (Hg.), Band 2, Böhlau Verlag, Wien 2001 S 103

entgegenzuwirken."⁶¹⁹ Auch im Bereich des Pinzgaus stellt sich dieses Problem für die NS-Behörden. Bereits 1939 heißt es unter anderem im Lagebericht des Landrats des Kreises Zell am See vom 30. Dezember 1939:

"...Die Zuteilung dieser Vertragspolen, die in die Hausgemeinschaft der einzelnen Bauern aufgenommen sind, beinhaltet in rassischer Hinsicht eine große Gefahr, da die Möglichkeiten des Geschlechtsverkehrs stets gegeben sind."⁶²⁰

Laut Arbeitsamt Salzburg befinden sich 1.522 "fremdvölkische Arbeitskräfte" im Landkreis Zell am See. Mit den Vermerken "Streng vertraulich" und "EILT SEHR!", ersucht die Staatliche Kriminalpolizei Salzburg am 3. März 1941 an den Herrn Landrat des Landkreises Zell am See um die Erfassung der fremdländischen Arbeitskräfte im Gau Salzburg. Hintergrund ist die geplante Errichtung eines Bordells in Kaprun. Im Salzburger Landesarchiv finden sich im Karton 112, (456-1-1943) der HB Akten mit Unterlagen zu diesem Vorhaben:

"In Durchführung der vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD gegebenen Anweisung zur Errichtung von Bordells für fremdvölkische Arbeiter zum Schutze und der Reinerhaltung des deutschen Blutes sind umgehend die fremdvölkischen Zivilarbeiter zu erfassen..."

Das Projekt zieht sich in die Länge. Die Kriminalpolizei Salzburg macht Druck. Die Verantwortlichen im Pinzgau verzögern das Projekt. Standort und Finanzierung sind ungeklärt. Am 30. September 1941 erinnert die Kripo Salzburg den Landrat in Zell am See:

"...In gleicher Weise verlautbart der Reichsarbeitsminister in seiner Anordnung vom 17.9.1941 an die Präsidenten der Landesarbeitsämter, daß die Schaffung von Bordellen dieser Art nunmehr beschleunigt in Angriff genommen werden muss..."

⁶¹⁹ vgl. Oskar Dohle; Nicole Slupetzky: "Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945"; Böhlau 2004, S 128

⁶²⁰ Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.1, S 492, SLA, PA, K.391, 1939/225, DÖW E 18.337

Am 9. Jänner 1942 lehnt schließlich der Reichsstatthalter in Salzburg das Ansuchen der Kripo ab. Das Bordell-Projekt wird neuerlich aktuell, um schließlich wieder ins Stocken zu geraten. Am 7. Oktober 1942 schreibt die Kriminalpolizei an den Landrat:

"Das Reichskriminalamt Berlin hat mit Schreiben vom 27.9.42, das in Abschrift anliegt, die Errichtung einer Bordellbaracke in Kaprun zunächst nicht für erforderlich erachtet und zugleich die Weisung gegeben, erst bei einem grösseren Arbeitseinsatz dieses Projekt wieder in Erwägung zu ziehen. Die Errichtung einer Bordell-Baracke scheidet somit bis auf weiteres aus." ⁶²¹

Die Errichtung einer Bordellbaracke in Kaprun wird aus Berliner Sicht nicht mehr als erforderlich beachtet. Damit endet das Kapitel über die Pläne zur Errichtung einer Bordellbaracke in Kaprun.

11 NS-Funktionäre als Schlossherren

Hochrangige NS-Funktionäre eignen sich Burgen und Schlösser an. SS-Einheiten unter Heinrich Himmler quartieren sich im Schloss Fischhorn, im Schloss Kaprun und im Schloss Mittersill ein. Der wohl prominenteste Schlossbesitzer in Salzburg ist Hermann Göring. Er kauft das Schloss Mauterndorf (Lungau), in dem er seine Kindheit verbracht hat. Im Schloss Lichtenberg (Saalfelden) werden offenbar Kunstgegenstände aus Salzburg untergebracht, um sie vor Bombenschäden zu sichern. Vor allem ab dem Jahr 1943 suchen NS-Größen in den Burgen und Schlössern Schutz vor den drohenden Bombardierungen der Alliierten.

11.1 Schloss Fischhorn (bei Zell am See)

Das Schloss Fischhorn liegt zwischen Zell am See und Bruck a.d. Glocknerstraße. Bekannt wird Fischhorn vor allem durch Hermann Göring. Er wird am 8. Mai 1945 von den Amerikanern festgenommen und nach Fischhorn gebracht. Um das Schloss ranken sich in der Gegend zahlreiche Legenden, Gerüchte und Mythen. Das Schloss am Ufer des Zeller

⁶²¹ SLA, HB-Akte, Karton 112, 456-1-1943

Sees spielt eine wesentliche Rolle in den letzten Tagen der NS-Ära. Führende SS-Funktionäre sind dort anwesend, da es in den letzten Kriegsjahren als SS-Remonteamt⁶²², eine SS-Reiterschule, benutzt wird, bevor es die Amerikaner im Frühjahr 1945 als Quartier verwendet.

Besitzer des Schlosses Fischhorn während der NS-Zeit ist Henrique (Heinrich) E. Gildemeister (Kaufvertrag vom 4.VI.1921).⁶²³ Gildemeister kauft 1921 auch das Schloss Kaprun. Die Bundespolizeidirektion Wien berichtet am 15. August 1935 "Streng vertraulich" unter der Zahl Pr.Z.IV-622/1935 an das Bundeskanzleramt, an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit und das Staatspolizeiliche Büro in Wien:

"Gildemeester Ghel; Delegierter der amerikanischen Hilfsaktion für Zentraleuropa, derzeit in Wien.

Unter Bezugnahme auf den Erlass vom 22. Juli 1935, Zahl G.D. 346.623-St.B., beehrt sich die Bundespolizeidirektion Nachstehendes zu berichten:

Ghel GILDEMEESTER, Privater, (am 5. Juni 1881 in Haag in Holland geboren, dortselbst heimatberechtigt), hat in den letzten Jahren mehrmals vorübergehend in Wien und zwar im Hotel "Royal", in Wien, I., Singerstraße Nr. 3 gewohnt. Zuletzt ist er hier am 9. Juli 1935 zur polizeilichen Anmeldung gelangt. Der ordentliche Wohnsitz Gildemeester's soll Haag sein. Wie auf vertraulichem Wege in Erfahrung gebracht wurde, soll Gildemeester seit mehreren Jahren in charitativem (sic!) Sinne betätigen. So soll er aus Anlass der Ruhrbesetzung durch die Franzosen für die in Haft genommenen deutschen Staatsangehörigen mit Erfolg interveniert und namentlich bei Todesurteilen die Umwandlung derselben in eine Kerkerstrafe erwirkt haben. Diese Interventionen sollen im Auftrage eines amerikanischen Hilfskomitees erfolgt sein. Gildemeester verfügte auch damals schon über grosse Geldbeträge. Seit etwa 2 Jahren ist er in Österreich tätig und verwendet sich hier für Personen ohne

⁶²² Zuständige Behörde die den Pferdebestand für das deutsche Heer regelt

⁶²³ Auszug aus dem Grundbuch (B Blatt) der KG Hundsorf EZ 31, Salzburger Landesarchiv, Schreiben vom 23.4.2007, Zahl 20004-3365/7-2007

Unterschied der Partei, welche wegen politischer Delikte in Haft sind. Gildemeester selbst führt in Wien ein einfaches Zimmer und empfängt wenig Besuche.

Bemerkt sei, daß Gildemeester Besitzer des Schlosses "Fischhorn" in Bruck bei Zell am See ist. Anlässlich der Eröffnung der Grossglockner-Hochalpenstrasse veranstaltete Gildemeester am 2. August 1935 ein Souper, an welchem unter anderen Bundesminister Berger-Waldenegg und Dr. Burech, Staatssekretär Zehner, Landeshauptmann von Salzburg Dr. Rehrl, Gesandter Tauschitz, der kgl. Italienische Gesandte und bevollmächtigte Minister Preziosi und viele andere Persönlichkeiten von Rang und Namen, teilnahmen. Die genannten Herren, mit Ausnahme des Vizekanzlers Fürst Starhemberg, haben auch im Schloss genächtigt.

Als bestraft oder beanstandet ist Gildemeester bei der Bundespolizeidirektion nicht verzeichnet."⁶²⁴

Das Bundeskanzleramt geht von einer Verwechslung aus. Unter der Geschäftszahl 351.763 GD St.B. 35 vermerkt die Abteilung 13 pol. zum "Gegenstand" F. van Gheel Gildemeester, Delegierter der amerikanischen Hilfsaktion für Zentraleuropa:

"Gesehen. Nach h.a. Informationen ist der Delegierte der amerik. Hilfsaktion für Zentraleuropa Ghel Gildemeester nicht identisch mit dem gleichnamigen Besitzer des Schlosses "Fischhorn" in Bruck bei Zell am See. Letzterer ist, soweit h.a. bekannt, aktiver a.o. Gesandter und bev. Minister einer südamerikanischen Republik (Paraguay oder Uruguay(?)) in Berlin. Um Mitteilung der weiteren d.a. Auskünfte darf ersucht werden."⁶²⁵

Am 5. September 1935 übermittelt der Sicherheitsdirektor für Salzburg unter der Aktenzahl Zl.286/1-Res einen vertraulichen Bericht der Gendarmerie in Zell am See. Wieder wird Gildemeester und Gildemeister als ein und dieselbe Person dargestellt. Unter "Streng vertraulich, Sehr dringend!" heißt es:

⁶²⁴ Österreichisches Staatsarchiv, GZ 351.763 GD, St.B. 35 (Kopie bei Verf.)

⁶²⁵ Österreichisches Staatsarchiv, GZ 351.763 GD, St.B. 35 (Kopie bei Verf.)

"Vertraulicher Bericht.

F. Heinrich van Cheel (sic!) G i l d e m e e s t e r ist Deutsch-Amerikaner und peruanischer Gesandter in Berlin, Delegierter der "Amerikanischen Hilfsaktion" in Zentral-Europa, verfügt über Besitzungen in Chile und Peru, woselbst er Salpetergruben ausbeutet und Reis und Baumwollplantagen bewirtschaftet. In Europa besitzt er Reedereien in Hamburg und landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland, sowie in Österreich das Gut "Fischhorn" in Bruck, Piesendorf und Thumersbach. Er gilt als sehr vermögend, doch stehen den wechselnden Einnahmen zeitweise grosse Verluste der Banktransaktionen gegenüber.

Gildemeester ist ungefähr 56 Jahre alt. Die Familie besteht aus dessen Frau Anna, ungefähr 54 Jahre alt, und 4 Kindern, 1 Knaben, 3 Mädchen, in den Altersstufen von 9 bis 19 Jahren. Der ständige Aufenthalt der Familie ist Berlin, zeitweise Hamburg. Nach Fischhorn in Österreich kommt Gildemeester sehr selten und dann beträgt der Aufenthalt nur wenige Tage. Höchstens zur Jagdausübung wird der Aufenthalt auf 8 Tage ausgedehnt. Die übrige Familie kommt lediglich zum Teil in den Schulferien nach Fischhorn. Während des Aufenthaltes in Fischhorn enthält sich die Familie fast jeden Umganges mit den übrigen Bewohnern und führen die Leute ein völlig zurückgezogenes Eigenleben. Gildemeester gilt allgemein als ein sehr freundlicher und umgänglicher Mensch. In politischer Beziehung ist er völlig uninteressiert und vor allem Geschäftsmann. Er äusserte sich meiner Mittelsperson gegenüber, daß ihn die Verhältnisse in Österreich lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkte interessieren, am politischen Leben Österreichs nehme er keinen Anteil. Wenn an ihn um Spenden für österr.vaterländische Zwecke herangetreten wurde, so fanden solche Bitten immer Gehör. Es konnte, soweit als es vertraulich möglich war, mit Bestimmtheit festgestellt werden, daß sowohl Gildemeester als auch dessen Familie als vollkommen seriöse Menschen angesehen werden können.

Die Besitzungen in Fischhorn bestehen aus einem Schlossgebäude und einem bewirtschafteten Grundbesitz. Der Besitz umfasst ungefähr 118 ha Ackerland, 252 ha Wiesen, 76 a Gartengrund, 3200 ha Alpen, 347 ha Wald. Der Viehstand beträgt einschliesslich der Pferde ungefähr 245 Stück. An Dienstpersonal sind vorhanden 1 Gutsverwalter und 45 männliche sowie 12 weibliche landwirtschaftliche Angestellte.

Die Ertragsfähigkeit des Gutes wird verschiedentlich beurteilt. Es sollen sich jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Jahre 1934 und 1935 gegenüber 1933 gebessert haben. Tatsächlich ist die Gutsverwaltung Fischhorn mit Steuern und Umlagen immer in Rückständen. Wie ich feststellen konnte, trägt sich Gildemeester, da ihm Fischhorn nicht rentabel zu sein scheint, mit dem Verkaufe des Besitzes.

Das Gut wird von dem Verwalter Hans Zillich verwaltet. Zillich ist dipl. Ingenieur, Absolvent der Hochschule für Bodenkultur in Wien, er stammt auch aus Wien, ist verheiratet und Vater von 2 Kindern. Er ist seit 1927 bereits bei der Gutsverwaltung angestellt. Seine Laufbahn begann er in Fischhorn als Praktikant, wurde dann vom Gildemeester in einen Besitz nach Deutschland versetzt und ihm schliesslich die Verwaltung von Fischhorn übergeben. Gildemeester hält grosse Stücke auf ihn und verlangt lediglich, daß der Verwalter aus diesem Besitze die grösstmöglichen Einnahmen erziele. Zillich ist naturgemäss wieder bemüht, mit der grössten Sparsamkeit an Mann und Material den Besitz ertragsfähig zu machen. Zillich gilt als eine sehr energische und auch derbe Natur. Seine politische Einstellung gilt allgemein als mit der NSDAP sympathisierend. Er gab allerdings zu einem Einschreiten seitens der Behörde bis nun keinen Anlass, hält sich aber der vaterländischen Bewegung ferne und ist auch nicht Mitglied der Vaterländischen Front. Dermalen läuft eine Anzeige gegen Zillich bei der Bezirkshauptmannschaft Zell am See, daß er am 25. Juli 1934 in Gegenwart mehrerer Personen eine Äusserung, beinhaltend die Gutheissung des Kanzlermordes, getan haben soll. Das

Verfahren ist noch anhängig und kann über den Ausgang desselben, das von der Glaubwürdigkeit des einzigen Zeugen, der diesen verbotenen Tatbestand angibt (ein gewisser Anton Wallner, Arbeiter in Fischhorn) abhängig ist, kein Urteil abgegeben werden. Zillich selbst bestreitet diese Äusserung gemacht zu haben, die übrigen anwesenden Personen wollen sie nicht gehört haben.

Das Schloss Fischhorn wird von der Tapezierergattin Masswohl verwaltet. Die Familie Masswohl besitzt im Schloss eine Wohnung und obliegt ihr die Betreuung des Schlosses. Wenn Gildemeester oder dessen Familie anwesend ist, fungiert die Masswohl auch als Köchin. Die Familie Masswohl wird ebenfalls als mit der verbotenen NSDAP sympathisierend betrachtet, doch gab sie zu einem Einschreiten keinen Anlass.

Zum Gefolge des Gildemeester gehört bei dessen Anwesenheit in Fischhorn auch sein Kraftwagenlenker namens Pars, der reichsdeutscher Herkunft ist, und als überzeugter Anhänger der NSDAP gilt.

Seitens des Gendarmeriepostens in Bruck wurden jedoch keinerlei Wahrnehmungen gemacht, daß sich Pars auch nur im geringsten propagandistisch betätigt hätte.

Dem zuliegenden Befehle vom 26. August 1935 konnte nicht früher entsprochen werden, da sich Gefertigter auf Postenvisitierung befand.

Der Abtlkmdt.

Walter Major m.p.⁶²⁶

Die Abteilung 13 im Bundeskanzleramt (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) nimmt den Bericht aus Zell am See am 23. September 1935 kommentarlos zur Kenntnis. Unter der Aktenzahl 356.412 St.B. GD 35 ist lapidar vermerkt: "Gesehen."⁶²⁷

Theodor Venus und Alexandra Wenck haben sich intensiv mit dem Holländer Frank van Gheel-Gildemeister, er ist zwischen 1938 und 1941 eine Schlüsselfigur bei der Entziehung jüdischen Vermögens, beschäftigt. Venus geht davon aus, dass hier eine Verwechslung

⁶²⁶ Österreichisches Staatsarchiv, GZ 356.412 GD, St.B. 35 (Kopie bei Verf.)

⁶²⁷ Österreichisches Staatsarchiv, GZ 356.412 GD, St.B. 35 (Kopie bei Verf.)

zweier Personen vorliegt. Der in Wien lebende Gildemeester sei aus Holland, der in Salzburg lebende Gildemeister kommt aus Amerika. Theodor Venus:

"Einem Bericht der Salzburger Sicherheitsdirektion zufolge war Gildemeester identisch mit einem nahezu gleichnamigen 'Deutsch-Amerikaner' namens Gildemeister, Besitzer einer Firma in Berlin [Vgl. Adressbuch der Stadt Berlin, 1934 ff, Kopie: Staatsbibliothek - Preussischer Kulturbesitz, Berlin. Vgl. ebenso PAAA,R 101188, Inland IIg 490.] und eines Forstgutes ('Gut Fischhorn') nahe Fusch, von Beruf Kaufmann, der über namhafte kommerzielle Interessen in mehreren Ländern Südamerikas verfügte. [BKA-Inneres, Gz. 256.412-GD/STB/1935, Vertraulicher Bericht des Gendarmeriekommandos Zell am See (übermittelt durch SD für Salzburg, 5.9.1935).] Auch in einem wenig später eingeholten Bericht der Wiener Polizeidirektion wurde die Personenverwechslung wiederholt und der Kaufmann [Neben der Namensähnlichkeit könnte die Tatsache, daß man auch dem 'Salzburger' Gildemeester gute - allerdings wirtschaftliche - Kontakte zu deutschen Kreisen nachsagte, mit zur Verwechslung beigetragen haben. Die Möglichkeit einer verwandtschaftlichen Beziehung beider Persönlichkeiten konnte nicht geprüft werden.] Die Abteilung 13 des Kanzleramts stellte jedoch klar, daß es sich um zwei verschiedene Personen handle, was mit hoher Wahrscheinlichkeit der Wahrheit entsprach..."⁶²⁸

Albert Knoll geht davon aus, dass das Schloss dem ehemaligen deutschen Botschafter in Peru, N. Gildemeister, gehört, bis es von den Nationalsozialisten 1943 enteignet wird.⁶²⁹

⁶²⁸ Theodor Venus; Alexandra-Eileen Waneck: "Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester"; Veröffentlichung der Österreichischen Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. HG: Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer und Alice Teichova; Bd. 20/2; Oldenburg Verlag Wien München 2004, S 124 ff

⁶²⁹ Albert Knoll: "Fischhorn", In: Wolfgang Benz, Barbara Distel, Der Ort des Terrors, Frühe Lager-Dachau-Emslandlager, Band 2, C.H. Beck Verlag, München 2005, S 324-326, hier S 324

Am 1. Mai 1943 wird die Liegenschaft Fischhorn vom Reichsführer SS, Heinrich Himmler, für die SS-Pferdezucht beschlagnahmt.⁶³⁰ Diese "Zweckentfremdung" wird in einem Schreiben der Kreiswirtschaftsberater vom 13. Juli 1943 kritisiert. In einem Brief von Kreiswirtschaftsberater Josef Faistauer an Gauleiter Scheel heißt es:

"...Ich erachte es daher als Kreiswirtschaftsberater als meine Pflicht, auf die dadurch entstehenden Nachteile aufmerksam zu machen..."⁶³¹

Faistauer will, dass Fischhorn landwirtschaftlich genutzt wird und der Besitz an die Landesbauernschaft übergeht. Er schlägt vor, dass der SS-Haflinger-Pferdehaltungshof nach Tirol verlegt wird.

"...Oder nach Galizien wo ein ähnlich gleiches Pferd gezüchtet wird, das für Kriegszwecke sehr geeignet ist."⁶³²

Das Ansinnen bleibt ohne Erfolg. Die SS bleibt auf dem Anwesen. 1944 versucht der Bürgermeister von Zell am See, das Anwesen für einen Friedhof für Kriegsgefangene und Ausländer zu erhalten. Auch er setzt sich nicht durch. In einem Schreiben von Max Breitkopf, Bevollmächtigter von Herrn Gildemeister in Berlin, wird dem Bürgermeister am 16. Februar 1944 mitgeteilt:

"In Beantwortung des Schreibens vom 8.d.M. teile ich ergebenst mit, daß die Liegenschaft Fischhorn mit Wirkung vom 1. Mai 1943 vom Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei aufgrund der Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes für die Waffen SS beschlagnahmt und in Anspruch genommen worden ist.

Mit Rücksicht hierauf bin ich nicht in der Lage, namens des Grundstückeigentümers, Se. Exzellenz Herrn H.E.Gildemeister, Ihrer Anfrage nähertreten zu können, da nach der Inanspruchnahme des Gutes Fischhorn alle anderweitigen

⁶³⁰ vgl. Schreiben Breitkopf an Bürgermeister von Zell am See, 16.2.1944, Pinzgauer Bezirksarchiv (Kopie bei Verf.)

⁶³¹ Schreiben Faistauer an Scheel, 13. Juli 1943, Pinzgauer Bezirksarchiv (Kopie bei Verf.)

⁶³² Schreiben Faistauer an Scheel, 13. Juli 1943, Pinzgauer Bezirksarchiv (Kopie bei Verf.)

Rechtsgeschäfte nach dem Reichsleitungsgesetz rechtsunwirksam sind.

Heil Hitler!"⁶³³

Schloss Fischhorn dient in der Zeit zwischen 6. September 1944 und bis zur Befreiung im Mai 1945 als Nebenlager des Konzentrationslagers Dachau. 50 männliche Häftlinge werden in einem ersten Transport am 9. September 1944 nach Fischhorn gebracht, am 18. September erfolgt der zweite Transport mit weiteren 100 männlichen Häftlingen. Die 150 Häftlinge werden zum Bau der Pferdestelle für das SS-Remonteamt und zur landwirtschaftlichen Arbeit herangezogen.⁶³⁴

Im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes finden sich Unterlagen zu drei Gefangenen, die als Häftlinge von Dachau im Kommando Fischhorn eingesetzt werden. Der Spanienkämpfer Rupert Schober, 1912 in Gmünd (Niederösterreich) geboren, wird im Mai 1941 in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Im Dezember 1944 wird Schober dem Kommando Fischhorn überstellt.⁶³⁵ Auch der Spanienkämpfer Franz York, 1911 in Wien geboren, ist seit November 1941 Häftling im Konzentrationslager in Dachau. York kommt im März 1945 als Häftling von Dachau nach Fischhorn. Am 7. Mai 1945 gelingt York die Flucht.⁶³⁶ Ernst Zipperer, Kommunist, 1912 in Wien geboren, wird am 22. Mai 1942 in Dachau eingeliefert. Zipperer ist bis zur Befreiung im Jahr 1945 im Schloss am Rande des Zeller Sees eingesetzt.⁶³⁷

Das Pinzgauer Bezirksarchivs verfügt über Unterlagen, wonach knapp vor der Kapitulation zahlreiche Kunstgegenstände von Berchtesgaden auf Schloss Fischhorn gebracht werden. Darunter Möbel, Bilder, Koffer, Kisten und Privatgepäck von Adolf Hitler, Eva Braun, Joseph Goebbels, Heinrich Himmler und anderen NS-Größen.⁶³⁸ Auszug aus dem Einvernahmeprotokoll vom 12. Dezember 1945 von SS-Hauptsturmführer Dr. Hans-Otto

⁶³³ Schreiben Breitkopf an Bürgermeister von Zell am See, 16.2.1944, Pinzgauer Bezirksarchiv (Kopie bei Verf.)

⁶³⁴ vgl. Albert Knoll: "Fischhorn", In: Wolfgang Benz, Barbara Distel, Der Ort des Terrors, Frühe Lager-Dachau-Emslandlager, Band 2, C.H. Beck Verlag, München 2005, S 324-326, hier S 324 ff

⁶³⁵ DÖW 20.000/ S 333

⁶³⁶ DÖW 19187/6

⁶³⁷ DÖW 20.000/Z 57

⁶³⁸ vgl. Pinzgauer Bezirksarchiv, Horst Scholz, Dokumentation "Schloss- und Gut Fischhorn in der NS- und Nachkriegszeit, S 2

Mayer durch die Amerikaner, der die letzten Tage vor der Kapitulation im Schloss Fischhorn verbracht hat:

"...HAUFLER erzählte mir damals, dass in der letzten Zeit vor der Kapitulation (Daten hat er nicht genannt) sehr viele Sachen, - ich glaube, er sprach von Möbeln, Bilder, Kisten mit Privatgepäck - von HITLER, HIMMLER und anderen Leuten (ich glaube er sprach auch von GOEBBELS, aber das weiss ich nicht mehr sicher) nach Fischhorn gekommen sind..."⁶³⁹

Die Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner verlaufen auf Schloss Fischhorn hektisch. Die SS-Funktionäre auf dem Schloss versuchen verzweifelt, belastende Spuren zu vernichten. SS-Uniformen, Akten und anderes Material werden verbrannt. Aus den Einvernahmeprotokollen führender SS-Funktionäre durch amerikanische Soldaten geht hervor, dass jedoch nicht alles, was zur Verbrennung bestimmt ist, auch wirklich vernichtet wird. Aus dem Einvernahmeprotokoll vom 6.,7.,8. Jänner 1946 in Zell am See:

"Wenn ich noch einmal genau sagen soll, wie das mit den Briefen von HITLER an EVA BRAUN war, von denen ich Ihnen schon so oft gesprochen habe, so gebe ich nochmals an: An einem Tag vor der Kapitulation - an ein Datum kann ich mich nicht erinnern, ich denke es waren mindestens zwei Wochen vor der Kapitulation - dass er Sachen habe von HITLER und EVA BRAUN und dass diese Sachen aus Berchtesgaden gekommen seien.
(...)

Ich weiss ganz bestimmt, dass ich diesen Auftrag von HAUFLER bekam.

(...)

Wenn HAUFLER zu mir von dem Verbrennen dieser Sachen gesprochen hat, so hat er gemeint alle diese Sachen, die in diesem Zimmer abgestellt waren, also:

Briefe, den Anzug von HITLER, Fotoalben, Filme, überhaupt alle Sachen, die dort abgestellt waren.

⁶³⁹ Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Hauptsturmführer Dr. Hans-Otto Mayer, S 318 (Kopie bei Verf.)

Wenn ich noch einmal ganz genau angeben soll, was ich von diesen Sachen, nun wirklich verbrannt habe, so sage ich jetzt und das ist die reine Wahrheit:

Ich habe verbrannt etwa 30 Briefe.

(...)

Wenn ich sagen soll, warum ich gerade diese Sachen verbrannt habe, so kann ich nur angeben: Ich hatte wirklich die Absicht, nach dem Auftrag von HAUFLEER alle diese Sachen, die ich verbrennen sollte, auch wirklich zu verbrennen. Nachdem ich schon Dinge, von denen ich Ihnen eben gesprochen habe, verbrannt hatte, kam mir der Gedanke, warum ich denn diese Sachen eigentlich verbrenne, ich könnte sie doch eigentlich für spätere Zeit aufbewahren und bis dahin an einem sicheren Ort aufbewahren.

Dieser sichere Ort war für mich Schladming. Was ich nach Schladming gebracht habe, war:

1. der Anzug von Hitler
2. meine Briefmarkensammlung. (...) "⁶⁴⁰

Der SS-Hauptsturmführer hält es im Zuge der Einvernahme auch für "möglich", dass er auch Filme nach Schladming gebracht hat.

Während des Warschauer Aufstandes plündern SS-Soldaten polnische Museen, Paläste und Häuser. Insgesamt werden 16 Eisenbahnwaggons Beutekunst nach Fischhorn gebracht. Als die Amerikaner am 8. Mai 1945 Schloss Fischhorn übernehmen, sind lediglich zwölf Eisenbahnwaggons vorzufinden, die nach Warschau rücküberstellt werden.⁶⁴¹

Zeitzeuge Max Effenberger, Bezirkshauptmann, so Horst Scholz, berichtet:

"In den Räumen des Schlosses Fischhorn und in den aufgestellten Baracken, Truppenunterkünften und Lagerräumen der SS wurden große Mengen sogenanntes Privateigentum hoher und höchster Parteistellen, wertvolle Teppiche und

⁶⁴⁰ Pinzgauer Bezirksarchiv, Envernahme SS-Hauptsturmführer Franz Konrad, S 305 ff (Kopie bei Verf.)

⁶⁴¹ vgl. Pinzgauer Bezirksarchiv, Horst Scholz, Dokumentation "Schloss- und Gut Fischhorn in der NS- und Nachkriegszeit, S 3 und 4

Kunstgegenstände, hauptsächlich aus den besetzten Ostgebieten, gelagert. Bei Kriegsende hatte die SS mit der Ausgabe von Lebensmitteln und anderen Gütern an die Bevölkerung begonnen. Es kam aber das Ende zu schnell, so daß nur ein Anfang gemacht werden konnte. Nach Abzug der Waffen-SS wurden diese aufgestapelten Güter von Menschen, die aus verschiedenen Gebieten angereist kamen, mit Fahrzeugen weggeholt."⁶⁴²

Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll eines unbekannten SS-Funktionärs in Schloss Fischhorn durch amerikanische Soldaten:

"...Von Sachen, die sonst aus Berchtesgaden nach Fischhorn gekommen sind, weiss ich nur von einem LKW mit Ölgemälden, der vom Berghof aus nach Fischhorn gekommen sein soll. Jetzt fällt mir noch ein, dass auch eine Kiste mit schätzungsweise 300 Armband- und Taschenuhren nach Fischhorn gekommen ist. Einige goldene Uhren waren auch dabei, die anderen waren meines Erachtens nicht besonders wertvoll. Diese Kiste mit Uhren hat der alte Herr FEGELEIN ⁶⁴³ mitgenommen, als er vom Schloss Fischhorn in das Dorf Bruck zu einem Bauern (-wie der Bauer hiess, weiss ich nicht-) zog. Die alten FEGELEINS haben sehr viele Sachen, auch Möbel, Lebensmittel, Getränke usw. von Fischhorn mitgenommen..."⁶⁴⁴

Am 8. September 1945 wird, so die "Pinzgauer und Pongauer Nachrichten", ein gestohlenes Bild des Malers Bückling im Wert von zwei Millionen Mark in Bruck an der Glocknerstraße, nahe dem Schloss Fischhorn, gefunden. Das Bild stammt aus dem Jahr

⁶⁴² Pinzgauer Bezirksarchiv, Horst Scholz, Dokumentation "Schloss- und Gut Fischhorn in der NS- und Nachkriegszeit, S 3

⁶⁴³ SS-Gruppenführer Fegelein war mit Gretel Braun, Schwester von Eva Braun, verheiratet. Siehe Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Hauptsturmführer Konrad S 310 sowie S 331, und S 345

⁶⁴⁴ Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme eines unbekannten SS Funktionärs, S 345 (Kopie bei Verf.)

1878. Das Werk Bücklings, der "Kentaurenkampf", wird offenbar von einem SS-Mann aus dem Rahmen geschnitten und vergraben.⁶⁴⁵

Im August 2007 wird, es ist bisher der letzte Fund, ein kostbares, rund 800 Jahre altes Limoges-Kreuz in Leogang (Pinzgau) gefunden. Das Kreuz stammt aus dem Beutegut der Nationalsozialisten. Das Kreuz befindet sich bis 1941 im Besitz einer polnischen Adelsfamilie. Neben anderen Kunstschatzen wird das Kreuz nach dem Warschauer Aufstand nach Österreich in das Schloss Fischhorn gebracht. Die Tageszeitungen berichten: "Schloss Fischhorn war ja einer der Fluchtpunkte von Hermann Göring."⁶⁴⁶ Im Mai 2008 wird das Kreuz der polnischen Adelsfamilie Czartoryski zurückgegeben.⁶⁴⁷

11.2 Schloss Lichtenberg (Saalfelden)

Die Zunahme der Luftangriffe lässt den Burgen im Pinzgau eine völlig neue Rolle zukommen. Sie bieten einen idealen Ort für den Schutz von Kultur- und Kunstgegenständen aus Salzburg. Zahlreiche Kunstgegenstände werden aus der Stadt Salzburg entfernt. So werden beispielsweise im Schloss Lichtenberg (Saalfelden) sämtliche Kunstgegenstände von der Residenz, vom Nonnberg und von St. Peter sowie Klessheim untergebracht. Die umliegende Bevölkerung durfte davon allerdings nichts wissen. Schreiben des Landrates in Zell am See vom 1. März 1943 "streng vertraulich!"

"Über Anordnung des Gauleiters von Salzburg sind im Schloss Lichtenberg fast sämtliche Kunstgegenstände von der Residenz, vom Nonnberg und von St. Peter, sowie Klessheim untergebracht, bzw. werden in den nächsten Wochen dort untergebracht. Grund: Schutz vor Fliegerschäden. Die Angelegenheit ist als streng vertraulich zu behandeln; ich kann daher auch in Saalfelden nicht viel darüber reden. Zur Betreuung dieser Gegenstände ist vorgesehen, daß die Besitzerin des Schlosses Frau Maria Weiß-Tessbach beauftragt wird. Das vorhandene Dienstmädchen

⁶⁴⁵ vgl. Pinzgauer Bezirksarchiv, Horst Scholz, Dokumentation "Schloss- und Gut Fischhorn in der NS- und Nachkriegszeit, S 6 und "Pinzgauer Nachrichten", Nr. 5, vom 8.9.1945

⁶⁴⁶ Salzburger Nachrichten 16.8.2007 S L 4; siehe auch "Der Standard", "Kurier" und "SN" vom 17.8.2007

⁶⁴⁷ ORF Salzburg, <http://salzburg.orf.at/stories/275284/> (Heruntergeladen 5.5.2008)

Maria Kröll, geboren am 30.6.1913, soll ebenfalls in den Dienst dieser Schutzmaßnahme gestellt werden..." ⁶⁴⁸

11.3 Schloss Mittersill - Nebenlager KZ Mauthausen

Im Land Salzburg befinden sich während der NS-Ära insgesamt fünf Außen- bzw Nebenlager von Konzentrationslagern. Die meisten von ihnen, St. Gilgen, Pabenschwandt (Gemeinde Pleinfeld), Hallein und Weißsee (Gemeinde Uttendorf) gehören zum Konzentrationslager Dachau. Nur Schloss Mittersill bildet eine Ausnahme. 1944 als KZ-Nebenlager errichtet, gehört das Schloss Mittersill zum Konzentrationslager Mauthausen.⁶⁴⁹ Das Nebenlager ist am Beginn dem Konzentrationslager Ravensbrück unterstellt, ab Mitte 1944 wird es dem Konzentrationslager Mauthausen zugeordnet.⁶⁵⁰

Die Geschichte des Schlosses reicht bis in das 12. Jahrhundert zurück. 1919 ist das Anwesen im Besitz eines Münchner Malers. Bis zum "Anschluss" im Jahr 1938 wechseln das Schloss und die dazugehörenden Gebäude mehrmals ihre Besitzer. 1938 wird das Schloss von der SA besetzt. Im Juli 1938 vernichtet ein Brand den Großteil des Schlosses. Oskar Dohle:

"...Anfang November 1942 wandte sich Dr. Ernst Schäfer, zukünftiger Leiter der in München geplanten 'Forschungsstelle für Innerasien und Expeditionen', einer Teilorganisation der SS-Forschungsstelle 'Ahnenerbe', in einem Schreiben betreffend Schloss Mittersill an den Salzburger Gaukämmerer Dr. Robert Lippert. In diesem Schriftstück berichtet er, dass er die Angelegenheit bei seinem letzten Besuch im Führer-Hauptquartier 'Reichsführer-SS' Heinrich Himmler vorgelegt habe, und, dass sich dieser 'ebenfalls sehr freuen würde, wenn der Gauleiter sich dazu entschließen könnte, unserer Arbeitsgemeinschaft und unserem demnächst zu gründenden

⁶⁴⁸ SLA, HB Akte, Karton 113; 901/1-1943

⁶⁴⁹ vgl. Oskar Dohle: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008, S 1

⁶⁵⁰ vgl. Bertrand Perz, "Schloss Mittersill" In: Benz und Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg-Mauthausen – Ravensbrück, C.H. Beck Verlag, München 2006, S 424-426, hier S 425

Reichsinstitut für Asienforschung Mittersill als ökologische Außenstelle zur Verfügung zu stellen."⁶⁵¹

Die "Forschungsgemeinschaft Deutsche Ahnenerbe e.V." wird 1935 von Reichsführer SS, Heinrich Himmler, gegründet und widmet sich vor allem der Rassenideologie. Der Verein beschäftigt sich unter anderem mit medizinischen Forschungen, wobei grausame, meist tödlich verlaufende Experimente an KZ-Häftlingen durchgeführt werden.⁶⁵² Die Salzburger NS-Führung unter Friedrich Rainer versucht mit Hilfe von Heinrich Himmler in Salzburg eine SS-Universität zu gründen. Salzburg soll zu einem kulturellen und wissenschaftlichen Zentrum werden. Dazu wird das SS-eigene Institut "Ahnenerbe" genutzt.

Das "Sven Hedin Institut für Innerasien und Expeditionen" wird im Jänner 1943 in München eröffnet. Als Leiter des Institutes fungiert Dr. Ernst Schäfer, der 1938/39 eine SS-Expedition in Tibet leitet. Die Einrichtung wird als "Reichsinstitut" eingestuft und steigt innerhalb kürzester Zeit zur wichtigsten Teilorganisation innerhalb des "Ahnenerbes" auf. Das Institut pflegt darüber hinaus enge Verbindungen zum "Haus der Natur" in Salzburg. Ausstellungsstücke der "SS-Expedition Schäfer" werden erstmals im "Haus der Natur" gezeigt.⁶⁵³

Die Rolle des Leiters des Salzburger "Haus der Natur", Professor Tratz, in der NS-Zeit wird noch 70 Jahre später zu heftigen politischen Diskussionen führen. Prof. Eduart Paul Tratz, heute Ehrenbürger der Stadt Salzburg, nutzt seinen Kontakt zu Heinrich Himmler im Rahmen der SS-Wissenschaftsorganisation "Ahnenerbe" für den Ausbau des "Haus der Natur" in Salzburg und auch für seine persönliche Karriere. Bereits 1939, ein Jahr nach dem "Anschluss", fungiert das "Haus der Natur" unter der Leitung von SS-Hauptsturmführer Tratz als ideologisches Aushängeschild für die NS-Rassenpolitik. Im "Haus der Natur" werden beispielsweise Originalabgüsse verschiedener "Menschentypen"

⁶⁵¹ Oskar Dohle: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008, S 5

⁶⁵² vgl. Dohle, Oskar: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008, S 5 ff

⁶⁵³ vgl. Oskar Dohle: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008, S 6

ausgestellt, um den Unterschied einzelner "Rassen" zu demonstrieren. Tratz ist unter anderem an Abformungen so genannter "Zigeunertypen" interessiert.⁶⁵⁴ Im NS-Organ "Salzburger Volksblatt" vom 1. November 1940 ist über das "Haus der Natur" zu lesen:

"Die Grundlagen sowie die ganze Gesetzmäßigkeit der Vererbung wird an zahlreichen Tafeln und in vielen anschaulichen Beispielen leichtfaßlich erklärt. Originalabgüsse nach lebenden Menschen weisen auf die Verschiedenheit der nordischen, dinarischen und ostischen Rasse hin, zeigen die fremdrassigen (jüdischen) Menschentypen und die Haupttypen der geografisch bedingten Menschenrassen sowie die Vorfahren des Menschen, den Neanertaler und Cro-Magnon."⁶⁵⁵

Im Herbst 1939 unternimmt Tratz im Auftrag des "Ahnenerbes" Kulturraubaktionen in Polen. Tratz beteiligt sich auch am Erwerb von Gegenständen, die aus rassischen oder politischen Gründen beschlagnahmt werden.⁶⁵⁶ Robert Hoffmann kommt in seinem Gutachten über die Aktivitäten von Prof. Tratz zum Schluss:

"Es war nie ein Geheimnis, dass die Tibetschau im 'Haus der Natur' ein Ergebnis der engen Kooperation zwischen dem Leiter der SS-Expedition nach Tibet 1938/39 Ernst Schäfer und Prof. Tratz darstellt. Dieser Zusammenhang wurde in der Selbstdarstellung des Museums nach 1945 allerdings eher verschleiert als thematisiert, was wiederum damit zusammenhängt, dass die NS-Ära in der Museumsgeschichte als Ganzes ausgeblendet wurde. Es wäre hoch an der Zeit, dieses Defizit im Rahmen einer umfassenden Sammlungs- und Organisationsgeschichte aufzuarbeiten..."⁶⁵⁷

⁶⁵⁴ vgl. Robert Hoffmann: "Ein Museum für Himmler. Eduard Paul Tratz und die Integration des Salzburger 'Haus der Natur' in das 'Ahnenerbe' der SS." In: Zeitgeschichte 35 (Mai/Juni 2008) Heft 3, 154-175, hier S 159

⁶⁵⁵ Salzburger Volksblatt, 1.11.1940, zitiert In: Robert Hoffmann: "Ein Museum für Himmler. Eduard Paul Tratz und die Integration des Salzburger 'Haus der Natur' in das 'Ahnenerbe' der SS." In: Zeitgeschichte 35 (Mai/Juni 2008) Heft 3, 154-175, hier S 159

⁶⁵⁶ vgl. Robert Hoffmann: Gutachten zu den Aktivitäten von Prof. Dr. h.c. Eduard Paul Tratz im Rahmen des "Ahnenerbes" der SS 1938-1945, Universität Salzburg, Mai 2007, S 33 ff

⁶⁵⁷ Robert Hoffmann: Gutachten zu den Aktivitäten von Prof. Dr. h.c. Eduard Paul Tratz im Rahmen des "Ahnenerbes" der SS 1938-1945, Universität Salzburg, Mai 2007 S 35

Für Schloss Mittersill gibt es mehrere Interessenten innerhalb der NS-Funktionäre. Die Hitler-Jugend plant ein Hotel. Anders die Pläne der SS: Das Schloss soll eine "ökologisch-biologische Außenstation" und ein "Schulungslager für zukünftige Expeditionen"⁶⁵⁸ beherbergen. Himmler setzt sich durch. Im Mai 1943 ergeht die Mitteilung an den Gauleiter Salzburg:

"Schloß Mittersill mit sämtlichen dazugehörigen Liegenschaften der Waffen-SS zur Benützung zuzuweisen."⁶⁵⁹

Für diesen Zweck wird das "SS-Sonderkommando 'K'" mit SS-Sturmbannführer Dr. Ernst Schäfer an der Spitze, gegründet. Die Einheit wird mit "besonders kriegswichtigen und geheimen Aufgaben" betraut.⁶⁶⁰

Zwischen August und Dezember 1943 werden die Schäden nach dem Brand im Schloss Mittersill repariert. Dafür werden neben einheimischen Handwerkern rund 30 Gefangene aus der Strafanstalt Bernau (Bayern) herangezogen. Für die Hausarbeit werden am 24. März 1943 15 weibliche Häftlinge, alle Frauen waren als Bibelforscherinnen inhaftiert worden, aus dem Konzentrationslager Ravensbrück eingesetzt. Neun der Frauen werden bereits nach wenigen Tagen weiter in das steirische Schloss Lannach überstellt, sechs der Frauen bleiben in Mittersill.⁶⁶¹ Auch das steirische Schloss Lannach, heute im Besitz der Familie des ehemaligen Wirtschaftsministers Bartenstein, wird im Juli 1943 dem Institut "SS-Ahnenerbe" zugesprochen.⁶⁶²

⁶⁵⁸ Oskar Dohle: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008, S 6

⁶⁵⁹ Oskar Dohle: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008, S 6

⁶⁶⁰ vgl. Oskar Dohle: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008, S 7

⁶⁶¹ vgl. Bertrand Perz, "Schloss Mittersill" In: Benz und Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg-Mauthausen – Ravensbrück, C.H. Beck Verlag, München 2006, S 424-426, hier S 425; siehe dazu auch Heide Gsell: "Die Bibelforscherinnen im KZ-Mauthausen". In: Andreas Baumgartner, Ingrid Bauz, Jean-Marie Wingler (Hg.) Zwischen Mutterkreuz und Gaskammer. Täterinnen oder Widerstand und Verfolgung? edition mauthausen, Wien, 2008

⁶⁶² vgl. Bertrand Perz, "Schloss Lannach" In: Benz und Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, S 420

Am 8. Mai 1945 werden die inhaftierten Frauen in Mittersill von einer US-Infantriedivision befreit.⁶⁶³

12 Das Ende der NS-Ära

Am Montag, dem 30. April 1945, um 15.30 Uhr, begeht Adolf Hitler in Berlin Selbstmord.⁶⁶⁴ Die letzten Tage verlaufen, wie im ganzen Reich, auch im Pinzgau turbulent und chaotisch. Einige unverbesserliche NS-Fanatiker wollen sich nicht geschlagen geben. Notdürftig errichtete Straßensperren aus Bäumen sollen die anrollenden amerikanischen Panzer aufhalten.⁶⁶⁵ Widerstandsgruppen verhindern Kriegshandlungen in den Gemeinden. Dokumente im Bezirksarchiv in Zell am See zeigen, wie die letzten Stunden in den Bergen Salzburgs verlaufen sind. Der Leiter des Archivs, Horst Scholz, hat die Dokumente gesichtet und in einer Dokumentation penibel zusammengefasst.⁶⁶⁶ Prominente NS-Größen wie Hermann Göring, Baldur von Schirach, Heinrich Himmler, Generalfeldmarschall Albert Kesselring und andere SS-Funktionäre sind in diesen Tagen in der Gegend, um ihre Raubgüter in Sicherheit zu bringen. Der US-Soldat Charmes A. Lindberg, er ist in den ersten Maitagen in Zell am See, schreibt in seinem Kriegstagebuch: "Nun, die höchsten Dienstränge der deutschen Armee sind in der Gegend, mehr Generäle, als Sie je an einem Ort gesehen haben."⁶⁶⁷ Eine wichtige Rolle dabei spielt das Schloss Fischhorn in Bruck am Ufer des Zeller Sees. Die Kunstschatze von Hermann Göring im Wert von 200 Millionen Reichsmark langen bereits im April in Bayern ein. Ein Sonderzug transportiert rund 1.000 Gemälde, 80 Skulpturen und 60 Gobelins nach Berchtesgaden. Dort werden sie in einem Stollen auf dem Untersalzberg versteckt.⁶⁶⁸

12.1.1 Hermann Göring und Salzburg

Im Schloss Mauterndorf verbringt Hermann Göring seine Kindheit. Im Salzburger Lungau wird der Generalfeldmarschall im Frühjahr 1938 besonders herzlich empfangen. Im Schloss seiner Kindheit trifft Göring nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten in

⁶⁶³ Bertrand Perz, "Schloss Mittersill" In: Benz und Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, S 425

⁶⁶⁴ Wolfdieter Bihl: Der Tod Adolf Hitlers, Böhlau, Wien 2000 S 80

⁶⁶⁵ Zeitzeuge Johann Leo, Gespräch am 29.12.2007

⁶⁶⁶ Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv

⁶⁶⁷ Kriegstagebuch Charmes A. Lindbergh, 1938-1945 In: Scholz, Horst: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 24

⁶⁶⁸ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 9

Österreich seine Familie. Im September 1938 fällt das Schloss ins Vermächtnis des Feldmarschalls.⁶⁶⁹ Göring wird im März 1938 zum Ehrenbürger von Mauterndorf ernannt. Begründung der Stadtväter:

"Hermann Göring war viele Jahre ein aufrichtiger Freund Mauterndorfs. Er hat der Marktgemeinde beim Bau der Hochwasserleitung durch die Beschaffung der notwendigen Rohre große Dienste erwiesen, wofür ihm am 15. März 1938 mit der Ernennung zum Ehrenbürger gedankt wurde."⁶⁷⁰

Göring bleibt dies, nach Auskunft der Gemeinde Mauterndorf - neben elf anderen Ehrenbürgern Mauterndorfs -, bis heute. Die Ehrenbürgerschaft Görings erregt immer wieder die Gemüter. Die Israelitische Kultusgemeinde in Salzburg verlangt eine nachträgliche Aberkennung. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtet am 29. August 2007:

"...Doch so einfach lassen sich Ehrenbürgerschaften nicht tilgen: 'Mit Görings Tod ist auch die Ehrenbürgerschaft erloschen', doch juristisch gesehen, müsste man ihm 'zur nachträglichen Aberkennung die Ehrenbürgerschaft posthum wieder verleihen', sagte der Mauterndorfer Bürgermeister Wolfgang Eder (ÖVP). Reichsmarschall Göring, dessen Mutter aus dem Lungau stammte, hatte von seinem Patenonkel (und mutmaßlichen Vater), Hermann Baron Epenstein, Burg Mauterndorf 'geschenkt' bekommen; die Ehrenbürgerschaft war ihm am 15. März 1938, im Zusammenhang mit dem 'Anschluss' Österreichs, verliehen worden..."⁶⁷¹

Über 70 Jahre nach dem "Anschluss" wäre es an der Zeit, dieses dunkle Kapitel auch in Mauterndorf aufzuarbeiten.

⁶⁶⁹ vgl. Volker Knopf, Stefan Martens: Görings Reich: Selbstinszenierung in Carinhall, Christoph Links Verlag, Berlin 2007 S 12, S 184

⁶⁷⁰ Mauterndorfer Heimatbuch, S 212

⁶⁷¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.2007

12.1.2 Die Festnahme Hermann Görings

Die führenden Köpfe des NS-Systems setzen sich bereits Wochen vor dem bevorstehenden Ende ab. Im April 1945 nutzt Hermann Göring die letzte Chance, um das nahezu eingeschlossene Berlin zu verlassen. Die Lage in der Reichshauptstadt ist hoffnungslos. Hermann Göring verabschiedet sich mit seinen Kunstschatzen in den Süden. Am Obersalzberg wartet er die kommenden Tage ab. In Berlin laufen die letzten Intrigen. Die Generäle rund um Hitler wollen mit Göring abrechnen. Der Reichsmarschall wird von der SS unter Arrest gestellt.⁶⁷² Am 25. April 1945 wird der Obersalzberg mit einem Bombenteppich überzogen. Im Chaos der folgenden Stunden wird Göring auf sein Schloss in Mauterndorf gebracht.⁶⁷³

Laut Unterlagen im Pinzgauer Bezirksarchiv wird Göring am 8. Mai 1945 am Ortsende von Altenmarkt, unterhalb des Hirschberghofes, festgenommen. Zwei Zeitzeugen, Sepp Scharfetter sowie der Adjutant Görings, schildern die Festnahme des Reichsmarschalls. Göring kommt mit seiner Frau und seiner Tochter direkt vom Schloss Mauterndorf, wo er die letzten Tage verbracht hat. Gegen Mittag, um 12:00 Uhr, bricht der Konvoi mit sieben Fahrzeugen von Mauterndorf Richtung Altenmarkt auf. Die Passstraße ist durch SS-Einheiten verstopft. Eine Straßensperre der US-Armee stoppt den Konvoi Görings. Der Adjutant Görings, Karl-Heinrich Bodenschatz, schildert die Festnahme:

"...Es ist 20.10 Uhr. Der [amerikanischen Anm. RL] Limousine entsteigen ein General und Major Müller. Der Reichsmarschall steigt aus, geht auf den General zu, und es ergibt sich eine Begrüßung, wie sie formvollendeter bei einer Gefangennahme wohl nicht vor sich gehen könnte..."⁶⁷⁴

Hitlers Stellvertreter versucht offensichtlich immer noch mit den US-Generälen zu verhandeln. Vergebens: US-General Robert Stack bringt Göring, seine Frau und Tochter Edda in einem gepanzerten Automobil der Marke Maybach in die ehemalige Reitschule

⁶⁷² vgl. Volker Knopf, Stefan Martens: Görings Reich: Selbstinszenierung in Carinhall, Christoph Links Verlag, Berlin 2007 S 150

⁶⁷³ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 181

⁶⁷⁴ Görings Adjutant; In: Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 18

der SS auf Schloss Fischhorn. Göring verbringt eine Nacht im Schloss Fischhorn, bevor er über Kitzbühel nach Nürnberg überstellt wird.⁶⁷⁵

12.1.3 Chaos in den letzten Tagen

Noch in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 treffen rund 4.000 deutsche Soldaten aus den unterschiedlichsten Einheiten im Raum Lofer ein, um den Raum gegen die von Norden anrückenden Amerikaner zu schützen. Dieser letzte Versuch scheitert, nachdem die amerikanischen Truppen von Westen vorrücken.⁶⁷⁶ Der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, schlägt mit seinem Stab in Eschenau (Gebiet um Lend) sein Hauptquartier auf. Bei Luftangriffen flüchtet er mit einem Sonderzug in den naheliegenden Tunnel.⁶⁷⁷ Himmlers Sonderzug wird schließlich auf einem Abstellgleis in Saalfelden gefunden.⁶⁷⁸ Heinrich Himmler schlägt sich mit einem gefälschten Soldbuch unter dem Namen "Heinrich Hitzinger" nach Süden durch, ehe er von britischen Soldaten Mitte Mai 1945 in Italien festgenommen wird. Himmler begeht durch einen Biss auf eine Giftkapsel Selbstmord.⁶⁷⁹

Die Nachricht vom Tod Hitlers erreicht Salzburg erst am 2. Mai 1945. Gauleiter Gustav-Adolf Scheel ordnet an, dass alle Dienststellen auf jeden Fall in Salzburg bleiben müssen. "Ich selbst werde mich als Gauleiter dort aufhalten, wo gekämpft wird und wo ich weisungsgemäß meinen Pflichten als Gauleiter nachkommen kann."⁶⁸⁰ Gauleiter Scheel zieht sich in die vermeintlich sicheren Berge hinter den Pass Lueg bei Werfen zurück. Einige NS-Funktionäre hoffen noch auf eine Wende im Krieg. Sie glauben, in den sicheren Bergen abwarten zu können, bis die USA und die Sowjetunion einander den Krieg erklären. Ernst Hanisch: "Das heißt also – hinter den Paß Lueg. Hier spielte sicherlich die letzte, verzweifelte Erwartung mit herein, eine Erwartung, die Robert Ley vor dem Salzburger Freikorps 'Adolf Hitler' so ausdrückte: Es bleibe nichts anderes übrig als eine

⁶⁷⁵ vgl. Berichte der Zeitzeugen Sepp Scharfetter und dem Adjutanten Görings; In: Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 17 ff

⁶⁷⁶ vgl. Zeitzeuge Dr. Erich Schandlbauer, In: Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 13

⁶⁷⁷ vgl. Robert Stadler; Michael Mooslechner: "St. Johann/PG 1938-1945", S 117

⁶⁷⁸ Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 16

⁶⁷⁹ vgl. Peter Longerich: Heinrich Himmler Biographie, Siedler Verlag, Berlin 2008 S 757

⁶⁸⁰ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 180

Igelstellung zu bilden und zu warten, bis Russen und Amerikaner aufeinander losgingen."⁶⁸¹

SS-Hauptsturmführer Dr. Hans-Otto Mayer⁶⁸² kommt in den letzten Apriltagen aus Deutschland nach Fischhorn. Eigentlich sollte er zur 31. Division, die im Osten kämpfte. Bei seiner Einvernahme am 12. Dezember 1945 im Lager bei Nürnberg schildert Mayer die letzten Pläne der NS-Führung im Bezirk Zell am See:

"...Ich war eigentlich versetzt zur 31. Division, die im Osten kämpfte. Ich habe aber durch den Hauptsturmführer ANTON VANDIEKEN den Standartenführer FEGELEIN [Standartenführer der Waffen-SS Waldemar FEGELEIN, ist der jüngere Bruder von Hermann FEGELEIN. Hermann Fegelein ist Kommandeur von SS-Reiterverbänden und maßgeblich an "Säuberungsaktionen" beteiligt, die Tausenden Zivilisten das Leben kosten.⁶⁸³ Anm. R.L.] gebeten, dass ich nicht mehr zur 31. Division fahren brauchte. Ich hielt das für zwecklos, denn ich wäre ja sowieso nicht mehr durchgekommen, da die Front immer näher kam.

Ich wurde Adjutant der Kampfgruppe, die unter Führung von Standartenführer FEGELEIN aufgestellt wurde. Die Kampfgruppe bestand aus 500-600 Mann, zum Teil versprengter SS-Leuten und den Angehörigen des SS-Remonteamtes Fischhorn. Die Kampfgruppe sollte die Aufgabe haben, die Alpenpässe zu sperren. Inzwischen kam aber die Kapitulation und es wurde nicht mehr gekämpft. Meine Aufgabe war, mit dem Auto zu den einzelnen Gruppen, die an den Pässen standen, zu fahren, Munition zu beschaffen usw. (...)"⁶⁸⁴

Stunden nach dem Selbstmord Hitlers versammeln sich SS-Größen im Jagdhaus in Kaprun, das zu Schloss Fischhorn gehört. SS-Hauptsturmführer Hans-Otto Mayer berichtet über dieses Treffen bei seiner Einvernahme am 12. Dezember 1945:

⁶⁸¹ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 180

⁶⁸² Obersturmführer der SS-Kavallerie-Schule Göttingen

⁶⁸³ vgl. Peter Longerich: Heinrich Himmler Biographie, Siedler Verlag, Berlin 2008, S 331 ff

⁶⁸⁴ Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Hauptsturmführer Dr. Hans-Otto Mayer, S 317 (Kopie bei Verf.)

"An die Besprechung, nach der Sie mich fragen, die im Jagdhaus in Kaprun stattgefunden hat, erinnere ich mich. Diese Besprechung war am 1. oder 2. Mai 1945. Es wurde dabei darüber gesprochen, was getan werden sollte, ob man Widerstand leisten sollte usw. Standartenführer FEGELEIN [Standartenführer der Waffen-SS Waldemar FEGELEIN Anm. R.L.] gab bekannt, dass er von einem General in Zell am See (den Namen weiss ich nicht mehr) den Auftrag bekommen habe, eine Kampfgruppe zur Verteidigung der Alpenpässe zu bilden. An der Besprechung nahmen teil:

Standartenführer FEGELEIN, Obersturmbannführer Dr. EICHLEN, Hauptsturmführer HAUFLE, Hauptsturmführer KONRAD (das weiss ich nicht ganz sicher), Obersturmführer SENNE, ich glaube auch Sturmbannführer WIPPERN und Hauptsturmführer BODE, das kann ich aber nicht ganz bestimmt sagen. (...)"⁶⁸⁵

Gauleiter Scheel zieht sich am 3. Mai nach Goldegg zurück, wo eine SS-Einheit aus Deutschland lagert. Er wird am 14. Mai 1945 von den Amerikanern in St. Veit verhaftet.⁶⁸⁶

Ernst Hanisch beschreibt die Situation in den Salzburger Bergen:

"...Dann strömte auch die politische Prominenz in den Gau. Da war die ungarische faschistische Regierung Szálasi mit dem Kronschatz, die in Mattsee Quartier bezog. Die heilige Stephanskronen entdeckten die Amerikaner erst im Sommer 1945. Da war das Berliner diplomatische Korps, das in Gastein Zuflucht suchte. Da waren zahlreiche Wehrmachtsstäbe und zu allem bereite SS-Einheiten, die in den Gebirgstälern ziellos herumfuhren und flüchtende deutsche Soldaten erschossen. Da war die NS Prominenz wie Julius Streicher, Robert Ley, Franz von Epp, Walter Funk, Wilhelm Frick. Auch Himmler fuhr im Frühjahr 1945 mit seinem Sonderzug in Salzburg umher..."⁶⁸⁷

⁶⁸⁵ Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Hauptsturmführer Dr. Hans-Otto Mayer, S 319 (Kopie bei Verf.)

⁶⁸⁶ vgl. Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 183 und 185

⁶⁸⁷ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 181

An den "Extrazug" von Heinrich Himmler kann sich auch SS-Sturmführer Wilhelm Senne, nach kurzem Nachdenken, bei seiner Einvernahme durch die Amerikaner am 21. Dezember 1945 im Lager Moosbach bei München erinnern. Der SS-Obersturmführer war im Frühjahr 1945 in Fischhorn. Auszug aus dem Einvernahmeprotokoll:

"...Wenn Sie mich nach Sachen von HIMMLER fragen, so kann ich mich nicht erinnern, davon etwas gehört zu haben.

Doch, jetzt fällt mir etwas ein: Etwa am 20. oder 22. April 1945 kam der Obergruppenführer KNOBLAUCH nach Fischhorn. Zur gleichen Zeit war die Sekretärin von HIMMLER – den Namen weiss ich nicht, es war eine ältere große Dame⁶⁸⁸ – auch in Fischhorn. Obergruppenführer KNOBLAUCH hat mit ihr gesprochen. In der Gegend von Zell am See soll ja ein Extrazug von HIMMLER gestanden habe (sic!). Ich habe von diesen Dingen nur gesprächsweise gehört. Ich glaube HAUFLEDER hat mir erzählt, dass diese Dame die Sekretärin von HIMMLER sei und dass von HIMMLER Sachen in Fischhorn lagen. Etwas Näheres darüber kann ich nicht angeben, ich habe weiter nichts davon gehört oder gesehen. (...)"⁶⁸⁹

In den letzten Kriegstagen schicken die Nationalsozialisten 24 Waggon mit Raubgold ungarischer Juden und Jüdinnen in einem "Goldzug" Richtung Westen. Die wahrscheinliche Route führt über Linz, Salzburg, Hallein, Bischofshofen, Zell am See und Saalfelden nach St. Johann in Tirol.⁶⁹⁰ Die Saalfeldener Journalistin Sabine Stehrer verfolgt die Stationen des Sonderzuges: "Die Volksdeutsche Mittelstelle des SS-Sonderkommandos Süd gibt dem Goldzug als Ziel 'Salzkammergut – Hallein' vor. Die Gegend ist Teil der 'Alpenfestung', die das NS-Regime den Alliierten zur Abschreckung als 'uneinnehmbares Bollwerk' darstellt..."⁶⁹¹ In den einzelnen Stationen des Zuges kommt es im Chaos der letzten Tagen zu einem "regelrechten Flohmarktbetrieb". Zahlreiche

⁶⁸⁸ Gemeint ist offenbar "Fräulein Lorenz", eine Sekretärin Himmlers, die im Beisein von Haufleder und Konrad im April 1945 einen Panzerschrank in Fischhorn ausräumte. SS-Mann Konrad erhielt dabei die Briefmarken Himmlers; Siehe unbekannte Einvernahme eines SS Funktionärs S 346 im Pinzgauer Bezirksarchiv. (Kopie bei Verf.)

⁶⁸⁹ Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Obersturmführer Wilhelm Senne, S 338 (Kopie bei Verf.)

⁶⁹⁰ Sabine Stehrer: "Der Goldzug", Czernin Verlag, Wien, 2006 S 7

⁶⁹¹ Sabine Stehrer: "Der Goldzug", Czernin Verlag, Wien, 2006 S 19

Raubgüter werden von Einheimischen, SS-Männern, Wehrmachtsoldaten und später auch von US-Soldaten zum Handel für Lebensmittel oder zur Bestechung verwendet. Viele der wertvollen Gegenstände bleiben für immer verschwunden.⁶⁹²

Ing. Otmar Haidinger, Hauptmann der Gendarmerie Zell am See, berichtet als Zeitzeuge über die Vorfälle am 4. Mai 1945 im Raum Zell am See. Durch die Landeshauptstadt Salzburg rollen in diesen Stunden bereits amerikanische Panzer:

"Am Freitag lud in aller Eile der Kreisleiter des Pinzgaues, Spitz, zu einer Besprechung. Es mögen 8-10 Herren anwesend gewesen sein, als ich mit meinem damaligen Kreisführer, Bez. Kdt. Altmann eintraf. Anwesend waren u.a. Vertreter des Volkssturmes Stabsleiter Göttlich und Graf Platz, SS-Sturmbandführer Persterer, Hauptmann Eduard Altacher und der Ortsgruppenleiter von Zell am See Schulrat Doppler, mit dem ich kurz vorher in meiner Wohnung eine Aussprache hatte. Es ging vorrangig um das militärische Thema, Maßnahmen zu treffen, um den Einmarsch der Amerikaner im Raume Zell am See, wenn schon nicht mehr zu verhindern, doch wenigstens verzögern zu wollen, für unsere Stadt und den ganzen Pinzgau verheerende Folgen haben könne. Alleine die Sprengung der Staumauer des Kraftwerkes Enzingerboden in Uttendorf hätte Tausende Menschenleben gefordert und enormen Sachschaden zur Folge gehabt. Ein diesbezüglicher Krisenplan bestand schon lange vorher, weshalb man übereinkam, diese Kraftwerksanlage durch verstärkten Gendarmerieeinsatz (...) bei Tag und Nacht zu überwachen."⁶⁹³

Über konkrete Pläne für den letzten Widerstand der Nationalsozialisten gegen die anrückenden amerikanischen Truppen berichtet der Zeitzeuge Dr. Erich Schandlbauer aus Zell am See. So seien beispielsweise Sprengladungen im Bereich des Kraftwerkes Kaprun vorbereitet gewesen. Auch im Bereich der Eisenbahn und der Straße waren die Schächte

⁶⁹² Bestandsliste des "Goldzuges" beim Start am 30.3.1945 an der ungarisch-österreichischen Grenze: Gold, Diamanten, Münzen, Bargeld, Silberwaren, Bilder, Orientteppiche, Porzellan, Kelche und Kreuze, Violinen, Briefmarkensammlungen, Taschenuhren, Kameras u.v.a.m. Quelle: Sabine Stehrer: "Der Goldzug", Czernin Verlag, Wien, 2006

⁶⁹³ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 15

für bevorstehende Sprengungen bereits fertig. Teile der Gendarmerie und der Geheimen Staatspolizei haben zu dieser Zeit bereits heimlich die Seite gewechselt.⁶⁹⁴ Erich Schandlbauer berichtet über die Ereignisse in diesen Tagen:

"In den ersten Maitagen trafen wir uns nach Einbruch der Dunkelheit im Gasthof Metzgerwirt in Zell am See, um die notwendigen Vorkehrungen für den Einmarsch der amerikanischen Befreiungsarmee zu besprechen. Es waren anwesend die Herren: Josef Grani, der Wirt Hörl Josef, Sepp Steinacher, Josef Guggenberger und Dr. Schandlbauer. Es wurde die Übernahme der Regierungsgewalt festgelegt und beschlossen, beim Einmarsch der Amerikaner sofort den Landrat, seinen Stellvertreter und den Bürgermeister von Zell am See durch Männer unserer Gruppe zu ersetzen. Es wurden bestimmt als Landrat Dr. Manzano, als Stellv. Dr. Roland Weinlich und als Bürgermeister von Zell am See Dr. Schandlbauer. Herr Josef Grani sollte als politischer Berater bei der Bezirkshauptmannschaft fungieren."⁶⁹⁵

Erich Schandlbauer wird einige Tage später tatsächlich im Auftrag der amerikanischen Truppen das Amt des Bürgermeisters in der Gebirgsstadt übernehmen. Wie verworren die politische Situation in diesen Stunden ist, schildert Schandlbauer in einem weiteren Bericht:

"Der Landrat von Zell am See lockt uns und den Gendarmeriekommandanten durch ein falsches Aviso, die Amerikaner seien bereits dort, am 6. Mai nach Saalfelden. Mittlerweile wurden in Zell am See auf Grund dieser Meldung die rot/weiß/roten Fahnen gehisst, die von der in der Stadt anwesenden SS und einigen unentwegten Parteigenossen von den Häusern heruntergerissen wurden. Zu weiteren Ausschreitungen kam es aber nicht mehr. Die Gendarmerie blieb fest. Der Volkssturm wurde zur Landwache erklärt und war nach Ausschaltung einiger Führer auch auf unserer Seite. So

⁶⁹⁴ vgl Bezirksarchiv Zell am See, Ordner 373; In: Scholz, Horst: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 13

⁶⁹⁵ Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 15

vergingen die 2 Tage bis zum Einmarsch der amerikanischen Befreiungsarmee ohne gefährliche Vorfälle."⁶⁹⁶

Zu den letzten schweren Kampfhandlungen zwischen deutschen Soldaten und alliierten Truppen im Raum Pinzgau kommt es am 5. Mai 1945 in Hinterthal. Die Gefechte dauern bis 8. Mai 1945 und fordern auf beiden Seiten zahlreiche Opfer. SS-Angehörige und Mitglieder der Hitler-Jugend haben den völlig sinnlosen Auftrag, die amerikanischen Truppen aus dem Hinterhalt anzugreifen.⁶⁹⁷

Am Dienstag, den 8. Mai 1945, übernehmen amerikanische Truppen der Luftlandeeinheit der 101. Division die Bezirkshauptstadt Zell am See. Zur selben Zeit gelangen Truppen der 36. Infanteriedivision aus Tirol über den Paß Thurn über Mittersill in den Pinzgau. Die Bevölkerung leistet keinen Widerstand.⁶⁹⁸ Die Lage im Pinzgau ist verworren: Amerikanische Soldaten, Kriegsgefangene, versprengte deutsche Soldaten, letzte Angehörige der Waffen-SS, Verwundete und Flüchtlinge prägen das Bild im Pinzgau. Am 28. Mai 1945 verdoppelt sich die Anzahl der Bevölkerung in Zell am See von 4.785 auf rund 9.000.⁶⁹⁹

Die Tage der Anarchie fordern auch in Raum Zell am See noch letzte Opfer: In Lofer werden zwei deutsche Soldaten am 7. Mai 1945 wegen "Fahnenflucht" erschossen, dies obwohl die SS zur selben Zeit selbst "fahnenflüchtig" ist.⁷⁰⁰ Am 27. Mai 1945 wird der SS-Offizier Eduard Altacher, Kommandant der Kaserne Saalfelden, getötet. Altacher missachtet die Ausgangssperre der US-Armee und wird von Zwangsarbeitern und US-Soldaten misshandelt und ermordet.⁷⁰¹ Auch in der "Chronik Saalfelden" aus dem Jahr 1992 findet sich dieser Vorfall. Laut Chronik hat Altacher dabei allerdings überlebt und sei nach München verschleppt worden:

"Am 27.5.1945 wurde der in Harham ansässig gewesene Schmiedemeistersohn Hauptmann Eduard Altacher, Ritterkreuzträger, zuletzt Kommandeur der Geb. San. Abtlg. 18

⁶⁹⁶ Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 16

⁶⁹⁷ "Chronik Saalfelden", 1992, Bd. II, S 754

⁶⁹⁸ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 39

⁶⁹⁹ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 27

⁷⁰⁰ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 17

⁷⁰¹ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 26

in Saalfelden und Kommandant der Wallnerkaserne, in Weikersbach von Polen niedergeschlagen und dann nach München gebracht, wo sich seine Spur verlor."⁷⁰²

Auch der Schmiedemeister und NS-Funktionär Alois Stöckl aus Gerling (Gemeinde Saalfelden) wird von Zwangsarbeitern am 29. Mai 1945 ermordet.⁷⁰³ Die "Chronik Saalfelden" vermerkt rund 50 Jahre später:

"Am 29.5.1945 kam der Schmiedemeister Alois Stöckl in Gerling auf gewaltsame Weise ums Leben."⁷⁰⁴

Am 30. Mai 1945 wird SS-Obersturmbannführer Alois Persterer, er hat sich in den Bergen in Hinterthal versteckt, von amerikanischen Soldaten bei der Festnahme erschossen.⁷⁰⁵ Eines der letzten Opfer im Pinzgau, aufgrund eines tragischen Irrtums eines US-Soldaten der 168. US-Nachrichtenabteilung, ist Anton von Webern. Der österreichische Komponist und Schüler von Arnold Schönberg hält sich in diesen Tagen in Mittersill auf, um vor der russischen Armee im Osten in Sicherheit zu sein. Am 15. September 1945 wird er von den Amerikanern im Zuge ihrer Suche nach einem Schwarzhändler irrtümlich erschossen.⁷⁰⁶

Noch im Mai 1945 werden überall im Pinzgau Gefangenenlager für deutsche Soldaten und NS-Funktionäre eingerichtet. Für die große Zahl an ehemaligen Nationalsozialisten werden die Hafträume zu klein. In Zell am See wird kurzfristig sogar das Feuerwehrhaus zum Behelfsgefängnis. Im Lager in Mittersill werden rund 3.000 deutsche Soldaten angehalten. Generalfeldmarschall Albert Kesselring wird am 10. Mai 1945 in Maria Alm festgenommen.⁷⁰⁷ Die "Chronik Saalfelden" vermerkt:

"Einige Personen, die an den Endsieg geglaubt hatten, befürchteten nach der bedingungslosen Kapitulation Vergeltungsmaßnahmen wegen ihres Verhaltens in der NS-Ära und

⁷⁰² "Chronik Saalfelden", Jänner 1992, Bd. II, S 755

⁷⁰³ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 26

⁷⁰⁴ "Chronik Saalfelden", Jänner 1992, Bd. II, S 755

⁷⁰⁵ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 27

⁷⁰⁶ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 34

⁷⁰⁷ vgl. Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 34

richteten sich selbst. In diesen Tagen wurden insgesamt 7 Personen verschiedener Nationalitäten erschossen."⁷⁰⁸

Zeitzeuge Charmes A. Lindbergh, er kam als US-Soldat nach Zell am See, schreibt seine Eindrücke bei der Ankunft der amerikanischen Armee in sein Tagebuch. Das Buch ist im Pinzgauer Bezirksarchiv zu finden. Aufzeichnung 18./19. Mai 1954:

"Als wir uns Zell am See am 18. Mai näherten, waren wir in einem Gebiet, wo noch die deutsche Armee das Kommando hatte. Offiziere und Soldaten waren noch bewaffnet und lenkten den geringen Verkehr auf der Straße. Gruppen von Soldaten starrten uns an, als wir vorbeifuhren, machten aber keine Geste. Ich konnte weder Freundschaft, noch Feindschaft erkennen. Wenn wir nach der Richtung fragten, antworteten sie immer höflich. Wir fuhren in einem amerikanischen Jeep durch Divisionen der deutschen Wehrmacht, als ob es keinen Krieg gebe. (...)"⁷⁰⁹

Am 6. Juni 1945 erscheint die erste Auflage der "Pinzgauer Nachrichten" nach dem Ende des NS-Systems. Die Überschrift dieser ersten Nummer:

"Wir grüßen Amerika, dessen Söhne unser Land Salzburg befreit und nunmehr seit Wochen auf unseren Bergen Wache bezogen haben."⁷¹⁰

13 Die politische Lage im Pinzgau nach der NS-Ära

Wird zwischen 1938 und 1945 von vielen Beamten die Nähe zum NS-Staat gesucht, ändert sich dies in den Gemeindestuben ab 1945 rasch. Nach dem Krieg ist plötzlich niemand aus der Gemeindeverwaltung in der Partei aktiv gewesen. Die Amerikaner sind bereits im Pinzgau. Die Hitlerbilder sind verschwunden oder werden als "gestohlen" gemeldet. In einem Schreiben vom 6. August 1945 ersucht der Bürgermeister aus Bramberg, Matthias

⁷⁰⁸ "Chronik Saalfelden", Jänner 1992, Bd. II, S 755

⁷⁰⁹ Kriegstagebuch Charmes A. Lindbergh, 1938-1945 In: Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 23 ff

⁷¹⁰ Horst Scholz: "Nationalsozialismus, Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv S 28

Blaickner, "den alt erprobten Gemeindesekretär Josef Kirchner einzusetzen. Der derzeitige Sekretär Jakob Heim ist seit 1939 tätig und war Pg. [Parteigenosse Anm. R.L.]."⁷¹¹ Das Beispiel Bramberg steht für viele Gemeinden im Pinzgau und zeigt, dass nach 1945 plötzlich angeblich nur mehr wenige NS-Parteimitglieder in der Gemeinde aktiv sind. Schon im Dezember 1945, Monate nach dem Ende des Nationalsozialismus, waren die Parteimitglieder plötzlich "verschwunden". Im Verzeichnis aller am 31. Dezember 1945 Beschäftigten der Gemeinde Bramberg ist nur mehr ein früheres Parteimitglied zu finden: "Jakob Heim, geb. 25.12. 1901 – Mitglied der NSDAP ab 1.5.1939". Dem Akt im Salzburger Landesarchiv ist ein Schreiben des Bürgermeisters aus Bramberg vom 12. Februar 1946 beigelegt.

"Erläuterung zu Kirchner Josef: Kirchner Josef trat am 29.9.1935 als Sekretär in den Dienst der Gemeinde Bramberg und wurde am 26.10.1938 wegen politischer Unzuverlässigkeit fristlos entlassen. Am 15. Juli 1945 wurde Kirchner wieder als Sekretär eingestellt..."⁷¹²

Das NSDAP-Mitglied Jakob Heim wird nach dem Krieg 1945 aus dem Gemeindedienst entlassen.⁷¹³ Der katholisch-konservative Josef Kirchner wird von den Nationalsozialisten 1943 wegen "Rundfunkverbrechens"⁷¹⁴ zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Er wird während der NS-Herrschaft insgesamt zwei Mal inhaftiert.⁷¹⁵ Kirchner erhält nach dem Krieg seinen ursprünglichen Posten in der Gemeinde Bramberg wieder.

Im gesamten Bereich der Bezirkshauptmannschaft Zell am See werden 1946 insgesamt nur drei Gemeindebedienstete aus politischen Gründen pensioniert. Adolf Mühlendorf (Zell am See), Franz Mackinger (Piesendorf) und Hermann Haslinger (Rauris). Alle anderen Gemeinden haben "Fehlmeldung" an die Landesregierung erstattet. In den Gemeindestuben, so die Angaben der einzelnen Bürgermeister, sind und waren auch nie Nationalsozialisten beschäftigt.⁷¹⁶ Dies passt in die "Opferrolle" Österreichs. Anders als in

⁷¹¹ Schreiben an den Sechserausschuss, 6.8.1945; SLA HB Akte 1943/311, 350-353

⁷¹² SLA, HB-Akte, Karton 99; 1939-1947 921,930

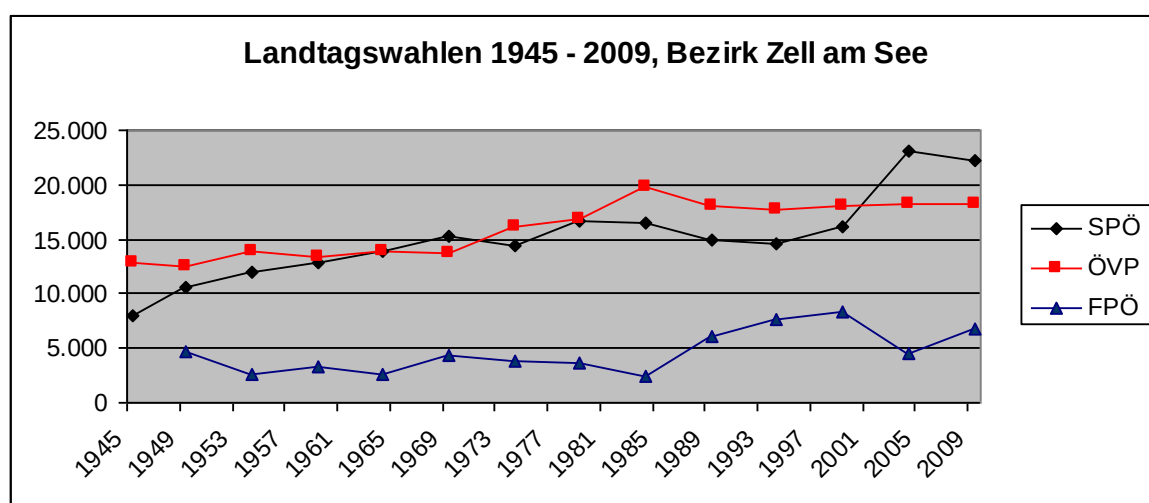
⁷¹³ SLA, HB-Akte, Karton 99; 1939-1947 921,930

⁷¹⁴ Das Abhören ausländischer Radiosender, sogenannter "Feindsender", war verboten und wurde bestraft.

⁷¹⁵ DÖW 18.271

⁷¹⁶ Schreiben vom 5.3.1946, SLA, HB-Akte, Karton 99; 1939-1947 921,930

Deutschland, wo mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus unmittelbar danach begonnen werden kann oder muss, sieht sich Österreich als "Opfer" des Nationalsozialismus. Die politische Realität sieht anders aus. 1949 finden in Salzburg Landtagswahlen statt. Der "Verband der Unabhängigen (VdU)", die Vorgängerorganisation der heutigen "Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)", wird im selben Jahr gegründet und sieht sich als politische Vertretung ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Sie erhält auf Anhieb 16,4 Prozent der Stimmen im Bezirk Zell am See. Die "Österreichische Volkspartei (ÖVP)" erhält 43 Prozent der Stimmen. Die "Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)" 36,5 Prozent.⁷¹⁷



Quelle: Land Salzburg, Landtagswahlen seit 1949⁷¹⁸

Anmerkung: Die "Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)" wird 1956 gegründet vorher "Verband der Unabhängigen (VdU)"; Gründungsväter waren unter anderem auch ehemaligen Nationalsozialisten.

Der Befund Ernst Hanischs für Salzburg in den Jahren 1938 bis 1945 gilt wohl auch für die Täler zwischen Zell am See und Krimml: "Die Mehrheit der Bevölkerung bestand weder aus Nationalsozialisten noch aus Widerstandskämpfern: Die Mehrheit tauchte politisch unter und suchte zu überleben."⁷¹⁹

⁷¹⁷ <http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm>

⁷¹⁸ <http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm>

⁷¹⁹ Ernst Hanisch: "Gau der guten Nerven", S 193

14 Resümee

Die geografische und geologische Situation in den Hohen Tauern sowie die Grenznähe zum benachbarten Bayern bieten illegalen Nationalsozialisten bereits in den 1930er Jahren ideale Bedingungen, für ihre Propagandaarbeit. Diese ist nachhaltig. Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre führen zu hohem Anteil nationaler Stimmen im Pinzgau. Den Sozialisten und den Konservativen gelingt es auch nach 1945 nicht, die Stimmen ins nationale Lager im Pinzgau zu stoppen.

Die vorliegende Arbeit hat sich mit Widerstand und Verfolgung während der NS-Ära in der Region beschäftigt. Im Sinne von Martin Broszat ist diese Arbeit ein Versuch, die Geschichte "von unten", zu beschreiben. Das widerständige, resistente Beharrungsvermögen einzelner sozialer Gruppen und Milieus (z.B. Kirche, Bauern und Bäuerinnen ect.) gegenüber nationalsozialistischer Gleichschaltungsversuche ist auch im Pinzgau anzutreffen. Trotzdem: die Verfolgung politisch Andersdenkender, die Vertreibung von Juden und Jüdinnen und so genannten "Zigeuner" und "Zigeunerinnen" zählt auch zwischen Taxenbach und Krimml zum Alltag. Denunziationen, Verrat und Spitzeltum von NachbarInnen, BerufskollegInnen und sogar der eigenen Familienmitglieder finden auch im Pinzgau statt.

Es ist kein öffentlicher Protest in der Region bekannt, als beispielsweise die jüdische Unternehmerin Margarethe Eder in Bramberg von der Gestapo abgeholt wird oder Menschen, deren einziges Vergehen darin besteht, den "falschen" Radiosender zu hören, verhaftet werden. Kein öffentlicher Aufschrei im Pinzgau ist überliefert, als kurz nach dem "Anschluss" SozialdemokratInnen, KommunistInnen, Menschen mit katholisch-konservativer Gesinnung, Priester oder Gendarmen verhaftet und interniert werden.

Trotz Unterdrückung, Terror und Zensur gibt es auch im Pinzgau Zivilcourage Einzelner. Priester und Ordensschwestern, die sich gegen das NS-Regime wenden, EisenbahnerInnen, die aktiven Widerstand leisten und zahlreiche "einfache Leute", die das Regime offen kritisieren. Organisierter Widerstand findet sich bei den Eisenbahnern im Raum der Bahnknotenpunkte Saalfelden und Zell am See. Ihnen gehören Sozialdemokraten und Kommunisten an. 1942 wird eine Gruppe von der Gestapo verhaftet. Daneben sind es

Arbeiter im Bereich des Aluminiumwerkes in Lend und beim Kraftwerksbau in der Gegend um Kaprun, die aktiven Widerstand leisten.

Bemerkenswert ist die Anzahl der Kriegsgefangenen in den Gebirgstälern. Bedingt durch die großen Kraftwerksbauten in Kaprun und Uttendorf sind rund 6.000 Menschen zur Zwangsarbeit im Pinzgau verpflichtet worden. Groß waren auch die Pläne für einen Nationalpark in den Salzburger Bergen. Der Gau Salzburg sollte als "Erholungszentrum" für Urlaubshungrige dienen. Dabei sollten sogar die Bergbauern abgesiedelt werden. Sie sollen, so die Pläne einiger NS-Funktionäre, in der "Kornkammer des Reiches", in den besetzten Ostengebieten, angesiedelt werden.

Zwei Nebenlager von Konzentrationslagern im Pinzgau stellen eine Besonderheit dar. Das Schloss Mittersill ist ein Nebenlager des Konzentrationslagers Mauthausen. Frauen werden für die nationalsozialistische "Rassenforschung" als Zwangsarbeiterinnen dort interniert. Das Schloss Fischhorn bei Bruck an der Glocknerstraße, ein Nebenlager des Konzentrationslagers Dachau, spielt vor allem in den letzten Tagen der nationalsozialistischen Herrschaft eine wesentliche Rolle. Zuerst Zentrum der SS, wird es später als Stützpunkt der US-Armee genutzt. Relativ unbekannt ist der Verlauf der letzten Kriegstage im Pinzgau. SS-Einheiten und führende NS-Größen flüchten in die Täler des Gaus, um dort in der vermeintlichen "Alpenfestung" den Kriegsverlauf abzuwarten. Dabei wird versucht, sich und die NS-Raubgüter in Sicherheit zu bringen. Dokumente aus dem Pinzgauer Bezirksarchiv lassen ein klares Bild der letzten Stunden zeichnen.

Die Täler des Gaus bieten ideale Bedingungen für Männer, die genug vom Krieg haben. Ab 1943 nimmt die Zahl der Deserteure zu. Zahlreiche Razzien von SS und Gestapo prägen den Alltag der ohnedies kriegsgeschädigten Bevölkerung. Familienmitglieder von Deserteuren werden in Konzentrationslager deportiert. Der Druck auf die versteckten Männer soll damit erhöht werden. Im Juli 1944 kommt es von Lend ausgehend zu einer der größten Razzien gegen "Fahnenflüchtige" in den Bezirken Pinzgau und Pongau.

Nach dem Krieg ist plötzlich niemand mehr Nationalsozialist. Niemals gewesen. Auch für den Pinzgau gilt, was großteils Österreichs Nachkriegsgeschichte auszeichnet: "Und keiner war dabei!"

15 Quellenangaben

15.1 Gedruckte Quellen/Literatur

"Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitterrutzner, Österreichischer Bundesverlag (ÖBV), Wien 1988

Aly, Götz (Hg.): Volkes Stimme: Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 2006

Altmann, Adolf: Geschichte der Juden in Stadt und Land Salzburg. Otto Müller Verlag, Salzburg 1990

Aigenbauer, Franz: "Das Ideal der Perfektion – Die Realität des Kaputten" In: Stadler, Gerhard A.; Kuisle, Anita (Hg.): Technik zwischen Akzeptanz und Widerstand: Gesprächskreis Technikgeschichte 1982-1996, (Cottbusser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 8), Waxmann Verlag, Münster 1999 S 245-252 hier S 248

Ardelt, Rudolf G.: zitiert In: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitterrutzner, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988

Bailer-Galanda, Brigitte: zitiert In: Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005; Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.): Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Graz-Wien, 2007 S 261-265

Bailer-Galanda, Brigitte: "Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung: Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene

Vermögen" (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 3), Oldenburg Wissenschaftsverlag, Wien-München, 2003

Bauer, Ingrid: "Mobilisierung, soziale Versprechen, Kontrolle, Verfolgung", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, Vorgeschichte-Fakten-Folgen. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer und Ernst Hanisch, Bd. 1, Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 28, Stadtgemeinde Salzburg, Salzburg 2010, S 282-326

Bauer, Ingrid: "Sozialisten" B. 1938-1945, In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 261-271

Bauer, Ingrid; Ebeling-Winkler, Renate: "Die Salzburger Sozialdemokratie vor 1934", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 33-41

Bauer, Kurt: Elementar-Ereignis, Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Czernin Verlag, Wien 2003

Benz, Wolfgang; Distel, Barbara (Hg): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg – Mauthausen – Ravensbrück, München 2006

Bihl, Wolfdieter: Der Tod Adolf Hitlers – Fakten und Überlebenslegenden, Böhlau, Wien 2000

Botz, Gerhard: Nationalsozialismus in Wien, Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Mandelbaum Verlag, Wien 2008

Botz, Gerhard (HG): Schweigen und Reden einer Generation: Erinnerungsgespräche mit Opfern, Tätern und Mitläufern des Nationalsozialismus, Mandelbaum Verlag, Wien 2005

Broszat, Martin; Fröhlich, Elke: Bayern in der NS-Zeit. Die Herausforderung des Einzelnen. Geschichten über Widerstand und Verfolgung, R. Oldenbourg Verlag, München 1983

Bukey, Evan Burr: Hitlers Österreich. "Eine Bewegung und ein Volk", Europa Verlag, Hamburg-Wien 2001

Chaussy, Ulrich; Püschner, Christoph: Nachbar Hitler: Führerkult und Heimatzerstörung am Obersalzberg. Christoph Links-Verlag, Berlin 2007

"Chronik Saalfelden", Jänner 1992, Band I und Band II, Tyrolia Verlag, Innsbruck 1992

Dachs, Herbert: Das katholisch-konservative Lager. In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11-15

Dalin, G. David: The Myth of Hitler's Pope, Verlag Regnery, USA 2005

Deutsche Gemeindeordnung (DGO) vom 30.1.1935; Quelle: Reichsgesetzblatt 1935 I S.49, ber. S. 171; Dr. Dr. A. Dehlinger, Systematische Übersicht über 76 Jhg. RGBL. (1867-1942), Kohlhammer Stuttgart 1943; Schönfelder, Deutsche Reichsgesetze, Beck 1944; Sartorius, Sammlung von Reichsgesetzen staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts, Beck 1935-37

Oskar Dohle: "Bomben, Böller, Propaganda. Der Aufstieg der NSDAP in Salzburg 1918-1938", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, Vorgeschichte-Fakten-Folgen. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer und Ernst Hanisch, Bd. 1, Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 28, Stadtgemeinde Salzburg, Salzburg 2010 S 74-124

Dohle, Oskar; Slupetzky, Nicole: Arbeiter für den Endsieg – Zwangsarbeit im Reichsgau, Salzburg 1934-1945; Böhlau Verlag, Wien 2004

Dohle, Oskar: "Das Schloss Mittersill 1938-1945: Von der Brandruine zum SS-Forschungsinstitut und KZ-Nebenlager" – Beitrag für die Neuauflage der Gemeindechronik Mittersill 2008

Embacher, Helga: "Nach dem Holocaust – Jüdische Mitbürger/innen in Salzburg". In: Altmann, Adolf: Geschichte der Juden in Stadt und Land Salzburg. Otto Müller Verlag, Salzburg 1990 S 382-394

Fallend, Karl: ZwangsarbeiterInnen: (Auto-) Biographische Einsichten In: NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der "Reichswerke Hermann Göring-AG" 1938-1945, Oliver Rathkolb (Hg.), Band 2, Böhlau Verlag, Wien 2001

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. Verlag C.H.Beck, München 1991

Fellner, Günter: "Die Verfolgung der Juden", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd.2

Fellner, Günter: "Zur Geschichte der Juden in Salzburg von 1911 bis zum Zweiten Weltkrieg". In: Altmann, Adolf: Geschichte der Juden in Stadt und Land Salzburg. Otto Müller Verlag, Salzburg 1990 S 371-382

Festschrift zum 1075. Jahrestag der ersten urkundlichen Erwähnung von Kaprun am 9. Februar 931; Heinz Dopsch (Hg.): Gemeinde Kaprun 2006

Fickenwirth, Thomas; Horn, Birgit; Kurzweg, Christian: Fremd-und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1938-1945, Stadtarchiv Leipzig, (Hg.) Stadt Leipzig, Leipziger Kalender Sonderband 2004/1 Leipziger Universitätsverlag, 2004

Form, Wolfgang; Uthe Oliver (Hg.): NS-Justiz in Österreich, Lage- und Reiseberichte 1938-1945, Schriftenreihe des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), LIT Verlag Wien 2004

Freund, Florian; Baumgartner, Gerhard; Greifeneder, Harald: "Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti", (Hg.): Historikerkommission, Wien 2002

Freund, Florian: "Elektrizitätswirtschaft in Österreich und der Krieg". In: Rathkolb, Oliver; Freund, Florian (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 1-127

Freund, Florian; Perz, Bertrand: Das KZ in der Serbenhalle: Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988 (Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich Bd. 1)

Freund, Florian; Perz, Bertrand: Fremdarbeiter und KZ Häftlinge in der "Ostmark", In: Europa und der "Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, hg v Ulrich Herbert, Essen 1991

Freund, Florian: "NS-Arbeitskräftepolitik in der 'Ostmark'", In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 8-27

Friedländer, Saul: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden, Zweiter Band 1939-1945, Verlag C.H. Beck, München 2006

Fuchs, Gernod: Die Salzburger Gendarmerie von der "Kampfzeit" der NSDAP bis zur Entnazifizierung. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, 2003. S-273 bis 336.

Garscha, Winfried R.: "Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938". In: Talos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, Politik und Zeitgeschichte herausgegeben von Prof. Dr. Emmerich Talos und Dr. Marcel Fink (Universität Wien) Bd. 1, LIT Verlag, Wien 2005 S 100-124

Gehmacher, Johanna: "Fluchten, Aufbrüche. Junge Österreicher und Österreicherinnen im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938", In: Horvath, Traude / Neyer, Gerda (Hg.),

Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Böhlau-Verlag, Wien/Köln/Weimar 1996, S 211-235

Gehmacher, Johanna: Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, Picus Verlag, Wien 1994

Gehmacher, Johanna: "Völkische Frauenbewegung", Deutschnationale und nationale Geschlechterpolitik in Österreich, Döcker Verlag, Wien 1998

Geldmacher, Thomas: "Täter oder Opfer, Widerstandskämpfer oder Feiglinge? Österreichs Wehrmachtsdeserteure und die Zweite Republik"; In: Jahrbuch 2009, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär, Redaktion: Christine Schindler, LIT Verlag, Wien 2009, S 37-60

Gellately, Robert: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945, Paderborn-München-Wien-Zürich 1993.

Gruner, Wolf: Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938-45. Der Nationalsozialismus und seine Folgen, Bd. 1. Herausgegeben für die Forschungsgemeinschaft zur Geschichte des Nationalsozialismus von Freund, Florian; Perz, Bertrand; Stuhlpfarrer, Karl; Studien Verlag, Innsbruck, Wien, München 2000

Gsell, Heide: "Die Bibelforscherinnen im KZ-Mauthausen". In: Andreas Baumgartner, Ingrid Bauz, Jean-Marie Wingler (Hg.) Zwischen Mutterkreuz und Gaskammer. Täterinnen oder Widerstand und Verfolgung?, edition mauthausen, Wien, 2008

Haas, Hanns: "Der 'Anschluss'", In: NS Herrschaft in Österreich, Ein Handbuch, (Hg.) Talos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard; öbv & hpt Verlagsgesellschaft, Wien 2000 S 26-55

Haas, Hanns: "Kommunisten", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 327-337

Halbrainer, Heimo: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. Denunziation in der Steiermark 1938-1945 und der Umgang mit den Denunzianten in der Zweiten Republik. Verlag CLIO, Graz 2007

Hanisch, Ernst: 1938 in Salzburg. In: Mitteilung der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg 1978 S 257-309

Hanisch, Ernst: Der Gau der guten Nerven. Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938-1945. Salzburg: Anton Pustet 1997

Hänisch, Dirk: Die österreichischen NSDAP-Wähler; Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien-Köln-Weimar: Böhlau 1998

Hensle, Michael P.: Rundfunkverbrechen: Das Hören von "Feindsendern" im Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003

Hilberg, Raul: Täter, Opfer, Zuschauer – Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Verlag Fischer, Frankfurt a.M. 1992

Hoffmann, Robert: "Ein Museum für Himmler. Eduard Paul Tratz und die Integration des Salzburger 'Haus der Natur' in das 'Ahnenerbe' der SS." In: Zeitgeschichte 35 (Mai/Juni 2008) Heft 3, 154-175

Hoffmann, Robert: Gutachten zu den Aktivitäten von Prof. Dr. h.c. Eduard Paul Tratz im Rahmen des "Ahnenerbes" der SS 1938-1945, Fachbereich Geschichte, Universität Salzburg, Mai 2007

Holzer, Willibald I.: Politischer Widerstand gegen die Staatsgewalt. Historische Aspekte – Problemstellungen – Forschungsperspektiven, Europaverlag Wien, 1985

Hönigsmid, Hans: Bramberg am Wildkogel. Chronik Bramberg, Band I, (Hg.): Gemeinde Bramberg am Wildkogel, Bramberg, 1993

Hölzl, Ferdinand: Pinzgauer Parteienchronik, Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter; Eigenverlag des Autors, Zell am See, 1983

Hornung, Ela: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2010

Hornung, Ela; Langthaler, Ernst; Schweitzer, Sabine: Landarbeit unter Zwang. Ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft am Beispiel des Reichsgaues Niederdonau 1939-1945. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2004/1. Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in den besetzten Gebieten. Akademie Verlags GmbH, Berlin 2004 S 13-41

Horvath, Traude; Neyer, Gerda (Hg.): Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Böhlau-Verlag, Wien/Köln/Weimar 1996

Jagschitz, Gerhard: "Von der 'Bewegung' zum Apparat", In: NS Herrschaft in Österreich, Ein Handbuch, (Hg.) Talos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard; öbv & hpt Verlagsgesellschaft, Wien 2000, S 88-123

Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien (Hg.): Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1932/33. 9. Jahrgang. Wien 1934

Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.): Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005. Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung und Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien, 2007

Kaut, Josef: Der steinige Weg. Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961

Koller, Maria: Elektrizitätswirtschaft in Österreich 1938-1947. Von der Alpelektrowerken zur Verbundgesellschaft, phil. Diss. Graz 1985, S 187; zitiert In: Rathkolb, Oliver; Freund, Florian (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 281 ff

Klösch, Christian: Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal. Czernin Verlag, Wien 2007

Knoll, Albert: "Fischhorn", In: Wolfgang Benz, Barbara Distel, Der Ort des Terrors, Frühe Lager-Dachau-Emslandlager, Band 2, C.H. Beck Verlag, München 2005, S 324-326, hier S 324

Knopf, Volker; Martens, Stefan: Görings Reich: Selbstinszenierung in Carinhall, Christoph Links Verlag, Berlin 2007

Königseder, Angelika: "Antisemitismus 1933 – 1938". In: Talos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, Politik und Zeitgeschichte herausgegeben von Prof. Dr. Emmerich Talos und Dr. Marcel Fink (Universität Wien) Bd. 1, LIT Verlag, Wien 2005 S 54-68

Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, Vorgeschichte-Fakten-Folgen. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer und Ernst Hanisch, Bd. 1, Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 28, Stadtgemeinde Salzburg, Salzburg 2010

Kramml, F. Peter: "'Doppelherrschaft', NS-Machtergreifung und 'Anschluß'", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, Vorgeschichte-Fakten-Folgen. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer und Ernst Hanisch, Bd. 1, Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 28, Stadtgemeinde Salzburg, Salzburg 2010, S 162-238

Krisch, Laurenz: Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und im Pinzgau, Eine empirische Analyse zur Struktur der NSDAP-Wählerschaft. Sonderdruck aus: Mitteilung der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 140. Vereinsjahr, Salzburg 2000, Selbstverlag der Gesellschaft, S 215 – 267

Leichter, Otto: Glanz und Ende der Ersten Republik. Österreichprofile, Europa Verlag, Wien, 1964

Lichtblau, Albert: "Arisierung", beschlagnahmte Vermögen, Rückstellung und Entschädigung: Bundesländervergleich Oberösterreich, Salzburg, Burgenland 2 (=Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission Bd. 17/2) Wien, München 2004; Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS Zeit sowie Rückstellung und Entschädigung seit 1945 in Österreich; Herausgegeben von: Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer und Alice Teichova

Longerich, Peter: Heinrich Himmler Biographie, Siedler Verlag, Berlin 2008

Mannlicher, Egbert; Petz, Rudolf; Schattenfroh, Max: DGO, Seite 64, zitiert In: Mulley, Klaus-Dieter: Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930-1945; (Hg.) Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft des Bezirkes Scheibbs, 1988

Meyers Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagwerk des allgemeinen Wissens, Bd. 4, Leipzig, Wien 1894, S. 741, zitiert In: Ela Hornung: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2010 S 22

Metzler, Hannes: Ehrlos für immer? Die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in Deutschland und Österreich, Mandelbaum-Verlag, Wien 2007

Mikrut, Jan (Hg.): Blutzeugen des Glaubens Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Wiener Dom-Verlag, Wien 2000

Molden Fritz: zitiert In: Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.), Ludwig Boltzmanninstitut und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Graz-Wien 2007, S 265-271

Moser, Jonny: "Österreichische Juden und Jüdinnen im Widerstand gegen das NS-Regime". In: Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beiträge der Parlaments-Enquete

2005, Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.), Ludwig Boltzmann-Institut und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Graz-Wien 2007 S 125-135

Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter: Broschüre "Stacheldraht, mit Tod geladen..." Der erste Österreichtransport in das KZ Dachau 1938 (Hg.) Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, Wien 2008

Neugebauer, Wolfgang: Der österreichische Widerstand 1938 – 1945, Edition Steinbauer, Wien 2008

Neugebauer, Wolfgang: "Widerstand in Österreich – ein Überblick", In: Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beträge der Parlaments-Enquete 2005, Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.), Ludwig Boltzmanninstitut und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Graz-Wien 2007, S 27-39

Novak, Andreas: Salzburg hört Hitler atmen. Die Salzburger Festspiele 1933-1944, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005

NS Herrschaft in Österreich, Ein Handbuch, (Hg.): Talos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard; öbv & hpt Verlagsgesellschaft, Wien 2000

Nußbaumer, Alois: "Fremdarbeiter" im Pinzgau. Zwangsarbeit, Lebensgeschichten, Edition Tandem, Salzburg/Wien, 2011

Organisationsbuch der NSDAP, 6. Auflage, (Hg.): Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., München 1940

Franz, Ortner: "Der religiös-bäuerliche Widerstand", In: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 105-108

Perz, Bertrand: "Die Ausstellungen in den KZ-Gedenkstätten Mauthausen, Gusen und Melk"; In: Rupnow, Dirk; Uhl, Heidemarie (Hg.): Zeitgeschichte ausstellen in Österreich: Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen, Böhlau-Verlag, Wien 2011, S 87 – S 117

Perz, Bertrand: Die Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, StudienVerlag, Innsbruck, Wien, Bozen, 2006

Perz, Bertrand; Freund, Florian: "Mauthausen – Stammlager", In: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg - Mauthausen - Ravensbrück, München 2006, S 293-S 346

Perz, Bertrand: "Österreich", In: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. (Hg.) Knigge, Volkhard und Frei, Norbert; C.H. Beck–Verlag, München 2002, S 150-163

Perz, Bertrand: "Schloss Mittersill" In: Benz und Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg-Mauthausen – Ravensbrück, C.H. Beck Verlag, München 2006, S 424-426

Perz, Bertrand: "Schloss Lannach" In: Benz und Distel (Hg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg-Mauthausen – Ravensbrück, C.H. Beck Verlag, München 2006, S 420-422

Pfeifer, Helfried: "Die Ostmark" – Eingliederung und Neugestaltung, Staatsdruckerei Wien, 1941

Rathkolb, Oliver; Freund, Florian (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002

Rathkolb, Oliver (Hg): NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der "Reichswerke Hermann Göring AG Berlin" 1938-1945, Bd 1: Zwangsarbeit-Sklavenarbeit: Politik-, sozial- und wirtschaftshistorische Studien, Christian Gonsa, Gabriella Hauch, Michael John, Josef Moser, Bertrand Perz, Oliver Rathkolb, Michaela C. Schober, Böhlau, Wien 2001

Rathkolb, Oliver; Leidinger, Hannes; Hufschmied, Richard; Kuchler, Andreas: Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2012

Reiter, Margit: "Das Tauernkraftwerk Kaprun". In: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark", 1938-1945, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar 2002 S 127-199

Reitstätter, Simon: In "Architekt gesucht", Ausstellungskatalog im Rahmen der Ausstellung in der Deutschvilla, (Hg.) "Verein Deutschvilla, Verein zur Förderung aktueller Kunst A-5350 Strobl am Wolfgangsee", Strobl 2004

Rolinek, Susanne; Lehner, Gerald; Strasser, Christian: Im Schatten der Mozartkugel, Cernin Verlag, Wien 2009

Rupnow, Dirk; Uhl, Heidemarie (Hg.): Zeitgeschichte ausstellen in Österreich: Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen, Böhlau-Verlags GmbH, Wien 2011

Ruggenthaler, Peter: zitiert In Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939-1945; (Hg.): Historikerkommission, Stefan Karner, Peter Ruggenthaler, Harald Knoll, Nikita Petrov, Peter Pirnath, Arno Wonisch, Wolfram Dornik, Jens Gassmann, Gerald Hafner, Herbert Killina, Reinhard Möstl, Edith Petschnigg, Barbara Stelzl-Marx, unter Mitarbeit von Elena Anderl, Alexander Karner, Wien 2002

Safrian, Hans; Witek, Hans: Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938. Picus, Wien 1988

Sauerland, Karol: Dreißig Silberlinge. Denunziation – Gegenwart und Geschichte, Berlin 2000 S 16 ff. zitiert In: Ela Hornung: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2010 S 67

Schafranek, Hans: "Militante NS-Aktivistinnen mit Rückzugsbasis: Salzburger bei der Österreichischen Legion", In: Kramml, F. Peter; Hanisch, Ernst (Hg.): Hoffnung und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39, Vorgeschichte-Fakten-Folgen. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer und Ernst Hanisch, Bd. 1, Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 28, Stadtgemeinde Salzburg, Salzburg 2010, S 124-162

Schausberger, Franz: Ins Parlament, um es zu zerstören. Das "parlamentarische" Agi(ti)eren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg nach den Landtagswahlen 1932, Böhlau, Wien 1995

Schausberger, Norbert: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.): DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitterrutzner, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988

Schnarrer, Johannes Michael: "Widerstandsethik und Gewissenskonflikt" In: Widerstand in Österreich 1938-1945, Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Karner, Stefan; Duffek, Karl (Hg.): Ludwig Boltzmanninstitut und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Graz-Wien 2007, S 101-111

Schorer, Georg: Deutsche Kunstbetrachtung. Fünfte Auflage, Deutscher Volksverlag, München 1943

Schütte-Lihotzky, Margarete: Erinnerungen aus dem Widerstand: Das kämpferische Leben einer Architektin von 1938 – 1945. (Hg.): Irene Nierhaus, Promedia Verlag, Wien 1994

Schwarz, Gudrun: "Die nationalsozialistischen Lager", Campus Verlag, Frankfurt/New York 1990

Speckner, Herbert: In der Gewalt des Feines – Kriegsgefangenenlager in der "Ostmark" 1939 bis 1945, Oldenburg Verlag, Wien 2003

Stadler, Gerhard A.; Kuisle, Anita (Hg.): Technik zwischen Akzeptanz und Widerstand: Gesprächskreis Technikgeschichte 1982-1996, (Cottbusser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 8), Waxmann Verlag, Münster 1999

Stehrer, Sabine: Der Goldzug. Czernin Verlag, Wien 2006

Steiner, Herbert (Hg.): Zum Tode verurteilt. Österreicher gegen Hitler. Eine Dokumentation, Wien 1964

Steiner, Herbert: In: "Anschluß" 1938: Eine Dokumentation, (Hg.) DÖW, Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Christa Mitternitzer, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988

Stuiber, Irene: Hingerichtet in München-Stadtheim. Landeshauptstadt München Kulturreferat, Books on Demand GmbH, München 2004

Szececi, Maria; Stadler, Karl: Das einsame Gewissen. Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer, Verlag Herold, Wien - München 1962

Talos, Emmerich: "Das austrofaschistische Herrschaftssystem". In: Talos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, Politik und Zeitgeschichte herausgegeben von Prof. Dr. Emmerich Talos und Dr. Marcel Fink (Universität Wien) Bd. 1, LIT Verlag, Wien 2005 S 394-421

Talos, Emmerich; Manoschek, Walter: "Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus". In: Talos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.) Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, Politik und Zeitgeschichte herausgegeben von Prof. Dr. Emmerich Talos und Dr. Marcel Fink (Universität Wien) Bd. 1, LIT Verlag, Wien 2005 S 6-28

Thonfeld, Christoph: Sozialkontrolle und Eigensinn. Denunziation am Beispiel Thüringen 1933-1949, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2003

Venus Theodor; Waneck Alexandra-Eileen: "Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester"; Veröffentlichung der Österreichischen Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. (Hg.): Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer und Alice Teichova; Band 20/2; Oldenburg Verlag Wien München 2004

Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs, Heyne Verlag, München 2002, 4. Auflage

Weber, Wolfgang: Nationalsozialismus – Demokratischer Wiederaufbau. Lage und Stimmungsberichte aus den Vorarlberger Gemeinden des Bezirks Feldkirch im Jahr 1945. Quellen zur Geschichte Vorarlberg. (Hg.) Vorarlberger Landesarchiv, Roderer Verlag, Regensburg 2001

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949; Verlag Beck, München 2003

Weinzierl, Erika: Widerstand, Verfolgung und Zwangsarbeit 1934 - 1945. In: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.) Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden. Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg (Böhlau-Studien-Bücher. Grundlagen des Studiums), Wien - Köln - Weimar 1997, S. 355 - 401

Wulf, Joseph: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Rowohlt Verlag, 1966

Wüllner, Fritz: Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1997

Wunderlich, Dieter: Göring und Goebbels - Eine Doppelbiografie, F. Pustet Verlag, Regensburg 2002

15.2 Zeitschriften

"Basler Nachrichten" vom Freitag, 3. März 1939

Bettina Fernsebner-Kokert: Ein Retter vor "Teufel und Dämonen". Tageszeitung "Der Standard", 13. April 2011 S 13

"Die Presse", 8.2.2007, S 14. (Die Stadt Salzburg überlegt, die Straße, die nach Josef Thorak benannt ist, mit einer Zusatztafel zu versehen.)

"Die Presse", 12.2.2012, S 23 "Der Papst und der Präsident: Sterbehilfe für die Erste Republik?" von Rupert Klieber, Professor für Kirchenrecht an der Universität Wien

"Der Spiegel" 9/28. Februar 2005 S 64 ff

"Falter", 12/2005, vom 23. März 2005, Interview FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zu Wehrmachtsdeserteuren

Feldkamp, Michael F.: In: NachRichten, "Die Kirche und das Deutsche Reich": Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938-45, Teil 10 (2008)

Hausjell, Fritz: "Der 'Anschluss' und die Gleichschaltung der Presse"; In: NachRichten, Österreich in der Presse: Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938-45, Teil 1 (2008)

NachRichten - Österreich in der Presse: Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938-45. Erscheint seit 2008 wöchentlich in 52 Ausgaben. Koordination der ersten 10 Ausgaben: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes. (2008)

"Pinzgauer Nachrichten" vom 25. August 2005

"Salzburger Landeszeitung", amtliches Blatt des Gaues Salzburg der NSDAP vom 19. April 1932

"Salzburger Landeszeitung", amtliches Blatt des Gaues Salzburg der NSDAP vom 24. August 1939

"Salzburger Nachrichten" vom 16. August 2007 S L 4

"Salzburger Volksblatt" vom 1. November 1940

"Salzburger Volksbote" vom 1. Mai 1932, Nr 18 (Gemeindeergebnisse der Landtagswahl 1932)

"Unterkärntner Nachrichten" vom 12. März 1932

"Wochenblatt" vom 9. Jänner 1943; 29. November 1941; 2. Jänner 1943

15.3 Dokumentationen

Broschüre Film Archiv Austria. Kommentierte Filmdokumente zum Anschlussjahr 1938, Wien, 2008

Scholz, Horst, Dokumentation: "Nationalsozialismus - Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv, Außenstelle des Salzburger Landesarchivs, Kopie 2007

Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930; (Hg). Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Band 1 und 2; Herausgeber: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes; Dr. Christa Mitterrutzer, Dr. Gerhard Ungar; Wissenschaftliche Beratung: Dr. Wolfgang Neugebauer; Österreichischer Bundesverlag, Wien; Universitätsverlag Anton Pustet, Salzburg 1991

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945 Bd. 2, S 299 ff und DÖW E 19.257/1

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, Anhang und DÖW 19793/165 und 0684 und E 19.793/3

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 296/610 und DÖW 18.534, DÖW 18.774, DÖW 18.056

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 303 ff und DÖW 15.995

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 308, 611 und DÖW 18.340

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 319 ff, 611 und DÖW E 18.574 und DÖW 18.318 und DÖW 21.202

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 326 und DÖW E 18.047 und E 18.495

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 326 und DÖW E 21.100

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 39

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 401 ff und DÖW E 19.793/3

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 403 und DÖW E 19.793/3

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 403/618 und DÖW 8563

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 411

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 418 und DÖW 16.030

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 419 und DÖW 18.291

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 424 ff/618 und DÖW 6943

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 427 ff/ 619 und DÖW 6889

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 428 und DÖW 17995

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 564, 626 und DÖW 18.283

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 567 ff, 626 und DÖW E 21.202

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 568 ff, 626 und DÖW 6314

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 569 ff, 626 und DÖW E 18.666

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 578 ff und DÖW 16.042

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 585 ff und DÖW E 21.202

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 71 und DÖW E 18.666

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 72 und DÖW 16.047

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 73 und DÖW 18.780

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 73 und DÖW 18.774

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 100 und DÖW 17.071

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 101 und DÖW 18.271

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 103 und DÖW 18.695

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 109 und DÖW E 18.337

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11 und 19

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 11,19 und DÖW 18.068

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 111 ff und 363 ff und DÖW E 18.337

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 112 und DÖW E 18.337

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 113 ff und DÖW 16.052

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 115 und DÖW 16.052

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 116 und DÖW 16.053

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 131 ff und DÖW E 19.691

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 132 und DÖW E 19.257/2
und DÖW E 20.224 und DÖW E 19.691

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 15 ff

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 160 und DÖW E 18.337

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 161 und DÖW E 20.442

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 162 und DÖW E 18.337

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 163 und DÖW E 20.442

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 179 ff und DÖW E 19.257/2

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 228 ff und DÖW E 19.691

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 24 ff und DÖW 18.070

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 26 und DÖW 18.474

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 262 und DÖW E 19.197

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 263 und DÖW E 19.691

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 267 ff und DÖW E 20.442

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 284 ff und DÖW E 19.188/b

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 286 ff und DÖW 19.011

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 296 ff und DÖW 16.032

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 299 ff und DÖW E 19.257/1

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 300 und DÖW 18.562

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 312 ff und DÖW E 19.691

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 313 und DÖW E 19.691

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 315 und DÖW 8388

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 364 ff und DÖW E 18.337

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 369 ff/614 und DÖW E
18.047

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 370/614 und DÖW E 18.047

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 372/615 und DÖW 16.035

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 384 und DÖW 16.008

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 388/615 und DÖW 18.536

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 396 und DÖW 19.793/173

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 406 und DÖW 6345b

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 406/616 und DÖW 6345b

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 411 und DÖW E 18.337

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 412 und DÖW E 19.189/3
(Reservat)

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 418 und DÖW 17.960

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 418/617 und DÖW 17.960

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 447 und DÖW E 21.275

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 458 und DÖW E 18.377

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 468 und DÖW E 21.275 und
SLA, PA K. 326, 1938/34B

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 481 ff und DÖW E 18.518

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 485 ff und DÖW E 18.518

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 486 ff und DÖW E 18.518

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 487 ff und DÖW E 18.518

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 496 ff und DÖW E 18.518

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 504 und DÖW E 18.518

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 506 ff und DÖW E 18.518

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 542 und DÖW 50300

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 549 ff/625 und DÖW 18.640/
E 21.089/ 18.733/ 18.772

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 550 ff und DÖW E 21089

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 57 ff und DÖW E 18.047

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 578 ff

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 584

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 617

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 62 und DÖW 15.993, 16.046

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 620

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 621

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 66 ff und DÖW E 19.189/1

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 2, S 99 und DÖW 17.876

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, S 419 und DÖW 18.291

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 37

Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Bd. 1, S 314 ff und DÖW 16.061

15.4 Internetquellen

Alex Historische Rechts – und Gesetzestexte Online. Österreichische Nationalbibliothek.
(Reichsgesetzblätter)

http://alex.onb.ac.at/gesetze_drab_fs.htm

(Heruntergeladen, 5. April 2011)

Amtliche Wahlergebnisse der Stadt Salzburg (Landtagswahlergebnisse 1945-2009 im
Bezirk Zell am See)

<http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm>

(Heruntergeladen, 23. Juli 2010)

Burchard, Matthias: Der Generalplan Ost: Ein finsternes Kapitel Berliner
Wissenschaftsgeschichte. Working Paper Nr. 38/1997, Humboldt-Universität zu Berlin,
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät
Berlin, Juni 1997

<http://gplanost.x-berg.de/sgplanost.html#K1#K1>

(Heruntergeladen, 9. März 2011)

Deutsches Radioarchiv, Geschichte des Volksempfängers

<http://www.dra.de/rundfunkgeschichte/75jahreradio/nszeit/total/inhalt.html>

(Heruntergeladen, 10. Oktober 2007),

"Der neue Mahnruf", 5-6/2004; <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/2006040218183697>

(Heruntergeladen, 6. Mai 2008)

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

<http://www.doew.at/projekte/holocaust/shoah/1938/pogrom.html>

(Heruntergeladen, 27. Jänner 2011)

Falter, Jürgen W.: "Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien"

<http://www.stmuk.bayern.de/blz/web/100083/100083kapitel7.pdf>

(Heruntergeladen, 20. Juli 2010)

Form, Wolfgang: Politische NS-Strafjustiz in Österreich, Referat anlässlich der Präsentation der Mikrofiche-Edition "Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz" (K.G. Saur Verlag, 2004) und der Quellenedition "NS-Justiz in Österreich. Lage und Reiseberichte 1938-1945" (LitVerlag, 2004), Wien, 21. Februar 2005, Quelle: Homepage Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
http://www.doew.at/frames.php?thema/justiz/form_vortrag.html
(Heruntergeladen, 23. April 2008)

Freund, Florian: "Geschichte der Verfolgung der österreichischen Roma und Sinti 1938-1945" http://www.doew.at/thema/thema_alt/wuv/roma/geschichte.html
(Heruntergeladen, 13. Juni 2012)

Homepage Österreichischer Rundfunk (ORF) Salzburg.
<http://salzburg.orf.at/stories/275284/>
(Heruntergeladen, 5. Mai 2008)

Land Salzburg, Landtagswahlergebnisse im Bezirk Zell am See seit 1949.
<http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm>
(Heruntergeladen, 3. Juli 2011)

Ständige Ausstellung des Institutes für Zeitgeschichte München- Berlin in Berchtesgaden.
In: http://www.obersalzberg.de/cms_d/content/de_ausstellung_exponatverzeichnis/
(Heruntergeladen, 7. April 2008)

Information zur Strafeinheit 999: Quelle: "Der neue Mahnruf", 5-6/2004;
<http://ooe.kpoe.at/news/article.php/2006040218183697>
(Heruntergeladen, 6. Mai 2008)

Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/reichsbuerger35-v1.htm>
(Heruntergeladen, 30. Oktober 2008)

Reichsgesetzblatt 1849- 1919, Seite 229, 88. Gesetz vom 27. Juli 1871

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=rgb&datum=18710004&seite=00000229>

(Heruntergeladen, 20.10.2011)

Statistische Nachrichten, Sonderheft zu den Nationalratswahlen vom 9. November 1930;

(Hg.) Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1, Herrengasse 7, Abt. 35

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1930.pdf

(Heruntergeladen, 22. April 2010)

Statistik Austria: Bevölkerungsentwicklung im Pinzgau

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlung_en/index.html

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlung_en/bevoelkerungsstand/index.html

(Heruntergeladen, 23. Juli 2010)

Wahlplakat der NSDAP 1932

<http://blog.emeidi.com/downloads/2007-11-14-unsere-letzte-hoffnung-hitler.jpg>

(Heruntergeladen, 25. Jänner 2011)

15.5 Ungedruckte Quellen, Archivmaterial

Amtsbescheinigung der Polizeidirektion Salzburg, No. 1505, vom 5.7.1945 (Kopie bei Verf.)

BGBL. Nr. 183/1947; Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung
DÖW 068 und 19793/165 und 19793/3

DÖW 14.902

DÖW 15.993, 16.046

DÖW 15.995

DÖW 16.008

DÖW 16.030

DÖW 16.032

DÖW 16.035

DÖW 16.042
DÖW 16.047
DÖW 16.052
DÖW 16.053
DÖW 16.061
DÖW 17.071
DÖW 17.876
DÖW 17.918
DÖW 17.960
DÖW 17993
DÖW 17995
DÖW 18.271
DÖW 18.277
DÖW 18.283
DÖW 18.291
DÖW 18.340
DÖW 18.390
DÖW 18.474
DÖW 18.536
DÖW 18.562
DÖW 18.640/ E 21.089/ 18.733/ 18.772
DÖW 18.774
DÖW 18.780
DÖW 19.011
DÖW 19.793/173
DÖW 19187/6
DÖW 19793/165 und 0684 und E 19.793/3
DÖW 19793/165 und 0684 und E 19.793/3
DÖW 20.000/ S 333
DÖW 20.000/Z 57
DÖW 50300
DÖW 6314
DÖW 6321
DÖW 6345b

DÖW 6889

DÖW 6943

DÖW 8349

DÖW 8388

DÖW 8563

DÖW E 18.047 und E 18.495

DÖW E 18.337

DÖW E 18.518

DÖW E 18.574 und DÖW 18.318 und DÖW 21.202

DÖW E 18.666

DÖW E 19.188/b

DÖW E 19.189/1

DÖW E 19.189/3 (Reservat)

DÖW E 19.197

DÖW E 19.257/1

DÖW E 19.257/2

DÖW E 19.691

DÖW E 19.793/3

DÖW E 20.224

DÖW E 20.442

DÖW E 21.089

DÖW E 21.100

DÖW E 21.202

DÖW E 21.275

DÖW E 21089

Entscheidung über die Entmündigung, GZ L 3/38, Bezirksgericht Mittersill, 23.4.1938
(Kopie beim Verf.)

Geburts- und Taufschein der Pfarre St. Josef vom 29. Juli 1919 (Kopie bei Verf.)

Gendarmeriebericht Bramberg, Tgb. Nr. 473 vom 31. Mai 1941 (Kopie bei Verf.)

Gesetzblatt 1938, Stück 70, Nr. 221, Seite 626 ff; BKA, RIS

Gesetzblatt für das Land Österreich, Jahrgang 1938, Ausgegeben am 15. März 1938, 2.
Stück

Grundbuch (B Blatt) der KG Hundsdorf EZ 31, Salzburger Landesarchiv, Schreiben vom
23.4.2007, Zahl 20004-3365/7-2007

Hoffmann, Robert: Gutachten zu den Aktivitäten von Prof. Dr. h.c. Eduard Paul Tratz im Rahmen des "Ahnenerbes" der SS 1938-1945, Universität Salzburg, Mai 2007

Kopie aus dem Bundesarchiv, 2ter Bogen der Krankheitsgeschichte (Kopie bei Verf.)

Krankenprotokollzahl 11712/332, Kopie aus dem Bundesarchiv (Kopie bei Verf.)

Österreichisches Staatsarchiv, GZ 351.763 GD, St.B. 35 (Kopie bei Verf.)

Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme eines unbekannten SS Funktionärs, S 345 (Kopie bei Verf.)

Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Hauptsturmführer Dr. Hans-Otto Mayer, S 317 (Kopie bei Verf.)

Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Obersturmführer Wilhelm Senne, S 338 (Kopie bei Verf.)

Pinzgauer Bezirksarchiv, Einvernahme SS-Hauptsturmführer Franz Konrad, S 305 ff (Kopie bei Verf.)

Pinzgauer Bezirksarchiv, Ordner 600/Fischhorn

Pinzgauer Bezirksarchiv, Zell am See, Ordner 2020, Ernährungsprobleme in Zell am See

Reichsgesetzblatt vom 20. Dezember 1934, I S 1269f

Reichsgesetzblatt, Nr. 137, 29. Dezember 1934, Seite 1269; ÖNB, Alex

Reichsgesetzblatt, Nr. 169, 7. September 1939, Seite 1683; ÖNB, Alex

Scholz, Horst: "Nationalsozialismus – Aufstieg und Untergang", Pinzgauer Bezirksarchiv, unveröffentlichte Dokumentation

Schreiben an den Sechserausschuss, 6.8.1945; SLA HB Akte 1943/311, 350-353

Schreiben Breitkopf an Bürgermeister von Zell am See, 16.2.1944, Pinzgauer Bezirksarchiv (Kopie bei Verf.)

Schreiben Faistauer an Scheel, 13. Juli 1943, Pinzgauer Bezirksarchiv (Kopie bei Verf.)

Schreiben Nr. 3200/84 (Kopie bei Verf.)

Schreiben Oberfinanzpräsident Innsbruck, Zweigstelle Salzburg, Zl. 1989 – I – 1938,

Schreiben der BH Zell am See im Pinzgauer Bezirksarchiv

Schreiben vom 15. Oktober 1944 der Gendarmerie Bramberg (Kopie bei Verf.)

SLA, HB –Akte Karton 103; HB 450-452; 1942

SLA, HB Akte Karton 105, 801-42

SLA, HB Akte Karton 105, 806-42

SLA, HB Akte, Karton 100; 204/2-B-42

SLA, HB Akte, Karton 100; 204/H-5-1942

SLA, HB Akte, Karton 100; 204/R-2-42

SLA, HB Akte, Karton 100; 204/Sch.-5-42
SLA, HB Akte, Karton 100; 204-B-17
SLA, HB Akte, Karton 100; 211-98-42
SLA, HB Akte, Karton 101; 1942 213,301-303,402-409
SLA, HB Akte, Karton 101; 1942 213,301-303,402-409
SLA, HB Akte, Karton 101; 1942 213,301-303,402-409
SLA, HB Akte, Karton 102; 1942 411-420, 434-435
SLA, HB Akte, Karton 102; 1942 411-420, 434-435
SLA, HB Akte, Karton 103 und 112 HB 705-1943
SLA, HB Akte, Karton 103, HB 450-452, 1942
SLA, HB Akte, Karton 103; 3003-42
SLA, HB Akte, Karton 103; HB 450-452, 1942
SLA, HB Akte, Karton 103; HB 450-452, 1942
SLA, HB Akte, Karton 105, HB 803-1-1942
SLA, HB Akte, Karton 105, HB 803-1-1942
SLA, HB Akte, Karton 105, HB 803-1-1942
SLA, HB Akte, Karton 107; 004, 1943
SLA, HB Akte, Karton 107; 004, 1943
SLA, HB Akte, Karton 111; 419-24-1943
SLA, HB Akte, Karton 112; 451 - 1943
SLA, HB Akte, Karton 112; 451...714
SLA, HB Akte, Karton 112; 451-12-1943
SLA, HB Akte, Karton 112; 451-12-1943
SLA, HB Akte, Karton 112; 504-4-43
SLA, HB Akte, Karton 113; 802-1-43
SLA, HB Akte, Karton 113; 803/1-1943
SLA, HB Akte, Karton 113; 805-7-1943
SLA, HB Akte, Karton 113; 901/1-1943
SLA, HB Akte, Karton 95; 1939-1947, 001, 005
SLA, HB-Akte, Karton 103, 501-42
SLA, HB-Akte, Karton 105, 714-1-2
SLA, HB-Akte, Karton 105, 714-1-2
SLA, HB-Akte, Karton 105, 714-1-2
SLA, HB-Akte, Karton 112, 456-1-1943

SLA, HB-Akte, Karton 94; 035

SLA, HB-Akte, Karton 99; 1939-1947 921,930

SLA, HB-Akte, Karton 99; 1939-1947 921,930

SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Gedächtnisniederschrift Tratz, Nr.

11.567/e-41-V/2-40, Seite 2 ff, (Kopie b. Verf.)

SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Gedächtnisniederschrift Tratz, Nr.

11.567/e-41-V/2-40, Seite 3 (Kopie b. Verf.)

SLA, Reichsstatthalter-Akte; RSTH Vd 1122/1941; Kundmachung des Reichsstatthalters vom 12.10.1940, (Kopie b. Verf.)

Trauungsschein des römisch-katholischen Pfarramtes in Eisenerz vom 4.3.1920 (Kopie beim Verf.)

15.6 Filmdokumente

vgl. Ostmark-Wochenschau 16/B 1938, 15. April 1938, "Vor der Wahl, Salzburg im Fahnnenschmuck". Film Archiv Austria

Ostmark-Wochenschau 18B/1938, 29. April 1938, Film Archiv Austria

15.7 ZeitzeugInnen

Die Informationen der Zeitzeugen müssen selbstverständlich quellenkritisch betrachtet werden. Die Informationen geben nur die persönliche Sicht und die subjektive Wahrnehmung des/der ZeitzeugIn wieder. Sowohl der Zeitfaktor (inzwischen sind Jahrzehnte vergangen) als auch die Ausnahmesituation (Leben in einer Diktatur) in den Jahren des Nationalsozialismus müssen im Erzählten berücksichtigt werden. Selbst 70 Jahre nach dem Beginn der Diktatur haben einige der ZeitzeugInnen das Problem, öffentlich über diese Jahre zu reden. Diese Namen wurden daher auf Wunsch der Betroffenen geändert. Die Interviews mit den ZeitzeugInnen wurden offen, ohne Fragebogen, durchgeführt. Die oft stundenlangen Erzählungen wurden auf Tonband aufgenommen und zusammengefasst.

Zeitzeugin "Herta Huber" (Name auf eigenen Wunsch geändert) beim Gespräch am 2.4.2007 (Tonbandprotokolle b. Verf.).

Zeitzeugin "Maria Heinzer" (Name auf eigenen Wunsch geändert) im Gespräch am 27.12.2006 (Tonbandmitschnitt b. Verf.)

Zeitzeuge Johann Leo, Gespräche unter anderem am 27.12.2006; 2.4.2007; 29.12.2007 und 10.5.2010 (Tonbandprotokolle und Aufzeichnungen b. Verf.).

Zeitzeuge "Erwin Meier" (Name auf eigenen Wunsch geändert) im Gespräch am 2.4.2007

16 Abkürzungsverzeichnis

AEG – Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft

BH – Bezirkshauptmannschaft

BGBL – Bundesgesetzblatt

BKA – Bundeskanzleramt

CS – Christlich Soziale Partei

DGO – Deutsche Gemeindeordnung

DHM – Deutsches Historisches Museum

DÖW – Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs

Gestapo – Geheime Staatspolizei

HB-Akte – Aktenbestand des "Hauptbüros der Bezirkshauptmannschaft Zell am See im Salzburger Landesarchiv

K.F.O. – Katholische Frauenorganisation

KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs

m.w.N. – mit weiteren Nachweisen

NS – Nationalsozialisten (Nationalsozialismus)

NSBO – Nationalsozialistische-Betriebszellenorganisation

NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

NSV – Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

ÖNB – Österreichische Nationalbibliothek

ÖVP – Österreichische Volkspartei

Patrl. – Patrouillenleiter (Dienstgrad der Gendarmerie)

Pg. – Parteigenosse (Mitglied der NSDAP)

RS – "Revolutionäre Sozialisten"

RIS – Rechtsinformationssystem

RSHA – Reichssicherheitshauptamt

RSTH – Reichstadthalter

SA – Sturmabteilung, paramilitärische Kampforganisation der NSDAP

SLA – Salzburger Landesarchiv

SLZ – Salzburger Landeszeitung

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreich (Sozialistische Partei)

SS – Schutzstaffel, Waffen-SS

VMS – "Vermögenssicherung"; "VMS-Akten" im Salzburger Landesarchiv

WHW - Winterhilfswerk



Europass Lebenslauf



Angaben zur Person

Nachname(n) / Vorname(n) **LEO Rudolf**

Staatsangehörigkeit Österreich

Geburtsdatum 22. September 1962

Berufserfahrung

Daten Seite April 2012 - Mitarbeiter im Forschungsteam der Wiener Wilhelminenbergkommission
September 2008 bis April 2012 - Pressesprecher LR Rudi Anschöber, OÖ Landesregierung (derzeit karenziert)
Juni 2003 bis September 2008 - Pressesprecher der Niederösterreichischen Grünen
Jänner 97 bis August 2003 - Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Grünen Rathausklub - Kommunikationschef der Wiener Grünen
März 1995 Referent für Projektkoordination und Durchführung wissenschaftlicher Recherchen im Rahmen des Grünen Rathausklubs
Dezember 91 bis März 95 - Referent von Peter Pilz (Grüner Klub im Wiener Rathaus)
Dez. 90 bis Dez.91 - Assistent von Peter Pilz (Grüner Klub im Parlament)
Dez. 89 bis März 90 - Mitarbeiter im parlamentarischen "Noricum" Untersuchungsausschuss
1984 bis 1986 - Erzieher für entwicklungsbehinderte Kinder im "Clara-Fey" Kinderheim in Wien; daneben Einzelbetreuung eines autistisch behinderten Jugendlichen
März bis November 1983 - Mitarbeiter im Planungsbüro des Ausstellungszentrums in der Stadt Salzburg
Februar bis November 1982 - Zivildienst beim Roten Kreuz in Radstadt/ Land Salzburg
1980 bis 1982 - Einzelhandelskaufmann in München
1977 bis 1980 - Lehre als Einzelhandelskaufmann in Mittersill/ Land Salzburg

Schul- und Berufsbildung

Daten Seit 2006 – Doktoratsstudium Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien
Oktober 1994 - Zweite (kommissionelle) Diplomprüfung für Pädagogik, Universität Wien
Feber 1993 - Zweite Diplomprüfung für Sonder- und Heilpädagogik, Universität Wien
Juni 1991 - Erste Diplomprüfung für Pädagogik, Universität Wien
März 1991 - Erste Diplomprüfung für Sonder- und Heilpädagogik, Universität Wien
November 1987 - Berufsreifeprüfung für Pädagogik sowie Sonder- und Heilpädagogik, Universität Wien
1973 bis 1977 - Hauptschule in Bramberg/ Land Salzburg
1968 bis 1973 - Volksschule in Bramberg/ Land Salzburg

Bezeichnung der erworbenen Qualifikation Magister der Philosophie